

LERNEN IM WEITERBILDENDEN STUDIUM
„Sozialwissenschaftliche Grundbildung“

Lernen für den Alltag, den Betrieb
und die politische Praxis

Projektbericht aus dem Weiterbildenden Studium
„Sozialwissenschaftliche Grundbildung“
(Zwei-Jahres-Kurs XXIX)
des Zentrums für Arbeit und Politik
der Universität Bremen

Bremen 2018

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Arbeit und Politik
der Universität Bremen

Redaktion: Dr. Frank Meng,
Corinna Korte
Christina Volkmer

Vertrieb: Zentrum für Arbeit und Politik
der Universität Bremen
Celsiusstr.2, 28359 Bremen
Telefon: 0421/218 -56 702
Telefax: 0421/218 -56 722

Druck: Zentraldruckerei der
Universität Bremen

Bremen 2018

Vorwort

Seit 30 Jahren führt das Zentrum für Arbeit und Politik der Universität Bremen den Zwei-Jahres-Kurs „Sozialwissenschaftliche Grundbildung“ für Arbeitnehmer*innen und ihnen gleichgestellten Personen durch, die sich Gesellschaft, Politik und Sozialwissenschaften interessieren. Der Kurs bietet die Chance auf dem zweiten Bildungsweg den fachgebundenen Hochschul- oder Universitätszugang zu erlangen.

Im Zeitraum von Oktober 2016 bis Juni 2018 vermittelte der XXIX. Zwei-Jahres-Kurs die Aneignung sozialwissenschaftlichen Basiswissens. Im Vordergrund stand dabei die exemplarische Auseinandersetzung mit politischen, soziologischen, ökonomischen und kulturellen Fragestellungen. Unter dem Aspekt „Lebenslanges Lernen“ beschäftigten wir uns im Verlauf dieser zwei Jahre, in Einzel- und Gruppenarbeiten, mit diversen gesellschaftsrelevanten Themen. Durch die Aneignung und Verwendung von wissenschaftlichen Methoden erarbeiteten wir uns Kenntnisse und Fertigkeiten, um ein besseres Verständnis für politische und gesellschaftliche Zusammenhänge zu erlangen. In diesem Zusammenhang erhielten wir spannende Einblicke in die wissenschaftliche Arbeit und empirische Sozialforschung. Der vorliegende Projektbericht wurde im zweiten Jahr des Kurses erstellt:

Der hier vorliegende Band befasst sich mit dem Thema:

Selbstbestimmung, Solidarität und „Realitätsklatsche“

Selbstverwaltet leben und arbeiten: Motive Ansprüche und Erfahrungen von Beteiligten alternativer Lebens- und Kulturprojekte

Ein herzliches Dankeschön gilt den Bewohnern*innen der Stadtkommune „Alla Hopp“, des Wagendorfs „Querlenker“ sowie den Kollektivmitgliedern der Kultureinrichtung „Kukoon“. Ohne die Möglichkeit der dort mit uns geführten Interviews und Gruppengespräche wäre das Projekt in dieser Form nicht realisierbar gewesen.

Unser besonderer Dank gilt unseren Dozenten Dr. Eva Anslinger und Dr. Frank Meng, die uns unermüdlich mit ihrem Wissen und Engagement unterstützt haben.

**Zentrum für Arbeit und Politik
Universität Bremen**

**SELBSTBESTIMMUNG, SOLIDARITÄT UND „REALITÄTSKLATSCHE“
Selbstverwaltet leben und arbeiten: Motive Ansprüche und Erfahrungen von
Beteiligten alternativer Lebens- und Kulturprojekte**



Teilnehmer*innen des Weiterbildenden Studiums „Sozialwissenschaftliche Grundbildung“, Kurs XXIX (2016 – 2018):

Simon Andresen, Maik Béranger, Monika Boudali, Monika Bremer, Marita Froese-Sarimun, Claudia Hüniken, Andreas Schmitz, Mohamed Soliman, Anette Magdalene Swoboda

Dozenten: Dr. Eva Anslinger, Dr. Frank Meng

Inhalt

Vorwort der Studiengruppe	
1. Einleitung	9
2. Kurze Geschichte der utopischen Selbstverwaltung	12
3. Die Entwicklung der Alternativbewegung und Selbstverwaltungsszene in der BRD	16
3.1 Historische Eckpunkte: Zur Herausbildung der Alternativ-Kultur ab 1968	16
3.2 Der TUNIX-Kongress von 1978 als programmatiche Geburtsstunde der Selbstverwaltungsnetzwerke	23
3.3 Motive und Ansprüche der Beteiligten aus selbstverwalteten Kommune- und Produktionsprojekten	27
3.4 Das „ <i>Scheitern</i> “ der Gegenökonomie: Entwicklung, Kritik und Ursachen	32
4. Theoretischer Hintergrund: Gesellschaftliche Strukturveränderungen und die Attraktivität der Selbstverwaltung	38
4.1 Wertewandel: Materielle Sättigung und der Wunsch nach Selbstbestimmung	40
4.2 Individualisierung und kulturelle Pluralisierung	41
4.3 Sozialisationsbedingungen in den 1970er Jahren und für die „ <i>Generation Y</i> “	44
4.4 Der Verlust von Weltbeziehung im 21. Jahrhundert: Krise – Beschleunigung – Selbstentfremdung	48
4.5 Alternative Ökonomie: Postwachstums-/Gemeinwohlökonomie: Konzepte zur Umsetzung der Wachstumswende?	54
5. Fragestellung, Arbeitshypothesen und methodische Vorgehensweisen	61
5.1 Fragestellungen	61
5.2 Arbeitshypothesen	61
5.3 Methodisches Vorgehen	63
5.3.1 Das problemzentrierte Interview	64
5.3.2 Themenzentrierte Gruppendiskussion	65
6. Strukturen und Erfahrungen aktueller Selbstverwaltungsprojekte in Bremen	68
6.1 Das Kulturzentrum „ <i>Kukoon</i> “	68
6.1.1 Das Kulturzentrum und seine Herausbildung	69

6.1.2	Erfahrungen, Motive und Ansprüche von Projektbeteiligten	71
6.1.2.1	Motive für Eintritt und Verbleib im Projekt	71
6.1.2.2	Ansprüche bei Projekteintritt und heute	73
6.1.2.3	Persönliche Entwicklung im Verlauf des Projektes	75
6.1.2.4	Politisches Engagement: Selbstverständnis und Entwicklung	78
6.1.2.5	Fazit	82
6.2	Der Wagenplatz „ <i>Querlenker</i> “	82
6.2.1	Der Wagenplatz und seine Herausbildung	83
6.2.2	Erfahrungen, Motive und Ansprüche einer Bewohnerin	84
6.2.2.1	Jacky	85
6.2.2.2	Motive für Eintritt und Verbleib im Projekt	85
6.2.2.3	Ansprüche bei Projekteintritt und heute	86
6.2.2.4	Persönliche Entwicklung im Verlauf des Projektes	87
6.2.2.5	Politisches Engagement: Selbstverständnis und Entwicklung	88
6.2.2.6	Wünsche	89
6.2.2.7	Fazit	90
6.3	Die Stadtkommune „ <i>Alla Hopp</i> “	90
6.3.1	Die Stadtkommune und ihre Herausbildung	91
6.3.2	Erfahrungen, Motive und Ansprüche von Projektbeteiligten	93
6.3.2.1	Die Interviewpartnerinnen	94
6.3.2.2	Motive für Eintritt und Verbleib im Projekt	94
6.3.2.3	Ansprüche bei Projekteintritt und heute	96
6.3.2.4	Persönliche Entwicklung im Verlauf des Projektes	97
6.3.2.5	Politisches Engagement: Selbstverständnis und Entwicklung	99
6.3.2.6	Perspektiven und Zukunftswünsche	100
6.3.2.7	Fazit	100
6.4	Steckbriefe ausgewählter selbstverwalteter Projekte in Bremen	101
6.5	Zusammenfassung der Ergebnisse	106
7.	Gesamtfazit	107
8.	Literatur	111

1 Einleitung

Was treibt Menschen an, selbstverwaltete Wohn-, Produktions- und/oder Kulturprojekte zu entwickeln oder darin mitzuwirken? Mit welchen Selbstverständnissen, Lebenspraktiken und Ansprüchen bewegen sie sich darin? Welche Erfahrungen machen sie dort? Inwieweit verändern Erfahrungen in selbstverwalteten Projekten die Selbstverständnisse der Beteiligten? Wie stellt sich das Verhältnis von politischem Engagement, systemkritischen Ansprüchen und der Einbindung in selbstverwalteten Verhältnissen dar? Das sind die Fragen, auf die wir uns für ein gemeinsames Studienprojekt verständigt haben und mit denen wir uns über ein Jahr hinweg intensiv befasst haben.

Die sozialen Bezüge der Studiengruppe zu derartigen Strukturen reichen von vollständig fehlenden bis hin zu vereinzelten persönlichen Verknüpfungen. Bei einem überwiegenden Teil sind die Zugänge in die Bremer Selbstverwaltungsszene jedoch nicht vorhanden. Keiner der Studierenden lebt oder arbeitet in einem selbstverwalteten Projekt. Die thematische Annäherung bewegte sich zwischen Neugierde, Befremdlichkeit, Wertschätzung, Voreingenommenheit und Bewunderung. Das Leben als Single oder in der Kleinfamilie, die Arbeit in überwiegend hierarchischen Konkurrenzstrukturen. Die allgegenwärtige Aufforderung zu Konsum und Ressourcenverbrauch zeigten eine tendenziell eher klassische und konventionell geprägte Beschaffenheit der Teilnehmergruppe. Unter diesen Gegebenheiten stellte die Untersuchung des Studienthemas ein besonderes Interesse dar.

Ganz offensichtlich, das zeigen zahlreiche wissenschaftliche Befunde, hat sich eine Versöhnung mit dem liberal-demokratischen, kapitalistischen Ordnungsmodell, also das bereits 1992 proklamierte „*Ende der Geschichte*“ (Fukuyama 1992), trotz der Diskreditierung des Sozialismus sowjetischer Prägung nicht eingestellt. Gerade zu Beginn des 21. Jahrhunderts und verschärft seit der Weltfinanzkrise von 2008/9 hat die Suche nach alternativen Strukturen und Lebensentwürfen zum wachstumsgtriebenen Kapitalismus erneut Fahrt aufgenommen (vgl. z.B. Wright 2015, S. 59). Dies wird einerseits deutlich an einem stark gestiegenen Interesse an (meist außerparlamentarisch geführten) Strukturdebatten über ökonomische, wohlfahrtsstaatliche und nicht zuletzt politische Neuausrichtungen.¹ Andererseits erfahren auch selbstverwaltete Projekte in den letzten 20 Jahren eine gewisse Renaissance, nachdem die ungleich stärkere und politisch hoch ambitionierte Kommune- und Selbstverwaltungsbewegung der 1970er und frühen 1980er Jahre (von Ausnahmen abgesehen) doch bald abflaute, sich auflöste oder zurück in eher konventionelle Organisationsformen reorganisierte (vgl. z.B. Neumann 2008, Notz 2011).

Die vernetzte Selbstverwaltungskultur der Post-68er-Bewegung, die sich 1978 (in Abwendung vom Arbeiter als revolutionären Subjekt) auf dem großen „*Tunix-Kongreß*“ in West-Berlin programmatisch als „*Gegenkultur*“ aufgestellt hatte, ist hinsichtlich der Motive von Aktivisten, der Ansprüche, Praxis und Konzessionen an die Alltagstauglichkeit und der Bedingungen des Gelingens und des Scheiterns recht gut beforscht. Zwar haben sich die Sozialisations- und Rahmenbedingungen sowie die Lebenswirklichkeiten der Menschen seit-her verschoben. So wurden autoritäre Strukturen etwa in den Erziehungsinstitutionen Familie, KiTa und Schule deutlich zurückgenommen. Im Vergleich zur „*bleiernen Zeit*“

¹ Stichworte wären hier etwa die vom Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen eingebrachte These von der Notwendigkeit einer „*Großen Transformation*“, Debatten zur „*Postwachstumsökonomie*“, „*Gemeinwohlökonomie*“ oder zum „*Bedingungslosen Grundeinkommen*“.

(Margarethe von Trotta) in der Nachkriegs-BRD haben auch der Generationenkonflikt, damals geprägt von der Rolle der Eltern während der NS-Zeit, die Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen oder Unverheirateten oder die Diskreditierung von unkonventionellen Lebensstilen an Schärfe verloren. Jedoch gehören auch, die Aufkündigung des Wohlstandsversprechens für alle, eine massive soziale Spaltung, verschärzte Arbeitsbedingungen, Massenarbeitslosigkeit, eine Entleerung der Demokratie oder immer konkreter werdende Konsequenzen des stetigen Wachstums und des Raubbaus an der Natur, zu prägenden Erfahrungen im 21. Jahrhundert. Hinzu kommt die digitale Revolution mit ihren gravierenden und ambivalenten Folgen für die Menschen.

Trotz dieser gewaltigen Veränderungen bieten die Forschungsbefunde zur Alternativbewegung der 1970er und 1980er Jahre eine gute Folie, auf der aktuelle selbstverwaltete Projekte analysiert werden können. Die Frage nach der Möglichkeit eines ‚richtigen Lebens im Falschen‘ (Adorno) kann als prägend für die damaligen Versuche der Etablierung selbstverwalteter Strukturen gesehen werden (vgl. Notz 2011, S. 72ff.). Dem Selbstverständnis nach ging es um die Etablierung von (möglichst wachsenden) Inseln selbstbestimmten, solidarischen und ganzheitlichen Lebens, die unmittelbar mit einem revolutionären Kampf gegen jede Form von Fremdbestimmung verknüpft werden sollte. Gerade die Reichweiten von Selbstbestimmung, Solidarität und innerer Befreiung von Konventionen in kollektiven Zusammenhängen, ob als Wohngemeinschaft, Kommune oder selbstverwalteter Betrieb, erwiesen sich dann zugleich als Motivations- und Bruchlinien für die Projekte.

Selbstbestimmung, Solidarität und die Ablehnung von Konkurrenzdenken und Leistungszwang dürften auch heutzutage wichtige Antriebskräfte für die Mitwirkung in gemeinschaftlichen und selbstverwalteten Projekten sein. Angesichts veränderter Sozialisations- und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ist es jedoch denkbar, dass diese Schlagwörter im 21. Jahrhundert anders – und vielleicht pragmatischer – in konkrete Motivlagen und Lebenspraxen übersetzt werden. Interessant ist überdies, inwieweit die Erfahrungen der Vorgänger-generation für die Entwicklung nachhaltiger Strukturen reflektiert und genutzt werden. Auch die Ansprüche an die politische Reichweite der eigenen Praxis könnten durch derartige Erfahrungen beeinflusst worden sein.

Im vorliegenden Bericht wird nach einem kurSORischen Rückblick auf die Frühphase lebensreformerischer Projekte (Kapitel 2) die Herausbildung der Alternativkultur und Selbstverwaltungsszene nach 1968 herausgearbeitet. Nach einer allgemeinen Hinführung sollen hier insbesondere die Motivationslagen, Selbstverständnisse und Lebenspraxen selbstverwalteter Projekte beleuchtet werden. Hier sind Veränderungen auf struktureller wie individueller Ebene im Zuge der Etablierung von Projekten relevant. Weiterhin werden Befunde zum Gelingen bzw. Scheitern solcher Projekte referiert. Schließlich soll es auch um die Qualität der Projekte als politische Impulsgeber und der Etablierung sozialer Freiräume gehen. Es geht also auch um den Erhalt von Räumen für politischen Aktivismus unter den Bedingungen des Alltags (Kapitel 3).

Im Kapitel 4 werden, mit Rückgriff auf die kritischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, einige Theorien dahingehend erläutert, dass sie eine veränderte, problematische Lebenswirklichkeit beschreiben, die einer Mitwirkung in selbstverwalteten und gemeinschaftlichen Projekten neue Attraktivität verleihen. Es geht somit um die Relevanz des Themas, wobei die offenkundigen sozialen Verwerfungen (soziale und sozialräumliche Spaltung, Wachstum und wachsende Armut, Arbeitslosigkeit und Verdichtung von Arbeit etc.) nicht näher untersucht

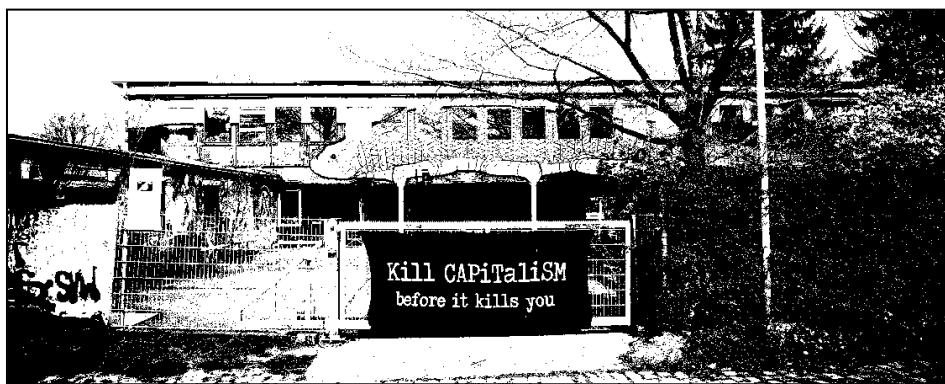
werden. Im Fokus stehen zunächst die Phänomene des Wertewandels und der Individualisierung, die in den 1970er Jahren das alternativ Milieu gerade für junge Leute attraktiv erscheinen ließ. Dann wird auf die unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen in den 1970er und 1990er Jahren eingegangen, ehe mit Rückgriff auf die Resonanz-Theorie von Rosa die Unterminierung eines substantiellen Weltverhältnisses für die heutige Generation im Blickpunkt steht. Abschließend soll die Diskussion der Gemeinwohlökonomie ein Schlaglicht auf die Renaissance der Selbstverwaltung werfen.



Quelle: Transparent an der Fassade einer Bremer Hausgemeinschaft (eigenes Foto)

Nach der Darstellung der Fragestellung, Arbeitshypothesen und Methoden (Kapitel 5) werden die Ergebnisse unserer Feldforschung in Bremen referiert.

Anhand der im Vorfeld erarbeiteten Kriterien zu Projekteigenschaften, Lebensbereichen und Gesellschaftsrelevanz, und in Hinblick auf die vorhandene Diversität, untersuchten wir drei exemplarische Wohn-, Arbeits- und Kulturprojekte eingehender. In Kapitel 6 werden zunächst die von uns beleuchteten Konzepte „Kukoon“, „Querlenker“ und „Alla Hopp“ kurz vorgestellt. Unter Berücksichtigung unserer Forschungsfragen und Hypothesen, in Bezug auf Motive und Ansprüche, persönliche Entwicklung und politische Beweggründe, erfolgt eine zusammenfassende Darlegung der themenzentrierten Interviews bzw. Gruppendiskussionen mit Projektbeteiligten. Hier stehen dann die erwähnten Motivlagen für die Teilhabe, die Ansprüche und Erfahrungen aber auch die Veränderungen persönlicher Dispositionen und Handlungsmuster der Mitwirkenden im Zentrum des Interesses.



Quelle: Spiegel-Online (Altes Sportamt in Bremen)

Des Weiteren wird eine beispielhafte Auswahl lokaler selbstverwalteter Projekte, welche ebenfalls im Sinne einer tieferen Erforschung von Interesse gewesen wäre, steckbriefartig vorgestellt.

Nach einer Zusammenfassung der Forschungsergebnisse erfolgt ein Gesamtfazit, in dem die Ergebnisse unserer Analyse zusammengetragen und eingeordnet werden.

2 Kurze Geschichte der utopischen Selbstverwaltung

Historisch korrespondierten die Hochphasen politisch ambitionierter, selbstverwalteter Lebens- und Produktionsgemeinschaften in aller Regel mit gesellschaftlichen Umbruch- und Krisenphänomenen. Nachdem erste theoretische Modelle wie etwa Thomas Morus „Utopia“ aus dem Jahre 1516, das seinerzeit u.a. mit einem verantwortungslosen Spekulantentum und gravierenden sozialen Verwerfungen im damaligen England begründet wurde (vgl. Morus 1985, erstes Buch), noch kaum praktische Lebensversuche nach sich zogen, änderte sich dies spätestens im frühen 19. Jahrhundert.

In England wiederum, dem Mutterland der Industrialisierung, hatten sich ab 1760 erste proletarische Produktions- und Konsumgenossenschaften gebildet, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts programmatisch und in Form von Siedlungsgemeinschaften besonders unter dem Einfluss des Frühsozialisten Robert Owen vorübergehend großen Einfluss in der Arbeiterbewegung erlangten (vgl. Vester 1986, S. 9ff.). Die Folgen der Industrialisierung – verstärkt noch durch die finanziellen Belastungen der Kriege gegen die napoleonische Flotte zu Beginn des Jahrhunderts – waren bereits in Form von Verelendung, Entfremdung und Unterdrückung des Proletariats wie auch einen massiven ökonomischen Druck des Handwerks dramatisch spürbar. Mit der Gründung der selbstverwalteten Projekte war die „*Hoffnung auf eine vollständige Änderung der Gesellschaft*“ (ebd., S. 10) verbunden.

„*Die Kritik richtete sich an alle Aspekte des Kapitalismus; die ungesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse, die Kinderarbeit, die Arbeitszeitverlängerung und die Arbeitslosigkeit; die krasse Ungleichheit des Reichtums und die Degradierung der Arbeiter zu bloßen Werkzeugen fremden Gewinns; die Zerstörung der persönlichen Beziehungen, die Unwissenheit und die politische Diktatur. Und sie forderte eine bewußte und rational geplante Umgestaltung der Lebensbedingungen sowie die Aufhebung der Institutionen der Ehe, der Familie und des Privateigentums in einer gemeinschaftlichen, das Leben bereichernden Ordnung*“ (ebd.).

Um 1832 gab es schließlich allein in England etwa 500 Genossenschaften mit ca. 20.000 Mitgliedern. Hinzu kamen zahlreiche Siedlungsexperimente (vgl. radikal o.J., S. 93). Hatte sich die Bauarbeitergewerkschaft die syndikalisch-genossenschaftlichen Ideen Owens bereits zu Eigen gemacht, so wurde im Jahr darauf mit der „*Grand National*“ eine Einheitsgewerkschaft der Bewegung begründet, die sich aber nur unzureichend gegen die Aussperungspolitik der Arbeitgeber behaupten konnte (vgl. Vester 1986, S. 15).

Owen selbst hatte schon als sozialreformerischer Textilunternehmer große Aufmerksamkeit erlangt. Er sah in der Entfaltung der neuen technischen Möglichkeiten enorme Potenziale für die Ausbildung neuer und emanzipativer Lebensformen. Jede Art von Privateigentum erschien ihm dabei als Entwicklungshemmnis. Selbstversuche vollzog er nach dem Verkauf seines Besitzes primär in den USA („*New Harmony*“) und Mexiko, wo diskriminierungsfrei und gemeinschaftlich gelebt und gearbeitet wurde. Zentral war für Owen z.B. eine ökonomische Struktur auf höchstem technischem Niveau, die lange Arbeitszeiten, niedere Tätigkeiten

und die Entfremdung durch Arbeit überflüssig machen sollte. Schon durch die Aufhebung von Unterdrückung und durch Bildung für alle würden die Potenziale so entfaltet und die Innovationskraft so gestärkt, dass sie dem kapitalistischen Ausbeutungsmodell aufgrund dessen Ressourcenverschwendungen zwingend überlegen sei. Owen war überzeugt, sein Modell, welches nur vier Stunden Arbeit täglich, die Überwindung der Geschlechterrollen oder die Delegierung der Erziehung an die Gemeinschaften vorsah, werde sich aufgrund der natürlichen Überlegenheit sukzessive weltweit durchsetzen (vgl. Saage 1999). Allerdings scheiterten seine Siedlungsversuche schon bald. Sein programmatisches Standardwerk („*The Book of the new Moral World*“), das in den 1970er Jahren von der Alternativ-Bewegung wiederentdeckt wurde, erschien schließlich erst nach den gescheiterten Siedlungsversuchen (vgl. ebd.).

Unter den französischen Frühsozialisten ging es insbesondere Charles Fourier um den Gewinn von Selbstbestimmung u.a. durch die Überwindung von Eigentum, fremdbestimmter Arbeit, Geld, Familie, Geschlechterrollen oder um die sexuelle Befreiung im Kontext der Bildung freier Assoziationen, von ihm „*Phalanstère*“ genannt (vgl. z.B. Notz 2011, S. 35ff.). Fouriers Schriften wurden in deutscher Übersetzung zuerst von Theodor Adorno herausgegeben und fanden in der Alternativ-Bewegung noch größeren Anklang als die Owens, weil er auch die umweltzerstörerischen Wirkungen des Kapitalismus weitsichtig thematisierte. Das Leben in den genossenschaftlich zwanglosen Assoziationen fokussiert in Fouriers Denken weniger die völlige materielle Gleichheit wie bei Owen oder Morus, sondern die Befreiung der Frau und der Entfesselung der Lust als Quelle von Harmonie. Negative Eigenschaften wie Habgier und Konkurrenzverhalten können bei Abwägung der individuellen Interessen in Schach gehalten und produktiv genutzt werden, was der Ausbeutung Einhalt gebieten würde und zugleich gesellschaftliche Dynamik entfalte. Wie bei Owen sah Fourier in der Entwicklung der Produktivkräfte durch die Industrialisierung die Chance, diese nun auch zum Wohle der Menschen voll zu entfalten. Die Erprobung seines Modells erfolgte ab 1832, zunächst in Frankreich, später vor allem in den USA und in Algerien, wobei wiederum alle Versuche als gescheitert gelten müssen (vgl. Saage 1999a).

In einem Beitrag zu den Bewegungen des 19. Jahrhunderts konstatieren die Autoren eine totale Niederlage vor dem Hintergrund des Anspruchs auf die Überwindung des kapitalistischen Systems. „*Nicht das Genossenschaftswesen überwand also den Kapitalismus, sondern der Kapitalismus die Genossenschaften*“ (radikal o.J., S. 93). Bei der Erklärung des Scheiterns wird unterschieden zwischen Konsumgenossenschaften, Produktionsgenossenschaften und Kommunen. Konsumgenossenschaften existieren zwar bis heute z.B. im Banken- oder im Lebensmittelsektor und sind so gesehen am langlebigsten, dies jedoch zum Preis ihres gegenökonomischen Charakters. Sie seien heute nichts anderes als kapitalistische Unternehmen mit privater Profitaneignung. Die Produktionsgenossenschaften wiederum waren schon bald der Konkurrenz nicht mehr gewachsen oder begannen damit Nichtanteilseigner als abhängig Beschäftigte einzustellen, was sie zusammen mit der Einführung von Arbeitsteilung zu normalen kapitalistischen Unternehmen degenerieren ließ. Die Kommunen und Siedlungsgemeinschaften, die oft religiösen Charakter annahmen, hielten sich zwar in ihrem gegenkulturellen Charakter insgesamt am längsten, brachen dann jedoch trotzdem zusammen (vgl. ebd.).

Im Deutschen Kaiserreich wie auch in der Weimarer Republik bildeten sich Tausende Genossenschaften, primär im Wohnungs- und Konsumbereich. Die Konstruktionen hatten nur in seltenen Fällen einen lebensreformerischen Anspruch, dienten eher als existenz-

sichernde Antwort auf Mangelwirtschaft und massive ökonomischen Krisen (vgl. z.B. Häußermann u. Siebel 1996, Abschnitt 5.2). Die organisierte Arbeiterbewegung nahm zur Genossenschaftsbewegung eine ambivalente Haltung ein. Der Berliner Parteitag der SPD von 1892 etwa rief offensiv dazu auf, der Gründung von Produktionsgenossenschaften entgegenzutreten, da diese dem irrgen Glauben anhingen, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse beeinflussen zu können, was den Klassenkampf letztlich untergrabe (vgl. Schwendter 1986, S. 27f.). 13 Jahre später formulierte der Kölner Gewerkschaftstag eine wohlwollende Haltung zu den Genossenschaften, erkannte „*die genossenschaftliche Erziehung des Volkes*“ als wichtigen Aspekt an und rief das Proletariat zum Eintritt in Konsumgenossenschaften an. Er mahnte jedoch zur Anerkennung gewerkschaftlicher Tarife und verurteilt schließlich das (offenbar verbreitete) „*Bestreben, die Konsumvereine lediglich als Dividenden-Institutionen der Mitglieder zu betrachten*“ (ebd. S. 30f.).

Hinter den Genossenschaften standen meist größere gesellschaftliche Institutionen. Häufig gab es Angestellte, woraus folgte, dass sie meist in klassisch hierarchischen Strukturen organisiert waren und Gewinne zu erzielen suchten. Von einer Gegenökonomie konnte kaum gesprochen werden. Interessanter waren die politisch ambitionierten, emanzipativen Siedlungsgemeinschaften, die sich ideologisch oft auf den anarchistischen Theoretiker Gustav Landauer beriefen und nach dem Ersten Weltkrieg zu Hunderten entstanden. Landauer hatte im Jahr 1900 die programmatiche Rede „*Durch Absonderung zur Gemeinschaft*“ gehalten, welche die Gründung alternativer Siedlungsgemeinschaften mit missionarischem Pathos vorschlug, um sich von den eigenen Prägungen degenerierter Verhältnisse (und Mitmenschen) zu befreien und schließlich – als Grundlage für die gesellschaftliche Umwälzung – den anarchistischen Sozialismus zu verkörpern.

„*Unsere Erkenntnis ist: wir dürfen nicht zu den Massen hinuntergehen, wir müssen ihnen vorangehen, und das sieht zunächst so aus, als ob wir von ihnen weggingen. Die Gemeinschaft, nach der wir uns sehnen, die wir bedürfen, finden wir nur, wenn wir Zusammengehörige, wir neue Generation, uns von den alten Gemeinschaften absondern. Und wenn wir uns ganz gründlich absondern, wenn wir uns als Einzelne in uns selber tiefst hinein versenken, dann finden wir schließlich, im innersten Kern unseres verborgensten Wesens, die urälteste und allgemeinste Gemeinschaft: mit dem Menschengeschlecht und mit dem Weltall. Wer diese beglückende Gemeinschaft in sich selber entdeckt hat, der ist für alle Zeit bereichert und besiegelt und endgültig abgerückt von den gemeinen Zufallsgemeinschaften der Mitwelt*“ (Landauer 1900).

In den Statuten des von Landauer gegründeten „*Sozialistischen Bundes*“ wird deutlich, dass die Unabhängigkeit vom Staat bei der Vernetzung der freiwilligen Assoziationen elementar für deren Erfolg sei. Die anzustrebende Gesellschaft sei ein „*Bund selbständig wirtschaftender, untereinander in Gerechtigkeit tauschender Gemeinden, deren Individuen im Besonderen frei, im Gemeinsamen freiwillig einig sind*“. Um dies zu erreichen, seien u.a. sozialistische Lebensgemeinschaften jenseits der kapitalistischen Logik zu bilden und dort ein „*Geiste der Freiheit und freiwilligen Einung*“ zu entfalten (Landauer 1912).

Erste lebensreformerische Siedlungsgemeinschaften, die zwar Anarchisten anzogen, aber durchaus nicht immer von deren Geist geprägt waren, etablierten sich Anfang des 20. Jahrhunderts, wobei der „*Monte Verita*“ im Schweizer Tessin aufgrund seiner prominenten Besucher*innen (u.a. Kropotkin, Mühsam, Hesse) bis heute das prominenteste Beispiel ist. Allerdings waren diese Gemeinschaften von einer bourgeois und intellektuellen Aura geprägt

und hatten keinen proletarischen Charakter (vgl. Bollmann 2017). Weitere wichtige Beispiele waren die „*Obstbausiedlung Eden*“ bei Oranienburg, das „*Dürerheim*“ bei Krefeld und die „*Neue Gemeinschaft*“ in Berlin, an der Landauer unmittelbar beteiligt war (vgl. Schmidt 1984, S. 191). Auch diese ersten Siedlungsgemeinschaften sind sicherlich vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Umwälzungen zu betrachten. Sie werden beschrieben als eine Reaktion auf die „*im Zuge der Industrialisierung und Verstädterung auftretenden sozialen Mißstände (...). Landflucht und Überbevölkerung der Städte, Wohnungselend und Alkoholismus in den Großstädten sowie zunehmende Umweltzerstörung kennzeichneten die Situation um die Jahrhundertwende*“ (ebd., S. 190).

Nach dem Trauma des Ersten Weltkriegs, der Niederschlagung der Deutschen Revolution von 1918 und dem verschärften Elend in den Städten brach laut Schmidt (ebd.) ein regelrechtes „*Siedlungsfeuer*“ aus. Oft in Anlehnung an die Frühsozialisten und Landauer entfaltete sich kurzzeitig eine lebensreformerische Traditionslinie, die in Selbstverwaltung gemeinsam Produktionsbetriebe begründete, dem Alkohol und Nikotin entsagte, der Freikörperkultur und freien Liebe frönte und damals schon als überkommene erachtete Institutionen wie die Ehe, die Krone oder das autoritär-preußische Bildungssystem verneinte (vgl. ebd., S. 192). Schmidt zieht eine Linie von den 1901 gegründeten „*Wandervögeln*“ und beschreibt die Siedlerbewegung nach dem Krieg als emanzipative und autonome Jugendkultur. Hatte man die Siedler vor dem Krieg noch als „*Kohlrabi-Apostel*“ verspottet, so wurde die Siedlung nun „*vielen zum Inbegriff ihrer Hoffnungen auf eine grundlegende Erneuerung der Lebensverhältnisse*“ (ebd., S. 194f.), welche die Arbeiterparteien allerdings gänzlich ignorierten. Hauptträgergruppe dieser Jugendbewegung war wiederum eher eine „*Elite der bildungsbürgerlichen Jugend*“ (ebd., S. 195).

„*Schon vor dem erwarteten Zusammenbruch des Industriekapitalismus sollte der „neue Mensch“ entstehen, sollte sich, ausgehend von kleinen Zellen befreiten Landes, die Umwälzung der gesamten Lebensbeziehungen vollziehen (...); durch die „kommunistische“ Gütergemeinschaft, die dem Privateigentum an Grund und Boden und dem kapitalistischen Profitstreben entgegengesetzt wurde; durch die Aufhebung von Arbeits- und Privatsphäre*“ (ebd., S. 196).

Auch Worpswede bei Bremen, wo Heinrich Vogler nach dem Krieg auf dem Barkenhoff eine „*Kommune und Arbeitsschule*“ schuf und Leberecht Migge eine „*Siedlerschule*“ eröffnete, hatte entsprechende Beispiele vorzuweisen. Im Jahre 1921 veröffentlichte Hans Albert im Magazin „*Junge Menschen*“ das „*Manifest der Jugend*“, in der proklamiert wurde, die zukünftige (sozialistische) Wirtschaft, Erziehung und Gesellschaft herausgerissen werde „*aus der Zukunft und stellen es in die Gegenwart: Wir beginnen!*“ (ebd., S. 197).

Allerdings gelang allein schon die Vernetzung der Alternativprojekte in keiner Weise, geschweige denn eine ebenso beabsichtigte, wechselseitige Unterstützung. Schon bald brach der Großteil der Kommunen aus Gründen zusammen, die uns in den 1970er und 1980er Jahren erneut begegneten. Kapitalmangel, mit dem oft nur minderwertiges Land und kaum technisches Hilfsgerät gekauft werden konnten, fehlende landwirtschaftliche Qualifikationen der meist bürgerlichen Aktivist*innen oder fehlende Arbeitsmoral waren wichtige Aspekte (vgl. ebd., S. 200ff.). Auch blieb die Landbevölkerung meist auf Distanz zu den ‚wilden Anhängern einer Nacktkultur‘. Der in jeder Hinsicht geringe Erfolg führte häufig zu massiven Konflikten im Innenverhältnis, mit denen wegen der idealistischen Grundhaltung kaum umgegangen werden konnte.

Schließlich überlebten nur solche Siedlungsgemeinschaften, die sich der Gesellschaft öffneten und z.B. Landheime, Heimvolkshochschulen oder Gymnastikschulen gründeten, sich sukzessive professionalisierten und kapitalistische Arbeitsgrundsätze wie z.B. eine „leistungsgerechte“ Entlohnung einführten (vgl. ebd., S. 206). Und selbst diese Einheiten wurden – soweit sie emanzipativen Charakter hatten – spätestens mit dem Sieg des Nationalsozialismus aufgelöst. Eine neue Bewegung selbstverwalteter Betriebe und Kommunen entstand in Deutschland dann erst wieder im Anschluss an die Studentenbewegung von 1968, wobei die berühmt Kommune 1 hier vielleicht einen spektakulären Beginn markiert.

3 Die Entwicklung der Alternativbewegung und Selbstverwaltungsszene in der BRD

Ausgehend von der Studentenbewegung von 1968, welche die Bundesrepublik sowohl politisch als auch soziokulturell nachhaltig veränderte, entfaltete sich in den 1970er Jahren eine hochgradig vernetzte, in Kollektiven organisierte ‚Gegenkultur‘. Mit ihren Ansprüchen auf Gleichheit, Ganzheitlichkeit, Solidarität und Selbstbestimmung versuchten die zahllosen selbstverwalteten Projekte, die in ein noch größeres *Alternatives Milieu* eingebettet waren, das kapitalistische Ordnungsmodell herauszufordern.

Unsere zentralen Fragen nach den Motiven und Ansprüchen dieser Aktivisten der Selbstverwaltungsszene wurden bereits damals intensiv - sicher noch konsequenter als heute - gestellt und beforscht. Was waren die Motive für die Begründung dieser Projekte und wie haben sie sich sukzessive verändert? Was forderten die Beteiligten für sich, von sich und den anderen Mitwirkenden sozial und politisch ein? War ein ‚richtiges Leben im falschen‘ überhaupt möglich? Wirkten die Projekte als Motor des politischen Widerstandes oder absorbierten sie revolutionäre Energie?

Mit der Diskussion und wissenschaftlichen Bearbeitung dieser Fragen liegt uns eine Folie für die Bearbeitung unseres Projektvorhabens vor. Ausgehend von der Herausbildung einer breiten linksorientierten Subkultur – die 1970er Jahre gelten auch als ‚rotes Jahrzehnt‘ – ab 1968 (3.1) sollen die programmatiche Hinwendung der undogmatischen Linken zur ‚Gegenkultur‘ in Selbstverwaltung beim Tunix-Kongress 1978 skizziert werden (3.2). Im Anschluss stehen die konkreten Motive und Ansprüche (3.3) im Fokus, ehe abschließend die Ursachen für ein relatives Scheitern bis Ende der 1980er Jahre analysiert werden (3.4). Zwar haben sich etliche der damals gegründeten Projekte sicherlich gehalten, doch ging zu großen Teilen ihr ‚gegenkultureller‘ Charakter verloren.

3.1 Historische Eckpunkte: Zur Herausbildung der Alternativ-Kultur ab 1968

Eitler beschreibt die in den 1960er Jahren sich entwickelnden alternativen Bewegungen als einzelne Akteure oder Gruppen, die ihre politischen Interessen verfolgten und auch als solche in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. „*Die Alternativkultur erweiterte und unterwanderte die traditionellen Grenzen des politischen Raumes, sie konstituierte und etablierte neuartige Themen und Techniken, Formen und Foren der Politik die in den sechziger Jahren in Kontext der Außerparlamentarischen Opposition erstmals veritabel ins Wanken geraten waren*“ (Eitler 2010, S.335).

Die sogenannte „Alternative“ war eine Schlüsselinitiative der modernen Bewegungen, die wesentliche Bereiche der Gesellschaft und der Lebensführung betrafen. Die von ihnen propagierten Alternativlösungen sollten umfassend sein.

Vor allem die ökonomischen Verhältnisse und Selbstverständnisse der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wurden kritisiert, wie auch der Kapitalismus insgesamt. Beabsichtigt war die Etablierung einer dem Gemeinwohl verpflichtete Ökonomie, als Gegenpol zum vorherrschenden Wachstumsdogma dieser Zeit.

In der Kritik standen aber auch das politische System insgesamt sowie deren inhaltliche Ausrichtung. Gefordert wurde mehr Demokratie, unmittelbare Beteiligung in Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, gekoppelt an eine emanzipative, international und sozial ausgerichtete Politik.

Wichtig waren darüber hinaus, vor allem in den 1970 Jahren, der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und ein weniger entfremdetes Verhältnis zur Natur. Um dieser politischen Ausrichtung Nachdruck zu verleihen, forderte die „*Alternative*“ eine auf den Erhalt der natürlichen Ressourcen ausgerichtete Politik. Somit richtete sie sich konkret gegen eine Ressourcenausbeutung und Technikgläubigkeit nach rein kapitalistischen Interessen z. B. gegen die atomare Bedrohung durch Waffen und in der Energiegewinnung.

Die „*alternativen*“ Lebenszusammenhänge der Menschen sollten wesentlich auf den Stützpfeilern der Solidarität basieren; sie richteten sich also gegen konkurrenzgetriebene Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Das Konsumverhalten sollte den individuellen und kollektiven Bedürfnissen angepasst sein, was die Forderung des nachhaltigen Wirtschaftens noch weiter unterstrich. Der Konsum – so die Idee – sollte vor allem nicht als Ersatzbefriedigung für fehlende Selbstbestimmung dienen (vgl. Rucht 1994, S.76).

Die „*Alternative*“ wurde von ihren Trägergruppierungen in einem öffentlich artikulierten Protest verdeutlicht. Hervorzuheben ist hier besonders die Studentenbewegung, die in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der Elterngeneration, dem überkommenen Bildungs- und Universitätssystem sowie dem wirtschaftlichen Aufschwung – hin zum sogenannten Wirtschaftswunder – stand. Die gesamte, primär auf die Ökonomie ausgerichtete politische Ausrichtung der 1950er und 1960er Jahre wurde kritisiert. Ein erster Widerstand begann sich mit Slogans wie „*Das Maximale für jeden!*“ oder „*Wir wollen alles und wollen es jetzt!*“ zu formulieren (vgl. ebd., S.62f.).

Diese Slogans trafen den Nerv eines Teils der westdeutschen Linken und der Jugend, die sich kritisch mit den kulturellen Wertvorstellungen der Elterngeneration auseinandersetzte. Sie entwickelten eigene Werte und Normen. Besonders das kritisierte „*Establishment*“ befürchtete die Ablehnung etablierter Werte der Nachkriegszeit und des Wirtschaftswunders.

Nach dem Wiederaufbau des Zweiten Weltkrieges, der Besatzungszeit in den 50er Jahren aber zunehmend ab den 60er Jahren bildeten sich erste sub- und gegenkulturelle Gruppen. Ein politisch opportuner Ansatz zeichnete sich durch die Studentenbewegung ab. Sie selbst sah darin einen revolutionären Aufbruch gegen die Gesellschaft. Parallel entwickelte sich die gegenkulturelle Bewegung der Jugendlichen, die sich in ihrem Lebensstil, Kleidung und insbesondere in der bevorzugten Musikrichtung abzeichnete (vgl. Farin 2010).

Das Verhältnis der älteren Generation zum politischen und kulturellen Aufbruch der Jugend war sehr kritisch. Die sich entwickelnde kulturelle Szene – hier besonders die Musikszene – war der älteren Generation unverständlich und die durch die Musik transportierten politischen Ideen zu „*radikal*“. Doch nicht nur Unverständnis wurde der jüngeren Generation entgegengebracht. Besonders die Studentenbewegung wurde von breiten Bevölkerungsschichten wie auch von der Politik als extrem und gefährlich angesehen.

‘Speerspitze‘ in der Diskreditierung der Studentenbewegung war sicherlich die Springer-Presse mit der Bild-Zeitung an vorderster Stelle. Mit Bezug auf das Attentat auf den prominentesten Vertreter der Bewegung, Rudi Dutschke, schreibt hierzu etwa Eisenberg:

„Springer hatte zwar nicht selber den Finger am Abzug gehabt, aber ohne die in den Monaten vor dem Attentat von der Springer-Presse entfesselte Hetzkampagne gegen die rebellierenden Studenten (...) wäre die Tat von Bachmann kaum möglich gewesen. (...) Als verantwortungslose Störer, bösartige Krawallmacher, Rowdies, rote SA, Kriminelle und als Schädlinge der Gesellschaft hatten die Springer-Zeitungen die Studenten beschimpft, nur weil sie von einem Grundrecht Gebrauch gemacht und gegen den Vietnamkrieg, Pressekonzentration, Notstandsgesetze und die Große Koalition demonstriert hatten. Die Springer-Blätter erklärten die Studenten zu Freiwild und forderten zur Selbstjustiz auf: „Man darf auch nicht die ganze Dreckarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen“, hieß es zum Beispiel in der Bild-Zeitung vom 7.2.68“ (Eisenberg 2018).

Politisch umfasste die Ablehnung der Studentenbewegung das gesamte Parteienspektrum bis hin zur SPD. Ausgehend von der Positionierung zur Wiederbewaffnung hatte die SPD bereits Anfang der 1960er Jahre einen Unvereinbarkeitsbeschluss von Mitgliedschaften im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und der SPD befasst. Gleichwohl haben die Studentenbewegung und das alternative Milieu als Träger der „Neuen Sozialen Bewegungen“ die bundesdeutsche Gesellschaft politisch und kulturell stark geprägt. Im Folgenden werden einige dieser Gruppierungen grob skizziert.

Die Studentenbewegung: Eine bedeutende Rolle spielte der *Sozialistische Deutsche Studentenbund* (SDS), der sich im Jahr 1961 von der SPD abspaltete und sich in der Folge zunehmend zu einer außerparlamentarischen „Neuen Linken“ entwickelte. Mitte der 1960er Jahre schloss er sich mit anderen linksgerichteten Studentenverbänden zur gegenseitigen Unterstützung in einem Abkommen zusammen. Aus dem SDS etablierte sich die „Außerparlamentarische Opposition“ (APO), die u.a. gegen die Notstandsgesetze (diese wurden im Mai 1968 verabschiedet) demonstrierte. Die Verabschiedung fand bereits in einer aufgeheizten Stimmung statt, was etwa an die Jugendprotesten (z.B. Straßenbahnunruhen 1968 in Bremen) und dem Attentat auf Rudi Dutschke oder an ersten Kaufhaus-Brandstiftungen deutlich wurde.

Mit der 68er Bewegung waren zunächst Hochschulreformen eingefordert worden. Als im Juni 1967 der Shah von Persien Berlin besuchte, kam es zu Ausschreitungen, als demonstrierende Studierende von der Polizei und Schlägertruppen des Schahs angegriffen und der Student Benno Ohnesorg getötet wurde. Nach einem weiteren Anschlag auf Rudi Dutschke, dem bekanntesten Wortführer der Studentenbewegung, Marxist und Soziologe, kam es zu massiven Unruhen. Des Weiteren stellte sich die Bewegung gegen den Pressemonopolisten Axel Springer und dessen Bedeutung für die westdeutsche Meinungsbildung am Beispiel der „Bild Zeitung“. Von den Studierenden wurde eine demokratische Kontrolle der Presse gefordert. Bereits Ende der 1960er Jahre setzte eine Zersplitterung der SDS ein. Im Jahre 1970 löste sie sich schließlich auf. Die längst über die Studierenden hinausgewachsene Bewegung zersplitterte sich in verschiedene Gruppen: Reformer, welche die SPD und damit die Gesellschaft zu verändern versuchten, K-Gruppen, der bewaffnete Untergrund und schließlich die undogmatisch linke Sponti-Szene.

Durch die politische Diskussion veränderte sich zunehmend das Wertesystem der jüngeren Generation. Erste Kritik bezogen auf das Konsumverhalten als umweltschädigende

Ersatzbefriedigung für ein Leben in Selbstbestimmung kam auf. Dies reicht bis hin zur Aussage der späteren RAF-Terroristin Ulrike Meinhof, dass ein Übermaß an Konsum den Menschen entpolitisieren würde (vgl. Sedelmaier 2010).

Schon zum Höhepunkt der Studentenbewegung 1968 wurden - primär in der politisch aktiven „*Sponti-Szene*“ - alternative, selbstorganisierte Lebensversuche erprobt, in denen es auch um die Befreiung der eigenen „*kleinbürgerlichen*“ Sozialisation ging. Besonders prominent ist hier die „*Kommune 1*“ in Berlin, bald auch die stärker politisch akzentuierte „*Kommune 2*“. Aus diesem Milieu heraus bildeten sich ab Anfang der 1970 Jahre in allen größeren westdeutschen Städten erste politische und lebensreformerische Wohngemeinschaften, selbstverwaltete Kinderläden oder Kulturzentren und dergleichen mehr. Ein echter politischer Anspruch ging von diesen Projekten allerdings noch nicht aus.

Die Frauenbewegung: Laut der Soziologin und Aktivistin Gisela Notz hat die jüngere Frauenbewegung ihre Wurzeln insoweit in der Studentenbewegung, als spätere Aktivistinnen der Reproduktion überkommener Geschlechterrollenmuster von den aufbegehrenden Studierenden scharf kritisiert hatten (vgl. Notz 2006). Die sogenannten „68er“ setzen damit eine Tradition fort, die sich schon bei den älteren Frauenbewegungen gezeigt hatte. In der Arbeiterbewegung war die „*Frauenfrage*“ stets ein Nebenwiderspruch neben dem Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit. Dies änderte sich gegen Ende der 1960er Jahre. In der Literatur werden die neuen Frauenbewegungen daher mit einer gewissen Berechtigung als Folge der Studentenbewegung behandelt, schließlich waren die beteiligten Frauen ein Teil der Bewegung. Ohne die Dynamik der „*Neuen Linken*“, insbesondere des SDS, wäre die Entwicklung des Feminismus der 1970er Jahre nicht denkbar gewesen (vgl. Notz 2006).

Während einer Delegiertenkonferenz der SDS kam es zum Eklat über den Vorwurf der gesamtgesellschaftlichen Ausbeutung von Frauen. Wobei die männlichen Delegierten auf Grund ihrer Verweigerungshaltung gegenüber den Frauen, von diesen mit Tomaten beworfen wurden. Die heftig umstrittene, bis heute anhaltende Diskussion um den Frankfurter Tomatenwurf lässt sich als Anzeichen für die außerordentliche Bedeutung lesen, die diesem Gründungseignis der Neuen Frauenbewegungen beigemessen wird. Die SDS-Frauen wehrten sich gegen die Ignoranz der SDS-Männer. Diese nahmen das spezifische Ausbeutungsverhältnis, dem Frauen mit Blick auf ihre vermeintlich privaten Probleme unterworfen waren, nicht zur Kenntnis. Die SDS-Frauen wehrten sich gegen ihre alleinige Zuständigkeit für Kindererziehung und Reproduktionsaufgaben, die sie daran hinderte bei der politischen Arbeit eine gleichberechtigte Rolle einzunehmen. Sie wollten, dass die Gebärfähigkeit Frauen nicht länger zum gesellschaftlichen Nachteil gereicht und Kindererziehung nicht länger Privataufgabe der Mütter sei, sondern als gesellschaftliche Frage betrachtet werde. „*Das Private ist politisch*“ wurde zum Slogan der neuen Bewegungen. In Erweiterung des traditionell männlichen Politikbegriffs sollte damit die politische Dimension scheinbar privater Beziehungsstrukturen hervorgehoben werden. Es ging um eine zentrale Kritik der patriarchalen Abhängigkeit und Unterdrückung und damit um eine grundlegende Veränderung des linken Politikverständnisses (vgl. ebd.).

Faktisch ist die angestrebte gewaltfreie, lebendige, vielfältige, basisdemokratische Gesellschaft, in der Frauen und Männer sich als Ebenbürtige begegnen und anerkennen, auch für die am besten ausgebildete Frauengeneration - die es in der Geschichte je gab - nicht erreicht worden. Wenn die Töchter auch nicht zu rebellieren schienen, kann die

Wirkung der Frauenbewegung der 1970er Jahre auf Erziehungsweisen, Verhaltens- und Umgangsformen sowie auf die Gesetzgebung nicht übersehen werden. Kinderläden hatten entscheidenden Einfluss auf die bestehende öffentliche und private Kinderbetreuung. Die Kinderläden waren durchaus als Selbsthilfe zur Betreuung der Kinder angedacht, da das Angebot an Kindergärten mangelhaft war. Zugleich sollten traditionelle oder konfessionelle Erziehungsansätze keinen Einfluss auf die Kinder haben. In der Diskussion standen „antiautoritäre“ Modelle mit in einer selbstverwalteten Struktur, angepasst an die Bedürfnisse der berufstätigen oder studierenden Frauen.

Selbstverwaltete Wohngemeinschafts- und Kommunenbewegungen oder autonome Frauenzentren hatten starke gesellschaftliche Ausstrahlungen im Kampf um die Veränderung der Geschlechterrollen und für ebenbürtige Geschlechterverhältnisse. Die Frauenbewegung hat viele eigene Einrichtungen geschaffen, die sich sukzessive zunehmend professionalisiert und öffentliche Institutionen entscheidend beeinflusst haben. Ihre Aktionsformen und ihr Politikstil förderten grundlegend nicht nur die Kompetenzbildung innerhalb der eigenen Reihen, sondern auch die in der Mitte der 1970er Jahren entstandenen sozialen Bewegungen.

Die Jugendbewegung: Von den „Swinging Sixties“, den Flower Power People, Hippies bis zum Höhepunkt des Woodstock Festivals, den Gammern, den Beatniks, der Beeinflussung durch den Rock „n‘ Roll“, von der Wirkung der Soul-, Blues-, Jazz und Popmusik aus den USA, einschließlich der Filmszene, noch weiter musikalisch untermauert von der Disco Welle, gemixt mit Punk und Pop, Hard Rock und Reggae bis hin zur New Wave Bewegung war es für diese Generation eine unglaubliche Mixtur eines neuen Aufbruches. Spirituell machten die Hare Krishna, okkult satanische Sekten oder Bhagwan, als indischer Philosoph mit einer großen Anhängerschaft auf sich aufmerksam und entsetzten die konservativen Christen in der BRD. Die Selbstverbrennung eines Mönches (1963) wies auf die Unterdrückung des Buddhismus und das Grauen des Vietnamkrieges hin und löste eine weltweite Protestwelle gegen diesen Krieg aus. In den 1970er Jahren entwickelte sich die - aus den USA kommende - inspirierende New Age Bewegung mit ihren alternativ ganzheitlichen Ansätzen. Vielen Jugendlichen ging es um die Findung einer eigenen Identität, frei von traditionellen Normen älteren Generationen. Bürgerliche Moral und gesellschaftliche Tabus wurden abgelehnt.

Politisch werden die 1960er und 70er Jahre als die Zeit des sich entwickelnden Wohlstandes und des Protestes beschrieben. Beeinflusst durch die deutsche Geschichte und der nationalsozialistischen Vergangenheit entwickelte sich bei den Geburtsjahrgängen nach dem Zweiten Weltkrieg eine kritische Haltung zur Gesellschaft und Politik. Die Verdrängung des begangenen Unrechts während des Nationalsozialismus ebenso die Kriegsverbrechen wurden angeprangert. Die Übernahme moralischer Verantwortung für diese Verbrechen war kaum erkennbar. Das distanzierte Verhalten der Jugend zu ihren Eltern und Großeltern kann als impulsgebend für die eigene Suche nach alternativen Lebensmodellen betrachtet werden.

Die Hausbesetzerbewegung: Auch diese Szene entwickelte sich aus den Protesten der Studierenden. Der Wohnraum war knapp und in den Großstädten überteuert. In der Kritik stand das politische System. Stadterneuerungsplanungen orientierten sich nicht am gesellschaftlichen Bedarf. Parallel entwickelten sich in der BRD Wohngemeinschaften und erste Kommunen, da die Jugend eine Loslösung des elterlichen Heimes zur persönlichen

Entwicklung und alternativen Lebens ohne Einflussnahme bevorzugte. Wohngemeinschaften entwickelten sich, die „*Kommune 1*“, (gegründet 1967) machte durch politisch ausgerichtete Aktionen auf sich aufmerksam. Der Mitbegründer Kunzelmann und der SDS-Kommune-Arbeitskreis diskutierten darüber, dass die Kleinfamilie die freie Entwicklung des Menschen verhindern würde.

Aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes waren große Wohnungen für die Studierenden der 1960er Jahre oft zu teuer und durch eine gemeinschaftliche Nutzung von Küche und Bad konnten die Kosten geteilt werden. Eine gemeinschaftliche Haushaltung sowie die gemeinschaftliche Betreuung der in den Wohngemeinschaften lebenden Kinder entlasteten die Bewohner*innen spürbar. Schwierig war anfänglich die juristische Stellung der einzelnen Bewohner*innen. Dies betraf vor allem die Ausgestaltung der Mietverträge mit Haupt- und Untermieter*innen. Geklärt werden musste zudem wie die Mietkosten aufgeteilt werden sollten, was häufig zu Streitigkeiten und nächtelangen Diskussionen führte.

Am Beispiel Bremens kann gezeigt werden, dass auch noch in den 1960er Jahren Teile der Bevölkerung unter dem Abriss der Ruinen des vorhergehenden Jahrzehnts litten. Baracken oder Notunterkünfte der Nachkriegszeit waren noch nicht gänzlich aus dem Stadtbild verschwunden. Gleichzeitig entstanden in den 1960er Jahren gänzlich neue Stadtteile, wie in Bremen die „*Neue Vahr*“. Die Entwicklung von Großwohnsiedlungen sollte die Wohnungsnot in den Großstädten mildern. In der Stadtmitte Bremens wurden funktionale Hochhäuser und Brücken geplant, der Wiederaufbau der Autobahnbrücken vorangetrieben, um die Infrastruktur zu verbessern. In den 1970er Jahren plante die Politik den Bau der nächsten Großwohnsiedlung in Osterholz-Tenever. Mit der Gründung der Bremer Universität im Jahr 1971 verschärfte sich der Wohnungsmarkt durch den Zuzug von Studierenden noch weiter. Die „*Auf den Häfen 30/32*“-Hausbesetzung im Jahre 1973 führte zu großen Konflikten mit dem Senat und zu Polizeieinsätzen. Beteiligt waren Studierende, Schüler*innen und Lehrlinge, sie forderten ein Jugendzentrum mit einer Selbstverwaltung und bezahlbaren Wohnraum. Angeprangert wurden die Leerstände von Büroräumen in der City und die geplante Altstadtsanierung des Ostertorviertels. Die meisten Hausbesetzungen sind in Deutschlands Großstädten wie Berlin, Hamburg, Frankfurt und München ab Anfang der 1970er und der 1980er Jahre entstanden. Die politische Meinung und Informationen wurden auf der Straße, Häuserwänden, Plakaten und Flugblättern verbreitet. Gleichzeitig entstanden in den besetzten Häusern viele selbstverwaltete Kultur-, Jugend- und Frauenzentren und Frauenhäuser, sowie gemeinschaftlich bewohnte Wohnzentren.

Die im ‚Dritten Reich‘ sozialisierte Generation sah in den Hausbesetzungen eine Provokation und befürchtete einen gefährlichen Einfluss von kommunistischer Agitation und einen Lebensstil der freien Liebe, mit Drogenkonsum, wilder Musik und der Vernachlässigung von Ausbildung und Studium. Sie konnten darin nicht, wie von den jugendlichen Aktivisten gefordert, die Abschaffung von Wohnungsnot, Mietwucher und betrieblicher Ausbeute erkennen.

Die Arbeiterbewegung: „Die durchgreifende Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern, besonders nach dem Zweiten Weltkrieg, geht nicht (...) auf die Aktivitäten der Arbeiterbewegung zurück. Doch ist die Entwicklung zum modernen Sozialstaat ohne Gewerkschaften und sozialistische Parteien schwer vorstellbar. (...) In Westdeutschland setzte sich schon bis Mitte der 60er Jahre so etwas wie die Entproletarisierung der Lebenshaltung der Arbeiterfamilien durch; die untere

Hälfte der Gesellschaft wurde, ohne ihren Lohnabhängigen-Status zu verlieren, Teil der Konsumgesellschaft“ (vgl. Brand 2010).

Forderungen nach betrieblicher Mitbestimmung wurden propagiert und die Gewerkschaften konnten eine steigende Anzahl von Arbeitsplätzen mit Betriebsräten verzeichnen. Damit gewannen sie zunehmend deutlich an Einfluss in den Betrieben. Ein Zugewinn an Mitbestimmung durch die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und der Arbeitsschutzrichtlinien fand statt. Mit Zunahme des Organisationsgrades stellten die Gewerkschaften in ihren Tarifforderungen eine Anhebung der Löhne gekoppelt mit gleichzeitiger Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit vor, welche auch kontinuierlich durchgesetzt werden konnte.

Innerhalb der größeren Betriebe debattierte die jüngere Belegschaft über eine Abflachung der hierarchischen Strukturen. Selbstverwaltungsstrukturen sollten mit dem Einsatz der Aufsichtsräte (erstmalig i. MontanMitbestG) umgesetzt werden. In den meisten deutschen Betrieben klang das noch nach einem fernen Zukunftsmodell, da diese noch nach den vorherrschenden autoritären Systemen organisiert waren.

In der Arbeiterbewegung waren der „*Klassenkampf*“ der Kommunisten und die 68er Bewegung aber nicht angekommen. Die Arbeiter*innen tendierten eher zu reformerischen Aktivitäten der Gewerkschaft, die soziale Erleichterungen und Arbeitsschutzmaßnahmen nach sich zogen. Mit diesen Forderungen konnten sie sich identifizieren und die Gewerkschaften sicherten sich einen Verhandlungsvorteil in den nächsten Tarifabschlüssen. Dabei wurde die tatsächliche Streikbereitschaft als relativ gering eingestuft. Die Teilhabe am Wirtschaftswachstum war substanziell wichtiger als die Frage nach einer Befreiung aus ‚entfremdeten‘ Arbeitsverhältnissen. Einkommen, Kaufkraft und Konsumorientierung lagen im Fokus. Waren die Ziele der Studentenbewegung nicht klar genug skizziert worden, die Verbreitungen von Flugblättern und Schriften nicht ausreichend, die Diskussionen und ein politischer Umbruch mit einem fragwürdigen Ausgang zu unsicher?

Dieser historische Streifzug in die Jahrzehnte von 1960 bis zum Ende der 1970er Jahre zeigt eine höchst vielfältige Entwicklung in sehr unterschiedlichen Lebensbereichen auf. Die Studentenbewegung zersplitterte schon bald in verschiedene Strömungen, die sich später ihrerseits auflösten oder in die Mehrheitsgesellschaft reintegrierten. Immerhin wurde die Gesellschaft zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit genötigt. Alternative Bewegungen änderten die politische Parteienlandschaft und die politische Diskussion wurde Teil der sich demokratisch und kritisch entwickelnden Gesellschaft. Durch die Studentenbewegung konnten die Bildungsreform und eine Modernisierung der Universitäten verstärkt werden. Das Engagement der Hausbesetzer zeigte eine Wirkung auf die Wohnungsnot und es wurden Mieterschutzgesetze durchgesetzt, wodurch sie – zwar erst später – eine breitere Zustimmung in der Gesellschaft fanden.

Es bildeten sich in der Jugendbewegung neue heterogene Bewegungen, die konträren Einflüssen ausgesetzt waren und entgegengesetzte Ziele verfolgten. Sie waren sehr unterschiedlichen politischen, kulturellen und sozialen Einflüssen ausgesetzt und haben sich vielfältig ausdifferenziert. Übernommen wurde die sexuelle Befreiung. Langsam entwickelte sich eine teilweise Akzeptanz der Lesben- und Schwulenbewegung. Die Frauen emanzipierten sich in der Frauenbewegung und kämpften um ihre Selbstbestimmungsrechte. Sie etablierten ihre bis heute wichtigen selbstverwalteten, professionell geführten Projekte.

3.2 Der TUNIX-Kongress von 1978 als programmatische Geburtsstunde der Selbstverwaltungsnetzwerke

Die großen theoretischen Konzepte des SDS und der APO waren ebenso gescheitert, wie der Versuch einiger kommunistischer Gruppierungen, die Arbeiter zum Klassenkampf zu führen. Offenbar war die arbeitende Bevölkerung zu sehr mit sich selbst und der Steigerung ihres Lebensstandards beschäftigt, als dass sie zu einer Revolution bereit gewesen wäre. Damit hatten sich die Ziele der 1968er Bewegung bis auf wenige Ausnahmen als utopisch erwiesen. Der Versuch, sie mit Gewalt durchzusetzen, war ebenfalls gescheitert. Die erste Generation der RAF-Terroristen hatte im Herbst 1977 im Hochsicherheitsgefängnis Stuttgart Stammheim Suizid begangen, nachdem die Entführung einer Lufthansamaschine zum Zwecke ihrer Freipressung gewaltsam beendet wurde, ohne dass die Terroristen ihr Ziel erreicht hätten.

In diesem politischen Klima der Desillusionierung und Repression veränderte sich die Orientierung der Berliner Sponti-Szene. Es entstand die Idee, sich vom revolutionären Anspruch und der Mehrheitsgesellschaft zu lösen und sich an den „Strand von TUNIX“ zu verabschieden. Sie formulierten einen Aufruf, in dem sie unter anderem den Mief der Amtsstuben, die spießige Moral und die Einschränkung der persönlichen Freiheit anprangerten. Sie wollten „raus aus dem gesellschaftlichen Sumpf“ und „ihr eigenes Ding“ machen (vgl. Sontheimer, 2008). Wörtlich hieß es in dem Aufruf zum „TUNIX-Kongreß“ im Januar 1978:

„*Uns langt's jetzt hier! (...) Sie haben uns genug kommandiert, die Gedanken kontrolliert, die Ideen, die Wohnung, die Pässe, die Fresse poliert. Wir lassen uns nicht mehr einmachen und kleinmachen und gleichmachen. – Wir hauen alle ab!...zum Strand von TUNIX*“ (Geronimo 1995, S. 86).

Der Aufruf verbreitete sich in der linksgerichteten Szene erst in Berlin und dann in der Bundesrepublik und dem westeuropäischen Ausland. Was dann geschah, übertraf die Erwartungen der Initiatoren bei weitem. Erst geplant als „*Drei Tage Fest*“ entwickelte sich der Kongress zur größten linksintellektuellen Veranstaltung seit Beginn der Studentenbewegung mit mehreren tausend Teilnehmern. Die Schätzungen schwanken zwischen 5.000 und 20.000 (vgl. Malcher 2015; Neumann, 2008, S. 6). Um die rapide steigenden Anzahl der Kongressanmeldungen zu organisieren, gründeten die Initiatoren den Koordinationsausschuss TUNIX. Der Druck von Flugblättern, die Suche von Unterkünften und Veranstaltungsräumen wurde neben weiteren vielfältigen Aufgaben bewältigt. Eine organisatorische und finanzielle „*Herkulesaufgabe*“, die in kürzester Zeit gemeistert werden musste. Die Technische Universität stellte Räume zur Verfügung, in Kneipen hingen Zettel mit Suchanfragen für Schlafmöglichkeiten und Geld wurde per Spendenaufruf gesammelt: „*Da TUNIX eine Geschichte von uns allen ist, spendet ein bisschen, wenn ihr könnt*“ (Daum u.a. 2018). Am 27. Januar 1978 starteten Gruppen- und Podiumsdiskussionen sowie Film- und Theateraufführungen. Es gab Informationsstände, Demonstrationen und selbstverständlich wurden auch Feten initiiert.

Kasper (2017, S. 328ff.) betont eine schon vor dem Kongress einsetzende Entwicklung der undogmatisch linken Sponti-Szene hin zu den alternativen „*Neuen Sozialen Bewegungen*“. Er konstatiert für den Kongress selbst eine „*Zerrissenheit des Sponti-Milieus zwischen Neuer Linken und den Neuen Sozialen Bewegungen, zwischen Rückzug in die Alternativszene und neuen Interventionismus*“ (ebd., S. 329).

Diese Zerrissenheit spiegelt sich etwa darin, dass es einerseits auf der Hauptdemonstration weiterhin um die ‚Freiheit der politischen Gefangenen‘ ging und explizit Helmut Schmidts Wahlkampslogan „Das Modell Deutschland“ in Form einer Fahne durch den Dreck gezogen und entzündet wurde.² Andererseits galt der Kongress als der Startschuss „zu der bis dato stärksten Gründungswelle von ökonomischen Alternativprojekten“ (Geronimo 1995, S. 90). Und Sontheimer, der selbst am Kongress beteiligt war, kommt im Rückblick zu dem Befund, dass die Sponti-Szene mit dem Kongress eine unbeabsichtigte Transformation durchlief.

„Die Organisatoren hatten es weder beabsichtigt noch erwartet, dass Tunix zum strategischen Wendepunkt für die radikale Linke werden würde. Der Paradigmenwechsel sah so aus: Statt sich weiter in einer hoffnungslosen Konfrontation mit dem Staat zu verschließen und eine Revolution zu propagieren, die ohnehin nicht kommen würde, geht es darum Alternativen aufzubauen...“ (Sontheimer 2008).

Aktivisten stellten zahllose selbstverwaltete Projekte vor, was er als „beflügeln“ empfand. Er sieht einen tiefgreifenden Einfluss dieser Projekte auf die weitere Entwicklung der BRD und zugleich einen unbeabsichtigten Reintegrationsprozess der Szene.

„Für uns allerdings begann mit Tunix der Aufbruch in die Alternativszene. In diesem Milieu fiel dann der Startschuss für Projekte, die dann tatsächlich die Republik veränderten – für die taz, vor allem für die Partei „Die Grünen“, aber auch für zahlreiche Öko-Bauernhöfe oder Tüftlerkollektive, die an Solaranlagen und Windrädern herumzuschrauben begannen. Dass unser Sponti-Aufbruch letztlich zu einem langen Marsch zurück in die Gesellschaft werden würde, hätte ich allerdings in den Tagen von Tunix wütend dementiert“ (ebd.).



Quelle: Spiegel-Online: www.spiegel.de/fotostrecke/soziale-bewegungen-fotostrecke-108878.html

Als einziger etablierter Politiker nahm der Berliner Wissenschaftssenator Peter Glotz am Kongress teil. Zusammen mit dem Präsidenten der FU-Berlin Eberhard Lämmert, dem Soziologen Peter Brückner, dem Publizisten Daniel Cohn-Bendit, dem Göttinger Stadtindianer Mescalero und drei Vertretern der Sponti-Szene diskutierten sie über die „Die Theorie von

² Aus Sicht der Szene stand dieses „Modell Deutschland“ für die scharfe Repressionspraxis, Berufsverbote, Isolationshaft der politischen Gefangenen und den Atomstaat (vgl. Geronimo 1995, S. 85f., Sontheimer 2008).

den 2 Kulturen“. Peter Glotz hatte erkannt, dass sich in den Großstädten eine radikal-alternative Parallelgesellschaft zu entwickeln begann (vgl. ebd.). Bei allem revolutionären Impetus war der Rückgewinn von Selbstbestimmung nach den zahlreichen Repressionserfahrungen zentral. „*Wir fangen wieder an, unser Leben in unsere eigenen Hände zu nehmen. Wir werden wieder den Mut haben, zu dem zu stehen, was wir eigentlich wollen. Wir scheißen auf das Modell Deutschland*“ (Liesemer 2018).

Sie wollten – über die bestehenden hinaus – konkrete alternative Projekte zum Beispiel in den Bereichen Ernährung, Medien, Lebensweisen, Bildung, Parteien, Kultur, Ökologie und Wohnen starten. Der Plan sah vor, dass sich überall „*Inseln des richtigen Lebens im falschen System*“ (vgl. Sontheimer, 2008) bilden sollten, die überregional vernetzt waren, um dann langsam zusammenzuwachsen und so zu einer Veränderung der Gesellschaft führen würden. Dafür bot der Kongress eine erfolgversprechende Bühne, denn hier trafen sich die Interessierten, die entweder von solchen Projekten träumten oder sie schon teilweise umgesetzt hatten.

Zu den vorgestellten Projekten gehörte beispielsweise die Arbeiterselbsthilfe (ASH) aus Frankfurt, die 1975 aus einer linksorientierten studentischen Wohngemeinschaft hervorgegangen war. Anfangs war die ASH ein Projekt zur Unterstützung von arbeitslosen Jugendlichen. Schon ein Jahr später scheiterte dieser Ansatz. Aus Frustration über diese Erfahrung mit der Jugendsozialarbeit gründeten einige Mitglieder die Kommune „*Nie mehr Sozialarbeit*“, die ihr Geld mit Wohnungstrümpelungen verdiente. Nach Problemen mit dem Vermieter suchte sich die Gruppe ein neues Domizil und fand es in einer ehemaligen Schuhfabrik im Stadtteil Bonames. Hier entstand der ASH Bonames. Die Arbeiten wurden nach dem Umschichtsystem erledigt, d.h., dass jede*r alles machte. Später kamen Kulturprojekte, selbstverwaltete Wirtschaftsbetriebe und die Ökobank hinzu.

Viele dieser „*Inseln*“ wie Bioläden und Ökobauern, Fahrradwerkstätten und Reiseagenturen, Stadtteilgruppen, Bürgerinitiativen und Jugendbegegnungsstätten wurden umgesetzt. Einige Projekte hatten nur eine kurze Lebensdauer, andere wurden zu Institutionen, deren Ursprünge auf den dreitägigen Kongress vom Januar 1978 zurückzuführen sind. Besonders prominent ist sicherlich die bundesweit vertriebene *tageszeitung* (taz), deren Gründung hier vorbereitet wurde. Die erste Ausgabe des alternativen, selbstverwalteten Zeitungsprojektes erschien am 27. September 1978. Die *taz* ist trotz aller finanziellen Probleme, die sie in der Vergangenheit hatte, immer noch als Tageszeitung Teil der Medienlandschaft. Sicherlich nicht mehr in dem Geist, der am „*Strand von TUNIX*“ herrschte, aber sie unterscheidet sich deutlich vom medialen Mainstream.

Die Grundzüge der „*Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz*“ wurde auf dem TUNIX-Kongress ebenfalls ausgearbeitet und am 5. Oktober 1978 wurde sie gegründet. „*Marxisten, Maoisten, Ökofundis, Feministen, Pazifisten und Utopisten waren angetreten, um gemeinsam die Parlamente zu erobern. Ihr Schlachtruf: „Wir wählen uns jetzt selbst“*“ (Loy 2008). Am 18. März 1979 trat sie bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin an. Mit 3,7% erreichte sie einen beachtlichen Erfolg, der jedoch nicht zum Einzug ins Parlament ausreichte. Immerhin zog sie in vier Stadtteilparlamente ein.

Es gab in anderen Bundesländern schon Ansätze ökologisch orientierter Parteien, wie zum Beispiel die „*Bremer Grüne Liste*“³ und die „*Ökologisch-Demokratische Partei*“. Beide Parteien schafften es bis in die Kommunal- und Landesparlamente. Dauerhaft hat sich die Partei „*Die Grünen*“ etabliert. Sie wurde im Jahre 1980 offiziell gegründet und ist unter anderem aus der „*Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz*“ hervorgegangen.

DIE GRÜNEN waren zunächst strikt basisdemokratisch organisiert und besaßen den recht vielschichtigen Charakter eines parlamentarischen Arms der Bürgerrechtsbewegung. Die Doppelspitze und das Rotationsprinzip, das vor Karrierismus schützen sollte, gehörten zu den Grundprinzipien. Um der Bildung einer Funktionärskaste von vornherein zu begegnen, wurden neben dem Rotationsprinzip (Mandatsweitergabe nach zwei Jahren) auch das imperative Mandat, also eine feste Bindung des Abstimmungsverhaltens an die basisdemokratisch erfolgten Parteibeschlüsse beschlossen. Das gleiche galt für eine Abführung der Diäten oberhalb des Facharbeiterlohns an die Partei. Es ging zunächst primär darum, einen parlamentarischen Arm der Gegenkultur und Gegenökonomie zu etablieren.

1983 gelangten „*DIE GRÜNEN*“ erstmalig in den Bundestag. Es folgten Wahlerfolge auf allen politischen Ebenen. Im Jahr 1993 fusionierten sie mit dem „*Bündnis 90*“, einem Zusammenschluss von Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen aus der ehemaligen DDR, zu „*Bündnis 90/Die Grünen*“. Allerdings kann inzwischen konstatiert werden, dass die Partei die oben angeführten Ansprüche und Regelungen rückgängig machte, inzwischen ein integraler Teil des Parteienspektrums und keinesfalls mehr der politische Ausdruck einer grundlegend anderen Gesellschaft ist.

Ebenso wurde die Grundlage für das „*Netzwerk Selbsthilfe*“ auf dem Tunix-Kongress gelegt, der gleichnamige Verein gründete sich im selben Jahr. Dessen ursprüngliche Aufgabe war die Unterstützung von Lehrer*innen, die aufgrund des Radikalenerlasses vom Berufsverbot betroffenen waren. Schnell jedoch wurde der Verein in einen Fonds zur Förderung linksorientierter, gegenkultureller Projekte umgewandelt. Dieses Netzwerk war in den Anfangsjahren deutschlandweit aktiv und unterstützte Einzelpersonen, Gruppen und Vereine finanziell sowie durch Beratung (vgl. Grabert u. Nowak, 2009, S. 9).

Heute sind nur noch drei Vereine in Deutschland aktiv:

- Netzwerk Selbsthilfe Berlin und Umland
- Netzwerk Selbsthilfe Bremen Nordniedersachsen e. V.
- Netzwerk Selbsthilfe München e. V.

Während sich der Bremer Ableger heute als staatlich wertgeschätzte Unterstützungsstelle für Selbsthilfegruppen darstellt, sind der Berliner und der Münchener Ableger weiterhin explizit

³ In Bremen war zugleich die konkurrierende „*Alternative für Demokratie und Umweltschutz*“ angetreten. Erst Ende 1979 bildete sich dann der Landesverband der Partei Die GRÜNEN, die in den kommenden Jahren als parlamentarischer Arm der Bürgerrechtsbewegung gelten konnte. Trotzdem traten noch 1983 neben den GRÜNEN sowohl die BGL als auch die DKP-nahe Betrieblich Alternative Liste an (vgl. wikipedia, Stichwort: Bündnis 90/Die GRÜNEN Bremen). Bis zum Zusammenschluss mit einigen Bürgerrechtsgruppen der ehemaligen DDR Anfang der 1990er Jahre firmierten einige Landesverbände der Partei als „*Alternative Liste*“.

dem politisch akzentuierten, gegenkulturellen und alternativen Milieu verpflichtet. Allerdings ist die Zahl der Mitglieder seit Jahren deutlich rückläufig.⁴

Ziel aller Ideen und Gründungen war die Schaffung von selbstbestimmten Strukturen in den unterschiedlichsten Lebensbereichen. Egal, ob es sich dabei um kulturelle Projekte, unabhängige Medien, alternative Lebensweisen oder selbstverwaltete Betriebe handelte: Nicht alles, was die Teilnehmenden von Tunix begonnen haben, ist heute noch existent. Das eine oder andere Projekt ist gescheitert, aber die Ziele, die 1978 definiert wurden, wirken auch heute noch nach. Es bilden sich immer wieder Gruppierungen, die mit den aktuellen Situationen unzufrieden sind und die neue und selbstbestimmte Wege einschlagen. Damit lässt sich resümieren, dass der Tunix-Kongress die Geburtsstunde der neuen Alternativbewegung Deutschlands war.

3.3 Motive und Ansprüche der Beteiligten aus selbstverwalteten Kommune- und Produktionsprojekten

Im Anschluss der Studentenbewegung von 1968 entfalteten sich – neben der in den Untergrund abtauchenden *Rote Armee Fraktion* und der *Bewegung 2. Juni* – drei Strömungen innerhalb der dann zersplitterten Linken in der BRD:

- (1) JUSOS und SPD gewannen im links-bürgerlichen Spektrum stark an Zulauf, was den Charakter der Partei stark veränderte, die nun mit ihrem Kanzler Willi Brandt „Demokratie wagen“ wollte.
- (2) Sogenannte K-Gruppen, die sich teilweise am Maoismus, teilweise am Marxismus/Leninismus orientierten, hatten insbesondere an Hochschulen, teilweise auch in Betrieben eine relevante Größe. Bedeutsam waren insbesondere die KPD-ML, die KPD-AO sowie der KBW. Hinzu kam die schon ältere, an der DDR orientierte DKP.
- (3) Antiautoritäre und undogmatische Linksradikale, die sich im Rückblick auf die *Kommune 1* und die *Subversive Aktion* als Vorläufer bezog, firmierten als Spontis („Spontaneisten“) und spielten insbesondere in den Metropolen der 68er-Bewegung (Frankfurt, München, Berlin, Hamburg) eine entscheidende Rolle innerhalb der Szene.⁵

Für die Herausbildung der Selbstverwaltungsszene und der alternativen Kultur bzw. Gegenkultur waren die Spontis ab der zweiten Hälfte der 1970er von kaum zu überschätzender Bedeutung (vgl. Kasper 2017). Prominente Spontis etwa in Frankfurt waren unter anderem die späteren GRÜNEN Joschka Fischer, Daniel Cohn-Bendit oder der Kabarettist Matthias Beltz.

Zunächst angetreten mit einer klaren betriebsinterventionistischen Orientierung, die im Proletariat das revolutionäre Subjekt erkannte, durchlebten die vernetzten lokalen Gruppen wie „Revolutionärer Kampf“ (Frankfurt), „Arbeitersache“ (München) oder „Proletarische Front“ (Hamburg, Bremen) mehrere Transformationen, ehe sie sich ab der zweiten Hälfte der

⁴ Siehe hierzu die Web-Seiten der drei Einrichtungen netzwerk-selbsthilfe.de (Berlin), netzwerk-muenchen.de (München) und netzwerk-selbsthilfe.com (Bremen). Das Berliner Netzwerk Selbsthilfe, das unmittelbar aus dem Kongress hervorging, hat sich auch in der bis heute zentralen Zeitung für Selbstverwaltung „Contraste“ noch einmal zu seinen ursprünglichen Intentionen bekannt (vgl. Contraste 2009).

⁵ Aus den Reihen der undogmatischen Linken gingen etliche Personen ihrerseits in den politischen Untergrund (vgl. Geronimo 1995, S. 50).

1970er Jahre programmatisch der Gegenkultur und Selbstorganisation zuwandten (vgl. Neumann 2008, S. 11ff., Kasper 2017). Die Phase der Betriebsintervention wurde zunächst abgelöst von einer Phase des Häuserkampfes. Zu der Motivation für die Besetzung von Häusern, die aus der Sponti-Szene bereits 1970 einsetzte, äußerte sich z.B. die *Proletarische Front* (PF) folgendermaßen:

„Häuser besetzen bedeutet, den kapitalistischen Plan in den Vierteln zu zerstören. Bedeutet, keine Miete zu zahlen, bedeutet die kapitalistische Schuhkartonstruktur aufzuheben. Bedeutet, Kommunen und Zentren zu bilden, bedeutet, das gesellschaftliche Leben des Stadtteils zu reorganisieren, bedeutet, die Ohnmacht zu überwinden.“ (PF 1973, zit. n. Geronimo 1995, S. 55).

Zwar ist in dieser Phase bereits von zu bildenden „*Kommunen und Zentren*“ die Rede und viele Spontis lebten in politischen Wohngemeinschaften, doch hatte der programmatische Aufbau einer Gegenkultur zu diesem Zeitpunkt noch kein Gewicht. Das Ziel über die radikale Thematisierung des Wohnens Brücken in das Proletariat zu schlagen, schlug fehl (vgl. Kasper 2017, S. 215f.). Hinzu kam die kompromisslose Räumung besetzter Häuser in den Metropolen inklusive gravierender juristischer Nachspiele für die Besetzer*innen. „*Die Räumung signalisierte für viele Spontis (...) den „Niedergang“ der Bewegung, und was danach kam, wurde als „großes tiefes Loch“ wahrgenommen. (...) Das Gefühl absoluten Scheiterns führte bei den Spontis ab Herbst 1974 zu einer fundamentalen Neuorientierung...*“ (Kasper 215f.).

Während sich die proletarischen Gruppierungen Mitte der 1970er Jahre auflösten, orientierte sich diese Neuorientierung an der „*Politik der ersten Person*“, wobei die Organisation rund um meist regionale Medienorgane (u.a. Pflasterstrand, Autonomie, radikal, Blatt, Info-BUG), Kulturzentren, linken Kneipen, Buchhandlungen sowie Basisgruppen stattfand. Zwar stand man z.B. den inzwischen verbreiteten Landkommunen kritisch gegenüber („*negative Robinsonade*“, „*Windmühlenbastlern*“ und „*Körnerfressern*“, Siehe ebd., S. 309), doch entfalteten sich im Sponti-Milieu nun zahlreiche selbstverwaltete Kommunen, Kollektivbetriebe, Kulturgruppen, Konsumkooperativen und dergleichen. Zunächst wurde das Selbst zum revolutionären Objekt erhoben und die Selbstbefreiung, sprich die „*Politik der ersten Person*“, zum zentralen politischen Handlungsfeld erklärt.

„Wir wollen Kopf- und Handarbeit zusammenbringen, indem wir Umwelt anders, sinnlich, nicht intellektuell begreifen lernen. Unsere Subversivität liegt nicht in der besseren Analyse, sondern im befreiten Verhalten. Das ist das, was wir der traditionellen Politik entgegensetzen wollen: Wir brauchen nicht mehr Theorie. Es wird immer gesagt, dass wir Spontis zu wenig Theorie hätten: Das Gegenteil ist der Fall.“ (ebd., S. 223)

Mit dem Ziel der individuellen Selbstbefreiung und sozialen Selbstverwirklichung gewannen Frauengruppen, Schwulengruppen, aber auch die Umweltfrage oder die kritische Hinterfragerung von Wachstum, Konsum, Ernährung und Technikgläubigkeit an Bedeutung. Es bildeten sich zahlreiche regionale Basis- und Hochschulgruppen, was zu einem starken Aufschwung der Spontis mit nun auch jüngeren Aktivisten, insbesondere Studierenden führte. Vor allem aber entfaltete sich bereits ab Mitte der 1970er Jahre eine wesentlich von den Spontis getragene *Gegenkultur* heraus, zu der selbstverwaltete Kulturinstitutionen, Kneipen, Buchhandlungen, Bildungsstätten, Verlage, Druckereien, viele andere Betriebe, Kommunen und der-

gleichen mehr gehörten.⁶ Kasper spricht von einer „*regelrechten Gründungswelle von Alternativprojekten*“, die in den Regionen eng miteinander vernetzt waren und den Charakter einer Gegenökonomie gewannen.

„*Zwar gab es auch davor schon einzelne alternative Betriebe, die sich der Sponti-Bewegung zugehörig fühlten (...), aber in dieser Phase erreichten die Projekte eine Anzahl, die sie zu einer eigenständigen Ausdrucksform des Sponti-Milieus werden ließen*“ (Kasper 2017, S. 236).

Große Teile der Selbstversorgung und Lebensgestaltung ließen sich zumindest in den großen Zentren innerhalb der Alternativkultur umsetzen, wie folgendes Zitat bezogen auf einen „*Stadtindianer*“ (Teilgruppe innerhalb der Sponti-Szene) anschaulich macht:

„*Der Durchschnitts-Stadtindianer wacht in der Wohngemeinschaft auf, kauft sich die Brötchen in der Stadtteilbäckerei um die Ecke, dazu sein Müsli aus [einem] makrobiotischen Tante-Emma-Laden, liest zum Frühstück Pflasterstrand, Info-BUG, zitty, geht (...) zur Arbeit in einem selbstorganisierten Kleinbetrieb oder in ein „Alternativprojekt“, alle fünf Tage hat er Aufsicht in einem Kinderladen, seine Ente lässt er in einer linken Autoreparaturwerkstatt zusammenflicken, abends sieht er sich „Casablanca“ im off-Kino an, danach ist er in der Teestube, einer linken Kneipe oder im Musikschuppen zu finden, seine Bettdecke stammt aus dem Buchladenkollektiv. Ärzte- und Rechtsanwaltskollektive, Beratungsstellen für Frauen, Frauen- und Männergruppen gibt es im Getto. Der gesamte Lebensbereich ist weitgehend abgedeckt (...) In West-Berlin und in Frankfurt gibt es Angehörige der Szene, die stolz darauf sind, seit zweieinhalb Jahren kein Wort mit einem von denen, die draußen sind, gewechselt zu haben*“ (zit. n. Reichardt 2014).

An den Selbstansprüchen gegenüber alternativen Betrieben und Kommunen verdeutlichen sich wesentliche Motive für diese Gründungswelle. Alternativ seien Betriebe und Kommunen, wenn sie ohne Chef, Hierarchie und Arbeitsteilung bei einheitlicher Entlohnung agierten (vgl. Kasper 2017, S. 237). Idealtypisch existiert kein Eigentum. Vermögen und Ertrag sind dem persönlichen Zugriff entzogen (vgl. Notz 2011a, S. 146). In Selbstverwaltung wird die Projektgestaltung durch „*kollektive Entscheidungsfindungen*“ gesteuert, um so schließlich die „*Voraussetzungen für eine sozialistische Gesellschaft*“ zu schaffen (Neumann 2008, S. 12). Zum Alternativprojekt gehört schließlich noch die Herstellung von „sinnvollen“, im besten Fall der alternativen Szene zu Gute kommenden Produkten und Dienstleistungen. Schließlich ist die Selbst- und Fremdwahrnehmung als vernetzte Institution des linken Spektrums relevant (vgl. Kasper 2017, S. 237), in dem politisches Bewusstsein immer wieder neu stimuliert wird.

Ein erstes wesentliches Motiv ist der *Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben*, das in klassisch-kapitalistischen, hierarchisch und arbeitsteilig organisierten Arbeitszusammenhängen nicht gewährleistet werden kann. Die Trennung von Kopf- und Handarbeit wie auch von Arbeits- und Freizeit sollte prinzipiell überwunden und vom Lustprinzip abgelöst werden. Der Verzicht auf Expertentum und zeitliche Organisationsstrukturen war für die Funktionsfähig-

⁶ Wichtige Einrichtungen waren z.B. im Frankfurter Raum die Arbeiterselbsthilfe Oberursel (zahlreiche Impulse für die Entwicklung einer Gegenökonomie) oder der „*Schwarzmarkt*“ in Hamburg, wo als Anspruch individuelle Selbstbefreiung, soziale Selbstverwirklichung und politischer Aktivismus mit zahlreichen ökonomischen Projekten verbunden wurde. In Bremen spielten die AUCOOP in Verbindung mit dem Lagerhaus eine ähnliche Rolle. Die Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen in den zahlreichen selbstverwalteten Firmen sollte hier mit einer Politisierung verknüpft werden.

keit der Projekte natürlich eine große Herausforderung, da der Anspruch der Selbstbefreiung durchaus ernst genommen wurde. So zitiert Neumann z.B. einen Aktivisten der ASH in Hamburg wie folgt: „Ich will arbeiten können, wenn mir nach Arbeit zumute ist – und sonst was machen, wenn ich sonst was machen will. Ich will mit meiner Fantasie was anfangen, mit meiner Kreativität.“ Und ein anderer Aktivist aus demselben Projekt: „Ich habe keine Lust mir mein Leben zerstückeln zu lassen in entfremdete Arbeit und Freizeit, die ich nicht meine.“ Einem klassischen Erwerbsarbeitsbegriff wurde von der ASH so eine grundlegende Ablehnung entgegengestellt. „Leben fängt im Kapitalismus da an, wo die Arbeit aufhört. Arbeit ist gestohlenes Leben. Das muss nicht sein. Arbeit, wo sie selbst gewählt ist, wo man sich selbst drin verwirklicht, kann ein Teil des Lebens sein“ (vgl. Neumann 2008, S. 20, 21, 21f.). Den radikalen Gestus versucht Kasper unter der Parole „keine Revolution ohne Revolutionierung des Einzelnen“ (2017, S. 251) zu fassen. In den 1970er Jahren stand dieser Anspruch mindestens gleichrangig neben dem der Funktionsfähigkeit des Projektes. Wird weiter noch in Rechnung gestellt, dass es sich bei einem großen Teil der Projektmitglieder um Geistes- und Sozialwissenschaftler*innen bzw. Studienabbrecher*innen ohne handwerkliche Ausbildung handelte, lassen sich die organisationalen Herausforderungen leicht ermessen.



Demonstration gegen den Radikalenerlass

Ein zweites Motiv ist deutlich profaner und betrifft die ökonomischen Lebensverhältnisse vieler politischer Aktivisten gerade aus dem Spektrum der Spontis. Kasper (2017, S. 262) bezeichnet die materielle Lebenssituation gar als „wichtigste[n] Grund“ für die Neuorientierung der Spontis hin zur Gegenkultur. Gerade vor dem Hintergrund der Einschätzung in der Szene, dass ab Mitte der 1970er Jahre und erst recht nach dem ‚heißen Herbst‘ von 1977 eine revolutionäre Veränderung nicht mehr als kurzfristig erreichbar erschien, gewann die Frage nach der materiellen Reproduktion für die Aktivisten nach Abschluss oder Abbruch des Studiums zunehmend an Gewicht. So versperrte der „Radikalenerlass“ von 1972 vielen Aktivisten den Weg in den Öffentlichen Dienst. Die zunehmend strukturelle Massenarbeitslosigkeit sowie die zahllosen Kündigungen im Zuge der politischen Tätigkeit in Betrieben taten ihr Übriges (vgl. ebd.). Der Herausgeber der Sponti-Zeitschrift „autonomie“ ging 1976 gar so weit zu sagen, die Spontis seien halb zur „Entwicklung eines alternativen Lebensstils gezwungen“ worden (ebd.). Angesichts der prekären Bedingungen auch vieler älterer Aktivisten erschien die relative Sicherheit der Alternativökonomie durchaus verlockend.

Ein weiteres Motiv kann in der *sozialen Selbstverwirklichung* gesehen werden, als Schnittstelle zwischen den Ansprüchen nach Selbstverwirklichung und politischer Intervention (s.u.). In der Gemeinschaft, ob im Kollektivbetrieb, in der Kommune oder in der politischen Wohngemeinschaft, ging es immer auch um die Verknüpfung von Privatem und Politischem, um die Vermeidung einer „*Verinselung*“ (Notz 2011a, S. 150). Den Strukturen der herrschenden Konkurrenzgesellschaft sollte exemplarisch etwas entgegengesetzt werden. Und als Raum für diese Gegenentwürfe genügte vielen Spontis der Lebensbereich des Wohnens in politischen Wohngemeinschaften nicht mehr. „*Der Wunsch, diese kollektiven Experimente auch auf den Arbeitsbereich auszudehnen, trat immer mehr in den Vordergrund*“ (Neumann 2008, S. 12). Die Projekte waren somit soziale Experimente, die zeigen sollten, dass basisdemokratische Strukturen ohne Hierarchie, Besitzansprüche, Ausbeutung und Unterdrückung, bei einem Höchstmaß an Selbstbestimmung jede*r einzelnen (Parole: „*Jeder nach seinen Möglichkeiten und Bedürfnissen*“) geschaffen werden konnten (vgl. ebd., Kasper 2017, S. 241).

„*Darüber hinaus waren die Projekte mit einer «sozial utopischen» Stoßrichtung verknüpft, indem sie eine Art praktisches Beispiel für eine Vorwegnahme sozialistischer Strukturen im Kapitalismus sein sollten. In der Praxis ging es darum, eine gelebte Alternative zu den herrschenden kapitalistischen Verkehrsformen im Hier und Jetzt darzustellen, was zugleich eine exemplarische Wirkung haben sollte: Es geht auch anders*“ (Notz 2011, S. 79).

Die soziale Selbstverwirklichung im kollektiven Alltag sollte sicher auch einen propagandistischen Effekt im Kampf für die Überwindung des kapitalistischen Ordnungssystems haben (vgl. Geronimo 1995, S. 71). Sicher gab es auch vereinzelt Fantasien, die Alternativwirtschaft würde kontinuierlich wachsen und sukzessive den Kapitalismus ablösen. Immerhin gab es 1980 bereits geschätzt 11.500 alternative Betriebe mit etwa 80.000 Beschäftigten (vgl. Kasper 2017, S. 238). Wichtiger erscheint jedoch als Motiv für die Mitwirkung in selbstverwalteten Projekten, dass durch die Beteiligung die *politische Interventionsarbeit* in mehrfacher Weise unmittelbar getragen wird. Dies betrifft zum einen „*eine notwendige Unterstützung der Bewegung im politischen Tageskampf*“ (Geronimo 1995, S. 71). Kollektiv getragene Kneipen und Cafés waren, wie politische Wohngemeinschaften und Kommunen, immer auch Orte der politischen Selbstverständigung und Planung politischer Aktionen. Linke Buchhandlungen, selbstverwaltete Verlage oder Druckereien waren für die Versorgung mit Literatur, den intellektuellen Austausch oder für Flugblätter und Plakate zuständig. Eine zweite Dimension des politischen Interventionismus als Motiv betraf die Agitation insbesondere junger marginalisierter Menschen z.B. in selbstverwalteten Projekten, die sich in der beruflichen Qualifizierung oder auch in der Betreuung von Wohngruppen für Jugendliche engagierten. Und als dritte Dimension die Möglichkeiten zur alltäglichen politischen Intervention in einer ökonomischen Arbeitsstruktur und einem soziokulturellen Umfeld, die dies jederzeit zulässt, stimuliert und sogar aktiv unterstützt. Insbesondere für die Sponti-Szene als wichtiger Teil der Gegenkultur blieben ein linksradikales Selbstverständnis und der Anspruch auf politische Intervention bis mindestens Ende der 1970er Jahre erhalten. So waren die „*Projekte nie Selbstzweck (...). Sie sollten viel mehr als ‚Katalysator‘ für die systemkritischen Ansätze*“ dienen (Kasper 2017, S. 240).

3.4 Das „Scheitern“ der Gegenökonomie: Entwicklung, Kritik und Ursachen

Schaut man sich die alternativen und selbstverwalteten Lebens-, Wohn-, Arbeits-, und Kulturprojekte der letzten 60 Jahre an, muss man unweigerlich feststellen, dass die Entwicklungen, sowie Erfolge und Misserfolge so vielfältig und vielschichtig sind, wie die unterschiedlichen projektbezogenen und politischen Ansprüche, die ihnen innewohnen. Allein die Frage nach der Definition eines Scheiterns bzw. eines Gelingens ist eng verwoben mit der Entwicklung der am Projekt beteiligten Aktivisten, der sich ändernden äußeren und inneren Einflüsse sowie des jeweiligen Projekts als solches.

Es kommt also die Frage auf, welche Indikatoren überhaupt eine Beurteilung oder eine Definition für den Begriff „Scheitern“ zulassen und welche anderweitigen Aspekte in den Entwicklungen, fernab von Selbstverständnis und Selbstdarstellung einiger Projekte, festzustellen sind. Gilt es als Scheitern, wenn sich ein Projektzusammenhang auflöst oder unvollendet bleibt? Wie steht es um zeitlich begrenzte Zusammenhänge? Sind veränderte Ansprüche ein Misserfolg? Ist ein Abrücken von den eigentlichen Prinzipien oder Zielen als ein solcher zu werten? Wie sind Aktionen und Vorhaben zu werten, welche bereits am Versuch scheitern bzw. noch vor dem Vorhandensein von Projektstrukturen eingehen? Welche generellen Tendenzen und Entwicklungen lassen sich in früheren alternativen und selbstverwalteten Projekten beobachten?

Eine recht einfache Analyse, in Bezug auf ihr Scheitern, bieten zahlreiche Projektansätze, die bereits aufgrund nicht vorhandener Rahmenbedingungen, wie z. B. Räumlichkeiten oder mangels verwertbarer Ressourcen schlicht keine Entfaltung fanden. Trotz der Tatsache, dass viele Projekte staatliche Unterstützung erfuhren (vgl. Reichardt 2014, S. 341), lassen sich auch zahlreiche Beispiele finden, in denen die Behörden – in Form von z. B. Hausräumungen und Repressionen – die weitere Entwicklung von alternativen Vorhaben frühzeitig verhinderten.

Bei vielen Produktionsgenossenschaften, alternativen Betrieben oder auch Kommunen gestaltet sich eine Beurteilung schon schwieriger. Das Selbstverständnis der Projekte mag ein anderes sein, aber im Grunde agieren sie, mit ihrem Gebilde und ihren Erzeugnissen, trotz vermeintlicher Alternative, in gewisser Weise als Marktteilnehmer (vgl. Notz 2011, S. 161-164) und, ob nun gewollt oder nicht, werden auch als solche betrachtet.

Aus ökonomischer Sicht sind alternative Erzeugnisse also auch „*Produkte*“, die wie alle anderen Waren im ökonomischen Kreislauf, Abnehmer benötigen (vgl. Heath und Potter 2004, S. 125-167). Auch wenn dies jegliche Sozialromantik vermissen lässt, liegt hier ein wesentlicher Aspekt, der eine Einschätzung ermöglicht. Eine positive Entwicklung bedingt sich, wie in anderen Bereichen auch, mit den Marktgegebenheiten.

„So hängen – wie im richtigen Leben auch – Erfolg und Misserfolg der Betriebe von der jeweiligen Marktsituation ab. Von den Kunden werden die Alternativbetriebe an den kapitalistischen Unternehmen gemessen, egal ob sie unter Kapitalknappheit und evtl. veralteten Produktionseinrichtungen zu leiden haben oder nicht“ (Notz 2011, S.162).

Die von Neumann (2008) ins Feld geführten alternativen Druckereibetriebe der 1970er Jahre sind hierfür ein gutes Beispiel. Man kann an ihrer Entwicklung feststellen, dass das Misserfolg einiger Projekte darauf zurückzuführen ist, dass sie schlicht und ergreifend nicht konkurrenzfähig waren. Auch als unfreiwilliger Marktteilnehmer hat ein Erzeugnis ohne Abnehmer nur äußerst geringe Überlebenschancen.

Ein weiterer Punkt, welche viele Projekte vor Schwierigkeiten stellte, waren die unter Umständen sehr schlechten Arbeitsbedingungen. Faktoren wie unregelmäßige Bezahlungen, chronischer Finanzmangel, hohe Fluktuation der Beschäftigten, ineffiziente Produktionsabläufe und unklare Organisation hatten nicht nur betriebswirtschaftliche Folgen (vgl. Reichardt 2014, S. 334-340). Die soziale Struktur innerhalb der Betriebe litt häufig unter den betrieblichen Herausforderungen und führte dazu, dass sich viele Mitwirkende untereinander blockierten und Streitigkeiten, wie z. B. Diskussionen über Ansprüche und Zielsetzungen, nicht angemessen überwunden werden konnten.

„.... die wechselseitige soziale Kontrolle griff ebendort schlecht, wo Leistungsansprüche tabuisiert wurden. Es gab nun einmal immer welche, die wenig taten, und einige, die viel leisteten, ohne dass unmittelbar und direkt über die ungleichen Arbeitsbelastungen gesprochen werden konnte“ (ebd., S. 335).

Darüber hinaus sahen sich viele Alternativbetriebe damit konfrontiert, dass die Beteiligten das vorhandene Maß an Selbstausbeutung nicht mehr hinnehmen wollten, da diese „Selbstausbeutung der Ware Arbeitskraft“ (Notz 2011, S.161) oft bis an die physische und psychische Grenze vorangetrieben wurde.

„In den Erfahrungsberichten liest man immer wieder über nervenaufreibende Selbstausbeutung, Wichtigtuerei und ungleiche Arbeitsbelastung“ (Reichardt 2014, S. 336).

Im Vergleich zu herkömmlichen Unternehmen - mit Hinblick auf soziale Errungenschaften - wiesen viele Entwürfe große Defizite auf. Ein nicht unerheblicher Anteil der Mitarbeiter*Innen war nicht im System der Kranken-, Sozial- und Rentenversicherung angemeldet und auch die Vergütung von Überstunden oder bezahlter Urlaub war meistens nicht gegeben. So blieben viele selbstverwaltete Betriebe weit hinter den Vorzügen herkömmlicher Arbeitgeber zurück (vgl. Reichardt 2014, S. 334-340). Bei einigen Projekten hatten diese Prozesse zur Folge, dass, viele Mitarbeiter*Innen die Betriebe wieder verließen und somit die Projekte nicht mehr tragfähig waren.

„Über kurz oder lang stellen sich tiefgreifende Widersprüche in ausnahmslos jedem alternativem Projekt ein, die den Kollektivzusammenhang in eine Zerreißprobe zwischen Marktmechanismus einerseits und Emanzipationsansprüchen andererseits, führen. Die Selbstausbeutung der Ware Arbeitskraft ist ein ökonomisches Prinzip, demzufolge die Mehrwertschöpfung eine besonders große Rolle einnimmt“ (Notz 2011, S. 161).

Diese Zerreißprobe im Prozess der Mehrwertschöpfung lässt sich ebenfalls beobachten, wenn Projekte ab einem gewissen Punkt ihrer Entwicklung, staatliche oder institutionelle Förderung für sich beanspruchten. Eine große Gegensätzlichkeit findet sich in der Tatsache, dass viele der staatskritischen Alternativprojekte ausgerechnet staatliche Gelder zur eigenen Finanzierung nutzten. Da diese Förderungen nicht immer bedingungslos erfolgten, ist es fraglich, bis zu welchem Grad eine absolute Selbstbestimmung weiterhin möglich war und inwieweit grundlegende Prinzipien für Sachzwänge aufgegeben werden mussten. Eine finanzielle Abhängigkeit bzw. eine dauerhafte institutionelle Gebundenheit, wirft zudem die Frage auf, ab wann – gemessen an den eigenen emanzipatorischen Ansprüchen und politischen Zielen – ein Vorhaben als vereinnahmt bezeichnet werden müsste (vgl. Reichardt 2014 S. 340-345).

„Gerade im Dienstleistungsbereich hingen die alternativen Betriebe zur Hälfte am staatlichen Tropf. Vereinzelt waren die Abhängigkeiten von der ungeliebten „Staatsknefe“ noch höher“ (ebd., S. 341).

Eine finanzielle Förderung - wie auch immer geartet - kann im Grunde als ein dienliches Mittel im Wertschöpfungsprozess betrachtet werden. Eine drohende monetäre Abhängigkeit, getrennt von der politischen Unabhängigkeit zu halten, kann ein Drahtseilakt sein, welcher im Kollektivzusammenhang zu großen Unstimmigkeiten oder sogar zum völligen Zerbrechen von Strukturen führen kann. Wenn eine finanzielle Wertschöpfung, wie in vielen Projekten der Fall, schon ein kritisches Element darstellt, lohnt hier, unabhängig von Förderung oder „Eigen-Ökonomie“ (vgl. radikal, o.J.), ein detaillierter Blick darauf, wie mit dem gewonnenen Mehrwert umgegangen wurde. Denn spätestens, wenn der Erlös eines ursprünglich alternativen Betriebes privatwirtschaftlichen Interessen dient, ist er von anderen kapitalistischen Unternehmen nicht mehr zu unterscheiden und stellt somit keine Alternative mehr dar.

„Genauso ist es mit dem Anspruch: „Keine privaten Profite!“ oder „Keine Profite!“ Mehrwert wird in jedem Unternehmen produziert. Ob dieser Mehrwert nun deshalb nicht mehr als Profit bezeichnet werden soll, weil ihn sich die Produzenten selbst aneignen, ist die Frage. Privat wird der Mehrwert in jedem Fall auch dann angeeignet, wenn dies eine Gruppe tut. Insofern ist das Kollektiv keine Alternative zum üblichen kapitalistischen Unternehmen. Ein entscheidender Unterschied besteht sicherlich dann, wenn Überschüsse politischen Zwecken zugeführt werden, wie das in einigen alternativen Projekten der Fall ist“ (radikal, o.J., S. 95).

Betrachtet man die formellen und intermediären Sektoren im Wirtschaftskreislauf (vgl. Teichert, 1986) und bedenkt, dass zahlreiche Erzeugnisse alternativer und gegenkultureller Strukturen recht einfach den Weg aus der Alternativwirtschaft in den kapitalistischen Markt gefunden haben, ist es strittig, wo die Ursachen dieser Entwicklung liegen. Ein Faktor kann sein, dass sich in vielen Fällen die vermeintliche Alternative selbst zum Teil des Problems entwickelt hat. Der in alternativen Projekten vorhandene gegenkulturelle Freiraum, welcher in der Vergangenheit mehrfach innovative Konzepte, erfolgversprechende Erzeugnisse und zukunftsorientierte Ideen hervorbrachte, liefert eine Reihe Komponenten, die für das bestehende System und vor allem für die herrschende Marktordnung äußerst wertvoll sein können. Viele Merkmale und Charakteristika des alternativen Milieus sind Eigenschaften, die der konventionelle Markt gerne für seine Konsumgüter adaptiert, um sie so besser vermarkten zu können. Wenn man, die gegenökonomische Mehrwertschöpfung mit ihrer Selbstdefinition inklusive begleitender gegenkultureller Phänomene als Produkt betrachtet, welches einen Mehrwert für Lebens- und Kulturbereiche darstellt, um diese mit werbeinitiierten Produkteigenschaften herkömmlicher kapitalistischer Unternehmen zu vergleichen, findet man hier zahlreiche, wenn auch paradoxe Parallelen und Überschneidungen (vgl. Heath und Potter, 2004, S. 25-53).

Wenn ein Teil kapitalistischer Verwertungslogik darin besteht, fortlaufend innovative Produkte abzusetzen und verdeutlicht man sich die vielen Vermarktungsmöglichkeiten der Attribute im alternativen Milieu, wird es verzwickt. Das System bzw. die Marktverhältnisse scheinen sich in der Vergangenheit unerschüttert als äußerst raffiniert und höchst anpassungsfähig erwiesen zu haben. Auch wenn sich im Kleinen einige alternative Projekte dauerhaft etablieren und dabei ihre politischen Ideen und Ansprüche aufrechterhalten konnten, lässt sich leicht aufzeigen, dass größere gegenkulturelle Erfolge nur auf Kosten der ursprünglichen Ideen realisierbar waren und so ein systemrelevanter Umbruch völlig ausblieb. Man

kann zudem gut feststellen, dass vieles von dem, was gegenökonomische und gegenkulturelle Gefüge hervorgebracht haben, mit der Zeit eine sehr geschäftstüchtige und einverleibende Repression erfahren hat. (vgl. ebd.)

„Das System eignet sich dessen Symbole an und beraubt sie ihres revolutionären Gehalts, um sie den Massen als Ware zurück zu verkaufen“ (ebd., S. 50).

An dieser Stelle scheint es für den Marktmechanismus völlig irrelevant zu sein, ob einer ver einnahmten „Ware“ ein ideeller, struktureller oder materieller Mehrwert zu Grunde liegt. Beispiele hierfür lassen sich reichlich finden. Sei es der Kauf eines VW Busses, um seinem Freiheitsdrang Ausdruck zu verleihen, das Tragen von T-Shirts mit Che Guevara-Aufdruck, um ein Rebellentum zur Schau zu stellen, ebenso Kleidung in Regenbogenfarben, um sich tolerant zu zeigen oder mit Flowerpower-Motiv als Zeichen gegen Krieg. Die Liste der ideellen Symbole ließe sich problemlos erweitern aber auch strukturell lässt sich die „Vereinnahmungstheorie“ (ebd.) nachvollziehen.

Viele innovative aber selbstausbeuterische Modelle der heutigen Arbeitsorganisation finden ihren Ursprung in der Alternativökonomie. Ebenso wurde ein gewisser Arbeitnehmertypus als Mittel der Produktionssteigerung bestens in die Arbeitsabläufe kapitalistischer Unternehmen integriert. Ein hohes Maß an Selbstbestimmung, scheinbar flache Hierarchien, ein hoher persönlicher Identifikationswert und die Verflechtung zwischen Beruf- und Privatleben sind allesamt Merkmale moderner Arbeitsplätze, die in ihrer Produktivität und Prozessoptimierung nur noch schwer zu übertreffen sind (vgl. Reichardt, 2014, S. 334 - 340; Heath und Potter 2004).

Es kann auch als Einverleibung gesehen werden, wenn lediglich das gegenökonomische Erzeugnis vereinnahmt wird und der dadurch geschaffene Markt unter großindustriellen Bedingungen bedient wird. Betrachtet man beispielsweise den über Jahre gewachsenen Erfolg veganer, fleischfreier Alternativ- oder Bioprodukte, lässt sich feststellen, dass einige dieser biologisch angebauten, umweltfreundlich produzierten, fair gehandelten und in vielen Fällen ursprünglich in Produktionsgenossenschaften oder alternativen Betrieben hergestellten Produkte immer mehr Abnehmer*innen finden, auch wenn diese sich damit unter Umständen lediglich eine „*Ideologie*“ kaufen.

„Mit einem überteuerten Bioapfel oder einer biodynamisch verkleideten Futtermöhre aus dem Alternativprojekt wurde die „Gesundheitsideologie“ gleich mitbezahlt“ (Geronimo 1995, S. 72).

Es sind nämlich nicht die Alternativbetriebe, die heute die Supermarktketten im großen Stil mit veganen Fleischersatzprodukten oder Bio gelabelten Lebensmitteln beliefern, sondern die Großkonzerne der Lebensmittel- und zynischer Weise auch der Fleischindustrie. Es wird lediglich das ideologisch behaftete Label verkauft und auch erworben (vgl. Heath und Potter 2004, S. 25-87).

Diese Vereinnahmung lässt sich auch am Beispiel von Städteentwicklung aufzeigen. Die Künstlerviertel und Quartiere der alternativen Szene werden gentrifiziert und zunehmend als reine Ausgeh- und Amüsierviertel wahrgenommen. Sie stehen für Lebensraum mit hoher Lebensqualität und prägen den Immobilienmarkt mit. Auch hier ließe sich belegen, wie die Merkmale einer gegenökonomischen und gegenkulturellen Prägung bestens vermarktet werden können.

Wenn sich die herrschende Marktordnung also fortlaufend alternativer Schöpfungsprozesse bedient, um innovativ bleiben zu können, wirft das die Frage auf, inwieweit eine Alternativwirtschaft nicht als Gegenökonomie, sondern als Innovationslabor des Großkapitals funktioniert (vgl. ebd., S. 25-53).

Die geschlossenen, gegenkulturellen Entwürfe vieler Projekte der 1970er beinhalteten darüber hinaus eine radikale Abkehr von gesellschaftlichen Normen und zahlreiche Rebellionsformen gegenüber dem Konformismus. Diese politischen Kämpfe und das Aufbrechen von althergebrachten sozialen Gesetzmäßigkeiten enthielten auch eine Menge Konfliktpotential, da grundlegende Lebensbereiche und Geschlechterverhältnisse erst neu definiert werden mussten. Das überwinden jeglicher Normen führte oftmals zu großer Desorientierung und die Abwesenheit neuer Standards zu zusätzlichen Zerreißproben. (vgl. ebd., S. 87-123)

„Die anonymen Massen, die geduldig in der Schlange stehen, waren jahrzehntelang Zielscheibe von Hohn und Spott – das Symbol für alle Fehler der Massengesellschaft. Wie oft haben wir den Vergleich zwischen den Massen und den Schafen (...) gehört, die freiwillig zur Schlachtbank gehen? Oder den Fließbandarbeitern, denen die Anonymität der Maschine ihre Individualität raubt? (...) Der Held ist immer derjenige, der ausschert, der den „geistlosen“ Konformismus der Massen nicht mitmacht. Aber ist Konformismus wirklich so geistlos?“ (ebd., 2004, S.103).

Vergleicht man den rebellischen Charakter gegenökonomischer Betriebe mit der Loslösung von alten Konformitäten, zeigt sich, dass diese Spaltung nicht selten falsche Erwartungen mit sich brachte. Ein Beharren der absoluten Selbstbestimmung kann jede Form von Ordnung unterwandern und bringt einen tiefgreifenden Irrglauben mit sich. Wenn man davon ausgeht, dass zwischenmenschliches Miteinander nicht gänzlich ohne soziale Normen und Regulierungen auskommt - einige dieser gemeinschaftlichen Regeln lediglich eine Überwindung kollektiver Handlungsprobleme beseitigen sollen - ist am Beispiel der alternativen Betriebe zu hinterfragen, welche Handlungsabläufe und Tätigkeiten wirklich messbare Veränderungen beinhalteten (vgl. ebd., S. 87-123).

„Wie müssen also zwischen Dissens und Devianz (Abweichung) unterscheiden. Dissens gleicht dem zivilen Ungehorsam. Er tritt auf, wenn man sich im Prinzip an die Regeln halten will, aber eine ernstgemeinte, aufrichtige Kritik am besonderen Inhalt des bestehenden Regelsystems vorbringt. Man verweigert den Gehorsam ungeachtet der möglichen Folgen. Devianz tritt hingegen auf, wenn man die Regeln aus purem Eigeninteresse verletzt. Beides ist nicht immer leicht auseinander zu halten; zum Teil deshalb, weil deviantes Verhalten häufig als Dissens gerechtfertigt wird, aber auch aufgrund der Macht der Selbsttäuschung. Viele praktizieren bloß abweichendes Verhalten, sind aber ganz aufrichtig der Meinung, dass ihr Verhalten ein Dissens darstellt“ (ebd., S. 103-104).

Dieses selbsttäuschende Verhalten lässt sich gut an den innerbetrieblichen Hierarchien selbstverwalteter Strukturen sichtbar machen. Projektinterne Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse aller Beteiligten, welche zu Konsensescheidungen führen sollten, stellten gleichzeitig auch eine Abwesenheit von formal gefestigten Hierarchien dar. Mit der Zeit aber „hatten die Beschäftigten die Herausbildung von informellen Hierarchien genau beobachtet. Konsensprinzip und die Existenz von einflussreichen Persönlichkeiten (qua Kompetenz, Erfahrung, Betriebszugehörigkeit, Engagement oder Dominanz) schlossen sich in der betrieblichen Praxis keinesfalls gegenseitig aus. Tatsächlich waren in vielen Betrieben informelle Hierarchien entstanden“ (Reichardt 2014, S. 339).

Der erläuterte Irrtum zwischen ideellen Ansprüchen und ökonomischen Realitäten, kann auch als eine Art ideologische Verwirrung gesehen werden. Dieser wird von Geronimo (1995) mit den Begriffen der „*Alternativökonomie*“ und der „*Alternativideologie*“ beschrieben. Ökonomischer Krisendruck, innovative Integration und Sachzwänge sorgten so für eine Eingliederung vieler Alternativbetriebe in das kapitalistische Marktgeschehen.

„Die Alternativbewegung entpolitierte sich in dem Maße, in dem mit Hilfe einer von ihr produzierten „Alternativideologie“ die Banalität ihrer ökonomischen Tätigkeiten ideologisiert wurde. Dieser Prozess konnte zunehmend als verkaufsförderndes Mittel von in unterkapitalisierten Betrieben hergestellten Produkten eingesetzt werden. Der Begriff der „Alternativökonomie“ wirkte sozusagen als ein Mittel betriebswirtschaftlicher Rationalität, die gezielt im Markt der kapitalistischen Produkte eingesetzt wurde“ (Geronimo 1995, S. 71f.).

Ob die Gegenökonomie gescheitert ist, lässt sich abschließend schwer feststellen. Man kann sich aber vor Augen halten, welchen Nutzen die vorhandene Marktordnung aus weiten Teilen der Alternativbewegung gezogen hat. Betrachtet man dies im Verhältnis zu den emanzipatorischen Entwicklungsansprüchen, steht man vor der Frage, ob Adorno nicht doch mit folgenden Annahmen richtig lag: „*Es gibt kein richtiges Leben im falschen*“ und „*Keine Emanzipation ohne die der Gesellschaft*“ (zit. n. Notz 2011, S. 75, 77). Die aufgezeigten Zusammenhänge zwischen der Machtlosigkeit gegenüber einem alternativlosen, konformistischen und kapitalistischen System und der - am Beispiel greifbar gelebter Alternativen erläuterten - Gegenökonomie zum anderen, bieten viele Interpretationsmöglichkeiten. Es lässt sich aber auch eine grundsätzliche Kritik an der Illusion des systemverändernden Charakters aufzeigen, die mit der Alternativbewegung verknüpft ist (vgl. Geronimo 1995, S. 70ff. u. Notz 2011, S. 71ff.).

„Die Entwicklung der Alternativbewegung zeige, dass die Kritik an bestimmten Lebensformen immer integrierbar sei und verquere Form annehme, solange sie sich nicht mit dem Kampf gegen die Verhältnisse verbinde, die sie produzieren würden. Die Alternativbewegung sei für das Kapital total produktiv gewesen, da sie die ganzen rebellischen Elemente aus den Fabriken und von der Straße weggeholt und mit dem Aufbau eines Ghettos beschäftigt habe. Zudem habe sie der Ausbeutung durch das Kapital die ideologisch verschleierte Selbstausbeutung hinzugefügt. (...) Noch immer existieren alternative Projekte, die nach wie vor auf den Prinzipien der Autonomie, der Selbstorganisation, der authentischen Artikulation von Bedürfnissen und Interessen basieren. Sie begreifen sich als Provisorium gegenkultureller Lebensformen, die die Basis dafür bilden, sich der kapitalistischen Leistungsgesellschaft zu verweigern“ (Geronimo 1995, S. 72).

Die Gegenökonomie hat im Kleinen sicherlich Räume in andere Welten geöffnet. Diese „*Halbinseln*“ sind aber „*unabgeschlossene Räume, die nach vielen Seiten offen sind, auch dem kapitalistischen System gegenüber*“ (Notz 2001, S. 78).

4 Theoretischer Hintergrund: Gesellschaftliche Strukturveränderungen und die Attraktivität der Selbstverwaltung

Die Herausbildung größerer gegenkultureller Bewegungen und politisch motivierter, vernetzter Selbstverwaltungsstrukturen kann seit dem frühen 19. Jahrhundert gesehen werden als eine Antwort auf ökonomische und soziokulturelle Umbrüche mit entsprechenden sozialen Verwerfungen.⁷ Im vorangegangenen Kapitel wurden die Herausbildung des alternativen Milieus beginnend mit der Studentenbewegung von 1968 und insbesondere der vernetzten kollektiven Wohn- und Produktionsprojekte sowie deren häufiges Scheitern in den frühen 1980er Jahren herausgearbeitet. Da diese Phase von Bewegungsforschern ausreichend untersucht wurde – ein wichtiger und früher Protagonist war sicherlich Rolf Schwendter⁸ – können die einschlägigen Befunde zum emanzipativen Potenzial von gegenkulturellen Selbstverwaltungsstrukturen als wichtige Folie für unsere Untersuchung herangezogen werden.

In diesem dritten Kapitel wollen wir nun einige Theorien zu gesellschaftlichen Veränderungen skizzieren, welche (a) die Herausbildung der Alternativ- und Gegenkultur in den 1970er Jahren begünstigten und (b) die in der heutigen Zeit für die Herausbildung eine neue Welle von vernetzten Selbstverwaltungsstrukturen sprechen. Im Rahmen unseres Projektes können wir dabei nur vereinzelte Schlaglichter auf insgesamt komplex verflochtene Veränderungsprozesse werfen. So konzentrieren sich die Betrachtungen, anknüpfend an die Studentenbewegung und an die Arbeiten von Robert Inglehart, und Helmut Klages, zunächst auf den Wertewandel (4.1), der ab Anfang der 1970er Jahre eine zunehmende Orientierung weg von materiellen Werten und preußischen Tugenden und hin zu postmateriellen Selbstverwirklichungsansprüchen legte. Darauf aufbauend, nun den Blick weg von Einstellungen und Ansprüchen und hin zu gesellschaftlichen Strukturveränderungen nehmend, soll die Individualisierungstheorie nach Ulrich Beck in den Kontext der Herausbildung von Gegenkulturen thematisiert werden (4.2).

Natürlich sind diese Erörterungen nicht hinreichend zur Erklärung der damals aufkommenden Gegenkultur. Weitere wichtige Aspekte, auf die nicht weiter eingegangen werden kann, sind etwa die Folgen der Bildungsreformen seit den 1960er Jahren, die Krise des Fordismus inklusive ökonomischer Strukturveränderungen hin zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft und einem Rückbau des Sozialstaates (vgl. z.B. Schimank 2012), die Ressourcenkrise von der Ölknappheit bis zum berühmten Bericht „*Grenzen des Wachstums*“ des „*Club of Rome*“ (Meadows u. a. 1972), der schwindende Glaube an den Fortschritt durch Technik (ausgedrückt insbesondere in der Kritik am Atom-Staat) und nicht zuletzt die politische Dynamik, die sich ausgehend von der Studentenbewegung in den 1970er Jahren herausbildete (Kapitel 3).

Ein Vergleich der Trägergruppen des alternativen Milieus sowie der Selbstverwaltungsszene in den späten 1970er Jahren einerseits und in der heutigen Zeit andererseits muss in Rechnung stellen, dass diese Trägergruppen grundlegend unterschiedliche gesellschaftliche Verhältnisse vorfinden und unter diesen sozialisiert wurden. Dieser Umstand motiviert je nach den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen unterschiedliche Sozialtypen für das Aktivmilieu. Dies zieht sukzessive andere Motive, Strukturen und Selbstverständnisse der kol-

⁷ Siehe hierzu auch den historischen Abriss in der Einleitung.

⁸ Siehe u.a. die von Rolf Schwendter (1978, 1986, 1986a) in der AG SPAK herausgegebenen Bände zur alternativen Ökonomie

lektiven Zusammenhänge nach sich. Vereinfacht lässt sich sagen, dass in den 1970er Jahren jene antiautoritären Strukturen und soziokulturellen Selbstverständnisse etabliert wurden (Kinderläden, bildungspolitische Selbstverständnisse, neue Familienbilder usw.), in denen die heutige Generation von Aktivisten sozialisiert wurde (3.2). Neben diesen Infrastrukturen gab es zugleich aber auch prägende Veränderungen ökonomischer, technischer und politischer Art, die ebenso Einfluss nahmen. Einiges spricht dafür, dass sich die Sozialisierungsbedingungen gegenüber den 1960er Jahren massiv pluralisiert haben (vgl. Niederbacher u. Zimmermann 2011). Dabei ist allerdings ungeklärt, aus welchen Milieus die heutigen Trägergruppen eines links-alternativen Milieus mit Neigungen zur Mitwirkung in selbstverwalteten Kontexten stammen.

Gegenwärtig sind erneut verschiedene Gesellschaftstheorien und ökonomische Veränderungen zu beobachten, die gerade aus Sicht bewegungsnaher Autor*inn*en auf eine neuerliche Herausbildung alternativer und vernetzter Strukturen hinweisen könnten. Hier sei exemplarisch verwiesen auf interdisziplinäre Analysen zum Klimawandel, die bisherige Lebensgewohnheiten und ökonomische Strukturen grundlegend in Frage stellen (siehe z.B. WBGU 2011). Auch die jüngste Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise von 2008 mit ihren gravierenden sozialen und ökonomischen Verwerfungen wird hier immer für ein Scheitern des gegenwärtigen Ordnungsmodells angeführt (vgl. z.B. Notz 2011, S. 8ff.). Und selbst in den weiterhin von der ökonomischen Globalisierung profitierenden und florierenden Volkswirtschaften wie beispielsweise der deutschen Wirtschaft, welche die Krise in kurzer Zeit verkraften konnte, korrespondiert der ökonomische Erfolg mit einer immer tieferen sozialen Spaltung. Dabei ist eine wachsende Machtkonzentration internationaler Konzerne verbunden mit einer Konzentration des Vermögens unübersehbar.⁹ Veränderungsbedarf drückt sich weiterhin im Bedeutungsgewinn rechtspopulistischer Bewegungen mit dezidiert menschenfeindlichen Positionen aus (vgl. zuletzt Decker, Kiess u. Brähler 2016). Damit korrespondierend wird seit einem guten Jahrzehnt mit der Theorie der „*Postdemokratie*“ eine Aushöhlung demokratischer Strukturen diagnostiziert, welche die Identifikation mit dem politischen System nachhaltig untergräbt (vgl. Crouch 2008).

In unsere Ausführungen können wir nicht all diese genannten Stränge verfolgen. Vielmehr wollen wir uns auf Strukturveränderungen konzentrieren, die in Hartmut Rosas Resonanz-Theorie (vgl. Rosa 2016) zum Ausdruck kommen (3.3). Hier wirken ganz verschiedene Strukturveränderungen auf die Menschen ein und untergraben ein konstruktives Weltverhältnis der Menschen. Umfassende Entfremdungserfahrungen, die aus ökonomischen, technischen, medialen, sozialen, kulturellen und politischen Entwicklungen resultieren, könnten im Rahmen der Sinnsuche die Attraktivität kollektiv-emanzipatorischer Lebens- und Arbeitsprojekte erneut erhöhen.

Abschließend sollen einige alternative ökonomische Konzepte (Gemeinwohl-Ökonomie, Post-Wachstumsgesellschaft) dargestellt werden, die sich zumindest im außerparlamentarischen Raum und gerade bei jüngeren Menschen großer Aufmerksamkeit erfreuen. Interessant ist dabei, dass im Gegensatz zu den 1970er Jahre die heutigen Standardwerke, wie z.B. „*Wohlstand ohne Wachstum*“ des Briten Tim Jackson (vgl. Jackson 2013), ganz ohne

⁹ Das DIW beispielsweise kam zuletzt zu dem Befund einer stark wachsenden Vermögenskonzentration. Inzwischen besitzen die reichsten 0,001% der deutschen Haushalte ebenso viel wie die, 20 Millionen umfassende, ärmere Hälfte aller deutschen Haushalte. Entsprechend fragt der SPIEGEL, wer eigentlich von Wachstum und Globalisierung profitiert (vgl. SPIEGEL-Online 2018).

revolutionäres Pathos auskommen. Offenbar gehört spätestens seit der Implosion der Sowjetunion der ‚Umsturz‘ kaum mehr zum fantasierten Begriffsrepertoire im alternativen Milieu, das gleichwohl sehr kreativ nach neuen und nachhaltigen Lebens- und Arbeitsmodellen sucht.

4.1 Wertewandel: Materielle Sättigung und der Wunsch nach Selbstbestimmung

Ein Wandel gesellschaftlich dominanter Werte und Einstellungen kann sowohl gesellschaftliche Strukturen verändern als auch das Ergebnis solcher Veränderungen sein. Exemplarisch gilt dies für die Studentenbewegung von 1968, die in der Werteforschung als Ausgangspunkt für einen Wertewandel und eine sozio-kulturelle Modernisierung gilt. So kann das Aufbegehren nach Freiheit und Selbstbestimmung, dass diese Bewegung kennzeichnete, weit über die Bildungseinrichtungen hinaus als Antwort auf überkommene („bleierne“) Strukturen unter der veränderten Strukturbedingung gewachsener materieller Sicherheit und Sättigung interpretiert werden. Dieses Aufbegehren gewann dann sukzessive eine solche politische und gesellschaftliche Dynamik, dass in den 1970er Jahren eine breite gegenkulturelle Alternativbewegung entstand, die von einer klaren gesellschaftlichen Werteverziehung getragen war.

Werte können verstanden werden als „*allgemeine und grundlegende Orientierungsstandards, die für das Denken, Reden und Handeln auf individueller und auf kollektiver Ebene Vorgaben machen und dabei explizit artikuliert oder implizit angenommen werden*“ (Neumaier u. Gensicke, zit. n. Heinemann 2012, S. 3). Auch wenn es bereits seit 1947 Befragungen zu Werten und Einstellungen in Deutschland gegeben hat (vgl. Nölle Neumann u. Petersen 2001, S. 15), wird der Beginn der expliziten Werteforschung in den US-amerikanischen Sozialwissenschaften verortet und erst auf das Jahr 1963 mit einer Arbeit von Gabriel A. Almond und Sidney Verba datiert (vgl. Heinemann 2012, S. 3). Für die Phase zwischen Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre wurde ein so grundlegender Wandel gesellschaftlicher Werte gemessen, dass etwa Inglehart (1982) von einer „*stillen Revolution*“ sprach, Helmut Klages (1984, S. 123) immerhin einen „*Wertewandelschub*“ ausmachte und Nölle-Neumann (2001, S. 15) aus einer konservativen Haltung heraus einen „*Schock*“ konstatierte. Diese drastischen Begrifflichkeiten verweisen auf eine nachhaltige gesellschaftliche Veränderung, die in Deutschland, aufgrund der fehlenden Aufarbeitung der Verstrickungen in den Nationalsozialismus, besonders scharf ausfiel.

Den eigentlichen Beginn der sozialwissenschaftlichen Wertewandelforschung bildete Ronald Ingleharts zuerst 1977 veröffentlichte Studie „*The silent Revolution*“. Darin diagnostiziert er den Übergang von materialistischen Werten zu verstärkt postmaterialistischen Werten in der Gesellschaft. Die Mehrheit der Menschen ziehe nun die individuelle Selbstverwirklichung der Existenzsicherung vor. Die wirtschaftliche Prosperität und der Ausbau des Sozialstaats in der BRD hätten für viele Menschen zu einer Abkehr von traditionellen religiösen und kulturellen Normen zugunsten individueller Selbstverwirklichungsansprüche geführt. Während die Nachkriegsgeneration in den 1970er Jahren noch vermehrt materialistische Werte vertrat, stand die nachwachsende Generation, die in Sicherheit und wirtschaftlichen Wohlstand hineingeboren wurde, vermehrt für postmaterialistische Werte ein. Inglehart beschreibt das Konzept des Wertewandels als lineare Werteentwicklung, welches im Postmaterialismus ihren Abschluss findet. Seine Untersuchungen stützen sich auf Adam Maslows Bedürfnispyramide. Diese besagt im Kern, dass erst nach der Befriedigung von Grundbedürfnissen eine Hinwendung zu höheren oder postmaterialistischen Werten erfolgt.

Zudem integriert er in seine Überlegungen die Sozialisationshypothese, die davon ausgeht, dass die in der Jugend erworbenen Werthaltungen eine Kontinuität besitzen und unumkehrbar sind (vgl. Heinemann 2012, S. 4). Werte, die von den Eltern an die Kinder weiter gegeben werden, sind somit prägend und über die Lebensspanne stabil.

Im Gegensatz zu Inglehart spricht Elisabeth Nölle-Neumann, die Gründerin des Allensbacher Instituts für Demoskopie, in Bezug auf das deutsche Gesellschaftssystem in ihren eigenen Untersuchungen eher von einem „*Werteverfall*“. Die Umfrageergebnisse Ihres Instituts ähneln zwar inhaltlich den Ergebnissen Ingleharts, doch interpretiert sie diese in Richtung eines Niedergangs und sieht darin eine Gefahr für die pluralistische, bürgerliche Gesellschaft. Der diagnostizierte Werteverfall fand nach Noelle-Neumann allerdings in den 1990er Jahren ein jähes Ende, seitdem würden traditionelle Werte wieder an Bedeutung gewinnen (vgl. Heinemann 2012, S. 5).

Vor allem der Soziologe Helmut Klages kritisiert die von Noelle-Neumann entwickelte Diagnose des Werteverfalls in Deutschland und schließt sich anhand eigener Forschungen eher Ingleharts These an. Sein 1985 herausgegebenes Buch „*Wertorientierungen im Wandel: Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognose*“ (1985) geht von einem Übergang von materialistischen zu postmaterialistischen Werten aus und spricht von einem Wandel von „*Pflicht und Akzeptanzwerten zu Selbstantfaltungswerten*“ (Klages 1985, S. 134). Zudem stellt Klages fest, dass es zunehmend zu einer „*Wertesynthese*“ kommt. Materielle, Pflicht-, Akzeptanz- und Selbstverwirklichungswerte stünden nicht in einem hierarchischen Verhältnis zueinander. Vielmehr vermischten sich eher traditionelle, materialistische Werte mit postmateriellen Selbstverwirklichungsansprüchen (vgl. ebd. S. 165). Wie auch Noelle-Neumann sieht Klages eine Umbruchphase der Werte zwischen Mitte der 1960er und Mitte der 1970er Jahre. Klages sieht den Wertewandel insgesamt als Reaktion auf ein Bedürfnis der Menschen nach gesellschaftlicher Orientierung.

Inzwischen hat sich, sicher auch bedingt durch eine Professionalisierung der Markt- wie auch der Jugendforschung, ein ausgereiftes Instrumentarium zur Erhebung von gesellschaftlich relevanten Werten etabliert. Daher wurden Untersuchungen wie die von Inglehart und Klages einer Methodenkritik unterzogen und weitgehend durch aussagekräftigere Verfahren abgelöst. Die ebenfalls in den 1980er Jahren entstandenen Arbeiten von Ulrich Beck, dessen Buch „*Risikogesellschaft*“ seinerzeit richtungsweisend war, stellen das Thema Normen- und Werteinstellung in einen umfassenderen Zusammenhang. Dieses soll im folgenden Kapitel näher beleuchtet werden.

4.2 Individualisierung und kulturelle Pluralisierung

Der zunächst von Inglehart in den 1970er Jahren beschriebene Wertewandel korrespondierte laut dem Soziologen Ulrich Beck mit einem Individualisierungsschub. In seinem 1986 erschienenen Buch „*Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne*“ erläutert er im zweiten Kapitel die „*Individualisierung sozialer Ungleichheit*“ (vgl. Beck 1986, S.115ff.). Durch die, bis in die 1980er Jahre anhaltende, gesellschaftsübergreifende Wohlstandssteigerung wurden soziale Ungleichheiten zwar nicht abgeschafft, es wurde aber ein „*Fahrstuhleffekt*“ ausgelöst. Damit beschreibt Beck ein Höherrücken um einige Etagen des gesamten gesellschaftlichen Gefüges bei gleichbleibenden Ungleichheitsrelationen. Die Einkommensunterschiede zwischen Gut- und Geringverdienenden blieben zwar fast unverändert, es hat aber eine Vermehrung des materiellen Wohlstands, eine Erhöhung der Freizeit und verbes-

serte Bildungsmöglichkeiten und -chancen für alle Bevölkerungsgruppen gegeben. Beck schreibt: „*Die neuen materiellen und zeitlichen Entfaltungsmöglichkeiten treffen zusammen mit den Verlockungen des Massenkonsums und lassen die Konturen traditionaler Lebensformen und Sozialmilieus verschwinden*“ (Beck 1986, S. 124).

Durch diesen institutionellen Wandel auf der Makroebene der Gesellschaft und dem Individualismus, dem biographischen Wandel auf der Mikroebene der Individuen, wird eine Sinnsuche zunehmend dem/der Einzelnen aufgebürdet. „*Die Normalbiographie wird zur Bastelbiographie, wobei jeder gewählte Weg auch der falsche sein kann*“ (Beck/Beck-Gernsheim 1994, S. 13). Die Ansprüche auf Selbstbestimmung, Sicherheit und soziale Einbindung in die Gesellschaft gewinnen an Gewicht.

Den Begriff der Individualisierung prägte Beck als Beschreibung der sozialen Lebensbedingungen, mit historisch-empirischem Bezug auf die 1960er und 1970er. Einem mit der Industrialisierung und Modernisierung der westlichen Gesellschaften einhergehenden Prozess, der den Übergang des Individuums von der Fremd- zur Selbstbestimmung beschreibt. Diese Sinnsuche und -findung jenseits entfremdeter Strukturen bildete möglicherweise einen Antrieb zur Bildung der Selbstverwaltungsszene in den 1970er Jahren.

Als 1986 die Veröffentlichung von Ulrich Becks „*Risikogesellschaft*“ erschien, hatten sich die gesellschaftlichen Grundlagen verschlechtert und die Massenarbeitslosigkeit hatte einen strukturellen Charakter bekommen. Damit ging der Rückbau des Sozialstaates einher und zahlreiche Sicherheiten gingen verloren, so dass die Arbeit an einer Bastelbiografie erschwert wurde. Ab Mitte der 1980er Jahre verlieren die Selbstverwaltungsstrukturen an Masse und Attraktivität.

In seiner Individualisierungsthese führt Ulrich Beck 1986 aus, dass die Menschen genötigt werden bzw. die Aufgabe haben, sich zu individualisieren. Es gibt keine festgelegten Biografien mehr. Nicht die Menschen haben sich verändert, sondern die Strukturen. Er gliedert den damaligen Individualisierungsschub in drei Dimensionen (vgl. Beck, 1986, S. 206):

1. Dimension, die Freisetzung: Es erfolgte eine Herauslösung aus historisch vorgegebenen Sozialformen und -bindungen im Sinne von Traditionen, der Einzelne wird zum Gestalter seines eigenen Lebens.
2. Dimension, die Entzauberung: Aus den eröffneten Möglichkeiten resultiert ein Verlust der traditionellen Sicherheiten bezüglich Glauben und leitenden Normen. Sicherheiten verschwinden, eine vorgegebene Handlungsorientierung entfällt. Unsicherheiten und Risiken werden den Individuen zugeschrieben. Die Einbindung in Klassen erodiert.
3. Dimension, die Reintegration: Es erfolgt eine neue Art der sozialen Einbindung. Dabei ist die Selbstbeteiligung des Individuums notwendig. Die Erkenntnisgewinnung, dass die neue persönliche Freiheit nicht unendlich und der Entscheidungsraum wiederum beschränkt ist, wird realisiert.

Durch die Freisetzung wird eine neue Unabhängigkeit und Mobilität ermöglicht. Aus den neuen Möglichkeiten resultieren für das Individuum Unsicherheiten und Risiken (Entzauberung). Eine Reintegration wird forciert, und so werden die gewonnenen Freiheiten wieder einschränkt und neue Zwänge entstehen.

Die Individualisierung bezeichnet also Prozesse erstens der Auflösung und zweitens der Ablösung industriegesellschaftlicher Lebensformen, was bedeutet, dass Klasse bzw. Schicht,

Geschlechterverhältnis, Normalfamilie und lebenslanger Beruf keine bindenden aber auch keine verlässlichen Rahmen mehr bieten. Bis dahin prägende gesellschaftliche Großinstitutionen, wie Gewerkschaften oder Kirchen, verlieren an Einfluss und Bedeutung. Herausfordernd sind auch die veränderten Arbeits- und Ausbildungsvarianten bzw. -anforderungen und die daraus resultierende Mobilität. Außerdem „verlieren Betrieb und Arbeitsplatz als Ort der Konflikt- und Identitätsbildung an Bedeutung und es bildet sich ein neuer Ort der Entstehung sozialer Bindungen und Konflikte heraus: Die Verfügung und Gestaltung der privaten Sozialbeziehungen, Lebens- und Arbeitsformen; entsprechend kommt es zur Ausprägung neuer sozialer Netzwerke, Identitäten und Bewegungen“ (Beck, 1986, S. 152). Hervorgerufen wird dies durch den an das Individuum gerichteten institutionellen Wandel der sozialen und politischen Grundrechte und -lagen. Die Menschen haben die Möglichkeiten bzw. viel mehr die Aufgabe ihre Biografie selbst zu wählen, zu inszenieren und zu verändern. Daraus entwickeln sich Bürde und Verantwortung – extremer ausgedrückt: es entstehen Zwänge. Jean-Paul Sartre formulierte 1943 hierzu schon: „*Frei sein heißt zum Freisein verurteilt sein*“ (Sartre 1993, S. 253).

Individualisierung könnte man auch als Vergesellschaftungsprozess unter veränderten Strukturen bezeichnen. Die Herauslösung aus Bindungen verbunden mit einer Abhängigkeit von Sicherungsinstitutionen. Das Individuum muss durch verschiedenste Kombinationen sein Leben gestalten. Beck beschreibt dies als „*Bastelbiographie*“ (vgl. Beck, 1986, S. 216f.). Und weiterführend wird definiert: „...andere Arten der Lebensführung und Lebensgestaltung, die – daher der Name Individualisierung – nicht mehr in traditionale Vorgaben eingebettet und verbindlich sind, sondern auf sozialstaatlichen Regelungen beruhen. Diese setzen aber das Individuum als Akteur und Inszenator seiner Biographie, seiner Identität, seiner sozialen Netzwerke, Bindungen, Überzeugungen voraus und „erzeugen“ es zugleich“ (Beck/Beck-Gernsheim 1993, S.186).

Als verbreiteter Wert werden die Selbstfindung und die Suche nach einem ausgefüllten Leben genannt, als Konsequenz entsteht daraus häufig eine Selbstverunsicherung.

Wir leben in einer individualisierten Gesellschaft und können selbstbestimmt über unser Leben entscheiden. „*Die Ausgestaltung der Gesellschaft und der Formen des Zusammenlebens sind Ausdruck der eigenständigen Wahlentscheidungen der Handelnden*“ (Junge, 2002, S.7). Die Bedeutung, die Menschen der Individualität beimessen, wird immer größer. Gesellschaftliche, politische und ökonomische Rahmenbedingungen haben zu einer individualisierten Gesellschaft geführt, deren Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist.

Die Auswirkungen der Individualisierungsprozesse sind in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens spürbar und eben nicht nur positiv zu bewerten. Nach der Auflösung der spätständischen Klassenkulturen bildete sich eine individualisierte Grundstruktur sozialer Ungleichheit aus. Ein feinkörniges Gefüge in einer privatisierten Lebenswelt entstand, Kleinfamilien wurden zu individualisierten Untereinheiten. Die Bildung von Koalitionen wird notwendig, die je nach Situation geschlossen und wieder gelöst werden, es entstehen Zweckbündnisse: Klassen quer zur Klasse. „*Mehr Einkommen, Bildung, soziale Sicherheit, Freizeit und Mobilität haben dazu geführt, dass viele Menschen über mehr Ressourcen und mehr Optionen für individuelles Handeln verfügen. Sie lösen sich dadurch von den restriktiven Verhaltensregeln der zentralen Gemeinschaften, vor allem der Familie, der lokalen Gemeinde, der Religion und der sozialen Klasse bzw. Schicht. Dadurch sind die Menschen in der Lage, aber auch dazu gezwungen, ihr Leben relativ eigenständig zu gestalten, Ent-*

scheidungen in eigener Verantwortung zu fällen. (...) Um Halt und Richtung zu finden, schließen sich daher viele Menschen mit anderen zusammen, die ähnliche Bestrebungen, Lebensstile und Lebensziele aufweisen“ (APuZ 2012, S. 53).

Durch die Nötigung zur Erschaffung der eigenen Bastelbiografie als Folge der Individualisierung entwickelt sich für das Individuum eine diffuse Situation, in der man nicht mehr weiß, wozu und wohin man eigentlich gehört. „*Leben, Tod, Geschlecht, Körperlichkeit, Identität, Religion, Ehe, Elternschaft, soziale Bindungen – alles wird sozusagen bis ins Kleingedruckte hinein entscheidbar, muss, einmal zu Optionen zerschellt, entschieden werden*“ (Beck/Beck-Gernsheim, 1994, S. 16). Dieses könnte zu einer Sehnsucht führen, anders zu leben und das Suchen und Streben nach alternativen Möglichkeiten, in denen Rahmen und Halt geboten werden, unterstützen.

Möglicherweise resultiert auch aus diesen Zwängen die Kritik: In welcher Gesellschaft *leben wir* bzw. in welcher Gesellschaft *wollen wir leben*? Ein Hinterfragen der entfremdeten Lebens- und Arbeitsformen und des gesellschaftlichen Status Quo. Diese Beanstandung der bestehenden Verhältnisse, ein umfassender Anspruch auf Selbstbestimmung und Partizipation könnte heutzutage eine Affinität zu hierarchiefreien Arbeits-, Lebens- und Kulturformen begünstigen. In denen die zentralen Wesensmerkmale des Kapitalismus: Konkurrenz, Wachstum, Leistungsideologie, marktorientierter Konsumismus und Fremdbestimmung überwunden werden können.

4.3 Sozialisationsbedingungen in den 1970er Jahren und für die „Generation Y“

Der Begriff Sozialisation wird wissenschaftlich unter verschiedenen Schwerpunkten definiert. Grundlage sind u. a. psychologische, sozialökologische, soziologische, radikalkonstruktivistische Theorien.

„*Das Themenfeld Sozialisation (...) ist kein integratives Konzept, keine Theorie der Sozialisation, sondern es sind verschiedene Theorien, deren gemeinsamer Nenner darin besteht, dass sie (auch) auf die für Heranwachsende relevanten Austauschbeziehungen (z.B. Familie, Peer-Group, Schule, Konsum usw.) eingehen*“ (Niederbacher u. Zimmermann 2011, S.19).

In den verschiedenen wissenschaftlichen Themenfeldern werden Individuum und Gesellschaft miteinander in Verbindung gesetzt, eine Anpassung bzw. Beeinflussung wird so abgebildet. In der „*umfassenden Sozialisationstheorie*“ werden mehrere soziologische und psychologische Sozialisationstheorien kombiniert. Sozialisation wird als ein Prozess der Eingliederung beziehungsweise der Anpassung des heranwachsenden Menschen in die ihn umgebende Gesellschaft und Kultur beschrieben. So definiert Hurrelmann Sozialisation als „*den Prozess der Entwicklung der Persönlichkeit in produktiver Auseinandersetzung mit den natürlichen Anlagen, insbesondere den körperlichen und psychischen Grundmerkmalen (der „inneren Realität“) und mit der sozialen und physischen Umwelt (der „äußeren Realität“)*“ (Hurrelmann, 2002, S. 7).

Wesentliche Merkmale der Persönlichkeit sind also nicht angeboren, sondern entwickeln sich im Laufe der Zeit. Sozialisation bezeichnet die Persönlichkeitsentwicklung und -findung eines Individuums aufgrund von Erziehung, ebenso wie durch die korrelierenden spezifischen, sozialen, materiellen, gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen – der „*äußeren Realität*“. Die Sozialisation ist dementsprechend ein fortdauernder Prozess des Erlernens von

sozialen Normen, Verhaltensstandards und Rollen, sowie dessen Reflektion und Aushandlung, um sich zu einer handlungsfähigen und verhaltenssicheren Persönlichkeit zu entwickeln (vgl. Gudjons/Traub 2016, S.169f).

Unterschieden wird zwischen der primären, sekundären und tertiären Sozialisationsphase. In der frühen Kindheit findet die primäre Sozialisation statt, nur wenige Menschen umgeben als Ankerpunkte das Kleinkind. Ein Zurechtfinden in der Welt, erlebte Geborgenheit – und ein sich daraus entwickelndes Urvertrauen – wird im besten Fall erfahren. So wird eine Definition des eigenen Selbst entwickelt. Die sich anschließende sekundäre Sozialisation formt den jungen Menschen außerhalb seines engsten Umfelds, es erfolgt eine Integration außerhalb der Familie. In Teilwelten erfährt der Mensch Anschauungen, Rollenbilder, gesellschaftliche Normen und Verhaltensregeln. Er übernimmt diese, je nach Dauer und Intensität, als Teil seiner eigenen Persönlichkeit. Das Individuum lernt mit Werten und Normen reflektierend umzugehen. Die tertiäre Sozialisation erfolgt im Berufsleben, in Weiterbildungen, im Erwachsenenalter (vgl. ebd., S. 162).

Verschiedene Personen, Gruppen und Institutionen, die sogenannten Sozialisationsinstanzen und Sozialisationsagenten (Familie, Schule, Kirche, Altersgruppen, Medien etc.), beeinflussen die Entwicklung der Heranwachsenden. Erst wenn die von der Gesellschaft und Kultur erwarteten Anforderungen, Vorstellungen, Merkmale und Verhaltensweisen erfüllt werden, wird man Mitglied und Teil dieser. So ist die Aufgabe der sozialen Integration gekoppelt an eine aktive Verarbeitung der eigenen Realität, ohne dass die persönliche Individualität verloren geht. „*Im Sinne dieses Ansatzes lässt sich Sozialisation als ein latenter Prozess des Zusammenlebens und -wirkens bestimmen, der sich in der Gestaltung und Organisation von Sozialbeziehungen, mithin in gemeinsam etablierten Regeln des sozialen Miteinanders ebenso manifestiert wie in Eigenschaften und Handlungsweisen von Personen, die sich einerseits aus dem Zusammenleben mit anderen ergeben und andererseits die Voraussetzung für die Teilhabe am Leben in spezifischen sozialen Umwelten sind*“ (Hurrelmann, Grundmann u. Walper, 2008, S.16).

Im Folgenden soll auf die unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen der „alten“ und der „neuen“ alternativ lebenden Generationen eingegangen werden. Die prägenden historischen, kulturellen und sozialen Ereignisse der jeweiligen Generationen werden kurz dargestellt. Eine Betrachtung der Ereignisse und Lebensumstände während der spezifischen, formativen Phase, könnte als möglicher Ansatz für die alternativen Lebensweisen dienen. Es sollen ggf. Überschneidungen und/oder Unterschiede sichtbar gemacht werden, um auch die Teilnehmer*innen unserer Projekte verorten zu können.

Erläutert werden erstens die Sozialisationsbedingungen der Geburtsjahrgänge 1948 bis 1965, welche Mitte der 1960er bis Ende der 1980er das alternative Milieu prägten. Diese Generationen werden als „68er“ und „Babyboomer“ bezeichnet. Und zweitens die Sozialisationsbedingungen von deren Kinder und Enkel – der „Generation Y“ – geboren 1980 bis 1995. Wobei eine stringente Zuordnung der älteren Geburtenjahrgänge in ein Generationenraster über Literatur nicht klar getroffen werden kann. (vgl. Fluter Nr. 17/18 S. 25ff., vgl. Hurrelmann u. Albrecht 2016, S. 14).

„*Familienerziehung unterliegt einem historischen Wandel, Erziehungsregeln und -inhalte verändern sich und sind in gesellschaftliche Veränderungen eingebunden*“ (Elias 1976 zit. n. Ecarius, Köbel, Wahl 2011, S. 31). Bestimmte zeitgeschichtliche Ereignisse (Krieg, Krisen, Revolutionen) oder gesellschaftliche Bedingungen, wie Erziehungsstile, wirken sich also

langfristig auf das Verhalten spezifischer Geburtsjahrgänge aus. „*Die Einbindung der Eltern in ein soziales Milieu sowie in eine historische Zeit führt dazu, dass Erziehung nicht nur nach subjektiven, persönlichen Anforderungen, d.h. an Wünschen und Bedürfnissen, ausgerichtet ist, sondern auch in sozialpolitische Entscheidungen eingebettet ist*“ (Ecarius, Köbel u. Wahl 2011, S. 51).

Wie unter Kapitel 3 beschrieben, sind die 1960er und die erste Hälfte der 1970er Jahre eine Zeit des kulturellen und politischen Wandels der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die 1950er Jahre waren in der Bundesrepublik Deutschland von Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und Festigung des Staatswesens bestimmt. Die nachfolgenden Jahrzehnte prägten neben einem Elitewechsel (führende Repräsentanten mit Karrierebeginn während der Weimarer Republik bzw. der NS-Diktatur traten ab) ebenso erste Wirtschaftskrisen und die Jugend- und Studentenproteste (vgl. Borowsky 2002). Universitäten wurden für eine breitere Bevölkerungsschicht zugänglich, Moralvorstellungen und die Autorität der Eltern wurden von den Kindern erstmals in Frage gestellt. Die jungen Erwachsenen hatten neue Idole, hörten Musik mit politischen Inhalten und provozierten gezielt in vielerlei Hinsicht. Neben der Gleichberechtigung der Geschlechter und Kritik an bestehenden Normen in sozialen, kulturellen und politischen Bereichen, wurden eine freiere Sexualität – auch ermöglicht durch die Pille – und bewusstseinserweiternde Drogen thematisiert.

Daraus resultierten Veränderungen in Kultur und Gesellschaft. Es entwickelte sich eine breitere Politisierung der Bevölkerung – diese Generationen, die „68er“ und die „Babyboomer“, stellten Hierarchien in Frage. Grundsätzliche Unterschiede in der sozialen und politischen Einstellung im Vergleich zu den Eltern wurden thematisiert und in den Bereichen Leben, Wohnen, Arbeiten, Liebe und Familie umgesetzt. In den jungen Familien entwickelte sich ein neues Verhältnis der Eltern-Kind-Ebene. Dabei beeinflussten auch neue Unsicherheiten ökonomischer Art ab Mitte der 70er Jahre den Alltag – das Bruttonsozialprodukt der Bundesrepublik sank auf bis zu -1,0 % im Jahr 1975, die Inflationsrate betrug 7%, die Arbeitslosenquote stieg enorm.

Die erfahrene Erziehungsmethode wurde noch von der Kriegsgeneration relativ unreflektiert übernommen, eine befehlende, sozial- und geschlechtsspezifische Erziehung wurde angewandt. Diese ging einher mit der asymmetrischen Gesellschaftsstruktur und der asymmetrischen Machtbalance innerhalb der Familie, bezüglich Älteren und Jüngeren, Männern und Frauen. Die materialistische Lebensorientierung beinhaltete Disziplin, Leistung und ökonomische Eigenverantwortlichkeit (vgl. Ecarius, Köbel u. Wahl 2011, S. 46).

Deren Kinder, die 68er und Babyboomer, reflektierten diese negativen, eigenen Erfahrungen und versuchten modernere Muster des Erziehens umzusetzen, ohne auf erlebtes und tradiertes Wissen zurückgreifen zu können (vgl. Ecarius 2002, hier n. Ecarius, Köbel u. Wahl 2011, S. 50). Selbst als Kind noch in einem Befehlshaushalt groß geworden, wandelten diese Eltern ihren Erziehungsstil in Richtung eines Verhandlungshaushaltes um. Die traditionelle Asymmetrie in der Machtbalance wurde verringert, die Bedeutung von Disziplin und Gehorsam, Strenge und Gewalt als Mittel der Erziehung nahmen immer weiter ab. Es erfolgte eine Annäherung der Eltern- und Kind-Generation, die Ebene des Verhandelns kam hinzu. Diese Veränderung war integriert in einen historisch-gesellschaftlichen Wandel, von der materialistischen zu einer postmaterialistischen Lebensorientierung. Die Erziehungsinhalte des modernen Verhandlungshaushaltes decken sich mit postmaterialistischen Werten wie Selbstfindung, Selbstverwirklichung und Sinnsuche (vgl. Inglehart 1979, hier n. Ecarius,

Köbel u. Wahl 2011, S. 50). „Der modernere Verhandlungshaushalt enthält eine stärker symmetrische Interaktionsstruktur: Kindern werden im Kontext des sozialen Wandels eigene Rechte und Freiräume zugestanden“ (vgl. Honig, 1999, zit. n. Ecarius, Köbel u. Wahl 2011, S. 56). Emanzipation, Partizipation und Transparenz wurden in gesellschaftlichen Zusammenhängen und in den Familien immer stärker eingefordert und auch gelebt.

Die „Generation Y“ (*1980-*1995) wuchs in der so genannten Wohlstandsgesellschaft auf, wurde aber genauso durch politische, ökologische und ökonomische Verunsicherungen geprägt. Zu nennen sind die Anschläge vom 11. September 2001, der Klimawandel sowie die Finanzkrise von 2008. Als gesellschaftlich prägende Veränderung muss auch die fortschreitende Globalisierung, die Digitalisierung ebenso wie das vielfältige mediale Angebot gesehen werden.

Neben den traditionellen Familienverbänden setzten sich in den 80er und 90er Jahren immer häufiger alternative, offenere Lebensformen durch und wurden als üblich akzeptiert. Alleinerziehende Mütter, Patchwork-Familien und gleichgeschlechtliche Paare gehörten zum Bild der pluralisierten Welt, in der die Ypsiloner aufwuchsen. Das geschlechterspezifische Rollenbild hatte sich verändert. Mütter und Väter gingen häufig beide einer Berufstätigkeit nach, dadurch wurde die traditionelle Ernährer-Position der Männer aufgeweicht. Die Erziehung und Betreuung der Kinder oblag nicht mehr nur der Mutter, eine gleichberechtigte Teilung der Verantwortlichkeiten wurde angestrebt.

Der Erziehungswissenschaftler Albert Wunsch benennt in einem Interview den erfahrenen Erziehungsstil der Generation Y als den „*der langen Leine*“, viele Freiheiten, viel Partnerschaft. Kinder sollten ebenbürtig behandelt werden, sie sollten bestmöglich einbezogen werden, die Kinder sollten früh eine Stimme erhalten. (vgl. faz.net 2013). Und im Generationen-Barometer 2009 wird beschrieben, dass die Eltern der Generation Y die Erziehung als Aufgabe mit großer Verantwortung wahrgenommen haben. In dieser hatte die individuelle Entwicklung des Kindes Vorrang vor dem Durchsetzen allgemeingültiger Regeln („*kein Patentrezept*“) (vgl. Haumann 2010, S. 53). „*Danach ist Erziehung ein fortwährendes „Gestaltungs geschehen“*“, das zu einem beträchtlichen Teil von den Erziehenden bestimmt wird, das aber zugleich auf die Persönlichkeit der Kinder wie auf „*tausenderlei Umstände und nicht kalkulierbare Ursachen*“ Rücksicht nehmen muss (ebd.).

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass die Aktivist*innen der Selbstverwaltungsszene der 1970er überwiegend in autoritären Elternhäusern sozialisiert wurden, von denen sie sich lösen wollten. Die Gesellschaft, in der sie aufwuchsen und lebten, stand alternativem und innovativem Gedankengut tendenziell ablehnend gegenüber. Die Aktivist*innen forderten eine radikale Selbstbefreiung aus ihrem sozialisatorischen Gerüst.

Die autoritäre Erziehung trat aber zum Teil bei der Realisierung der selbstverwalteten Projekte wieder an die Oberfläche. Der Anspruch auf Selbstentfaltung geriet schnell zum dogmatischen Welterklärungshabitus. Eigene Einstellungen wurden als Nonplusultra gesehen, als Status quo festgelegt. Die persönliche Bereitschaft offen mit anders Denkenden umzugehen war gering, was zu langen und auch zermürbenden Diskussionen in den einzelnen Gruppen und Projekten führte und möglicherweise zu deren Zerfall.

Die Aktivist*innen der heutigen Selbstverwaltungsszene wuchsen in den 1980er und 1990er Jahren in einem offeneren gesellschaftlichen Klima auf. Ihre Sozialisation erfolgte vorwiegend in familiären Verhandlungshaushalten und reformierten Schulsystemen, denen post-

materielle Werte zu Grund lagen. Eine kritische Auseinandersetzung mit Hierarchien und der Anspruch auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung waren Teil des gesellschaftlichen und familiären Umfelds. So bedeutet heute die Wahl eines selbstverwalteten, alternativen Lebens-, Wohn- oder Arbeitsprojekts nicht mehr die Befreiung aus einem zu engen oder starren Sozialisations-Korsett, sondern wird als Möglichkeit gelebt.

Die Generation Y lebt in einer individualisierten Welt, Solidarität als Verhaltensmaxime nimmt in allen Lebensbereichen immer weiter ab, gleichzeitig wird Fremdbestimmung durch Wirtschaft und Großkonzerne als steigend wahrgenommen. Die Entscheidung in einem selbstverwalteten Projekt zu leben oder zu arbeiten könnte als Reaktion darauf gewertet werden. Die freiere und offenere Sozialisation begünstigt möglicherweise auch eine Bereitschaft, Konzessionen innerhalb des Projektes zu machen und ermöglicht einen empathischen Umgang untereinander. Der Ansatz aus den 1970ern, die Welt revolutionieren zu wollen, beschränkt sich heute eher auf ein kleineres Umfeld. Möglicherweise wird versucht, einen Kontrapunkt zu der immer unsozialer werdenden Gesellschaft zu schaffen. Hier wird politisch agiert und persönlicher Halt erlebt.

4.4 Der Verlust von Weltbeziehung im 21. Jahrhundert: Krise – Beschleunigung – Selbstentfremdung

Die gesellschaftlichen Strukturentwicklungen und kulturelle Modernisierung während der 1970er Jahre wie auch die weitgehende Vergesellschaftung des alternativen Milieus im Jahrzehnt darauf könnten als Indikatoren für einen generellen Zugewinn an Selbstbestimmung herangezogen werden. Sowohl der gewachsene Drang nach Selbstverwirklichung (und Kampf gegen Entfremdung) als Ausdruck des Wertewandels als auch der Prozess der Individualisierung (siehe 4.1 u. 4.2) gingen einher mit Modernisierungs- und Emanzipationskämpfen, welche die Partizipationschancen und die kulturelle Vielfalt erhöhte (siehe Kapitel 3, 4.1, 4.2).

Trotzdem hat das Thema der Entfremdung im 21. Jahrhundert einen zentralen Platz auf der soziologischen Agenda. Denn im Vergleich zu den 1970er Jahren hat sich die Welt und die Gesellschaft bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt stark geändert. Als Stichworte mögen hier die politische Wende zu einem globalen Marktradikalismus inklusive eines Rückbaus des Sozialstaates (vgl. z.B. Schäfer 2009, Kap. 3), die alle Lebensbereiche verändernde IT-Revolution sowie eine substantielle Legitimationskrise der Demokratie (vgl. zap 2016, S. 82ff.) genügen. Derartige Entwicklungen, die sich in alle Verästelungen des Lebens niederschlagen, bringen nach Hartmut Rosa, dessen Arbeiten gegenwärtig stark rezipiert werden, neue Entfremdungserfahrungen hervor und schreien geradezu nach alternativen Ordnungsmodellen. Sie könnten ein Indiz dafür sein, dass vernetzte selbstverwaltete Projekte mit emanzipativem Charakter zukünftig wieder an Bedeutung gewinnen, um dieser Entfremdung zu begegnen.

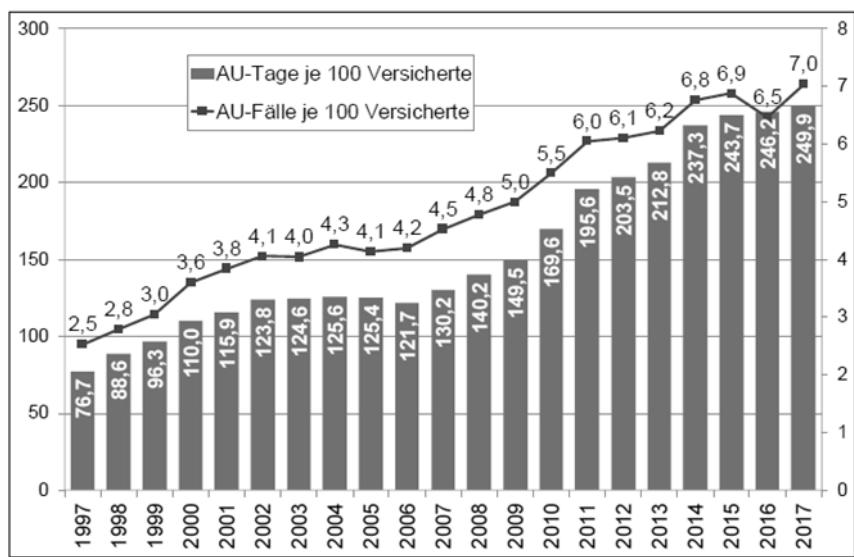
Rosa beschreibt zunächst das Zeitalter der Moderne als Prozess der Erneuerung, des Wachstums und der Beschleunigung. Durch ökonomische, technische, politische und kulturelle Dynamik kommt es zu einem Mehr an materiellen Wohlstand und sozialer Sicherheit, an Bildungswohlstand und politischen Partizipationsmöglichkeiten, an sozialen Lebenslagen, kulturellen Ausdrucksmöglichkeiten und gesellschaftlicher Vielfalt. Prinzipiell sei dieses Wachstum gleichbedeutend mit einem Zugewinn an „Selbstbestimmung“, einem „Grundversprechen der Moderne“, das er als ein Leben „nach eigenen Maßstäben (...)“

„jenseits der Zwänge der Natur, der materiellen Knappheit, der Tradition und Konvention und jenseits des ökonomischen Kampfes“ (Rosa 2009, S. 29) definiert.

Zahlreiche namhafte Sozialwissenschaftler kommen zu dem Befund, dass die Beschleunigung durch technische, ökonomische und kulturelle Veränderungen seit dem Ende des 20. Jahrhunderts ein Niveau erreicht hat, welches die Selbstbestimmung nicht erhöht, sondern die Menschen schlichtweg überfordert und das Nachdenken über ein Leben in Selbstbestimmung untergräbt. Schon Mitte der 1980er Jahre hatte Jürgen Habermas das Buch „*Die neue Unübersichtlichkeit*“ herausgegeben, indem er eine „*Erschöpfung utopischer Energien*“ ausmachte (vgl. Habermas 1985). Mit dem Zusammenbuch des Sowjet-Sozialismus, die Rede war bald vom „*Ende der Geschichte*“ (Francis Fukuyama), beschleunigte sich die Entwicklung infolge einer politisch entfesselten Deregulierung, Globalisierung und Ungleichheit (Rückbau des Sozialstaates). Verschärft wurde dieser Prozess durch die IT-Revolution, welche die Optionenvielfalt sowie die Möglichkeiten von Kommunikation und Informationsgewinnung in kurzer Zeit potenzierte.

Über diese Entwicklungen verlieren sich zusehends gemeinsame Maßstäbe für die Bewertung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wo der Mensch aber zum Getriebenen der Entwicklungen und zu ständigen Anpassungsleistungen genötigt wird, kann er kaum mehr ethisch-moralische Maßstäbe ausbilden. Er sei der Welt derart ausgeliefert, so z.B. der Münchener Sozialpsychologe Heiner Keupp, dass nur ein „*minimal self*“ an Identität verbleibe, das keine übergreifende Vorstellungen für ein selbstbestimmtes Leben mehr entfalten könne.

„Wir haben es mit einer tiefen Krise im gesellschaftlichen Selbstverständnis zu tun, das sich nicht einmal mehr über unterschiedliche mögliche Zielvorstellungen streitet, sondern einfach keine mehr hat. In allen gesellschaftlichen Bereichen, in der Politik, in der Wirtschaft und zunehmend auch in den privaten Welten geht es ums „Überleben“, ums „Durchhalten“. Hier zeichnet sich eine Gesamtsituation ab, die man mit dem Begriff „erschöpfte Gesellschaft“ überschreiben könnte“ (Keupp 2009, S. 10).



Quelle: AU-Daten der DAK-Gesundheit 1997–2017

Keupp bezieht sich in seiner Diagnose stark auf den Franzosen Alain Ehrenberg, der schon 1998 mit dem Buch „*La Fatigue d'être soi*“ (übersetzt: Die Müdigkeit, man selbst zu sein) eine Aufsehen erregende Arbeit vorlegte, die im Deutschen 2004 unter dem Titel „*Das*

erschöpfte Selbst“ erschien. Ehrenberg vertritt darin die These, dass die immense Verbreitung von Depressionen als Volkskrankheit mit der gestiegenen Erwartung an die Menschen verbunden sei, stets mündig und eigenverantwortlich zu sein, also selbstbestimmt zu agieren. Trotz der ständig steigenden Komplexität der Welt habe sich eine „*Kultur der Autonomie*“ herausgebildet, die früher eher dem Künstler-Milieu vorbehalten blieb und die Menschen überfordere und geistig erschöpfe (vgl. Ehrenberg 2004). Und tatsächlich hat sich das Ausmaß psychischer Erkrankungen in den letzten 20 Jahren geradezu explosionsartig vermehrt. Deutlich wird dies etwa an der Entwicklung der Arbeitsunfähigkeitstage, die sich zwischen 1997 und 2016 mehr als verdreifacht haben (vgl. statista.com 2018) und inzwischen auf Platz 2 der Krankheitsbilder bei Arbeitsausfall rangiert. Auch der aktuelle Gesundheitsreport der DAK zeigt, dass in den vergangenen 20 Jahren die Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund psychischer Erkrankungen dramatisch zugenommen hat (siehe Abbildung).

Auch eine Untersuchung im Auftrag der BARMER-Ersatzkasse verdeutlichte jüngst, dass speziell Studierende, von denen in besonderem Maße Eigenverantwortung, Mündigkeit und selbstbestimmtes Handeln verlangt wird, besonders häufig von Depression und Angsterkrankungen betroffen sind (vgl. BARMER Arztreport 2018). All diese Erklärungen und Ausdrucksformen können als Entfremdung und Weltverlust in einer rasenden Wirklichkeit beschrieben werden, die geradezu zum Ausstieg aufzufordern scheint.¹⁰

Der prominente Zeiftforscher Hartmut Rosa geht in seiner Analyse über den Befund von Beschleunigung und Entfremdung hinaus und sucht – auch im Rahmen des von ihm in Jena geleiteten „*Kolleg Postwachstumsgesellschaften*“¹¹ – nach gesellschaftlichen Antworten auf aktuelle Entwicklungen. In seinem Selbstverständnis bezeichnet er „*die Frage nach den sozialen Bedingungen, unter denen gelingendes menschliches Leben möglich wird*“ als „*Urgrund oder Humus*“ der Soziologie, dem er sich verpflichtet fühlt (Rosa 2013, S. 24). Beginnend mit seinem erstmals 2005 erschienen Buch „*Beschleunigung – Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*“ (Rosa 2005), begann er eine mehrjährige Auseinandersetzung mit Entfremdungsprozessen infolge von Beschleunigung. Rosa unterscheidet dabei drei Arten von Beschleunigung: die technische und soziale Beschleunigung sowie die Beschleunigung des Lebenstempes. Unter der technischen Beschleunigung versteht Rosa (2005), dass Nutzer von technischen Geräten weniger Zeit benötigen um bestimmte Arbeiten ausführen zu können und somit den Output pro Zeiteinheit steigern können. Diese als harmlos wirkende Steigerung zeitlicher Arbeitseinheiten bedingt nach Rosa die zweite Art von Beschleunigung, nämlich die des sozialen Wandels. Diese Art der Beschleunigung betrifft alle Individuen in der Gesellschaft, die ihre Einstellungen, Werte sowie Lebensstile in immer kürzerer Zeit an die Bedingungen der Zeit anpassen (vgl. Rosa 2013, S. 22 ff.). Die dritte Art der Beschleunigung betrifft das Lebenstempo selbst. Rosa definiert diese als „*Steigerung der Zahl an Handlungs- oder Erlebnisepisoden pro Zeiteinheit*

¹⁰ Es gibt noch weitere Erklärungsangebote für eine Erschöpfung der Menschen durch die Beschleunigung und rasanten Erweiterung der Handlungsoptionen. Zu nennen wäre hier beispielsweise die populärwissenschaftliche Arbeit „*Payback*“ des ehemaligen Herausgebers der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frank Schirrmacher. Hier ergeben sich Ich-Erschöpfung und Weltverlust aus der Informationsflut im digitalen Zeitalter sowie aus der Nötigung zum Multi-Tasking.

¹¹ Das „*Kolleg Postwachstumsgesellschaften*“ ist auch Teil der Initiative von „*Degrowth in Bewegung(en)*“, die sich „*entstehende soziale Bewegung*“ kennzeichnet. So gesehen geht die Wissenschaftseinheit über ihren Anspruch auf Erkenntnisgewinn hinaus, macht sich vielmehr darüber hinaus auf die Suche nach Alternativen.

und ist als solche die Folge des Wunsches oder gefühlten Bedürfnisses, mehr in weniger Zeit zu tun“ (vgl. ebd. S. 27). Über den Begriff der Beschleunigung arbeitet Rosa heraus, dass sich die Individuen immer weniger Zeit nehmen, bestimmte Handlungsepisoden durchzuführen. Eine Folge von Beschleunigung sowie die dadurch entstehende Entfremdung des eigenen Selbst, sei der Verlust von Resonanz. Diesen Begriff führt Rosa mit seinem im Jahr 2016 erschienen Buch „Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung“ weiter, der als eine Weiterentwicklung des Beschleunigungsbegriffs gesehen werden kann (vgl. Rosa 2016).

Auf der Rückseite des Buches Resonanz 2016, findet sich der Satz: „Resonanz bleibt das Versprechen der Moderne, Entfremdung aber ist ihre Realität“ (vgl. ebd.). Mit diesem Satz verweist Rosa auf das Grundproblem moderner Gesellschaften und versucht mit seinem Buch gleichzeitig eine Lösungsperspektive anzubieten, um die „erschöpfte Gesellschaft“ wieder in Gleichklang zu bringen.

Kategoriale Grundbegriffe Rosas Soziologie der Weltbeziehungen sind „Resonanz“ und „Entfremdung“ (Rosa 2016, S. 281). Diese beiden Begriffe fasst Rosa als ein Gegensatzpaar, wobei es an dieser Stelle zunächst darum gehen soll, die beiden Begriffe zu beschreiben. Der physikalische Begriff der Resonanz wird von Rosa in eine sozialwissenschaftliche Kategorie transformiert. Ausgangspunkt hierfür ist die Tatsache, dass zwei schwingungsfähige Körper sich gegenseitig anregen und dadurch Resonanz entstehe. Dabei sprechen die beiden in Schwingung geratenen Körper „mit jeweils eigener Stimme“ (vgl. ebd. S. 282). Diese physikalische Tatsache auf den Bereich der Sozialtheorie übertragend, beschreibt der Begriff Resonanz „eine spezifische Art- und Weise des In-Beziehung-Tretens zwischen Subjekt und Welt“ (ebd., S. 285). In einem Radio-Interview konkretisiert Rosa seinen Begriff der Resonanz wie folgt: „Resonanz ist ein Zustand, eine Art und Weise des Verbundenseins mit der Welt, bei der tatsächlich in uns so was zu schwingen beginnt. Man kann das, glaube ich, wirklich in diese Metapher fassen, weil das eine Art des in-der-Welt-sein beschreibt, bei dem uns Dinge noch berühren oder ergreifen – das sagt ja auch unsere Sprache, also etwas in Schwingung kommt, wo wir das Gefühl haben, wir können da draußen sozusagen Klänge erzeugen“ (Rosa 2016a).

Rosa spricht in dem Interview ein weiteres Grundelement seiner Theorie an, das er als „Weltbeziehung“ bezeichnet (vgl. Rosa 2016, S.62). Der Begriff bedeutet, dass das Individuum nicht sozial isoliert ist, sondern die Beziehung zu der Welt und der Gesellschaft sucht. „Subjekte stehen der Welt also nicht gegenüber, sondern sie finden sich immer schon in einer Welt, mit der sie verknüpft und verwoben sind, der gegenüber sie je nach historischen und kulturellem Kontext fließend oder auch feste Grenzen haben, die sie fürchten oder lieben, in die sie sich geworfen oder in der sie sich getragen fühlen etc.“ (Rosa 2016, S. 62/63). Dabei sind Welterfahrungen nicht immer auch Resonanzerfahrungen, sondern die Welt kann dem Subjekt auch „stumm“ gegenüber stehen. Resonanzerfahrungen beschreiben vielmehr die Beziehung zwischen dem Individuum und einem Ausschnitt der Welt, in der sich das Individuum gerade befindet. In modernen Gesellschaften seinen Resonanzräume vor allem in der Natur, Kunst und Religion zu finden aber auch am Arbeitsplatz, in der Familie und im Freundeskreis oder bei der Ausübung von ehrenamtlichen Tätigkeiten seien Resonanzerfahrungen möglich.

Stabilisiere sich zwischen Mensch und Welt eine Form der Bezugnahme, wird dies als Resonanzachsen bezeichnet. Grundsätzlich gelte, dass überall dort, wo vom Standpunkt des

Subjekts aus durch doppelseitige Bewegungen etwas in Schwingung gerate, Resonanzerfahrung erlebt werden könne (vgl. Rosa 2016, S. 296).

Der in der kritischen Theorie bereits breit rezipierte Begriff der Entfremdung benötigt nach Rosa einen Gegenbegriff, um normativ gefasst werden zu können (vgl. Rosa 2016, S. 299ff.). Der oft verwendete Gegenbegriff der „*Autonomie im Sinne der Selbstbestimmung*“ eigne sich dazu allerdings nicht, da gerade das Gefühl der Kontrolle oder die Einflussnahme auf Handlungskontexte Entfremdung verstärken könne (vgl. ebd. S. 302f.). Auch sei Honneths Begriff der „*Autonomie*“ als Gegenbegriff zur Entfremdung nur bedingt geeignet, da ein Subjekt sich auch dann entfremdet fühlen könne, obwohl es Anerkennung, beispielsweise im Beruf, erfahre (vgl. ebd. S. 304). Um den Begriff der Entfremdung fassen zu können schlägt Rosa vor, den Begriff der Resonanz als das „*Andere der Entfremdung*“ zu definieren (ebd. S. 306). Er fasst „*Entfremdung als einen Modus der Weltbeziehung [...], in dem (subjektive, objektive und/oder soziale) Welt dem Subjekt gleichgültig gegenüberzustehen scheint (Indifferenz) oder sogar feindlich entgegentritt (Repulsion)*“ (ebd. S. 306). Das Subjekt erfährt die Welt in Rosas Worten demnach als „*stumm*“ oder starr. Entfremdung bedeutet vor dieser Folie, dass Menschen immer dann davon betroffen sind (vor allem sichtbar in Form von Erkrankungen wie Depressionen oder Burnout), wenn wir uns durch unsere Umwelt nicht mehr berührt fühlen, oder sozialpsychologisch gesprochen, Individuen keine Selbstwirksamkeitserfahrungen mehr erleben (vgl. ebd., S. 316).

Im bereits zitierten Interview im Deutschlandfunk beschreibt Rosa den Begriff der Entfremdung als ein individuelles Hetzen „*indem wir unsere Vermögenslage verbessern, unseren Freundes - oder Bekanntennetz ausdehnen oder unsere Gesundheit steigern. Aber das ist eine Art des in der Welt sein, eine Form der Weltbeziehung, die uns resonanzarm macht (...). Es gibt einen Zusammenhang zwischen notorischer Zeitknappheit und Resonanzverlust. Den Gegenbegriff von Resonanz versuche ich als Entfremdung zu bestimmen – also Entfremdung und Resonanz bilden ein Gegensatzpaar*

“ (Rosa 2016a).

Damit zwischen Subjekt und Welt eine Resonanzbeziehung entstehen kann, konzeptualisiert Rosa mindestens drei Resonanzachsen, die eine horizontale, eine diagonale und eine vertikale Dimension aufweisen (vgl. Rosa 2016, S. 331). Diese drei Grunddimensionen lassen sich in konkrete Beziehungsfelder eintragen. Die horizontale Resonanzachse umfasst soziale Beziehungen zu anderen Individuen wie beispielsweise in der Familie, in Freundschafts- oder Intimbeziehungen oder auch in politischen Beziehungen (vgl. ebd., S.341ff.). Die diagonale Resonanzachse ist eine sachbezogene Dimension und beschreibt die Beziehung zwischen Menschen und Dingen. Diese Dimension stellt eine Verbindung zwischen der horizontalen und vertikalen Resonanzachse dar. Eine Verdinglichung von Welt findet beispielsweise in der Arbeit statt, aber auch im Bereich der Bildung wird eine „*tätigkeitsbezogene Selbstwirksamkeit ermöglicht*“ (ebd., S. 395). Insbesondere in Bezug auf Arbeit sei festzustellen, dass bei einem „*Verstummen*“ von Resonanz die Individuen zunächst eine „*zynische Arbeitshaltung*“ einnehmen, die in letzter Konsequenz zu einem Burnout führen kann. Hier sind Rosa zufolge moderne Arbeitsbeziehungen besonders anfällig, da der Druck auf den Einzelnen wächst und resonante Erfahrungen dazu genutzt werden, die Qualität von Arbeit weiter zu steigern bei gleichzeitig kürzeren Zeiten zur Rekonvaleszenz (vgl. ebd., S. 399f.). Unter der vertikalen Achse fasst Rosa Dimensionen von Religion aber auch Naturerlebnisse oder Kunst.

Diese Dimension ist in einem weitgefassten Sinne zu verstehen und beinhaltet metaphorisches ebenso wie Naturerlebnisse aber auch Resonanzerfahrungen im Bereich der Kunst oder im Zusammenhang mit geschichtlichen Themen (ebd., S. 435ff.).

Auf allen Resonanzachsen führt Rosa vielfältige Beispiele an, um das Spüren aber auch das Verstummen von Resonanzerfahrungen zu verdeutlichen. Des Weiteren überträgt er das Begriffsgegensatzpaar „Resonanz“ und „Entfremdung“ auf die Spätmoderne und auf sein originäres Forschungsfeld der Postwachstumsgesellschaft. Diese Konkretisierung erweist sich in unserem Projektzusammenhang als besonders interessant, da hier vielfältige Anknüpfungspunkte um den Einstieg in alternative Arbeits-, Lebens- und Kulturformen in einen theoretischen Kontext stellen zu können.

Das auf Dynamisierung, Wachstum und Wirtschaftlichkeit ausgerichtete Wirtschaftssystem sowie die auf dessen Stabilisierung ausgerichtete Steuerungspolitik führen dazu, dass in immer schnellerer Zeit Ressourcen in Anspruch genommen werden, die langfristig dazu führen, dass diese den kommenden Generationen nicht mehr so umfangreich zur Verfügung stehen werden. Die in allen Bereichen des Lebens auftretenden Steigerungslogiken führen laut Rosa dazu, dass das Subjekt mit diesem Tempo an Beschleunigung langfristig nicht mehr Schritt halten kann. Getrieben von einem permanenten Optimierungszwang werden die Individuen in allen Lebens- und Arbeitsbereichen dazu verführt, das auf Wachstum ausgerichtete Leben und Arbeiten auch für sich selbst in Anspruch zu nehmen (vgl. ebd., S. 710ff.). Zwar entwickeln Einzelne zunehmend ein Bewusstsein darüber, dass dieser strukturelle „Steigerungsimperativ“ langfristig dazu führen wird, dass auf den drei Resonanzachsen zunehmend Entfremdungsprozesse entstehen und eine Art Immunisierung gegenüber Wertorientierungen einstellen können. „Diese Form der Immunisierung aber kommt einer Resonanzblockade gleich: Die eigene Handlungspraxis verdinglicht sich gegenüber der moralischen Landkarte“ (ebd. S. 718). Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit werden zwar auf politischer und persönlicher Ebene als Erstrebenswert angesehen, koppeln sich aber zunehmend von neoliberalen Handlungspräferenzen ab. Dies zeigt sich vor allem in der Ausbeutung von ökologischen Ressourcen auf Kosten zukünftiger Generationen oder in der zunehmenden Liberalisierung des Arbeitsmarktes, wobei ganze Bevölkerungsgruppen abgekoppelt oder auf prekäre Beschäftigung verwiesen werden. Obwohl das Bewusstsein darüber besteht, dass unser tägliches Handeln und Wirtschaften Entsolidarisierung und Ungleichheitsprozesse weiter befördern, formiert sich kein breiter gesellschaftlicher Widerstand, um diesen Tendenzen Alternativen entgegen zu setzen.

Allerdings ist auch festzustellen, dass trotz der von Rosa propagierten Resonanzarmut auf den drei Resonanzachsen Initiativen und Projekte entstehen, die diese Entfremdungsprozesse überwinden wollen und alternative Arbeits- und Lebenskonzepte entwickeln, die resonante Lebenserfahrungen ermöglichen sollen. In diesen Kontext können auch die von uns ausgewählten Projekte gestellt werden, da diese versuchen Solidarität, Demokratie, Umweltbewusstsein und Gleichberechtigung in den Mittelpunkt zu stellen, um damit gesellschaftliche Inseln zu schaffen, die als Gegenkonzepte zu politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen gesehen werden können.

4.5. Alternative Ökonomie: Postwachstums- /Gemeinwohlökonomie: Konzepte zur Umsetzung der Wachstumswende?

Der aufrüttelnde Bericht „*Grenzen des Wachstums*“ des „*Club of Rome*“, der 1972 erstmalig mit seiner Kritik am Wirtschaftswachstum für Aufmerksamkeit sorgte und einen Kollaps zwischen 2030 und 2100 vorhersagte, hat bei Ökonomen, Politikern und Aktivisten zu einer Auseinandersetzung mit der Entwicklung alternativer Konzepte zum ökonomischen Wandel geführt. Die Forderungen nach einer Wachstumswende bestimmen den aktuellen Diskurs.

Der Ursprung emanzipatorischer Konzepte der Postwachstumsgesellschaft geht auf die alternative Selbstverwaltungsbewegung der 1970er Jahre zurück. Als Gegenentwurf zum Leben in kapitalistischen Strukturen wurden Gemeinschaftsprojekte gegründet, die den Vorstellungen einer alternativen Ökonomie entsprachen und einen Gegenentwurf zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen darstellten.

Im Vordergrund stand hierbei der Versuch: fremdbestimmten, hierarchisch organisierten Arbeitsformen und den durch große Kapitalanhäufungen verbundenen Konflikten sowie der Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlage aber auch fehlenden beruflichen Perspektiven eine Alternative entgegenzusetzen.

Der Wunsch nach einer Einheit von Privatleben und Arbeit gehört zu den vordringlichen Gründungsmotiven. Daneben sind die Aspekte ökologischer Nachhaltigkeit und der Frauenbewegung zu berücksichtigen. Die Kritik an den kapitalistischen Produktionsverhältnissen sei hingegen als übergeordnetes Motiv zu verstehen (vgl. Notz 2011a, S. 149). Dies wurde durch die Gründung von Genossenschaften und Kommunen realisiert. In ihnen konnten alternative Arbeits- und Lebenszusammenhänge durch die Initiierung selbstverwalteter Betriebe, als Gegenmodelle, verwirklicht werden.

Jenseits der neoklassischen Marktwirtschaft wurde durch die oben erwähnten Projekte der Versuch unternommen, ein Leben ohne Isolation und Festlegung auf geschlechterspezifische Rollenbilder in hierarchiefreien Strukturen zu gestalten. Ob es sich um utopische Nischenbildungen innerhalb oder am Rande der kapitalistischen Gesellschaft handelt, ist in der Forschung bislang nicht abschließend geklärt worden (vgl. Notz 2011a, S. 144-149).

Unterschiedliche Begrifflichkeiten sind prägend für die Diskussion rund um das Thema alternative Ökonomien. Dabei ist ein geschlossenes, einheitliches Theoriemodell ebenso wenig vorhanden wie eine allumfassende Definition. Begriffe wie Alternativökonomie, solidarische Ökonomie, lokale Ökonomie, moralische Ökonomie aber auch Gemeinwesenökonomie, Gegenökonomie und -kultur prägen das Sprachbild und sind inhaltlich unterschiedlich besetzt. Nachstehend wird ausschließlich auf Begrifflichkeiten eingegangen, die einen Bezug zum alternativen Wirtschaften und somit zu unserem Projekt darstellen.

Die Alternativökonomie bezieht sich auf alle Ansätze, die sich mit einer nachhaltigen ökonomischen, ökologischen, partizipativen und sozialen Umgestaltung der Volkswirtschaft befassen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, alternative-Ökonomie 2016). Sie gilt als Orientierung für genossenschaftliche und selbstverwaltete Betriebe sowie für am Gemeinwesen orientierten Projekte und Non-Profit-Organisationen (vgl. Notz 2011a, S.146). Umweltverträgliche Produktion, Verzicht auf Gewinnoptimierung und die Bevorzugung von regionalen Märkten sind hier als Hauptmerkmale zu nennen. Als Alternativbetriebe werden selbstverwaltete, kollektive, ökologisch ausgerichtete Betriebe bezeichnet, die in hierarchiefreien

Zusammenhängen agieren und vorzugsweise in der Produktherstellung oder im Dienstleistungsbereich tätig sind.

Alternative Wirtschaftsformen orientieren sich am Postulat des Gemeinwesens. Bei diesen Wirtschaftsformen steht nicht die Gewinnmaximierung im Vordergrund, sondern der Mensch. Tätigkeiten, die der Gesellschaft nicht nützlich sind, werden hingegen nicht unter dem alternativ-ökonomischen Arbeitsbegriff subsumiert. Zu ihnen gehören Arbeitsweisen, die sich negativ auf Umwelt und menschliche Beziehungen auswirken können. Die Arbeit in alternativ organisierten Betrieben wendet sich dabei grundsätzlich gegen Destruktion. Zu den etablierten Projekten, die diese Prämisse in besonderer Weise erfüllen, gehören Regionalläden, Tauschringe, Gemeinschaftsgärten und vieles mehr (vgl. Notz 2011, S. 14). Freiwillige Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitige Hilfe werden in gemeinwohlorientierten Wirtschaftsprojekten gefördert, die in besonderer Weise lokale Bedürfnisse erfüllen können.

Allen alternativen Wirtschaftskonzepten ist gemein, dass sie ihren Fokus auf den wirtschaftlichen Ausbau des lokalen und regionalen Umfelds richten. Die Projekte in den 1960er und 1970er Jahren lassen als Hauptmotiv einen Gegenentwurf zu vorherrschenden kapitalistischen Strukturen und eine Zugewandtheit zum linken Spektrum erkennen. Notz spricht von einem „*Impuls, aus der „Wohlstandsgesellschaft“ auszusteigen und mit autarken Wohn- und Arbeitskollektiven alternative Lebenskonzepte zu realisieren*“ (Notz 2011a, S. 148).

Auch in der Gegenwart verstärkt sich der Wunsch nach einem Ausweg aus dem real existierenden Raubbau an Mensch und Umwelt, und somit an einer Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Während in den 1960er/70er Jahren die Grenzen des technischen Fortschritts und die Endlichkeit der Ressourcen nicht sichtbar waren und immer weitere Konsumbedürfnisse zum Erwerb von Statussymbolen geweckt wurden, haben uns die negativen Folgen des Kapitalismus inzwischen in eine manifestierte Krise geführt. Spätestens seit der wirtschaftlichen Finanzkrise 2008 werden die Folgen des Wirtschaftswachstums deutlich sichtbar. Die ungleiche Verteilung von Wohlstand und Teilhabe kann nicht durch politisch initiierte kurzzeitige Reparaturmaßnahmen behoben werden. Um abseits des Arbeitsmarktes soziale Ungleichheiten abzumildern, werden Konzepte, wie das bedingungslose Grundeinkommen propagiert und das Ehrenamt angepriesen. Wenn das kapitalistisch orientierte Wirtschaftssystem nicht für alle Arbeit zur Verfügung stellen könne, so solle zumindest die materielle Lebensgrundlage gesichert werden, unter dem Motto „*Geld statt Arbeit*“. Die genannten Modelle nivellieren jedoch nicht soziale Ungleichheiten, sondern fördern sogar noch die Bildung weiterer Unterschichten, so Notz (2011, S. 8).

Die Grenzen des ökologischen Wachstums seien erreicht. Soziale Ungleichheit, Hungersnöte, Umweltkatastrophen, Klimawandel, das Schwinden der fossilen Energien und Finanzkrisen können als Indizien dafür angeführt werden (vgl. Jackson 2013, Notz 2011). Muraca stellt in ihrem Buch „*Gut Leben*“ (2015) heraus, „*dass Wachstum ab einer bestimmten Schwelle nicht mehr glücklich macht und ein gutes Leben sogar verhindert*“ (Muraca 2015, S. 10).

Die aufgeführten Aspekte prägen die aktuelle Debatte zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels und befördern vermehrt die Kritik am kapitalistischen System, welches auf immer weiteren Wachstumsaufbau angewiesen ist. Die Debatte zur Gestaltung einer Postwohlgesellschaft wird gegenwärtig lebhaft geführt und durch die ökonomischen Theorien außerhalb des Mainstreams angeregt. Als aufstrebende alternative Wirtschafts- und Gesell-

schaftskonzepte seien hier exemplarisch „*Degrowth*“, die Postwachstumsökonomie und das Konzept der Gemeinwohlokonomie genannt, die im Folgenden weiter ausgeführt werden.

„*Degrowth*“ (Wachstumsrücknahme oder Postwachstum) setzt sich für das „*Gesund-schrumpfen*“ der Wirtschaft, für soziale Gerechtigkeit, den Nachhaltigkeitsgedanken sowie das menschliche Wohlbefinden ein. Der Fokus liegt auf dem „*guten Leben für alle*“ und soll über Entschleunigung, Zeitwohlstand und Konvivialität realisiert werden. Ziel ist eine Ökonomie der offenen, vernetzten Strukturen und eine gerechtere Verteilung von Ressourcen, auch überregional. Daher agiert die Vereinigung sowohl lokal als auch global, was sich beispielsweise an der Unterstützung des globalen Netzwerks ATTAC zeigt. Dieses Netzwerk brachte 2011 die wachstumskritische Debatte mit dem Kongress „*jenseits des Wachstums*“ nach 2001 erneut nach Deutschland (Brand 2014, S. 29). „*Degrowth*“ sieht sich im Zuge des dynamischen Prozesses der wachstumskritischen Debatte inzwischen auf dem Weg zur sozialen Bewegung. Dabei ist die aktuelle Debatte globalisierungskritisch, kirchlich, ökologisch und entwicklungspolitisch geprägt (vgl. Brand 2014, S. 29).

Um einen realistischen Wandel in eine funktionierende, wachstumsunabhängige, demokratische Gesellschaft herbeizuführen, ist die Entwicklung realisierbarer Konzepte und Lösungsansätze orientiert an der Postwachstumsökonomie notwendig. „*Wenn die Erde diesen großen Teil ihrer Annehmlichkeiten verlieren müsste, den sie jetzt Dingen verdankt, die mit einer unbegrenzten Vermehrung des Vermögens und der Bevölkerung unvereinbar sind (...), so will ich zum Besten der Nachwelt aufrichtig hoffen, dass sie mit dem Ruhezustand zufrieden ist, lange, bevor eine Notwendigkeit sie zwingt, sich mit ihm zufriedenzugeben*“ (John Stuart Mill zit. n. Latouche 2007, S. 17).

Um die Wachstumswende herbeizuführen, müssen auf Wachstum ausgerichtete Institutionen und Strukturen nach und nach umgebaut, sowie der Energie und Ressourcenverbrauch eingeschränkt werden. Stagnierende bzw. reduzierte Wachstumsraten führen dabei zur Absenkung der Arbeitszeiten. Zudem soll ein bewusster Umgang mit Konsum gefördert, soziale Ungleichheiten begrenzt und gerechte Verteilungen umgesetzt werden. Dabei tritt das Hauptziel Nachhaltigkeit an die Stelle des wirtschaftlichen Wachstums. Dafür ist die Definition eines Ressourcenverbrauchsziels allerdings erforderlich. Von Banken wird gefordert, nur wirtschaftliche Investitionen zu fördern, die den Menschen dienen. Hierfür müsste zudem die Steuerpolitik reformiert werden. Die neuen Denk- und Handlungsansätze gelten dabei als Chance, um die Staatsfinanzen zu sanieren. Deliberation und Partizipation gelten als Wegbereiter in eine demokratische Postwachstumsgesellschaft (vgl. Zahnt 2010). Aktuell bestehende Projekte wie beispielsweise die weltweit agierenden „*Transition Towns*“, dienen der Erprobung des langfristigen Ziels.¹² Diese arbeiten bereits seit ca. 2004 an dem Ziel, eine Autonomie von den fossilen Ressourcen zu erreichen. Auch steht die Vernetzung von lokal, etablierten Projekten im Mittelpunkt. Bei der Umsetzung dieser Ziele sind die „*Transition Towns*“ auf die aktive Teilnahme der Bewohner*innen angewiesen.

Bedeutende Vertreter der alternativen Wirtschaftsökonomie sind der britische Nachhaltigkeitsforscher Tim Jackson, der Franzose Serge Latouche mit dem „*décriossance*“-Konzept (der Wachstumsrücknahme) und der deutsche Umweltweltökonom Nico Paech.

¹² „*Transitions Towns*“ (lokale Energiewende-Initiativen) sind Gemeinschaftsprojekte zur gemeinschaftlichen Verwendung von Ressourcen und zur Stärkung lokaler Netzwerke.

Jackson plädiert, ausgehend von der Analyse der Zusammenhänge zwischen Wohlstand, Wohlergehen, Wachstum und Nachhaltigkeit, für eine Wachstumsrücknahme und eine veränderte Definition von Lebenszufriedenheit und Wohlstand. In seinem Bestseller „Prosperity without growth“ beschreibt er, dass die bisherige Definition von Fortschritt hinterfragt werden muss. Er setzt auf eine Beziehung zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit und stellt die These auf, dass das derzeitige kapitalistische Wirtschaftssystem letztendlich nicht dazu beitragen kann, einen nachhaltigen Wohlstand zu garantieren. Durch die Schaffung permanent neuer Bedürfnisse zur Steigerung der Konsumausgaben perpetuiert sich das Postulat des ständigen Wachstums. Seiner Ansicht nach liegt die Ursache der unvermeidbaren Finanzkrisen, nicht in der Persönlichkeit des menschlichen Wesens. Er begründet dies mit der steigigen Ausweitung des Geldflusses und der Anhäufung von Schulden. Dies führt zwangsläufig zum Zusammenbruch eines Systems, das um jeden Preis auf Wachstum ausgelegt ist. Um dem Kreislauf gerecht zu werden, bedarf dies ständiger Stimulation.

„...von dem Geld, das wir nicht haben, Dinge zu kaufen, die wir nicht brauchen, um bei Leuten, die uns eigentlich egal sind, Eindruck zu hinterlassen, der nicht anhält.“ (Jackson 2013, S. XI)

Er vertritt die gleiche Ansicht, wie der verstorbene französische Wirtschaftswissenschaftler und Journalist Bernard Maris: „...geht es nur darum, Bedürfnisse in einer Welt zu schaffen, die in Waren versinkt. Das erfordert eine immer schnellere Rotation und einen immer schnelleren Konsum der Produkte, also immer mehr Produktion von Abfall, dessen Entsorgung somit auch immer wichtiger wird.“ (zit. nach Latouche 2007, S. 35)

Jackson fordert in seinem Konzept eine grundlegende Neuorientierung: „Es braucht mehr: eine ökologische Makroökonomie, radikalere Umgestaltungen des Finanzmarktes und eine gerechtere Vorstellung vom guten Leben.“ (Jackson, S. XIII). Wohlstand definiert er als Qualität des Lebens und der Beziehungen zueinander sowie der Tragfähigkeit der Gemeinschaften und dem Bewusstsein einer individuellen und kollektiven Bestimmung. Die Studie des anerkannten Wissenschaftlers gilt als eine der besonders differenzierten und ökonomisch profunden Analysen der aktuellen Diskussion (vgl. Schneidewind 2013, S. XV). Ziel der Erforschung dieser Wachstumswende, so Schneidewind, ist der umfassende Umbau der Gesellschaft, um diese widerstandsfähiger und zukunftssicherer zu gestalten.

Serge Latouche gilt als Entwickler der französischen Variante zur Hinführung in eine Degrowth-Gesellschaft, dort „décroissance“ genannt. Bekannt wurde décroissance im Rahmen eines UNESCO Kongresses 2000 in Paris zum Thema Wachstum. Die décroissance-Akteure plädieren für eine Bedingungslosen-Autonomie-Grundausstattung (Dotation Inconditionnelle d'Autonomie, DIA.). Diese ist umfangreicher entwickelt als das deutsche Modell des bedingungslosen Grundeinkommens. Neben der Verteilung von Geld, ohne Erwartung von Gegenleistungen, für alle Mitglieder, fordert sie auch die Dienstleistungs- und Nutzungsrechte an Technologien und Ressourcen als Grundvoraussetzung für ein „gutes Leben“. Auch sollen Bildung, Mobilität, Wohnen als minimale Grundausstattung kostenlos gestellt werden. Erhöhtes Arbeitseinkommen ist der Regulierung unterworfen und wird entsprechend besteuert, um es wieder in die Gesellschaft einfließen zu lassen. Auch die décroissance-Aktivisten bringen sich in sozialen Projekten ein, die die Nachhaltigkeit fördern. Sie setzen sich für ein „gutes Leben“ in lokalen Bezügen ein. Hierzu gehört die Implementierung von lokalen Netzwerken und Produktionskreisläufen (vgl. Muraca 2015).

In Deutschland hat sich der Wachstumskritiker Nico Paech einen Namen gemacht. Er plädiert für ein Wirtschaftsmodell jenseits des Wachstums und hält das derzeitige Wirtschaftsmodell aufgrund seines enormen Verbrauchs an Ressourcen (Paech Everything) und schädlichen Umwelteinflüssen für nicht haltbar. Paech gehört zu einem kleinen Kreis von Ökonomen (3-4%) in Deutschland, die einen grundlegend alternativen Ansatz vertreten. Laut Paech ist eine ökonomische Wirtschaftsform wünschenswert, in der die Arbeitszeit auf 20 Stunden reduziert wird, dem Konsumverhalten ein substanzialer und auf Suffizienz ausgerichteter Gebrauch zugeschrieben wird, Lebensmittel regional angebaut und der ökologische Fußabdruck möglichst gering gehalten wird. Er fordert den „*Abwurf von Wohlstandsballast*“ und die „*Befreiung von jenem Überfluss, der nicht nur unser Leben verstopft, sondern unsere Daseinsform so verletzlich macht*“ (Paech zit. n. Weller 2015, S. 255). Paech gilt als Befürworter des Grundeinkommens, um den Auswirkungen von Arbeits- und Einkommensverlusten entgegenzuwirken. Jedoch ist er kein Vertreter des bedingungslosen Grundeinkommens, er erachtet eine Verknüpfung mit gemeinnützigen Tätigkeiten für sinnvoll. Die Postwachstumsökonomie, nach Paech, ist auf den Wirtschaftsrückbau unseres aktuellen Systems ausgerichtet, wobei kulturelle und individuelle Belange des Individuums Berücksichtigung finden.

Der Philosoph und Journalist André Gorz äußert sich hierzu wie folgt: „*Besser leben heißt von nun an, anders zu produzieren und zu konsumieren, aus weniger Besseres und mehr zu machen, als Erstes die Quellen der Verschwendungen zu beseitigen und die Haltbarkeit der Produkte zu erhöhen*“ (Gorz zit. n. Latouche 2007, S. 55).

Die Gemeinwohlokonomie (GWÖ) sieht sich als eine alternative Wirtschaftsreformbewegung. Christian Felder gilt als bekannter Vertreter des demokratischen Wirtschaftssystems der GWÖ, die im Gegensatz zur kapitalistischen Marktwirtschaft ethische Ziele verfolgt und als liberal zu bezeichnen ist. Felber beschreibt, dass im kapitalistischen Wirtschaftssystem Ziele (Bedürfnisbefriedigung, Lebensqualität und Gemeinwohl) und die zu deren Durchsetzung notwendigen Mittel (Geld, Gewinn und Kapital) verwechselt werden. In der GWÖ ist das Ziel auf das Gemeinwohl der Menschen ausgerichtet. Widersprüche zwischen den Anliegen der Wirtschaft und dem Wohlergehen der Beschäftigten sollen aufgelöst werden. Die in der Verfassung verankerten Werte sollen dem Wohlergehen der Menschen dienen, anders als in der kapitalistisch ausgerichteten Marktwirtschaft. So bekunden auch z.B. die einleitenden Worte in der Bremer Landesverfassung den Willen eine Ordnung des gesellschaftlichen Lebens zu schaffen, „*in der die soziale Gerechtigkeit, die Menschlichkeit und der Friede gepflegt werden, in der der wirtschaftliche Schwäche vor Ausbeutung geschützt und allen Arbeitswilligen ein menschenwürdiges Dasein gesichert wird.*“

Das Geld stellt lediglich als Werkzeug zur Organisation des Warentauschs. Die Erfolgsbilanzen der Unternehmen orientieren sich an der Gemeinwohlabilanz. Das Kapital resultiert aus der Arbeitsleistung. Regionale Gemeinwohlbörsen sollen autonom, abgelöst von Aktienkursen und Finanzrenditen agieren. Als sinnvolle Projekte der GWÖ sind z.B. die Förderung von sauberem Trinkwasser, Anbau alter Kulturpflanzen, demokratische Banken oder erneuerbare Energien vorstellbar.

Somit stehen Werte wie soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz, Mitbestimmung und Verantwortung im Mittelpunkt der GWÖ. Die Förderung der individuellen Freiheit für die eigene Lebensgestaltung, die Übernahme von Eigenverantwortung, Sinnhaftigkeit und Identifikation mit der Gemeinschaft prägen dieses demokratische, solidarische Wirtschaftsmodell. Die GWÖ bezeichnet sich als Bewegung, findet sie doch Akzeptanz bei

hunderten von Unternehmen und vielen Organisationen. Ihre Belange sind, ausgehend von den Zielorientierungen Gemeinwohl und Gerechtigkeit, alle Bedürfnisse des Seins und Lebens.

Die Diskussion über die Einführung einer alternativen Ökonomie ist aufgrund der aufgezeigten Krisen naheliegend. Die Einführung von Modellen jenseits der wachstumsgetriebenen Konkurrenzgesellschaften erscheint attraktiv, wobei sicher eine längere Laborphase zur Herausbildung etablierter Strukturen notwendig sein wird. Derzeit bewegen sich die Diskussionen noch stark auf einer Theorieebene. Da diese Wirtschaftskonzepte aufgrund ihrer Ausrichtung auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit auf Gewinnreduzierung ausgerichtet sind, ist zukünftig mit massiven Widerständen von marktwirtschaftlich orientierten Unternehmen und den wissenschaftlichen Vertretern der Mainstream-Ökonomie zu rechnen. Hierzu schreibt Paech in der deutschen Ausgabe von Serge Latouche: „*Es reicht!!*“:

„Einmal mehr wird damit unweigerlich ein Dilemma sichtbar, das alle Versuche, ein politisches Degrowth- oder Postwachstumsökonomie-Programm voranzutreiben, zur Ersatzbefriedigung degradiert: Je plausibler, zumal wirksamer ein Politikkonzept im Sinne einer Wachstumsrücknahme ist, desto einschneidender muss es logischerweise gegenüber vorherrschenden Konsum- und Mobilitätsroutinen sein und desto unwahrscheinlicher ist gerade deshalb, die für seine Umsetzung nötige demokratische Mehrheit zu gewinnen“ (zit. n. Latouche 2007, S. 11).

Laut den Theorien von Wachstumskritikern, wie Jackson, Paech, Gorz, und Felbert bedeutet die Hinwendung zu einer Postwachstumsökonomie oder GWÖ einen Bruch mit dem kapitalistisch ausgerichteten Wirtschaftssystem. Es erfordert ein neues Ordnungssystem. Hierzu schreibt Gorz:

„Ganz offenkundig setzen der Bruch mit der Tendenz zum ‘Mehr produzieren, mehr konsumieren’ sowie die Neudefinition eines Lebensmodells, das darauf abzielt, mit weniger mehr zu schaffen und besser zu leben, den Bruch mit einer Zivilisation voraus, in der man nichts von dem produziert, was man konsumiert, und nichts von dem konsumiert, was man produziert, in der Produzenten und Konsumenten getrennt sind und jeder sich selbst entgegentreift, insofern er immer das eine und das andere zugleich ist, in der alle Bedürfnisse und alle Wünsche beschränkt sind auf das Bedürfnis, Geld zu verdienen, und auf den Wunsch, noch mehr zu verdienen, in der die Möglichkeit der Selbstproduktion für den Selbstverbrauch unerreichbar und lachhaft archaisch erscheint – zu Unrecht“ (Gorz zit. n. Auswege 2009, S. 24).

Der Diskurs über alternative, demokratische Ökonomien geht einher mit den Diskussionen über die Postkonsumgesellschaft und dem Klimawandel. Aktuell werden diese Themen nicht mehr eindeutig von linken und emanzipatorisch geprägten Randgruppen besetzt. Die Theorien der Postwachstumsökonomie haben auch das Interesse von Konsumkritikern, Klimaschutzvertretern, Sozialreformern und des Bundestages hervorgerufen. Auch die Enquete-kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ beschäftigt sich mit dem Thema Wachstumswende.

Die Aktualität des Themas wird unterstrichen durch die Initiierung einer Vielzahl von gutbesuchten, internationalen Konferenzen zum Thema „*Degrowth*“, die sich mit den Themen Wachstumsrückrahme für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit auseinandersetzen. Organiert werden diese Kongresse von der Unterstützergruppe „*Research and*

Degrowth". Eine Vielzahl von Projekten und Publikationen sind in diesem Themenfeld derzeit verfügbar.

Gemeinsam haben die vorgestellten alternativen, ökonomischen Konzepte ihre Ausrichtung auf ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit. Sie wirken der Entfremdung von Arbeit entgegen und fordern ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Selbstbestimmung. Alle Konzepte sind auf lokale Umsetzung und Vernetzung ausgerichtet. Die Beteiligten können sich entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen in die Projekte einbringen und erlangen somit ein hohes Maß an Spezialwissen.

Bereits in den 1970er Jahren galten die alternativen Projekte der Kommunen und Genossenschaften als Vorreiter für eine andere Denkweise in der Ökonomie, so Notz. Hier zeigte sich, dass der hohe Identifikationsgrad mit den Betrieben und die Zufriedenheit der Mitarbeiter zu einer gesteigerten Arbeitsmotivation führte, obwohl keine Lohnsteigerungen oder Karrierechancen umgesetzt werden konnten. Sie dienen als Vorbild für die Entwicklung gegenwärtiger Konzepte hin zum besseren, sozial gerechteren, demokratischen Leben abseits kapitalistischer Zwänge (vgl. Notz 2011a, 156).

Jackson definiert Wohlstand in diesem Zusammenhang:

„Wohlstand in jeder sinnvollen Verwendung des Wortes handelt von der Qualität unseres Lebens und unserer Beziehungen, von der Belastbarkeit unserer Gesellschaft und von unserem Gefühl einer persönlichen und gemeinsamen Bestimmung.“ (Jackson 2013, S. XIII)

Diese Bausteine für eine Veränderung in eine demokratisch funktionierende Postwohlstandsgesellschaft entfalten ihre Wirkung aber nur dann, wenn Menschen bereit sind, sich dieser Verantwortung zu stellen und ihren persönlichen Lebensstil zu verändern (vgl. Methmann 2007, S. 86).

Muraca führt an, dass aktuell Experimentierfelder mit Laborcharakter zur Erforschung von alternativen Projekten im Sinne der Postwachstumsökonomie vorliegen. Hierzu zählen zum Beispiel die Projekte von Transit-Towns. Die von uns untersuchten drei lokalen Arbeits- und Kulturprojekte Projekte „Alla Hopp“, „Kukoon“ und Wagenburg „Querlenker“ erfüllen viele Aspekte aus den Ideen der Postwachstumsökonomie. Insbesondere Themen wie Selbstbestimmung, Autonomie, nachhaltiges Wirtschaften und politische Partizipation zeichnen die Projekte aus.

5. Fragestellung, Arbeitshypothesen und methodische Vorgehensweisen

Im empirischen Teil des Projektberichtes geht es im Wesentlichen darum, die in der bisherigen Auseinandersetzung mit der Selbstverwaltungskultur der 1970er und 1980er Jahre sowie anhand theoriebasierter Themen und Rahmenbedingungen, die entwickelten Fragen und Hypothesen anhand von problemzentrierten Interviews sowie themenzentrierten Gruppendiskussionen zu verifizieren. Wie bereits in der Einleitung ausgeführt wurde, interessierte uns im Rahmen des Projektes vor allem, was Menschen antreibt sich in selbstverwalteten Wohn-, Arbeits- und Kulturprojekten zu engagieren und mit welchem Selbstverständnis, Lebenspraktiken und Ansprüchen sie sich in den jeweiligen Projekten bewegen. Dabei scheint es von besonderem Interesse zu sein, wie sich die Projektbeteiligten durch die Mitwirkung verändern und welche (neuen) Selbstverständnisse sie für sich selbst entwickeln. Relevant ist daneben, wie sich das Verhältnis von politischem Engagement, systemkritischen Ansprüchen und der Einbindung in selbstverwalteten Projekten darstellt. Aus diesen allgemeinen Interessenlagen wurden konkrete Fragestellungen und Hypothesen herausgearbeitet, die im Folgenden dargestellt werden sollen. Abschließend wird das methodische Vorgehen genauer umrissen.

5.1 Fragestellungen

Die Gruppe verständigte sich im Verlauf der Projektarbeit auf folgende übergeordnete Fragestellung: Was heißt Gegenkultur im 21. Jahrhundert und welches Veränderungspotenzial steckt darin?

Um uns dieser zentralen Frage zu nähern, wurden drei weitere, detailliertere Fragekomplexe entwickelt:

1. *Ziele und Ansprüche selbstverwalteter Projekte:*

Welche sozialen, kulturellen, weltanschaulichen und / oder politischen Überzeugungen und Ziele verkörpern die untersuchten Projekte und wie haben sich diese ggf. verändert?

2. *Interaktion der Projekte mit anderen alternativen Projekten, mit dem Umfeld im Nahbereich, Akquise öffentlicher Mittel sowie Einbindung in gesamtgesellschaftliche Diskurse:*

Wie interagieren die untersuchten Projekte mit ihrem sozialen, gesellschaftlichen und politischen Umfeld, wo ist eine wechselseitige Beeinflussung festzustellen?

3. *Persönliche Motivation und Entwicklung der Aktivisten:*

Welchen Einfluss haben biografische Entwicklung und die persönlichen Erfahrungen der Projektbeteiligten auf den Projektcharakter und wie wirkt sich das Leben in selbstverwalteten Strukturen auf das eigene Denken und Handeln aus?

5.2 Arbeitshypothesen

Als Ausgangspunkt der Hypothesenbildung waren zunächst Forschungserkenntnisse bezüglich Motive, Ansprüche und Erfahrungen der Aktivisten aus der alternativen Selbstverwaltungsszene im Deutschland der 1970er und 1980er Jahre erforderlich. Wie im ersten Teil gezeigt wurde, konnte hier auf einen umfangreichen Fundus an Untersuchungen zu Motiven, Selbstverständnissen, Ansprüchen, Umsetzungsformen, Anpassungsleistungen aber auch auf Auflösungserscheinungen zurückgegriffen werden. Dies erfolgte vor dem Hintergrund radikal veränderter, wirtschaftlicher, politischer, sozialer, kultureller und technischer Rah-

menbedingungen. Explizite Ausführungen hierzu finden sich in dieser Arbeit insbesondere bezüglich der Sozialisationsbedingungen (4.3) und der rasanten Beschleunigung der Lebenswelt (4.4).

Der ersten Alternativbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland kommt einerseits das Verdienst zu, dass mit ihr jene autoritären gesellschaftlichen (Herrschafts)-Strukturen in der Familie, Kindergarten, Schule, im Betrieb und im politischen System oder auch in den Geschlechterverhältnissen radikal infrage gestellt wurden, unter denen sie noch selbst sozialisiert wurden. Die Folgegenerationen sind in offeneren und anders herrschaftsbewussten Strukturen herangewachsen und fühlten sich gegenüber einer kritischen Außenwelt weniger für die Vertretung einer Gegenkultur zum Status quo herausgefordert. Hinzu kommt, dass die neuen Generationen von den (aufgearbeiteten) Erfahrungen der Vorgängergeneration profitieren können.

Andererseits lässt sich die These aufstellen, dass sie mit der – zunächst idealistisch konnotierten – Überwindung der Trennung von (fremdbestimmter) Arbeit und sonstiger Lebenswelt innerhalb kapitalistischer Rahmenbedingungen ihren Teil für einen beschleunigten und entfesselten Kapitalismus mit einer geschwächten kollektiven Interessenvertretung beigetragen hat. Diese Veränderung wiederum, die mit mehr Unsicherheit, Eigenverantwortung, Ungleichheit, Verfügbarkeit als Arbeitskraft und Arbeitsdichtung verbunden ist, kann als prägende Erfahrung für junge Menschen im 21. Jahrhundert betrachtet werden (vgl. z.B. Neumann 2008).

Ausgehend von diesen Befunden wurden Arbeitshypothesen entlang folgender Themenfelder gebildet: (1) Gründung und Bestand der Projekte, (2) Motive der Beteiligten bei Eintritt und im weiteren Verlauf der Projekte, (3) individuelle und soziale Ansprüche zu Projektbeginn und nach der Etablierung, (4) persönliche Entwicklungsprozesse im und durch das Projekt, (5) Entwicklung des politischen Engagements im Projektverlauf. Die konkreten Hypothesen lauten wie folgt:

Gründung und Bestand der Projekte

Stabile selbstverwaltete Wohn-, Arbeits- und Kulturprojekte entfalten sich insbesondere dann, wenn sie aus gewachsenen sozialen Zusammenhängen heraus entwickelt wurden. Die erfolgreiche Etablierung sichert die Erfahrungen von sozialem Zusammenhalt und Selbstwirksamkeit ebenso wie die Erfahrungen von Selbstbehauptung, gleichberechtigter Anerkennung und Solidarität im Innenverhältnis. Diese Stabilität gewinnen sie (stärker als in den 1970er Jahren) daraus, dass die Bereitschaft zu Konzessionen an idealistischen Ansprüchen wie auch die wechselseitige Anerkennung von Differenz und Freiräumen gewachsen ist. In der Regel sind die Projekte lokal, regional und überregional vernetzt.

Motive der Beteiligten bei Eintritt und im weiteren Verlauf der Projekte

Der Mitwirkung in selbstverwalteten Wohn-, Arbeits- und Kulturprojekten liegen persönliche, soziale und weltanschauliche Motive zugrunde. Im Gegensatz zu den 1970er Jahren, in denen politische Motive vorrangig waren, dominieren heute persönliche und soziale Motive. Die Flucht aus entfremdeten und unsolidarischen Lebens- und Arbeitsverhältnissen, der Gewinn von Selbstbestimmung, gleichberechtigter Teilhabe und Gemeinschaft stehen im Vordergrund. Dezierte politische Motive fallen dahinter zurück. Aus dem Wunsch nach der Sicherung gewachsener sozialer Beziehungen, gewinnt der Erhalt des Projektes trotz gewis-

ser Ernüchterungen an Bedeutung. Die Mitwirkung in selbstverwalteten Projekten wird heute stärker als in den 1970er Jahren als positiv besetzte biografische Phase gedeutet.

Individuelle und soziale Ansprüche zu Projektbeginn und nach der Etablierung

Wie in den 1970er Jahren beanspruchen die Beteiligten selbstverwalteter Projekte bestimmte Sozialstandards, gleichberechtigte Beteiligungsmöglichkeiten, Räume der Geselligkeit und des politischen Austauschs sowie einen weltanschaulichen Grundkonsens. Es werden informelle und stärker noch formale Regeln des Zusammenwirkens beansprucht, die vor sozialer Übergriffigkeit schützen, Freiräume jedes Einzelnen garantieren sowie die Anerkennung und Wertschätzung von Differenz und individueller Entwicklung untermauern. Heute besteht der Anspruch, diese Regeln auf ihre Wirkungen hin zu hinterfragen und sie ggf. pragmatisch anzupassen. Gerade der Umgang mit Konflikten ist weniger ideologisch aufgeladen, als in der ersten Phase der Alternativbewegung.

Persönliche Entwicklungsprozesse im und durch das Projekt

Die Sozialisationsprozesse der Projektbeteiligten sind inzwischen weniger autoritär geprägt, so dass die Mitwirkung eher auf eine Erweiterung und Vertiefung vorhandener sozialer Kompetenzen abzielt. Diese Zugewinne entstehen durch Erfahrungen wie z. B. kontinuierliche Aushandlungsprozesse, Selbstwirksamkeit, demokratische Entscheidungsfindung und Solidarität. Die Fähigkeit zur Formulierung eines eigenen Standpunktes wird ebenso verbessert, wie die konstruktive Konflikttaustragung, die Teamfähigkeit oder die Anerkennung von Minderheitenpositionen. Austritte aus den Projekten werden nicht als Scheitern gedeutet. Während in den 1970er Jahren eine Selbstverortung in der Gegenkultur angestrebt wurde, ist für die heutigen Beteiligten der Bezug zu unterschiedlichen Lebenswelten selbstverständlich. Dies trifft u.a. für die Arbeitswelt und für die Sozialbeziehungen zu.

Entwicklung des politischen Engagements im Projektverlauf

Wie in den 1970er Jahren entstammen die Beteiligten selbstverwalteter Projekte auch heute aus solchen sozio-kulturellen Milieus, in denen kritische politische Teilhabe zum selbstverständlichen Teil der sozialen Identität gehört. Dieses Selbstverständnis vertritt tendenziell einen reformistischen Ansatz. Der oft schwierige Realisierungsprozess selbstverwalteter Projekte wird als Erfahrung politischer Partizipation erlebt. Im Bereich Wohnen ging den Projekten häufig eine Hausbesetzung voraus. Immer entfalten sich Erfahrungen der Solidarität, der Basisdemokratie und der Selbstwirksamkeit im öffentlichen Raum. Diese Erfahrungen stimulieren die politische Partizipation. Die Projektzusammenhänge stärken die Identifikation mit einem politisierten, alternativen Milieu. Daraus ergeben sich Diskussionszusammenhänge und Anlässe für politische Beteiligungen durch andere Projektmitglieder.

5.3 Methodisches Vorgehen

Die Annäherung an das Thema erfolgte durch Literatur und Recherchearbeiten, Diskussionen und Überlegungen, welche Fragestellungen uns interessieren, die dann beforscht wurden. Geeinigt haben wir uns auf die spezifischere Untersuchung einiger selbstverwalteter Projekte in Bremen. Im Vorfeld wurden Kriterien zu Projekteigenschaften, Lebensbereichen und Gesellschaftsrelevanz gemeinsam erarbeitet. Um eine Zuordnung zu ermöglichen und um sicher zu gehen, dass forschungsrelevante Inhalte vorhanden sind, wurde sich darauf verständigt, dass die ausgewählten Projekte konkrete Eigenschaften und Voraussetzungen aufweisen sollen bzw. müssen:

- Lokaler Bezug zur Stadt Bremen oder dem unmittelbaren Bremer Umland,
- Initiierung durch Einzelpersonen oder Gruppen,
- nicht kommerziell ausgerichtet, aber im Ursprung Non-Profit-Organisation, Graswurzelkomponenten sind wünschenswert,
- gesellschaftliche Relevanz kann vorhanden sein, ist jedoch keine Voraussetzung,
- Lebensbereiche: Wohnen, Arbeiten, Kultur, Lebensführung.

Die Gruppe hat sich zur Erforschung bzw. Analyse der Fragen auf ein zweistufiges Verfahren geeinigt. Die ersten beiden Fragen unter 5.1 beziehen sich auf die Projekte in ihrem Gesamtkontext und Selbstverständnis. Hier wird auf Selbstdarstellungen sowohl in Form von offiziellen Beschlüssen als auch auf Abfrage von Beteiligten der selbstverwalteten Projekte zurückgegriffen. Ergänzend werden Presse- und Internetartikel sowie Papiere aus dem politischen Raum (z. B. parlamentarische Anfragen) genutzt. In diesem Kontext fanden bereits intensive Recherchen wie erste Gespräche mit Aktivisten aus den Projekten statt. Als Methode wurde hierfür das problemzentrierte Interview (vgl. z. B. Witzel 2000) ausgewählt, dass unter 5.3.1 näher erläutert wird.

Der dritte Fragenkomplex rekurrenzt stärker auf die unvoreingenommene Erforschung subjektiver Wahrnehmungen, Verarbeitungsweisen der Erfahrungen in (sich teilweise verändernden) selbstverwaltenden Projekten sowie in Bezug auf biografisch verändernde Überzeugungen und Ansprüche. Hier hat sich die Gruppe auf die Methode der themenzentrierten Gruppendiskussion (vgl. Leithäuser/Volmer 1988) von am Projekt beteiligten Aktivistinnen und Aktivisten verständigt. Diese Methode wird im Kapitel 5.3.2 vertieft.

5.3.1 Das problemzentrierte Interview

Das problemzentrierte Interview ist ein theoriegenerierendes Verfahren und dient der unvoreingenommenen Erfassung subjektiver Wahrnehmungen und Problemsichten sowie individueller Handlungen. In einem dialogisch-diskursiven Prozess werden die Befragten als Expert*innen der eigenen Orientierungen und Handlungen verstanden, die die Folgen ihres Handelns selbst verantworten. Im Gespräch haben die Interviewten die Möglichkeit, ihre eigenen Aussagen zu entwickeln, zu präzisieren oder zu revidieren. Es dient darüber hinaus dazu, ein Themenfeld zu erschließen. Es orientiert sich an zentralen Prinzipien qualitativer Forschung, die unter den drei Grundpositionen „*Problemzentrierung*“ (Konzentration auf ein Problem/Thema von gesellschaftlicher Relevanz), „*Gegenstandsorientierung*“ (Wahl dem Gegenstand angemessener flexibler Methoden) und „*Prozessorientierung*“ (z. B. dialogische Entwicklung/Vertrauen und Offenheit) diskutiert werden (vgl. Witzel 2000, S. 2/3). Die Methode erlaubt sowohl ein induktives als auch ein deduktives Vorgehen bei der Erhebung und Auswertung der Daten. Dadurch kann theoriegeleitet vorgegangen werden und gleichzeitig gegenüber dem Forschungsgegenstand die nötige Offenheit bewahrt bleiben.

Im Kontext des Projekts nutzen wir die Methode des problemzentrierten Interviews, um uns zum einen explorativ das Feld zu erschließen und zum anderen, um die unter 5.1 ausgeführten Fragestellungen zur Struktur und Arbeit der selbstverwaltenden Projekte zu erforschen.

Zur Strukturierung des Interviewverlaufs wurden Leitfragen entwickelt. Dabei wurde in den Interviews vor allem darauf abgezielt, zunächst die Projekte besser kennenzulernen und

einige Hintergrundinformationen zu erhalten, um sich einen besseren Überblick über das Feld zu verschaffen und Detailfragen zu klären.

Folgende Leitfragen wurden von der Gruppe gemeinsam entwickelt:

- Wie wird das Projekt genau bezeichnet (inkl. Gegenstand wie z.B. Wohnen, Arbeiten, Kultur, etc.)?
- Seit wann gibt es das Projekt?
- Beschreibung der Struktur: Gesellschaftsform, Finanzierung inkl. laufender Kosten, Wie werden Entscheidungen getroffen? Wer trifft mit wem die Entscheidung, etc.?
- Welche Strukturentwicklung und ggf. Strukturveränderungen gab es im Zeitverlauf?
- Welche strukturellen Veränderungen in der Arbeitspraxis gab es im Projekt?
- Wer ist am Projekt beteiligt (inkl. innerer Kreis und erweiterter Kreis), wer sind die Entscheider?
- Welche Zielgruppe hat das Projekt, bzw. welchen Wirkungskreis soll das Projekt haben?
- Welche Ansprüche und Ziele verfolgt das Projekt (inkl. Idee, Anliegen und Ziele in soziopolitischer, ökologischer Hinsicht)?
- Was zeichnet das Projekt aus und wie unterscheidet es sich von nicht-emanzipativen Lebensweisen?
- Ausblick und Perspektiven

Insgesamt wurden fünf Personen aus den Projekten „Kokoon“, „Alla Hopp“, „Querlenker“, „Sargfabrik“ (Wien) und dem „Beginenhof“ (Bremen) interviewt. Das Gespräch mit dem Gründungsmitglied der „Sargfabrik“ diente vor allem einer Annäherung an das Thema und einer Überprüfung des Gesprächsleitfadens. Inhaltlich fließen die Befunde nicht in die Analyse ein. Gleiches gilt für das Gespräch mit einem Gründungs- und Vorstandsmitglied des „Beginenhof“, der aber schon bald nach der Fertigstellung Insolvenz anmelden und seine Selbstverwaltungsstruktur aufgeben musste.

Die Interviews waren zum Teil sehr umfangreich und dauerten zwischen 45 Minuten und zwei Stunden. Die Interviews wurden teilweise transkribiert und inhaltsanalytisch ausgewertet (vgl. Mayring 2008). Die Ergebnisse dieser Analyse flossen sowohl in die Beschreibung der Projekte ein, dienten aber auch dazu die Fragestellungen und Arbeitshypothesen weiter zu konkretisieren.

5.3.2 Themenzentrierte Gruppendiskussion

Die Methode der themenzentrierten Gruppendiskussion (vgl. z.B. Leithäuser u. Volmerg 1988) ist in besonderer Weise dafür geeignet, die sozio-kulturelle, politische und Sinnstiftungs-Praxis von Mitwirkenden aus selbstverwalteten Wohn-, Arbeits- und Kulturprojekten im Interaktionszusammenhang zu erfassen. Insbesondere erschließt diese Methode auch unbewusste Momente in der Übersetzung individueller, sozio-kultureller und politischer Motive und Ansprüche in der Alltagspraxis derartiger Projekte, die durchaus dynamischen Veränderungsprozessen unterworfen sein können.

Entwickelt wurde die Methode der Gruppendiskussion am Frankfurter Institut für Sozialforschung (Pollock 1955, Mangold 1960). Während seiner Zeit aber die Gruppendiskussion als

Gruppenexperiment aufgefasst wurde, wird hier nach der, von Leithäuser u.a. (vgl. 1977) modifizierten, Variante auf der Grundlage für kommunikative Sozialforschung verfahren. Ein wichtiges Element dieser Modifikation ist die veränderte Haltung der Diskussionsleitung. Sie definiert sich nicht – wie im Experiment – als neutrale Beobachterin, sondern nimmt in kontrollierter Weise an den Gesprächen teil. Dazu helfen ihr die von Ruth Cohn (vgl. 1976) entwickelten Regeln der themenzentrierten Interaktion. Mit diesen Regeln wird das Verfahren der Diskussionsleitung für die an der Gruppendiskussion Beteiligten transparenter. Auf diese Weise kann der Einfluss von Befürchtungen, Vorbehalten, auch unbewussten Widerständen, die unausgesprochen den Diskussionsverlauf hemmen, eingeschränkt werden.

Insgesamt wurden im Rahmen des Projekts drei Gruppendiskussionen mit Aktivistinnen und Aktivisten aus den drei ausgewählten Projekten angestrebt. Bei der selbstverwalteten Stadt-kommune „Alla Hopp“ und dem Arbeits- und Kulturprojekt „Kokoon“ konnten jeweils themenzentrierte Gruppendiskussionen realisiert werden. Beim Wagendorf Querlenker gelang dieses nicht, so dass lediglich mit einer Bewohnerin ein Interview durchgeführt wurde, dass aber nach den gleichen Prinzipien wie die Gruppendiskussion umgesetzt und schließlich ausgewertet wurde.

Zur Durchführung der Gruppendiskussionen wurde zur Gedächtnisstütze und als Orientierungsrahmen auf einen Leitfaden zurückgegriffen, der sich in insgesamt acht Impulse gliedert:

(1) *Gesprächseröffnung*: Zu Beginn der themenzentrierten Gruppendiskussion stellten sich die Interviewer vor. Außerdem wurde der Kontext des Interviews dargelegt und die institutionelle Einbindung des Projekts erläutert. Dabei wurde insbesondere auf das Projekt selbst abgehoben und auf unser Erkenntnisinteresse. Des Weiteren wurden Hinweise zur Auswertung gegeben und die Möglichkeit eines Feed-back-Gesprächs eingeräumt.

„Bezogen auf unser Projekt interessieren uns in unserem heutigen Gespräch a) die biographischen Prägungen, Einstellungen und Ansprüche, welche einer Mitwirkung in selbstverwalteten Projekten vorausgehen, und b) die Erfahrungen und Wirkungen, die aus dieser Mitwirkung resultieren.“

(2) Impuls 1: Vorstellungsrunde der Interviewten. Hier war es für uns besonders interessant, was von der persönlichen Biographie als charakteristisch angesehen wird, um sich selbst zu beschreiben, was wiederum Rückschlüsse auf die Einbindung in selbstverwaltete Projekte zulässt.

(3) Impuls 2 – Motive: „*In unseren Vorarbeiten verfolgen wir die Hypothese, dass sich (a) die Gewichtungen verschiedener Motive (individuell, sozial, kulturell, politisch) zur Mitwirkung in selbstverwalteten Projekten gegenüber den 1970er Jahren etwas verändert hat und (b), dass sich, wenn die Projekte erstmal eine Weile laufen, diese Motive bzw. die Bedeutung einzelner Aspekte verändern. Wie ist es bei euch? Wie seid ihr in die Projekte geraten, was war für euch damals reizvoll daran, und was für Veränderungen beobachtet ihr da bei euch und euren Mitstreiterinnen und Mitstreitern?*“

(4) Impuls 3 – Ansprüche: „*Mit den Motiven sind ja immer auch Ansprüche verbunden, was die Grundlage eures gemeinschaftlichen Handelns ist, wie ihr miteinander umgeht, was gemeinschaftlich passiert, was auch gewissermaßen der Charakter des Projektes sein soll. Da solche Erwartungen sich bestimmt niemals völlig erfüllen, verändern sich oft die Projekte und die Ansprüche daran. Wie ist es bei euch? Mit welchen Erwartungen an*

euch selbst, an die Gruppe und an das Projekt insgesamt seid ihr in das Projekt eingestiegen, inwieweit wurden diese Ansprüche erfüllt und welche Veränderungen habt ihr festgestellt?

- (5) Impuls 4 - Persönliche Entwicklung: „*Von der Mitwirkung an eurem selbstverwalteten Projekt habt ihr euch sicher auch etwas für eure ganz persönliche Weiterentwicklung versprochen. Gleichzeitig gibt es aber auch immer andere Faktoren, welche uns sehr stark prägen und verändern (Arbeit, Familie, Alter...). Wie ist es bei euch? Wie hat euch der Alltag im Projekt in eurer Persönlichkeit verändert (Grundgefühl oder Fähigkeiten), was gab es noch für andere prägende Aspekte und wie beeinflussen sich eurer Meinung nach die Prägungen von außen und innen wechselseitig?*“
- (6) Impuls 5 - Politische Entwicklung: „*(Junge) Menschen, die sich zu einem selbstverwalteten Wohn- oder Kulturzentrumprojekt zusammenschließen, verbinden damit oft einen weltanschaulichen und politischen Anspruch. Wahrscheinlich gibt es gerade zu Beginn viele Erwartungen und Ansprüche an individuelles und gemeinschaftliches politisches Handeln und an den Charakter des Projektes. Aber es gibt auch Veränderungen, weil einen das Leben im Projekt politisch und weltanschaulich prägt, aber auch weil die Erfahrungen in anderen Lebensbereichen die politische Praxis und den politischen Charakter des Projektes verändern können. Wie ist es bei euch? Mit welchen politisch-weltanschaulichen Ansprüchen und Erwartungen an das Projekt habt ihr zusammengefunden, welche Wirkungen hat das Projektleben für die politische Arbeit und was für Veränderungen seht ihr bei euch persönlich und im Projekt insgesamt?*“
- (7) Impuls 6 – Weitere Ziele für das Projekt: Hier erfolgte keine Vorrede bzw. Konkretisierung der Frage.
- (8) Abschließende Frage zur Zukunft: „*Was wünscht ihr euch für die nächsten fünf Jahre mit Blick auf euer Projekt und inwieweit verknüpfen sich auch ganz persönliche Ziele für euch selbst mit dem Projekt?*“

Die Auswertung der Gruppendiskussionen erfolgt zum einen im Wege der „horizontalen Hermeneutik“, also themenbezogen quer durch alle Gruppendiskussionen mit Vertreter*innen selbstverwalteter Projekte. Alle Gruppendiskussionen wurden aufgezeichnet und transkribiert. Zentrale Passagen wiederum wurden zudem einer tiefergehenden Interpretation unterzogen („vertikale Analyse“), um auch latente Motive, Ansprüche und Einstellungen sichtbar zu machen. Insgesamt wurden drei Gruppendiskussionen mit Mitwirkenden einer ‚Stadtcommune‘, eines Kultur- und Gastronomieprojektes und eines ‚Wagendorfs‘ durchgeführt.

6 Strukturen und Erfahrungen aktueller Selbstverwaltungsprojekte in Bremen

Zur Überprüfung unserer Annahmen zu Motivlagen, Ansprüchen und Erfahrungen von Aktivist*innen aus selbstverwalteten Projekten finden sich im Folgenden exemplarisch Analysen zu drei Bremer Projekten. Für das Kulturzentrum „Kukoon“, das Wagendorf „Querlenker“ und die Stadtcommune „Alla Hopp“ werden jeweils zunächst die Strukturen, Selbstverständnisse und inneren Organisationsformen erläutert, ehe im Anschluss die Gespräche mit Beteiligten aus diesen Projekten ausgewertet werden.

Natürlich können die Auswahl und Ergebnisse keinerlei Allgemeingültigkeit beanspruchen, doch es ergeben sich interessante Perspektiven für das Innenleben und die Erfahrungshorizonte aktueller selbstverwalteter Projekte. Im Anschluss werden steckbriefartig einige weitere Bremer Projekte in Selbstverwaltung vorgestellt, die sich sukzessive erweitern ließen. Abschließend werden die wichtigsten Befunde der Erhebungen noch einmal zusammengezogen.

6.1 Das Kulturzentrum „Kukoon“

Das vor gut drei Jahren gegründete Kulturzentrum „Kukoon“ ist eines der drei selbstverwalteten Projekte, welches im Rahmen unseres Vorhabens einer näheren Analyse unterzogen wurde. Im Anschluss an unsere Internetrecherche besuchten wir das Café als „normale Gäste“. Dadurch ergab sich die Möglichkeit, unkompliziert den Kontakt für die weiteren Interviews zu knüpfen. Zu den Grundsätzen, der Entstehung, den Strukturen und dem organisatorischen Rahmen des Kulturkombinats führten wir zunächst ein gut einstündiges Interview mit einem Gründungsmitglied (A). Später fand ergänzend ein fast zweistündiges Gruppengespräch mit zwei Frauen und einem Mann (B1, B2 und B3) statt, in dem sie ihre persönlichen Erfahrungen, Motive und Ansprüche darlegten. Die Zusammensetzung dieser Interviewgruppe erfolgte zufällig. Dieses sollte sich im Laufe des Gesprächs als besonders interessant herausstellen, da der Zeitraum, in dem sie begonnen haben sich im „Kukoon“ zu engagieren, sehr differierte.



6.1.1 Das Kulturzentrum und seine Herausbildung

Ende 2014 wurde das „Kukoon“ in der Bremer Neustadt als GmbH gegründet - Gesellschaft für bunte Steine mbH. Vier Personen, die teilweise Erfahrungen aus den selbstverwalteten Kulturprojekten „Grüner Zweig“ und „Dete“ mitbrachten, erarbeiteten das Grundkonzept des „Kukoon“. Bei der Ausdifferenzierung stellten diese vier fest, dass weitere Beteiligte und Teilhabende benötigt wurden. Insgesamt zehn Gründer*innen finanzierten schließlich die dafür notwendigen 26.500 €. Die Mindesteinlage betrug 1000 €; unabhängig vom eingebrachten Betrag sind alle Gesellschafter*innen gleich stimmberechtigt.

Ziel des Projektes ist das gemeinsame Arbeiten auf Augenhöhe in einem offenen Raum für Kultur, Kommunikation und Kulinarisches. Das Projekt soll mit flachen Hierarchien, freiheitlichem Miteinander und durch solidarisches Wirtschaften bestehen.

Als Zwischenmieter unterzeichneten die Beteiligten Anfang 2015 einen dreijährigen Mietvertrag für die 350 qm große Gewerbefläche im Buntentor. Der Vertrag beinhaltete auch ein Vorkaufsrecht und Klauseln für einen Umbau. Mit der angestrebten Nutzungsänderung in „Gaststätte mit Veranstaltungen“ ging die Einführung eines Nachbarschaftshandys einher. Hier werden Infos und die Veranstaltungen des folgenden Monats veröffentlicht. Das Nachbarschaftsverhältnis wird vom „Kukoon“-Team als gut eingestuft. Nach arbeitsintensiven Diskussionen im Kollektiv und schwierigen Verhandlungen konnte Ende 2017 ein Kaufvertrag für die Immobilie unterzeichnet werden. Von Januar bis März 2018 pausierte der Betrieb, um umfangreiche Renovierungs- und Umbauarbeiten umzusetzen. Diese werden mit einem Zuschuss in Höhe von 25.000 Euro aus Bundesmitteln für Städtebauförderung unterstützt (vgl. Weser Kurier v. 15.12.2017).

Im „Kukoon“ sollen sich Menschen begegnen und austauschen, sich nicht bloß als Ware und Funktion aufeinander beziehen. Wirtschaftlich finanziert sich das Haus über Einnahmen aus dem Café-Betrieb, Spenden, Zuschüssen und Stiftungsgeldern.

Nach dem Abschluss des dreijährigen Mietvertrags Anfang 2015 wurde im zweiten Schritt der unabhängige, gemeinnützige „Verein für Bunte Kombinationen“ gegründet. Die Gründung erfolgte durch die zehn Basismitglieder und fünf weitere Personen ohne zusätzliche finanzielle Einlagen oder Mitgliedsbeiträge. Die „Gesellschaft für Bunte Steine mbH“ ist verantwortlich für den operativen Teil, also die Gastronomie, der „Verein für Bunte Kombinationen“ kümmert sich um die kulturellen und sozialen Aktivitäten. Das Kollektiv hat entschieden, den gesamten Gewinn aus den Wirtschaftsbetrieben im Sinne der Gemeinnützigkeit zu verwenden. Er fließt in eigene Veranstaltungen und Projekte, die das Ziel haben Kunst und Kultur im Stadtteil zu fördern. Weiterhin sollen alternative Lebensstrukturen unterstützt und die Bandbreite an Angeboten in der Begegnungsstätte gesteigert werden. Jede*r kann Mitglied des Vereins werden. Wenn eine Partizipation gewünscht wird, kann die Teilhabe an Entscheidungsprozessen gleichberechtigt wahrgenommen werden. Langfristig wird an der Umwandlung des Kulturbetriebs in einen Kulturbetrieb „gGmbH“ gearbeitet (g bedeutet gemeinnützig). Der Weser-Kurier schreibt, „knapp 550 Veranstaltungen sind es, die die Mitglieder des „Kukoon“ in den vergangenen drei Jahren organisiert, geplant und gestaltet haben. 520 davon sind öffentlich gewesen, und gut 470 kosteten keinen Eintritt“ (Weser-Kurier 15.12.2017).

Das „Kukoon“-Kollektiv begreift sich als Teil Bremens, aber vor allem des Stadtteils Neustadt. Zum Zeitpunkt des Interviews setzte sich das Team zusammen aus drei Honorarkräf-

ten, drei Mini-Jobbern, sieben sozialversicherten Mitarbeiter*innen, davon zwei in Vollzeit. Vollzeit bedeutet 120 bis 200 Stunden monatliche Arbeitszeit, wovon ca. 65 Stunden auf die Arbeit im Gastrobetrieb entfallen. Alle erhalten den gleichen Mindestlohn von 8,84€ pro Stunde. Jede geleistete Stunde wird bezahlt, die Trinkgelder werden stundenanteilig, gleichberechtigt geteilt. Durch die hohe Identifikation mit und in dem Projekt waren Beteiligte in der Vergangenheit auch bereit, sich hier ehrenamtlich zu engagieren.

Das Kollektiv trifft sich einmal wöchentlich, wobei die Teilnahme einmal pro Monat vorausgesetzt wird. Dieses Plenum beginnt mit dem gemeinsamen Aufräumen und Putzen, ehe gegessen wird. Dann folgt eine „*emotionale*“ Runde, im Anschluss wird die Tagesordnung festgelegt – nach ca. 1,5 Stunden sind die kommenden Grundlagen meistens geklärt. Das Stimmungsbild wird umgesetzt, d.h. es werden konsensorientierte Entscheidungen getroffen. Sollte dies nicht möglich sein, ist bei notwendig gewordenen Abstimmungen eine 2/3-Mehrheit erforderlich. Für strukturell relevante Entscheidungen ist eine $\frac{3}{4}$ -Mehrheit notwendig. Als Herausforderung wird der Übergang vom autodidaktischen Arbeiten zur Professionalisierung gesehen, ebenso wie das Fordern und Stützen von Diversität, d.h. die Anerkennung und Akzeptanz der individuellen Merkmale und Arbeitsstile. Hierfür ist eine breitgefächerte Sensibilisierung aller Beteiligten notwendig. Das soll als Grundgedanke präsent bleiben und weitergetragen werden. Unter anderem fanden im Sommer 2017 Kollektivtage statt, hierfür pausierte der Betrieb.

Es wurde umstrukturiert und ein Fünfjahres-Plan konnte erarbeitet werden. Neben dem operativen Teil hat der *emotionale* Teil einen wichtigen Status bei den Beteiligten. Dieser wird in Konfliktfällen durch Mediation und Supervision gestützt. Im bisherigen Bestehen des „*Kukoon*“ gab es eine hohe Fluktuation, aber „*man ging im Guten, nicht im Streit*“. Die Umsetzung, dass alle Arbeiten (z.B. Theke, Küche, Büro und Organisation) rotierend übernommen werden sollen, gestaltete sich schwierig. Die Aufgabenteilung im Kollektiv hat sich seit der Gründung verändert. Inzwischen werden die Arbeitsbereiche als klarer umrissen beschrieben.

Die Erkenntnis des „*Kukoon*“-Teams, dass nicht nur ehrenamtlich gearbeitet wird, verbunden mit den transparenten Strukturen, wird als Motor für das Projekt gesehen. Die Möglichkeit authentisch und auch mal unperfekt zu sein, empfindet das Kollektiv als ebenso wichtig, wie Diskrepanzen und den Austausch auf intellektueller Ebene.

„*Mit geschätzt 90.000 BesucherInnen (während der letzten drei Jahre) versteht sich das Kukoon heute als Bürger- und Stadtteilzentrum*“ schreibt die *taz* am 15.01.2018.

Auf ihrer Internetseite beschreibt sich das Kollektiv als soziokulturelles Zentrum, als Ort für Kulturschaffende und Kulturgenießer, in dem es Raum für Kritik und Politik gibt, aber auch unterhaltsame Abende und bunte Gesellschaften. Rassismus, Nationalismus und andere Diskriminierungen haben im „*Kukoon*“ keinen Platz (vgl. website „*Kukoon*“). Eine Teilhabe vieler Menschen soll ermöglicht werden. Es besteht die Möglichkeit weiteren Personen per „*Huckepack*“ etwas zu spendieren: Veranstaltungseintritt, Getränke oder Bio-Speisen – meistens vegan aber immer vegetarisch. Hierfür bezahlt man das Konsumierte einfach doppelt und hängt einen „*Gutschein*“ an die Pinnwand, dieser kann von Dritten - statt Bezahlung - unkompliziert genutzt werden. Das „*Kukoon*“ möchte ein Raum sein, in dem alle sich als Menschen begegnen, man will kein reiner Dienstleistungsbetrieb sein, sondern es soll Raum für soziales Miteinander geboten werden. Auch der Wunsch nach Austausch, Kommunikation und Anregungen mit den Gästen, Akteur*innen und Freund*innen wird eingefordert:

„Bitte stelle uns Fragen, gib Anregungen und achte auf Dich und Andere!“, heißt es auf der Speisekarte.

Der bisherige Erfolg des „Kukoon“ wird aber auch kritisch beleuchtet: „...man will ein Stadt-bild ankurbeln und bewegen, wenn es gelingt, könnte man diesen Prozess auch als Gentrifi-zierung des eigenen Grabes bezeichnen.“

6.1.2 Erfahrungen, Motive und Ansprüche von Projektbeteiligten

Nachdem im Vorfeld eine Internetrecherche und ein Interview zur Analyse zum Aufbau der Struktur und internen Organisation durchgeführt wurden, konnten wir im zweiten Schritt eine themenzentrierte Gruppendiskussion mit drei Kollektivmitgliedern zu ihren Motiven, Ansprüchen und Erfahrungen vornehmen. Reizvoll war hier insbesondere, dass die drei zu unterschiedlichen Zeitpunkten in das Projekt einstiegen und sich zudem auch unterschiedlich stark im Projekt engagieren.

6.1.2.1 Motive für Eintritt und Verbleib im Projekt

Die Motive der Interviewten, die zum Engagement und zur Mitarbeit im „Kukoon“ führten, sind unterschiedlich gefächert. Paula, die in Bremen Soziologie studierte und anschließend drei Jahre relativ zufrieden in einem konventionellen Arbeitsverhältnis beschäftigt war, hatte nach ihrem einjährigen Auslandsaufenthalt keine konkreten Zukunftspläne. Sie erhielt ein spontanes Angebot, am Aufbau eines unabhängigen Kulturprojekts mitzuwirken. Die Realisierung eines gemeinsamen Traums stand im Raum: Die Gründung und Gestaltung eines Projektes mit selbstdefinierten Rahmenbedingungen durch ein Kollektiv, die Erschaffung von etwas komplett Neuem.

„Wir haben dann zusammen geträumt. Und ich glaube das war auch schon bisschen meine Motivation, einfach so krasse mitzuwirken und uns das so aufzubauen, wie wir uns das auch wirklich wünschen (...) Also, ich glaube dieses Selbstbestimmte ist vor allem so ne Motivation gewesen und dass wir halt nicht so...also letztendlich konnten wir entscheiden, wann wir hingehen, wann wir beginnen dort zu arbeiten und trotzdem hat es super funktioniert.“

Die Möglichkeit der Selbstverwirklichung wie auch die Entwicklung und Umsetzung eigener Ideen in einer Gemeinschaft von Gleichgesinnten benennt auch Kathi. Sie hatte die reale Arbeitswelt schon in einem marktüblichen Arbeitsumfeld kennengelernt, welches ihr jedoch nicht genügend Raum zur Entwicklung und zur Entfaltung der eigenen Ideen gab.

„Habe ich halt gemerkt, dass ich ja irgendwie nichts verändere oder nichts verändern kann, wenn die Arbeitsstrukturen sich nicht verändern. (...) Ich hatte eh Lust mehr weg von dieser Schreibtischarbeit, mehr hin zu 'ner Café-Arbeit.“

Kathi wollte keiner klassischen Erwerbsarbeit nachgehen. Ihre Motive waren stark sozial geprägt. Auf der Suche nach einer Alternative kam sie zum „Kukoon“. Sie versprach sich von der Mitwirkung, neben der Möglichkeit aus ihrem Studium auszusteigen, in einem Kollektiv zu arbeiten, um etwas zu tun, was sie als sinnvoll und ganzheitlich erachtet.

„Das wäre ja ein guter Ausgleich, um endlich mein Studium zu beenden, dass ich dann eine praktische Arbeit habe. Studium und theoretische Arbeit, das hat nicht geklappt (...). Könnte ich ja schon ein paar Leute und kam halt auch in dieses sehr enge Team rein (...), was das [Kukoon] gegründet hat. Wo schon vor mir ein paar neue Leute dazukamen, aber ich hab halt gemerkt: Okay, da ist so ein Team, das ziemlich eng beieinander ist aber Raum für die

anderen lässt. Genau, fand dann das irgendwie voll gut und bin wahrscheinlich auch mit einer Naivität reingegangen. Gedacht, hier macht jeder, was er will. Auf lange Sicht funktioniert das natürlich auch nicht, es gibt auch Absprachen.“

Marcs vorrangiges Motiv war eher praktischer Natur. Er benötigte Geld zur Finanzierung seines Alltags und war auf der Suche nach einer sinnstiftenden Tätigkeit im linken Spektrum, bei der er etwas lernen konnte. Sie sollte ihm neben der Möglichkeit seine Persönlichkeit zu entfalten auch noch Spaß machen und, bezogen auf seinen linken Selbstanspruch, authentisch sein.

„Hat das quasi damit angefangen, dass ich nen Job gebraucht hab bzw. Geld verdienen musste. Und habe auch schon länger gesucht, aber massiv Probleme damit etwas zu finden, worauf ich auch Lust hab. Weil es bei mir auch relativ wichtig ist: Okay was produziere ich quasi so in meinem Job. Also nicht im Sinne von Produktionsmitteln, sondern, halt was produziere ich nach außen, ne. Und fand das halt relativ spannend so.“

Auf Nachfrage bestätigen alle drei Interviewten als wesentliches Motiv, dass die interne emanzipatorische Projektstruktur als grundlegend erachtet wird, die auch nach außen eine Wirkung entfalten soll. Im „Kukoon“ will man dieses durch die Veranstaltungen erreichen.

Die Motive der Interviewten haben sich seit dem Zeitpunkt des Einstiegs weiterentwickelt. Paula steht nach wie vor voll hinter dem Projekt, obwohl Konzessionen an die Arbeitsrealitäten notwendig geworden sind. Ihre Träume und der Wunsch nach Selbstverwirklichung mussten hinter dem Ziel zurücktreten, das Geschaffene langfristig am Laufen zu halten; das Resultat bzw. das Ergebnis ist ihr wichtig. Sie sieht sich verantwortlich dafür, dass das „Kukoon“ auf einem sicheren Fundament steht und zukünftig noch unabhängiger wird. Damit verbindet sie auch die Hoffnung, ihren Einsatz möglicherweise reduzieren zu können.

„Das ist wie so 'n Baby, was groß wird und das ist einerseits auch... würde ich auch gerne dass es irgendwie so laufen kann, alleine, ohne mich, das ich da auch mich so ein bisschen mehr zurückziehen kann.... Das es irgendwann so selbstständig läuft, das wäre gut.“

Kathi dagegen wird das Kollektiv in naher Zukunft verlassen, möchte sich jedoch nicht völlig lösen. Sie wünscht sich auch zukünftig ein Teil des Kollektivs zu bleiben.

„Bei mir ist es tatsächlich auch grad so, dass ich so mit nem halben Fuß schon draußen bin. Aber nicht weil ich mich gegen das Projekt entschieden habe, sondern gegen die Stadt Bremen (...). Aber irgendwie hoffe, trotzdem irgendwie noch das Kollektiv begleiten zu können. Schon irgendwie da so einen Weg finde immer mal wieder reinzukommen. Auch, wenn ich weiß, dass es schwer ist, weil ich halt nicht im Alltag bin.“

Marcs Motive haben sich während seiner kurzen Teilhabe weiterentwickelt. Beim Einstieg vor drei Monaten hatte der monetäre Zwang zentralen Stellenwert. Mittlerweile sieht er die Möglichkeit im Projekt zahlreiche Tätigkeiten auszuüben, sich neue Fähigkeiten anzueignen und seine Persönlichkeit bereichern zu können.

„.... was ich mitbekomme (...), ich vor so 'nem Wissensloch bisschen stehe ... denke, dass sich das irgendwie (...) in der Zukunft vielleicht dieses Loch ein bisschen füllen könnte so gerade dadurch, dass ich die Möglichkeit hab und dass es ja auch irgendwie vielleicht auch für das Kollektiv und für den Laden dankbar sein kann.“

6.1.2.2 Ansprüche bei Projekteintritt und heute

Die Ansprüche der Interviewten liegen grundsätzlich nahe beieinander. Es besteht Einigkeit darüber, dass Arbeit im Kollektiv nur möglich ist, wenn alle Beteiligten eine ähnliche politische Auffassung innehaben. So meint Marc:

„Das ist mir schon ziemlich wichtig, dass das „Kukoon“ auch in gewisser Weise links ist (...), ne klare linke, meinetwegen Identifikationen (...), aber halt trotzdem so ‘n offener Raum ist.“

Für Paula ist aber nicht nur der politische Anspruch von Bedeutung, sondern auch die sozialen Kompetenzen. Eine gelebte Offenheit, Toleranz und die Bereitschaft im Miteinander zu lernen sind ebenso Ansprüche, wie die Fähigkeit sich zu entfalten und den je eigenen Standpunkt im Kollektiv zu vertreten.

„Also, ich glaube im Kollektiv zu arbeiten, erfordert Voraussetzungen. (...) Natürlich musst du offen sein, du brauchst eine bestimmte Redekultur. Also die Ansprüche sind eigentlich sehr hoch an die Menschen, die dabei sein möchten. (...) Aber ich glaube auch eine bestimmte politische Einstellung ist schon fast ein Muss.“ (Paula)

Dem sozialen Gefüge im Kollektiv wird in mehrfacher Hinsicht hohe Bedeutung beigemessen. Dies zeigt sich an dem Stellenwert zwischenmenschlicher Verantwortlichkeit der Gruppe. Kathi formuliert, dass persönliche Veränderungen auch immer das gemeinschaftliche Gebilde betreffen und sie alle Beteiligten in der Verantwortung sieht.

„.... was bei so ‘nem Kollektiv halt auch wirklich wichtig ist, das sind die – diese emotionalen Bindungen. Diese Ein- und Ausstiege verändern halt auch das Kollektiv, und verändern aber auch meinen Punkt im Kollektiv. (...) natürlich man ist dann als Gruppe verantwortlich für die Ein- und Ausstiege.“

Alle drei Beteiligten hatten bei Einstieg Erwartungen an die Gruppe wie an sich selbst. Es sollte insbesondere keine formal verankerten oder informellen Hierarchien geben. Dabei bestand der Wunsch nach einem gleichberechtigten Austausch auf Augenhöhe fernab klassischer, in üblichen Arbeitsverhältnissen bestehender Hierarchieebenen. Auch Neuankömmling Marc sieht dies als wichtigen Teil der kollektiven Arbeit und des Zusammenseins.

„....das Kollektiv auch offen ist und halt irgendwie versucht hierarchische Strukturen nicht aufkommen zu lassen, beziehungsweise zu dämmen, beziehungsweise darüber zu reden...“

Entscheidungen und Abläufe werden gemeinsam erarbeitet und gefällt. Es wird darauf abgezielt einen Konsens zu finden und dieser Bedarf einer Auseinandersetzung und Übereinkunft im Plenum.

„Also das ist auch unumgehbar. Das muss im Plenum wirklich diskutiert werden, und auch lang.“ (Paula)

Aus der Abwesenheit von anderweitig vorhandenen Hierarchien versprechen sich anfänglich die Interviewten einen zusätzlichen individuellen Freiraum. Alle haben sich bewusst für eine derartige Arbeitsform im Kollektiv entschieden, um dadurch ihren Wunsch nach größerer persönlicher Freiheit geltend zu machen, wie z.B. Paula beschreibt: *„....wir machen ja gerade diese Arbeit, um gerade auch ein paar Freiheiten zu haben...“* Ein hohes Maß an Selbstbestimmung und Freiräumen sind auch Kathi sehr wichtig, wobei ihr bewusst wurde, dass dieses *„ein Kollektiv ausbalancieren muss“*.

Im Verlauf der Kollektivarbeit stellt aber jede*r Einzelne fest, dass gewisse Ansprüche an persönlichen Freiraum und Selbstbestimmung dauerhaft nicht tragbar sind, dass Aushandlungsprozesse immer auch persönliche Zugeständnisse erfordern. „...und bin wahrscheinlich auch mit einer Naivität reingegangen. Gedacht, hier macht jeder, was er will. Auf lange Sicht funktioniert das natürlich auch nicht, es gibt auch Absprachen“ (Kathi)

Auch Paula musste in verschiedenen Phasen der Projektentwicklung erfahren, dass die Tätigkeiten im Kollektiv, das gemeinschaftliches Arbeiten und betriebliche Zwänge, nicht immer mit dem eigenen Freiheitsanspruch vereinbar sind. Sie stellt sogar fest, dass sich manche Herangehensweisen als illusorisch entpuppt haben.

„Natürlich kriegt man auch so 'ne Realitätsklatsche. (...) wir haben einen Betrieb, das muss funktionieren, (...) so ganz in 'ner Blase kann man eben nicht leben. Das haben wir zu spüren bekommen. (...) Die Realitätsklatsche trifft es glaube ich ganz gut. Das man halt doch nicht Dinge so machen kann, wie man sich das denkt. (...) Also ich glaube, dass viel Euphorie da auch auf der Strecke geblieben ist. Ja weil einfach bestimmte Sachen gemacht werden müssen.“

Die Aktivist*innen berichten von anfänglichen Ambitionen, die sich nun verändert hätten. Durch betriebliche Erfordernisse für einen funktionsfähigen Projektalltag entstanden auch ganz pragmatische Ansprüche. Die ins Projekt verwinkelte Paula meint hierzu:

„...irgendwo ist man da auch härter geworden. Auch Menschen gegenüber, z. B. die Motive der Leute, die neu einsteigen möchten...und da guck ich schon noch mal ein bisschen anders auf die Personen (...). Kann die denn auch arbeiten? (...), das ist so zweigleisig“.

Im Verlauf des Projekts wurde allen sukzessive bewusst, dass trotz fehlender formaler Hierarchien eine völlige Hierarchiefreiheit faktisch nicht herzustellen sei. Die Kenntnisse über die betrieblichen Abläufe verschaffen denen, die länger dabei sind, einen Vorsprung gegenüber Neuen im Kollektiv.

„... also was halt ein großer Punkt in der Arbeit ist, ist, dass es halt sehr viele Wissenshierarchien gibt, also jemand, der das halt vor drei Jahren gegründet hat, ist auf einem ganz anderen Level als ich, ich bin aber noch mal auf einem ganz anderen Level als jemand (...) der noch später dazu kam. Und ... das hat natürlich auch was in dem, wie man miteinander Entscheidungen trifft, zu tun, auf alle Fälle...“ (Kathi)

Marc und Kathi meinen aber auch, dass auch die eigene Identifikation für das Gefüge im Kollektiv eine entscheidende Rolle spielen kann.

„Irgendwie kann das halt trotzdem passieren (...), dass sich das so ziemlich schnell (...) grad so mit Wissen so halt auch ne Hierarchie aufgemacht werden kann (...), und vielleicht auch mit Identifikation.“ (Marc)

„Ja, vielleicht habe ich mit der Person meine Arbeit gemacht und meinen Weg (...) und dann sind die auf einmal weg. Und dann muss man sich halt neu umgucken und das ist halt auch ein Grund.“ (Kathi)

Im weiteren Verlauf relativierte sich der Anspruch auf Selbstbestimmung und Freiraum. Er ist zwar nicht gewichen, man hat aber Konzessionen machen müssen. Die Anforderung an eine gewisse Lernfähigkeit, im Spannungsfeld von persönlichen und kollektiven Anforderungen, steht nun mehr im Vordergrund.

„...da habe ich das auch gemerkt, dass die Ansprüche an die einzelnen Personen (...), dass ich die zurücknehmen muss (...) auch wenn ich halt irgendwie Illusionen, die ich vielleicht hatte dann doch zurückstecken musste, weil natürlich auch persönliche Sachen sich verändern. Und auch um mich dann halt also um das zu schützen...“ (Kathi)

Auch Paula sieht eine gestiegene Notwendigkeit gemeinsam zu wachsen, zu lernen und Herausforderungen anzunehmen.

„...und aus unseren Erfahrungen konnten wir lernen (...). Und uns so 'n bisschen so 'ne Nische suchen... ich denke, wir haben sie gefunden. Es werden immer wieder Herausforderungen kommen...“

Des Weiteren herrscht Einigkeit darüber, dass das Arbeiten im Kollektiv eine gewisse Harmonie benötigt, um teamfähig zu bleiben. Verfügbarkeit, Aufgabenteilung, Arbeitszeiten und Arbeitsintensität sind verhandelbar. „*dass wir uns Arbeitszeiten einteilen, und [ich] würde sagen, ich komm schon mindestens auf 30 Stunden pro Woche.*“ (Paula) „*Ja, aber jetzt mein Arbeitspensum ist auf jeden Fall nicht so viel wie Paula, es sind vielleicht so 20 Stunden die Woche, mal mehr, mal weniger.*“ (Kathi)

Der persönliche Freiraum hat an Gewicht verloren. Nun steht eher die Suche nach einer Gleichwertigkeit im Raum. Die Erwartungshaltung an das Kollektiv ist inzwischen eher von Fairness geprägt und impliziert den Anspruch, mit den eigenen Anliegen und Bedürfnissen in der Gruppe ernst genommen zu werden.

„Also, ich glaube dieses Selbstbestimmte ist vor allem so 'ne Motivation gewesen (...) jetzt-endlich konnten wir entscheiden, wann wir hingehen, wann wir beginnen dort zu arbeiten. Und trotzdem hat es super funktioniert.... Sache, die ein Kollektiv ausbalancieren muss. Weil das halt einfach Leute gibt, die sich dann mehr Freiheit nehmen und dafür aber andere Leute Freiheiten einbüßen müssen“ (Paula)

Der Anspruch an den Aushandlungsprozess geht so weit, dass ganz selbstverständlich auf pädagogische Mittel zurückgegriffen wird, um den Gemeinsinn zu stärken und als Kollektiv funktionsfähig zu bleiben.

„Aber wir nehmen uns halt auch als Gruppe dafür halt Raum (...) aber wir versuchen eigentlich schon mindestens ein- bis zweimal im Jahr Kollektivtage zu haben, wo wir wirklich zwei Tage am Stück zusammenarbeiten, um da auf 'nen Nenner zu kommen.“ (Kathi)

6.1.2.3 Persönliche Entwicklung im Verlauf des Projektes

Die Erfahrungen in einem noch recht jungen selbstverwalteten Kulturprojekt sind für die Beteiligten erwartungsgemäß prägend, wenngleich unsere Gesprächspartner*innen bereits zuvor dem alternativen Milieu verhaftet und teilweise in Kollektivzusammenhängen aktiv waren. Dabei äußern sich die drei zu persönlichen Veränderungen recht zurückhaltend, was damit zusammenhängen könnte, dass der Projektaustritt Kathis bereits von ihr beschlossen wurde und Marc erst vor kurzer Zeit mit einer primär instrumentellen Motivation (Geld verdienen) eingestiegen ist. Eine weitere Möglichkeit könnte sein, dass seit Bestehen des Projekts auch konfliktbehaftete Neustrukturierungen realisiert wurden, welche unsere Gesprächsteilnehmenden nicht öffentlich thematisieren möchten, um das Projekt zu schützen.

Zentral für die persönliche Entwicklung ist die hohe Identifikation mit einer selbstbestimmten und kollektiven Arbeitsorganisation und der als sinnvoll erachteten Tätigkeit im Rahmen des

Projektes. Kathi etwa verlässt zwar das Projekt, ist sich zugleich nun aber sicher, dass traditionelle Arbeitsstrukturen für sie keine Lebensperspektive mehr sind.

„Was ich so ein bisschen als Lebensprojekt (...) sehen würde, ist die Kollektivarbeit tatsächlich. Also ich hab schon das Gefühl, dass dies die Arbeitsform ist, in der ich mich bewegen möchte. Und ich kann mir schwer vorstellen in so eine Art Angestelltenverhältnis wieder arbeiten zu gehen.“

Sie hat jedoch auch gelernt, dass Kollektivzusammenhänge, die mit Lohnarbeit verknüpft sind, der Selbstbestimmung zwingend Grenzen setzen, funktionsfähige Handlungsmuster des Austarierens von persönlichen Wünschen und der Verantwortung für die Erfordernisse des Gesamtzusammenhangs bedürfen.

„...was ich auf alle Fälle mitnehme, ist ein selbstbestimmtes Arbeiten, also irgendwie mit Disziplin an meine Arbeit heranzugehen, weil meine Arbeit hier ja auch die Gruppenarbeit ist, sozusagen. (...) Sondern [Tätigkeiten], die halt unangenehm sind und nicht ganz komplett meinen Motiven entsprechen. Aber ich weiß halt, dass ich die halt für 'nen Zweck tue, der dem Kollektiv dient.“

Paula, die von Beginn an dabei und sehr viel Energie in das „Kukoon“ investiert, erfährt persönliche Veränderungen besonders über einen Bedeutungszuwachs ihrer persönlichen Rolle im Projekt. Gab es zunächst „schon fast familiäre Strukturen“, die von Freundschaft, Engagement und Gleichheit geprägt waren, so kam es zwischenzeitlich zu erheblichen Fluktuationen, was den Pluralismus erhöhte und die Verantwortung Paulas verstärkte.

Grundsätzlich meint sie, dass „Arbeit im Kollektiv so soziale Kompetenzen unheimlich schärft und ausbaut“. Dies gilt für sie speziell aufgrund der Projektfluktuationen, dessen Gelingen für sie höchste Priorität hat. Weil sie „viel Zeit investiert“, sei es angesichts der Ab- und Zugänge zwangsläufig so, dass „neue Freundschaften kommen, andere gehen“. Aber über allem steht das Projekt und damit auch die Erfahrung der Selbstwirksamkeit, die eine selbstbewusste und optimistische Grundhaltung verstärkt.

„Aber das Schöne ist ja auch zu sehen, dass (...) so ein Projekt funktioniert. Und das gibt natürlich auch so nen Anreiz den Lebensmittelpunkt da zu setzen und halt da auch weiter zu machen, also auch rauszugehen und zu sagen: ‚Leute probiert, seid mutig, fangt an‘. Also vielleicht macht das viele auch selbstbewusster einfach. Ja. Dass es halt kein Hirngespinst, sondern das kann funktionieren. Ja.“

Bei allem Engagement hat Paula im Kollektiv ebenfalls gelernt ihre Grenzen und Bedürfnisse zu formulieren. Dies ist gerade für sie von großer Bedeutung. Überraschend formuliert sie schließlich den Wunsch eines Rückgewinns von Freiheit, weil ihr die Sicherung des Projektes ein hohes Maß an Verantwortung aufbürdet.

„Das ist wie so'n Baby, was groß wird (...) würde ich auch gerne, dass es irgendwie so laufen kann, alleine, ohne mich, dass ich da auch mich so ein bisschen mehr zurückziehen kann. Aber ich will auf jeden Fall, dass dieser Raum bleibt, dass es irgendwie auch vielleicht mit unseren Strukturen, die wir geschaffen haben, bleibt... also dass sich niemand dran bereichert, irgendwie alle teilhaben können. (...) Dass es irgendwann so selbstständig läuft, das wäre gut.“

Die intensivste Auseinandersetzung im Kontext der Erfahrungen im Kollektiv und persönlichen Veränderung bewegt sich für die Gesprächspartner*innen rund um die Frage von

Ungleichheit, und dies in gleich mehreren Dimensionen. Zunächst entfaltete sich eine soziale und weltanschauliche Pluralisierung durch die Fluktuationen im Team, das zu Beginn noch als sehr homogen wahrgenommen wurde. Paula spricht für die jüngste Zeit von einer „*neuen Formatierung des Kollektivs*“ mit Leuten, „*die anders sind auch, die aus anderen Kreisen kommen*“. Die neue Heterogenität korrespondiert einerseits mit dem Konzept eines offenen Kulturraumes, wird andererseits von Paula als soziale Herausforderung, von Kathi sogar als Belastung wahrgenommen. Die zuvor „*fast schon familiären Strukturen*“ (Paula) brechen weg, was aber auch Chancen eröffne und soziales Lernen ermögliche.

„*Hmh... und auch unterschiedliche politische Einstellungen... jetzt nicht gravierend natürlich aber (...) es war auch schon mal anders. (...) Ich finde das ist jetzt so ein bisschen aufgeweicht... aber (...) ich glaube, das bietet natürlich auch Raum sich so 'n bisschen den alternativen Weg länger zu schlängeln... also dadurch, dass wir einfach so sind.*“

Kathi, die zwar meint, ihr Ausstieg sei eine Entscheidung „*gegen die Stadt Bremen*“ und nicht gegen das Projekt, tut sich mit dem neuen Pluralismus offenbar schwerer. Mehrfach spricht sie das Thema an. Dem Pluralismus stünden „*wir (...) sehr oft kritisch gegenüber*“ und zu „*dem neuen Kollektiv*“ könne sie gar nichts sagen, da sie „*wenig Hintergründe [hat] (...), aber so die [alte] Kerngruppe bislang war schon eine sehr homogene Gruppe*“. Mit bedauerndem Unterton konstatiert sie, „*wir haben jetzt schon Leute dabei, die halt gar keinen Bezug zu irgendjemanden von uns haben*“. Ihre Aussagen deuten darauf hin, dass sie den Kollektivgedanken für die weitere Biographie verankert hat, für sie aber nun auch geklärt ist, zukünftig in homogener zusammengesetzten Wahlfamilien aktiv zu arbeiten.

Intensive (Selbst-)Reflexionsprozesse aller (in jedoch unterschiedlicher Weise) entfalten das Thema informeller Hierarchien in einem formal herrschaftsfreien Raum. Diese Hierarchien entwickeln sich nicht in erster Linie persönlichkeitsbezogen, sondern haben strukturelle Ursachen. Zum einen führe die Fluktuation zu informellen Hierarchien des Wissens, Könbens und Tuns. Speziell die Gründungsmitglieder hatten sich alle notwendigen Aufgaben autodidaktisch erschlossen, hätten gegenüber den später Hinzugekommenen Wissens- und Kompetenzvorsprünge, die sich im Zugang zu bestimmten Aufgaben niederschlagen. Offenbar existiert eine Kerngruppe im Kollektiv, die wesentliche Steuerungstätigkeiten verantwortlich regelt. Diese Ungleichheit verstärkt sich dadurch, dass die Engagementbereitschaft in diesem Kern besonders stark ausgeprägt ist, was zur Reproduktion der Wissenshierarchien beiträgt.

Für Paula, Mitglied der Kerngruppe, ergibt sich daraus das Problem der Umsetzung gemeinsamer Ziele. Das Konzept der kollektiven Selbstorganisation sei natürlich auch vom Drang nach Freiheit und Selbstbestimmung aller getrieben. Doch sei dieser Drang eben unterschiedlich ausgeprägt und das sei „*ne Sache, die ein Kollektiv ausbalancieren muss*“. Dies wird aber dadurch unterlaufen, dass sich Verantwortung auch aus Engagement speise.

„*Weil das halt einfach Leute gibt, die sich dann mehr Freiheit nehmen und dafür aber andere Leute Freiheiten einbüßen müssen. Und trotzdem ist, glaube ich, so die Ebene, was die Leute wollen, Konsens. Was dann umgesetzt wird, ist dann nochmal eine andere Ebene.*“

Im Gegensatz zu Paula betont Kathi, die sich eher am Rand dieser Kerngruppe befindet und auf große Freiräume besteht, die Notwendigkeit des permanenten Abbaus informeller Hierarchien durch Wissenstransfer und Verantwortungsübertragung. Zentral („*ein großer Punkt*“) sei das Bemühen, „*dass wir da alle auf einen Nenner kommen*“, um wirklich zu gemein-

schaftlichen Entscheidungen zu kommen. An diesem Punkt macht Marc, der erst kurz zum Kollektiv gehört und noch dazu einen eher instrumentellen Zugang hatte, einen umfassenden Lernprozess geltend. Bislang nur in der Gastronomie tätig, erschließen sich ihm im Rahmen der „*Kollektivtage*“ Chancen zur persönlichen Entwicklung. „*Okay krass! Ich habe hier eigentlich so die Möglichkeit so voll Sachen zu lernen.*“ Das Schöne sei, dass ein solcher Qualifizierungsprozess ihn persönlich bereichern könne und das Kollektiv „*dankbar*“ wäre. Er erkennt aber auch, dass diese Möglichkeiten von seinem Engagement abhängig sind und sich bestimmte Hierarchien automatisch ergeben.

„*Und dass halt auch irgendwie so 'ne dreißig/vierzig Stunden-Woche oder vielleicht auch eine zwanzig Stunden Woche irgendwie ätzend sein kann, also meinem Empfinden nach. Und (...) wenn ich mich rausnehmen will, dass das [es] da einfach Verständnis gibt (...), dass sich Leute teilen. Und habe dann (...) festgestellt: Okay, so was einzelne Leute da halt leisten, ist total krass'. (...) ich würde behaupten, dass viel Arbeit (...) bei wenigen Leuten liegt so, dass ist nicht irgendwie komplett aufgeteilt ist. (...) ...was sich halt auch irgendwie verändert hat so. Ich (...) habe nicht damit gerechnet, dass da so ein Zentrum, dass so da irgendwie so ein bisschen kleinerer Kreis ist, also nicht komplett alles fair aufgeteilt so. Und (...) das macht immer noch was mit mir so, ne. Das (...) ist halt ein Reiz, der mich zum Nachdenken [bringt]: Okay, was hat das für Auswirkungen auf die Arbeit im Kollektiv, oder auf ein Kollektiv selber, auf die Leute? Okay, diese Variable gibt's, dass (...) halt Menschen gibt in einem Kollektiv, die halt Aktive sind, mehr machen, und wenige, die Passiven halt.*“

Marc's eigentlich „*linksradikaler*“ Anspruch an ein Kollektiv auf vollständig hierarchiefreie Räume gerät hier ins Wanken, wobei er persönlich offenbar schwankt zwischen einem verstärkten Engagement und einer erhöhten Identifikation einerseits oder einer Anerkennung informeller Hierarchien, die dann größere Freiräume jenseits des Projektes zulassen kann. So oder so ist ihm dennoch wichtig, „*dass das alles so flach wie möglich gehalten wird*“.

Für Paula und auch für Kathi bleibt als prägende Erfahrung die erfolgreiche Aneignung eines öffentlichen Raumes, wo sie „*entgegen dem Ganzen gewirkt [haben], wie sich halt Städte gerade entwickeln, in welche Richtung Städte gehen, was Kultur angeht, was Kommerzialisierung angeht. Und da haben wir halt einfach einen ziemlich großen Raum für die Stadt rausgenommen, und gesagt: Nö!*“ Hier bleibt auch für Kathi die Option, vielleicht etwas Bleibendes zu hinterlassen.

6.1.2.4 Politisches Engagement: Selbstverständnis und Entwicklung

In politischen Fragen sind sich die Interviewten grundsätzlich sehr einig, dass ihr Engagement auf einer gemeinsamen linksorientierten Einstellung basiert. Zwar wird diese Einstellung nicht dogmatisiert, aber sie ist vorhanden und ein gewisses ‚linkes‘ Selbstverständnis wird im Kollektiv als Voraussetzung angesehen. Grundlegende Offenheit und Toleranz im sozialen Miteinander sind gefordert und ein Muss, um im Kollektiv überhaupt arbeiten zu können. Es wird zum Teil sogar ein politischer Habitus abverlangt. Paula sieht diese politische Voraussetzung sehr klar als wichtigen und grundsätzlichen Aspekt im Kollektiv.

„*Also, ich glaube im Kollektiv zu arbeiten erfordert Voraussetzungen... (...) ...natürlich kommt es eher aus dem linken Spektrum. Natürlich musst du offen sein, du brauchst eine bestimmte Redekultur. (...) Aber ich glaube auch eine bestimmte politische Einstellung, ist schon fast ein Muss.*“

Ein elementarer Aspekt in der politischen Ausrichtung ist die Tatsache, dass das Arbeiten im Kollektivbetrieb als antikapitalistisches politisches Engagement verstanden und umgesetzt wird. Es findet kein gewinnorientiertes Wirtschaften statt und der gegenökonomische Entwurf sowie die Struktur des Betriebes werden als politisches Tätigkeitsfeld erachtet.

„...kann man sagen, unsere Struktur ist natürlich auch eine politische... also unsere Struktur ist eine absolute politische Teilhabe, weil wenn man mal überlegt fallen halt Kollektivbetriebe eigentlich aus dem Wirtschaftssystem raus. Also... wir passen eigentlich in keinen richtigen Schuh...“ (Kathi)

Kathi verortet den politischen Aktivismus des Kollektivs darüber hinaus im Bereich der Gegenökonomie und der Alternativwirtschaft. Sie definiert als Gegenpol zur Gentrifizierung und Kommerzialisierung von öffentlichen Wohn- und Lebensraum.

„Das es mir einfach wichtig war, 'nen Raum zu schaffen, (...) haben wir irgendwie so 'nen Stück Raum uns angeeignet ... (...) Entgegen dem Ganzen gewirkt, wie sich halt Städte gerade entwickeln, in welche Richtung Städte gehen, was Kultur angeht, (...) was Kommerzialisierung angeht. Und da haben wir halt einfach einen ziemlich großen Raum für die Stadt rausgenommen... und gesagt nö!“ (Kathi)

Darüber hinaus werden nicht nur die Kollektivstruktur, sondern auch viele Aspekte des kollektiven Handelns als Betrieb, als politischer Akt verstanden und umgesetzt. „*Wir achten natürlich auf unsere Produktpalette, was wir verkaufen, was wir anbieten... auch zu einem fairen Preis finde ich... (...) ... und sind natürlich fleischlos.*“ (Paula)

Der politische Aushandlungsprozess ist basisdemokratisch aufgebaut und wird im Plenum diskutiert. Es finden regelmäßige, verpflichtende Plenar statt, die den Austausch absichern. Die Mitglieder erachten die verbindliche Beteiligung am Kollektivgeschehen als unvermeidlichen Gegenstand der politischen Teilhabe. Es wird hervorgehoben, dass Entscheidungen möglichst im Konsens getroffen und getragen werden. Die Konsensfindung bestimmt die Intensität des Aushandlungsprozesses und die dafür benötigte Zeit. „*Also geht gar nicht anders (...) wenn nur zwei Leute bei 'nem Plenum sitzen, dann würde das halt (...) für den Betrieb nicht gehen*“ (Kathi)

Alle Befragten sind sich einig, dass der Kern der politischen Arbeit in der Struktur, der Kollektivarbeit und in den Veranstaltungen liegt. Es gibt eine breitgefächerte Themenvielfalt, wobei nicht ausschließlich politische Veranstaltungen stattfinden, viele haben aber politische Elemente und Inhalte. Es gibt ein klares Bekenntnis zur außerparlamentarischen Wirksamkeit und eine stricke Abgrenzung zu parteipolitischen Veranstaltungen. Außerdem wird der Kollektivbetrieb als Freiraum politischer Tätigkeit interpretiert. Es wird großen Wert darauf gelegt, eine unvoreingenommene Position in Bezug auf die Themeninhalte zu wahren, und dass das Kollektiv hier selbstbestimmt ist und bleibt. Kathi betont dies wie folgt:

„Ja, und da können wir natürlich auch bestimmen, was wir annehmen und was wir nicht annehmen. Und gleichzeitig haben wir ja auch, zum Beispiel, den Grundsatz, dass wir keine Parteiveranstaltungen machen.“

Der selbstbestimmte, freie und offene Kollektivcharakter wird als Zugang zu politischem Engagement erachtet. Das Projekt wird als zugänglicher Raum beschrieben und der offene Charakter wird damit bekräftigt, dass es wichtig sei, Räume offener politischer Partizipation zu schaffen, um anschlussfähig zu sein. Dem käme der Kollektivbetrieb strukturell nach.

„Also ich glaube für mich ist dieses offen partizipative entscheidend, (...), das war schon immer bei (...) meinem politischen Mitwirken irgendwie wichtig, (...) meine Form war eher dieses: ich will irgendwie mit meiner Ausrichtung offen agieren können, damit halt Leute irgendwie von außen mitmachen können“ (Kathi) Auch Paula sieht im Kollektiv einen klaren Unterschied zu geschlossenen und radikaleren Politstrukturen und Aktionsformen. Sie betont den ideologisch offeneren Charakter des Projektes und meint: „*das „Kukoon“ ist nicht besetzt*“ und betone ebenfalls den offenen Charakter des Projekts.

„Also du hast Räume in Bremen, die sind einfach ganz klar, (...), da sind die Vorträge, da trifft sich die Szene, dass ist das „Kukoon“ nicht (...). Also wer weiß wo es hingeht, aber es ist sehr gemischt alles, und (...) jede Person ist da willkommen und fällt auch nicht auf unbedingt.“

Kathi hebt aber hervor, dass trotz der Abgrenzung zu geschlossenen linken Strukturen ein solidarisches Verständnis und eine gewisse Sympathie für andere politische Aktionsformen vorhanden sind. „*...es gibt halt linke Räume, die halt total geschlossen sind, aus Gründen, die ich auch gut finde, die ich verstehe und mittragen kann (...), aber das war halt nie meine wirkliche Form.*“

Es wird beschrieben, dass sich die politische Entwicklung des Kollektivs in einem fortwährenden Findungs- und Aushandlungsprozess befindet. Dieser bildet die Grundlage des soziokulturellen und politischen Aktivismus, um auch nach außen Position beziehen zu können. In vielen Belangen ist die Suche nach Einigung eng verwoben mit der Entwicklung des politischen Handelns. „*...also um jetzt so konkrete Sachen zu starten, müssen wir glaube ich erstmal überhaupt (...), also bei uns auf einer Basis sein. Es verändert sich natürlich immer ganz viel.*“ (Kathi)

Das „Kukoon“ hat sich eine sozialpolitische Struktur gegeben, die Gästen die Möglichkeit bietet, sich solidarisch einzubringen. Speisen und Getränke können anonym für mittellose Dritte mitgekauft werden. Ziel ist es allen Menschen eine Teilhabe zu ermöglichen und das Prinzip der Offenheit in den gastronomischen Betrieb zu integrieren. Einkommensschwache Gäste erfahren somit im Gegensatz zu anderen Lokalitäten keine Ausgrenzung.

„Wenn man jetzt nochmal niedrigschwellig geht (...), dann haben wir halt dieses Huckepacksystem, wo halt Leute offen sein können einen Kaffee mitzukaufen für andere Menschen (...), haben wir ja bei unseren Essensangeboten auch (...) und eigentlich sind auch unsere Veranstaltungen größtenteils umsonst.“ (Kathi)

Das Prinzip, das „Kukoon“ für alle und vor allem unabhängig vom Geldbeutel zugänglich zu machen, bekräftigt Paula indem sie auf die Beschaffenheit der Veranstaltungsfinanzierung hinweist. Auch hier soll niemand ausgesgrenzt werden. „*Wir haben dieses Hutsystem. Bei Konzerten z. B. geht einfach ein Hut rum, fällt nicht auf, wenn du nichts reingst, da wirst du auch nicht schräg angeguckt*“

Das Kollektiv ist mit anderen Projekten und Aktivisten vernetzt. Es besteht ein gutes Verhältnis zu anderen politischen Gruppen, die das „Kukoon“ besuchen und nutzen. „*es gibt auf jeden Fall Gruppen, die sehr gerne zu uns kommen und anfragen, wo klar schon so 'n freundschaftliches Verhältnis vielleicht herrscht.*“ (Paula)

Dies war zu Beginn des Projekts aber nicht nur so. Anfänglich erfuhr das Kollektiv aufgrund des offenen Charakters auch Kritik aus gleichgesinnten Politkreisen. Paula erzählt wie im

weiteren Verlauf die Akzeptanz für diesen Entwurf deutlich gestiegen ist. „*Wir hatten am Anfang (...) hohe Kritik: Was ihr macht, das wird zum Hipsterladen, und der ist viel zu schick (...) Aber jetzt werden wir halt überraschenderweise von ganz vielen politischen Gruppen auch angefragt.*“

Die Effektivität des politischen Netzwerks wird auch in direkter Verbindung mit den Besitzverhältnissen der Räumlichkeiten sowie den finanziellen Möglichkeiten gesehen. Die beantragte Förderung, aber vor allem der Kauf der Immobilie, wird von den Mitgliedern als Schritt in Richtung einer größeren Handlungsfähigkeit wahrgenommen. „*und wir vielleicht noch... (...) engagierter (...) zurückgeben können, mehr zur Verfügung stellen können, mehr Projekte auch selbst unterstützen können...*“ (Paula)

Kathi ist davon überzeugt, dass der Erwerb der Immobilie durch das Kollektiv eine wirkliche autarke politische Wirksamkeit erst richtig ermöglicht, da über die Nutzungsmöglichkeiten freier entschieden werden kann:

„*.... wir sind ja jetzt auch erst zu dem Schritt gekommen, dass wir überhaupt den Raum als unseren Raum bezeichnen können. Und das trägt natürlich auch dazu bei, dann andere Schritte nochmal einzugehen. Wie diese Seminarräume... (...) weil wir den Raum jetzt (...) umformen können (...) wie wir ihn möchten. (...) eine Basis haben auf der wir stehen, um zu sagen: Hey jetzt arbeiten wir mit anderen Leuten zusammen, nach außen hin (...) mit anderen Gruppen.*“

Der Erwerb der Immobilie – und der damit einhergehende Umbau der Räumlichkeiten – wird zudem als Auftakt einer weiteren wichtigen Entwicklungsphase beschrieben. Diese soll sich auf die strukturelle politische Arbeit des Kollektivs auswirken, z. B. durch die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten.

„*Also wir sind noch ein bisschen in so 'ner Starterphase, wo... (...) wir jetzt auch einen Seminarraum bekommen, wo dann klar ist: Da werden Gruppen sein, regelmäßig.*“ (Paula)

Laut Kathi stellt die erhöhte Zahl der Kollektivmitglieder eine politische Herausforderung dar, weil der Plenumsablauf und die Konsensfindung erschwert werden. Die Gruppengröße in den Plenaren wirke sich auf die Entscheidungsprozesse und Komplexität der Aushandlungsprozesse aus. Zu Beginn des Projekts war die Gruppe kleiner und der Prozess einfacher bzw. weniger zeitintensiv.

„*Weil wir aber eine Zeitlang auch eine kleinere Gruppe waren, die das entschieden hat...also ich glaub Gruppengröße ist (...) ein total wichtiger Aspekt (...). Also letzten Winter waren wir halt 20 Leute (...), die halt dann Dinge entschieden haben. Und das macht natürlich was anderes... (...), da gehen Plenaren auch länger, (...). Sitze ich heute da jetzt vier Stunden bis ein Uhr nachts oder sitze ich halt nur bis 10 Uhr an einem Sonntag...und Entscheidungen entstehen natürlich auch anders*“ (Kathi)

Das Prinzip der Partizipation bringt im internen Meinungsspektrum eine entsprechende Entwicklung sowie stetigen Wandel mit sich. Dies wirkt sich auf die Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse aus. Paula sieht hier eine Veränderung zur Anfangszeit im Kollektiv. Aus dem anfangs kleinen Kreis, mit einer homogenen politischen Basis hat sich durch die neu Hinzugekommenen eine größere Bandbreite der politischen Einstellungen entwickelt. „*...auch unterschiedliche politische Einstellungen, jetzt nicht gravierend natürlich aber (...) es war auch schon mal anders.*“

Auch wenn ein grundlegender weltanschaulicher Konsens und grundlegende Prinzipien unangetastet bleiben, sieht Paula das Kollektiv wegen der gewachsenen Meinungspluralität in einer Phase der Neuorientierung. „Also ich würde es jetzt als einen Zeitpunkt bezeichnen, der neuen Formatierung des Kollektivs. Das wirklich... Leute dabei sind, (...) die anders sind auch, die aus anderen Kreisen kommen.“

Alle sind sich einig, dass losgelöst von personellen Veränderungen, das politische Selbstverständnis und die politische Wirksamkeit strukturell gefestigt und erhalten bleiben sollen. Aus einer autarken Kollektivstruktur versprechen sich die Mitglieder eine solide und handlungsfähige Basis für zukünftige politische Selbstbestimmung und Einflussnahme.

„...ich will auf jeden Fall, dass dieser Raum bleibt, (...) mit unseren Strukturen, die wir geschaffen haben, (...) also, dass sich niemand dran bereichert, irgendwie alle teilhaben können... (...) ...und wir vielleicht noch mehr (...) engagierter noch zurückgeben können, mehr zur Verfügung stellen können, mehr Projekte auch selbst unterstützen können, ja. Das es irgendwann so selbstständig läuft, das wäre gut.“ (Paula)

6.1.2.5 Fazit

Die Gründung des „Kukoon“ erfolgte vor drei Jahren mit dem klaren Ziel, kulturpolitische Stadtteilarbeit in der Bremer Neustadt zu etablieren. Die Beteiligten wollen nicht nur ein niedrigschwelliges, soziales und ökologisches Angebot durch den Café-Betrieb ermöglichen, sondern haben den Anspruch auch durch unterschiedliche Veranstaltungen aktiv politisch zu partizipieren. Das Prinzip „offen für alle“ zu sein und der verantwortungsvolle Umgang im Miteinander werden innerhalb des Teams regelmäßig durch Plenar- und Kollektivtage gestützt. Jedoch wurde der fundamentale Anspruch hierarchiefrei innerbetrieblich zu arbeiten, im Zuge von Fluktuationen im Team zunehmend aufgeweicht. Auch um den daraus entstandenen Ansätzen einer „Wissenshierarchie“ entgegenzuwirken, sind intensive Aushandlungsprozesse notwendig. Sie führen teilweise zu einer Relativierung der persönlichen Eintrittsmotive und -ansprüche. Die damit verbundenen Konflikte werden auf der Sachebene geklärt, wofür ganz selbstverständlich auch Unterstützung etwa durch externe Konfliktmediator*innen in Anspruch genommen wird. Die Kollektivmitglieder sind vom Zeitaufwand wie auch von der Identifikation unterschiedlich stark mit dem „Kukoon“ verbunden. Hat das Projekt bei einigen, gerade bei den Gründungsmitgliedern, einen zentralen Stellenwert für die nähere Lebensplanung, sehen andere ihr Engagement als einen – biografisch begrenzten – Teil ihres sozialen Lebens. Ein Verlassen des Teams bedeutet jedoch keinen kompletten Bruch. Die Teilhabe an dieser alternativen Lebens- bzw. Arbeitsform wird in andere Projekte mitgenommen und ein Gefühl der Verbundenheit mit dem „Kukoon“ bleibt bestehen. Die durch Ausstiege entstehenden emotionalen Lücken bei den Verbleibenden lassen auf eine ursprünglich familiäre Struktur im Projekt schließen, die sich jedoch als porös erweist.

6.2 Der Wagenplatz „Querlenker“

Der 2009 durch eine Besetzung gegründete Wagenplatz „Querlenker“ ist das zweite hier näher beleuchtete alternative Projekt, das sich wesentlich als Wohnprojekt definiert, zugleich aber auch als Kulturort fungiert. Der Erstkontakt zu einer Bewohnerin ergab sich über einen Kursteilnehmer, der gemeinsam mit der Frau bei einem Träger der Flüchtlingshilfe tätig ist. Hier ging es zunächst um Geschichte, Aufbau, Organisationsstruktur und Selbstverständnis des Gesamtprojektes. Nach einem Besuch des Wagendorfs konnte dann der Kontakt zu

einer zweiten Bewohnerin hergestellt werden, mit der daraufhin ein längeres Gespräch über die Motive, Ansprüche und Erfahrungen stattfinden konnte.



Quelle: taz

6.2.1 Der Wagenplatz und seine Herausbildung

„Querlenker“ nennt sich eine Gruppe von Künstlern, Pädagogen und Handwerkern, die seit Anfang Mai 2009 ihre bunten LKW auf die Brachfläche zwischen den Bahnlinien nach Oldenburg und Hamburg hinter dem Güterbahnhof in Bremen abgestellt haben (Adresse: Beim Handelsmuseum 9).

Der „Querlenker“ existiert seit dem 06.05.2009. Die erwähnte Fläche wurde zunächst mit sieben Wagen besetzt. Seit dem 10.05.2009 mussten die Besetzer*innen mit einer Räumung rechnen. Der Besitzer des Geländes ist die Stadt Bremen, verwaltet durch die Wirtschaftsförderung Bremen (WFB), damals Bremer Investitionsgesellschaft. Das Konzept für den Platz hatten die Bewohner*innen bereits zwei Jahre zuvor ausgearbeitet. Nach der Besetzung wurde ein Verein gegründet, damit das Gelände gepachtet werden konnte. So gelang es eine Privathaftung durch Einzelpersonen auszuschließen. Trotz der Besetzung konnten sich die Bewohner*innen mit der WFB einigen. Unter Auflagen durften maximal 20 Bauwagen aufgestellt werden. Es mussten Toiletten eingerichtet und ein Zaun um das Gelände gezogen werden (vgl. taz 2010). Da es sich bei dem Gelände seit Unterzeichnung des Pachtvertrages nicht mehr um öffentlichen Grund handelte, mussten die Fahrzeuge auf dem Platz nicht angemeldet sein. Die Bewohner*innen konnten selbst entscheiden, was auf ihrem Platz steht.

Ziel des Projektes ist es eine Alternative zur konsumorientierten Gesellschaft im Einklang mit einer selbstbestimmten Lebensweise aufzubauen. Dies soll mit ökologischen Baustoffen und geringem Aufwand erreicht werden. Der Platz soll unabhängig von Herkunft und Geschlecht offen für alle und ein Ort der Begegnung sein. Auf dem Platz finden Konzerte und weitere Kulturveranstaltungen statt. Besonders enge Beziehungen bestehen in die Bremer Punkszene.

Die Bewohner*innen des Platzes zahlen eine geringe Summe an den Verein, mit der die Pacht, Kosten für die Infrastruktur (Wasser, Toiletten etc.) bestritten werden. Weiter fließt

Geld auf ein Solidaritätskonto vieler europäisch vernetzter Wagenplätze („*Krötenkonto*“). Mit diesem Geld werden in Not geratene Plätze unterstützt, beispielsweise wenn Räumungen drohen und hier anwaltlich unter politisch interveniert werden soll. Für den persönlichen Lebensunterhalt ist jede*r selbst verantwortlich. Eine kleine Einnahmequelle sind Spenden, die auf Veranstaltungen und Konzerten auf dem Platz eingenommen werden.

Sämtliche Belange des Vereins werden basisdemokratisch auf Plenen beschlossen, die in einem vierzehntägigen Rhythmus stattfinden. Hier werden etwa notwendige Anschaffungen und Reparaturen abgestimmt. Über etwaige neue Mitbewohner*innen entscheidet die Gemeinschaft. Wichtiges Kriterium dabei ist, dass sich weiterhin alle mit der Situation wohlfühlen.

Über nationale und internationale digitale Vernetzungen unterstützen sich die Wagenburgen untereinander. Durch die schnelle Kommunikation werden Demonstrationen organisiert falls ein Wagenplatz in Schwierigkeiten gerät. Regional finden Konzerte und Kulturveranstaltungen unter anderem in Kooperation mit dem *Sielwallhaus* (Punkt treffpunkt) und dem selbstverwalteten Jugendfreizeitheim „*Die Friese*“ in Bremen statt. Durch die gute Vernetzung wird die Situation des „*Querlenkers*“ und anderer Plätze transparent und gestärkt. Probleme oder Bedrohungen seitens der Behörden werden umgehend öffentlich gemacht und machen somit eine schnelle Unterstützung möglich.

Die Mobilität und freie Gestaltung des eigenen Lebensraumes mit geringem Aufwand ist ein wesentlicher Aspekt, um sich für diese Wohnform zu entscheiden. Die Möglichkeit selbstbestimmt und unabhängig seinen Wohnbereich zu gestalten, der Anbau von eigenem Gemüse sowie die Möglichkeit mit Holz oder Solarzellen zu heizen, ist auf dem Wagenplatz gegeben. Natürlich gibt es Einschränkungen bezüglich der Wohnfläche und des Wohnkomforts. Diese werden aber gerne in Kauf genommen.

Die Polizei, die CDU und auch die Innenbehörde hatten zunächst gewarnt, der Wagenplatz könnte sich zu einem „*überregionalen Anziehungspunkt für die linke Szene entwickeln*“ (taz 2010). Man fürchtete die „*Verfestigung eines rechts- und polizeifreien Raums*“ (ebd.). Nach einiger Zeit wurden die Bedenken allerdings fallen gelassen. Im Haus von Bausenator Rainer Loske war man geneigt, dem Wagenplatz eine Perspektive zu geben. „*Von uns aus kann das gerne weiterlaufen*“, meinte dessen Sprecher, er sehe „*kein Problem*“. Für das Ressort sei „*von Anfang an sehr klar gewesen, dass wir das gut finden*“ (ebd.).

2018 stehen auf dem Platz am Güterbahnhof 20 Wagen. Die Kapazität ist aufgrund von behördlichen Vorgaben ausgeschöpft. Das Projekt ist gewachsen und ein fester Bestandteil der Bremer alternativen Szene geworden. Der Bedarf an weiteren Wagenplätzen ist vorhanden, wie eine Demonstration 2018 in Bremen zeigte, an der sich auch Bewohner*innen des „*Querlenker*“ aktiv beteiligten.

6.2.2 Erfahrungen, Motive und Ansprüche einer Bewohnerin

Im Folgenden werden nun die Ergebnisse des Gesprächs mit einer langjährigen Bewohnerin zu den Erfahrungen, Motiven und Ansprüchen dokumentiert.

6.2.2.1 Jacky

Jacky ist 33 Jahre alt und wohnt seit acht Jahren im „Querlenker“ in Bremen. Sie hat nicht die ursprüngliche Besetzung des Platzes erlebt, ist gleichwohl fast von Beginn an Mitglied des Projektes dabei und hat dieses mit aufgebaut. Sie verfügt über zwei abgeschlossene Berufsausbildungen im künstlerischen und sozialen Bereich. Ihre gewonnenen Fähigkeiten nutzt sie sowohl für die Erwerbsarbeit als auch für ihre künstlerische Selbstentfaltung.

Aus Süddeutschland stammend war sie bereits dort der alternativen Selbstverwaltungsszene verhaftet und lebte schon früh in einem anderen Wagendorf wie auch in einem Hauskollektiv. Ihre Eltern zeigten wenig Verständnis für ihren Lebensstil, haben weiterhin Zugangsängste zu diesem Milieu, „*finden das ganz furchtbar, (...) das werden die nie verstehen*“. Es gebe besonders für die Mutter einfach „*null Berührungs punkte mit irgendwie linken Strukturen*“. Angesichts ihrer Wohnform und ihrer experimentellen, „*heftigen*“ künstlerischen Arbeit sei doch „*ziemlich viel zerbrochen*“. Ihre Mutter hat sie in all den Jahren niemals besucht und überhaupt sei der „*Kontakt, seit ich auf Wagenplätze wohne (...) auf jeden Fall rapide gesunken*“.

Jackys Weg ins Projekt ergab sich eher zufällig, wenngleich für sie der Wohntyp Wagendorf schon Priorität hatte. Auf einer Tournee „*mit unserem Gesellenstück*“ verschlug es sie nach Bremen, wo ein Künstlerkollege aufgewachsen ist, „*der kannte hier ganz viele Leute*“, unter anderem die fünf Begründer des Wagendorfes. Ohnehin habe sie in eine andere Stadt ziehen wollen. „*Bleib mal ein paar Tage hier. Da entsteht gerade dieser Wagenplatz ganz neu. Und da ich auch Lust hatte auf 'nen Platz zu ziehen, hat mir dann einer (...) diesen Platz gezeigt*“.

Von den fünf Gründungsmitgliedern ausgehend ist der Platz über die Jahre auf etwa 20 Bewohner*innen angewachsen. Dabei habe es in den Anfängen ganz anders ausgesehen und bis zum heutigen Zustand habe es schon „*ein paar Jahre gedauert*“. Sei es zunächst „*unglaublich viel Arbeit gewesen*“, so „*läuft inzwischen viel von selber*“.

Unsere Annahmen zur Projektentwicklung und Herkunft der Initiatoren bestätigt sich bedingt. Jacky hatte schon vor dem Zugang ins Projekt eine Anbindung ins alternative Milieu und war erfahren in der Selbstverwaltungsszene. Sie wurde in einem bürgerlichen Elternhaus sozialisiert und rutschte als Außenstehende in den (ursprünglich von einer Freundesclique initiierten) „Querlenker“. Im Verlauf des Gespräches wurde deutlich, dass Selbstbestimmung hier auf vergleichsweise kompromisslose Art und Weise gewonnen wird. Die Notwendigkeit von Konzessionen in der spezifischen Wohnform des Wagendorfs ist begrenzt.

6.2.2.2 Motive für Eintritt und Verbleib im Projekt

Jacky geriet eher zufällig ins Projekt, das sich im Aufbau befand. Die Gründungsgruppe hatte das Gelände am Güterbahnhof neu besetzt. Sie selbst hatte Interesse an einem Ortswechsel. Durch Freunde in die Bremer Szene eingeführt, blieb sie dort, um etwas Neues aufzubauen. Im „Querlenker“ ergab sich die Möglichkeit frei mitwirken zu können, und genau das war ein zentraler Grund für die Mitwirkung im Projekt. Dies entsprach ihrem Lebenskonzept.

Ein weiterer wichtiger Aspekt war die zentrale Lage des „Querlenkers“. „*Einmal find ich halt, dass man sich selbst einen Raum schafft, dass man innerhalb von Städten auf sein Recht*

auf Stadt besteht und sich das auch nimmt.“ Selbstbestimmt und emanzipativ einen urbanen Raum zu füllen, mobil bleiben und zu einer kleinen Gruppe anzugehören, sind weitere Motive.

Der Wunsch nach solidarischen Lebensmuster korrespondierte zugleich aber auch mit dem Bedürfnis nach Unabhängigkeit. Ihre eigene Kreativität kann sie entfalten. Der Platz bietet ihr die Möglichkeit zur Selbstentfaltung im geschützten Raum, ohne dem Druck familiärer oder gesellschaftlicher Normen und Verpflichtungen ausgesetzt zu sein. Gemeinsam mit den anderen Wagenplatzbewohner*innen veranstaltet sie regelmäßig Veranstaltungen (z.B. Konzerte, Partys oder Theaterstücke), in deren Rahmen sie sich frei darstellen und sich auf der Bühne entfalten kann. „*Also ich kann ständig und zu jeder Zeit hier raus gehen und bauen und irgendwas machen, (...) wir können Partys veranstalten, Theater veranstalten, alles was wir wollen*“.

Darüber hinaus sichern ihr die gute regionale, nationale und europäische Vernetzung der Wagenburgen die Mobilität und den Zusammenhalt, der ihr ein Bedürfnis ist. „*(...) und die Vernetzung und dem Zusammenhalt ist für mich einfach wirklich, das finde ich ziemlich gut und ich sehe das im Rest der Gesellschaft nicht so, also ich fühle mich schon so wie 'nem eigenem Kosmos.*“

Ein kleiner Kreis von Gleichgesinnten, der Toleranz, Freiheit und Zusammenhalt sowie die gegenseitige Unterstützung und Wertschätzung bietet. Achtung und „*aufeinander aufpassen*“ kennzeichnen ihre „*Wahlfamilie*“. Das wünscht sie sich auch für ihre weitere Lebensplanung.

„*Also wenn hier irgendwas passiert, dann sind alle Wagenplätze drum rum sofort da, wenn ich hier Hilfe brauche, dann sind auch alle sofort da und innerhalb von Bremen, also auch mit den anderen Projekten...*“

Insgesamt ist Jacky eine Frau, die auf ihre Freiheit besteht und ein selbstbestimmtes Leben führen möchte. Trotzdem legt sie Wert auf die Geborgenheit ihrer Mitstreiter*innen auf dem Wagenplatz, die sie als Wahlfamilie erlebt. Der Wagenplatz bietet ihr beides, was sie in ihrem Gefühl der Selbstwirksamkeit bestärkt.

Der „*Querlenker*“ als stabiles selbstverwaltetes Wohnprojekt entfaltet sich durch persönliche und soziale Motive der Beteiligten. Die sozialen Strukturen sind mit dem Aufbau und der Entwicklung des Projektes gewachsen. Mit dessen stückweiser Etablierung erleben die Bewohner*innen die Erfahrungen von sozialem Zusammenhalt und Selbstwirksamkeit als zunehmend verlässlich. Zugleich stabilisieren die Erfahrungen von Selbstbehauptung, Anerkennung und Solidarität das Innenverhältnis des Projektes.

6.2.2.3 Ansprüche bei Projekteintritt und heute

Aktuell wohnen im „*Querlenker*“ 20 Personen. Der zwischenmenschliche Austausch und der gegenseitige Respekt im Zusammenleben sind Jacky sehr wichtig.

Ein wesentlicher Aspekt der Wagenplätze ist die individuelle Freiheit des Einzelnen. „*(...) ich verstehe mich mit allen, aber ich bin nicht mit jedem unbedingt gut befreundet. Mit manchen habe ich auch nicht wirklich was zu tun.*“

Der regelmäßige Austausch in Form von Plenen, wo Toleranz, Demokratie, gegenseitige Akzeptanz und Rücksicht unabdingbar sind, ist fester Bestandteil der Wagenburgen. Auf den Plenen werden kollektive und individuelle Anliegen thematisiert. Es wird versucht

Entscheidungen im Konsens zu treffen. Konflikte werden offen angesprochen, wobei gemeinschaftlich nach Lösungen gesucht wird. Gelang dies nicht, gab es vereinzelt auch eine Konfliktklärung mit Hilfe eines externen Mediators. Auch gemeinsame Frühstücke an anderen Orten konnten zur Lösungsfindung beitragen. „*Konflikte, da ham wir uns ganz viel bemüht, das irgendwie wieder hinzukriegen. Und alles in allem, ja find ich schon, dass es gut ist.*“ Solidarität kommt in der Wagenplatzszene eine hohe Bedeutung zu. Entscheidungen für und über das Zusammenleben werden gemeinsam getroffen. Anspruch ist es dabei stets, dass die individuelle Freiheit des Einzelnen unangetastet bleibt.

Die Teilhabe an politischen oder Kulturprojekten hat einen untergeordneten Stellenwert. Anders als z.B. das „*Kukoon*“ betrachtet sich der „*Querlenker*“ als individuell und unabhängig von herkömmlichen gesellschaftlichen Einrichtungen. Jacky sieht ihr Wohnprojekt eher als Fortsetzung der Punkszene der 1980er Jahre. Gerade der Anspruch auf Individualität ist sehr ausgeprägt. Dieser eint auch die Bewohner*innen des „*Querlenker*“. Die Lebensfreude und Einfachheit des Seins sind Ideale, die verwirklicht werden wollen. Die Erwirtschaftung von Gewinnen etwa auf Kulturveranstaltungen ist verpönt (das Bier kostet hier z.B. einen Euro). Auffallend: Durch die heutigen digitalen sozialen Netzwerke sind die Projekte enger und schneller vernetzt, als in den 1980er Jahren.

Jacky ordnet sich der linken Szene zu, auch wenn sie sich nicht als politisch aktiv bezeichnet. Sie nimmt jedoch an Demonstrationen und Besetzungen, auch im überregionalen Kontext, teil. Dieses Engagement beschränkt sich allerdings auf den Erhalt und die Neugründung von Wagenplätzen. „*die in 'ner Stadt wo ein Wagenplatz gerade Probleme hat oder bedroht ist von Räumungen, dass man da unterstützt, Unterstützung schafft*“. Die Bewohner*innen sehen ihre Projekte als „*Nischen*“. Ihr Anliegen und Anspruch ist es diese Räume zur Selbstbestimmung zu erhalten und auszubauen

Einmal jährlich gibt es „*Wagentage*“ in wechselnden Orten, bevorzugt dort, wo Wagenplätze von Räumungen bedroht sind oder Beschlagnahmungen vorgenommen werden sollen. Sie unterstützen möglichst alle Wagendörfer mit von Demonstrationen, Besetzungen oder in Form von Geld- oder Sachspenden aus dem o.a. „*Krötenkonto*“, das für solche Zwecke eingerichtet wurde. Diese Solidarität ist der politisch-soziale Anspruch der Szene.

In Jackys Ansprüchen finden wir unsere Annahme bestätigt, dass eine, im Vergleich zu Aktivist*innen der 1970er und 1980er Jahren, hohe Toleranz und Sozialkompetenz zu einer Stabilisierung alternativer Projekte führt. Die Bereitschaft Konzessionen an die persönlichen Ansprüche zu machen, scheint gewachsen, wenn dies zu Gunsten des gemeinschaftlichen Lebens und der politischen Ausrichtung geboten erscheint. Zugleich ist die wechselseitige Anerkennung von Differenz und Toleranz gewachsen. Die Konfliktklärung und Veränderung gemeinsamer Regeln ist weniger ideologisch aufgeladen, individuelle Wege werden eher zugelassen. Individuelle und soziale Ansprüche dominieren klar gegenüber einem politischen Interventionismus.

6.2.2.4 Persönliche Entwicklung im Verlauf des Projektes

Jacky hat gelernt in einer Gruppe von 20 Menschen ihre Individualität zu leben, sich zu engagieren und sich ihrer Bedürfnisse bewusst zu werden. Sie kann sich im solidarischen Miteinander zurücknehmen ohne sich dabei von sich selbst zu entfernen. „*...also wenn wir so einen Konflikt überstanden haben, dann finde ich's meistens ziemlich gut, also es macht dann ja auch, dann auch ziemlich viel auf.*“ Die oben beschriebenen

Kommunikationsstrategien haben sich nicht nur als positiv für die Gruppe erwiesen, sondern förderten auch Jackys persönliche Entwicklung. „*auch die Konflikte helfen uns ja, daran zu wachsen.*“

Für die Zukunft wünscht sich Jacky einen kleineren Wagenplatz mit guten Freunden und engerer Gemeinschaft, sowohl zentral als auch im Grünen, aber nicht mehr mitten in der Stadt. Durch das Wohnen auf dem Wagenplatz und die dortige Dynamik wurde Jackys Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein entwickelt, gefördert und gestärkt. Der Bremer „Querlenker“ gab ihr ein verlässliches, sicheres Zuhause „*...mir hat der Platz sowieso super viel geholfen, ich habe mich noch nie irgendwo so zu Hause gefühlt also wie hier.*“ Die Erfahrung der letzten neun Jahre haben aus ihr eine authentische, selbstbestimmte Frau gemacht. Diese Aussage wiederholt sie häufiger.

„Hab einfach gemerkt, dass ich immer mehr selbstbewusster werde an dem ganzen Umfeld, dass (ich) hier einfach keine Angst mehr hab vor Hässlichkeit, ich kann meinen Humor mittlerweile sehr gut ausleben, vor allem auf der Bühne. Und das hat mir hier bestimmt viel geholfen. Ich kann einfach sein, ich kann einfach echt machen, was ich will. Und alle, solange ich niemanden wehtue, wird das so akzeptiert.“ Sie hat sich von Fremdansprüchen frei gemacht. Sie braucht sich nicht zu verstellen, hat keine Angst mehr vor Unzulänglichkeiten. Ihre Clowns- und Theaterstücke spiegeln ihre Entwicklung wider und sind dementsprechend authentischer geworden.

Arbeit muss für sie zwanglos und selbstbestimmt möglich sein: Äußere Vorgaben und unsere derzeitigen Strukturen des Arbeits- und Wirtschaftssystems stellen Jacky vor eine große Herausforderung, die sie in jüngeren Jahren besser bewältigen konnte als nach den Erfahrungen der Selbstbefreiung im Projekt. „*(...) also ich find's arbeiten gehen super anstrengend früher habe ich sowas noch besser durchgezogen so durchbeißen aber ja..*“

Ständige, oft zeitintensive und manchmal destruktive Aushandlungsprozesse führen bei ihr zu Ermüdungserscheinungen; so etwa die Notwendigkeit von Zugeständnissen an die Interessen anderer Bewohner*innen in selbstverwalteten Projekten. Wenn dies zu Austritten aus den Projekten führt, wird es jedoch nicht als Scheitern der eigenen Person oder auch des Projektes gedeutet. Die Wertschätzung der eigenen persönlichen Entwicklung und an das Projekt bleibt bestehen. Am Beispiel von Jackys positiver Biographie sieht man das die Erweiterung konkreter Erfahrungsräume und Vertiefung vorhandener Kompetenzen im Kontext der Wahlfamilie. Die Erfahrungen von kontinuierlicher Aushandlung, Selbstwirksamkeit, demokratischer Entscheidungsfindung und Solidarität sind hier ebenso zu nennen wie die Fähigkeiten zur Formulierung eines eigenen Standpunktes und konstruktiven Austragung von Konflikten.

6.2.2.5 Politisches Engagement: Selbstverständnis und Entwicklung

„Also ich würde sagen, meine politische Einstellung an sich hat sich nicht verändert, [ist] aber intensiver geworden.“ Der Auszug aus dem Elternhaus und der damit verbundene Abnabelungsprozess ermöglichten Freiräume und zunehmend Einflüsse durch alternative Strukturen. Jackys politische Einstellung intensivierte sich. Sie ordnet sich der linken Szene zu. Ihr politisches Grundverständnis war mit dem Einzug auf dem Wagenplatz von Anfang an klar. Sie teilt linke Werthaltungen mit den Mitbewohner*innen der Wagenburgen.

Die politischen Aktivitäten der Wagenburgen orientieren sich nicht vorrangig an aktuellen politischen Themenkomplexen. Die Bewohner*innen sehen ihre Wohnform als Möglichkeit an, aus der konsumorientierten Gesellschaft auszusteigen und sich stärker auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung in solidarischen Zusammenhängen zu orientieren (weniger Wohnkomfort und eine prekäre Rechtssituation werden dafür in Kauf genommen). Die Wagenplatzszene steht für Jacky als Gegenmodell zu einem sozioökonomischen Strukturwandel bestimmter großstädtischer Viertel und dem Austausch ganzer Bevölkerungen („Gentrifizierung“). Den Wagenburgen geht es um die Besetzung freier städtischer Räume, in denen freie Entfaltung möglich erscheint.

Aktiv werden sie primär dann, wenn Wagenplätze akut bedroht sind. In überregionalen Wagentagen, Demonstrationen und Besetzungen drückt sich dieses politische Engagement aus. „...einmal im Jahr Wagentage in 'ner unterschiedlichen Stadt, wo sie dann alle versuchen zusammenzukommen. Meistens macht man die in 'ner Stadt, wo ein Wagenplatz gerade Probleme hat oder bedroht ist von Räumungen, dass man da unterstützt, Unterstützung schafft“. Es geht dabei also primär um die Verteidigung der eigenen Lebens- und Wohnformen. Darüber hinaus gibt es keinen politischen Wirkanspruch.

Die Schwierigkeiten bei der Entwicklung und Umsetzung selbstverwalteter Projekte sind schon für sich eine Erfahrung gemeinschaftlicher politischer Partizipation. Die Schaffung von „Inseln“ als alternative Räume, die sich einer kapitalistischen, zweckorientierten Logik entziehen, wird als das eigentliche und zentrale politische Engagement definiert. Ein politischer Interventionismus, die über die Sicherung des eigenen Lebensmodells hinausgeht, ist dagegen kaum zu erkennen.

Unsere Annahmen bestätigen sich hier weitgehend. Es entfalten sich im Entwicklungsprozess wichtige Erfahrungen der Solidarität, der Basisdemokratie und der Selbstwirksamkeit. Die positiven Erfahrungen stimulieren die politische Partizipation. Da das Engagement aber weitgehend selbstreferenziell ist, sind ein Transfer und damit ein weiteres politisches Wirken kaum vorhanden.

6.2.2.6 Wünsche

„(...) aber es muss auch was Neues geben, also ich muss auch mal hier weg, bin groß geworden.“ Gestützt durch die positiven Erfahrungen im „Querlenker“ sieht sich Jacky in Zukunft auf einem kleineren Wagenplatz mit fünf bis sechs Personen, auf dem sie selbstbestimmt ihre Kreativität ausleben kann, idealerweise ruhiger und im Grünen gelegen aber immer noch so Stadt nah, dass man mit dem Fahrrad alles erreichen kann.

Mit dieser gleichgesinnten Wahlfamilie erhofft sie sich weniger Energie in unnötige Konflikte stecken zu müssen und stattdessen die Energie für ökologische Projekte und Kulturveranstaltungen (auch Partys) kreativ nutzen zu können.

“(...) aber ich hab auch mal Lust auf n Projekt, also gleicher Art, aber mit weniger Menschen, wo ich wirklich sagen kann, Okay mit fünf bis sechs, vielleicht höchstens zehn Leute und wir sind alle wirklich gute Freunde und hab Lust, das bloß mal woanders machen. Weil hier ist es schon, dadurch dass wir jetzt 20 Menschen sind...“

Das Leben im Wagen ist ihr weiterhin wichtig, gibt ihr die Freiheit jederzeit mobil zu sein. Ihren Fokus legt sie verstärkt auf gute, vertrauensvolle Freunde in einem kleinen, engeren Rahmen. Offenbar braucht sie über die Jahre auf dem „Querlenker“ eine große

Unabhängigkeit, um die notwendigen Kompetenzen zu erwerben, mit denen sie sich auch in engeren sozialen Verbindungen behaupten kann. Der Weg in ein Wohnprojekt außerhalb der Wagenburgen ist für sie zurzeit keine Alternative.

Die Wohnform des Wagenplatzes, die einerseits Mobilität und Unabhängigkeit gewährleistet und andererseits durch die ständige Auseinandersetzung mit den anderen Bewohner*innen die persönliche Weiterentwicklung befördert, bleibt für Jacky das zukünftige Wohn- und Lebenskonzept, da sie es für ihre Persönlichkeitsentwicklung als sehr positiv erlebt hat. Aushandlungsprozesse haben ihr selbstbestimmtes Handeln und Denken unterstützt. Daraus erwächst der Wunsch in mit einer kleineren und engeren Gruppe noch mehr persönlichen Gestaltungs- und Entfaltungsspielraum zu haben. Über die Wohnform hinaus gewinnen Ziele wie „ökologisches Handeln“ oder „ruhiges Umfeld“ an Bedeutung.

6.2.2.7 Fazit

Jacky geht ihren Weg und schafft sich die Freiräume, die sie für ein glückliches, zufriedenes und vor allem selbstbestimmtes Leben benötigt. Bereits in jungen Jahren erkannte sie, dass es eine Alternative zur gesellschaftlich durchgesetzten Lebens- und Arbeitswelt gibt, die sich konsumorientiert der „40-Stundenwoche“ unterordnet, mehrheitlich gesellschaftlich und politisch wenig aktiv Einfluss nimmt. Hauptmotive sind für sie das Ausbrechen aus einer entfremdeten und unsolidarischen Lebens- und Arbeitswelt, der Gewinn von Selbstbestimmung, gleichberechtigte Teilhabe und Gemeinschaft. Die politischen Motive stehen für sie weniger im Vordergrund, als dies in den 80er Jahren bei alternativen Lebensentwürfen der Fall war.

Das Leben in der Gemeinschaft auf engem Raum mit wenig Privatsphäre erfordert einen ständigen Aushandlungsprozess, dem sich Jacky stellt, den sie im positiven Sinne als Persönlichkeitsentwickelnd erlebt. Die Erfahrungen von kontinuierlicher Aushandlung, Selbstwirksamkeit, demokratischer Entscheidungsfindung und Solidarität bieten einen Rahmen, in dem sie zentrale Fähigkeiten für die Selbstbestimmung erwirbt. Jacky hat gelernt, ihren eigenen Standpunkt zu vertreten, sie kann sich selbst reflektieren und Konflikte konstruktiv austragen. Diese Erfahrungen machen sie zu einer jungen, selbstbewussten Frau, die weiß, was sie will und die diesbezüglich auch klare Grenzen ziehen kann. Ihre künstlerischen Fähigkeiten wird sie weiterhin auf der Bühne ausleben. Sie nimmt sich die Freiheit, die sie braucht, um ein erfülltes Leben zu leben! Der gute Zusammenhalt auf dem Platz, gegenseitige Unterstützung, Auseinandersetzung und Hilfe in einem ganzen Netzwerk von Wagenplätzen sind eine große Ressource, die zu diesem Leben und der kontinuierlichen Persönlichkeitsentwicklung beitragen. So bestätigen sich unsere Arbeitshypothesen bezüglich der persönlichen Entwicklung sich weitestgehend.

6.3 Die Stadtkommune „Alla Hopp“

Die bereits vor 20 Jahren begründete Stadtkommune „Alla Hopp“ ist eines der drei selbstverwalteten Projekte, die im Rahmen unseres Vorhabens einer näheren Analyse unterzogen wurden. Nach einer Internetrecherche zur Struktur der Kommune wurde ein gut zweistündiges Gespräch mit einem Gründungsmitglied (A) zu den Prinzipien und zum organisatorischen Rahmen des Hauses geführt. Später fand ergänzend ein gut 90 minütiges Gruppengespräch mit zwei Bewohnerinnen (B1 und B2) zu ihren persönlichen Erfahrungen, Motiven

und Ansprüchen statt. Da diese Themen auch schon im Erstgespräch angesprochen wurden, fließen beide Gespräche in die gesamte Auswertung ein.

6.3.1 Die Stadtkommune und ihre Herausbildung

Mit der Planung der Stadtkommune „*Alla Hopp*“ (Pfälzisch für „*Los geht's*“) wurde 1991/92 begonnen. Zwei freundschaftlich verbundene, politisch aktive Gruppen waren daran beteiligt. Eine Gruppe stammte aus dem Raum Heidelberg und Mannheim. Sie beschäftigte sich im Grundstudium mit der Frage: Wie können wir eine Struktur aufbauen, die es uns erlaubt auch mit über 30 Jahren im weitesten Sinne, politisch aktiv zu sein? Auch eine Form des befriedigenden Zusammenlebens im Alltag jenseits der Familie müsse zu organisieren sein. Die andere Gruppe bestand aus Zivildienstleistenden des Friedensdienstes der „*Aktion Sühnezeichen e.V.*“; eine Organisation, die sich der Völkerverständigung widmet und jungen Menschen die Möglichkeit gibt, im Ausland Erfahrungen zu sammeln.

1992 bestand die Gruppe aus neun Frauen, sieben Männern und zwei Kindern, Menschen, die aus feministisch-autonomen, autonomen, antipatriarchalen, ökosozialistischen sowie Graswurzelzusammenhängen stammten. Laut einer Selbstbeschreibung in dem Selbstverwaltungsorgan „*Contraste*“ wurde die Kommune gegründet,

- „*weil wir ein kollektiv organisiertes Leben wollen, um damit alltäglicher und dauerhafter Vereinzelung vorzubeugen,*
- „*weil wir Macht- und Herrschaftsstrukturen untereinander und in der Gesellschaft abbauen wollen,*
- „*weil politischer Widerstand eine kollektive Basis braucht,*
- „*weil wir hierarchische Entscheidungsstrukturen ablehnen und nach dem Konsensprinzip entscheiden möchten,*
- „*weil wir es mit einer gemeinsamen Kasse leichter finden, ein solidarisches Leben zu führen*“ (*contraste* 2004).

Die Gründungsphase wies hinsichtlich der Mitglieder noch eine größere Fluktuation auf, jedoch sind sieben Aktivist*innen der Gründergeneration bis heute im „*Alla Hopp*“ wohnhaft. Der Grund Bremen als Ort für die Stadtkommune zu wählen, wurde mit infrastrukturellen Aspekten, der klassischen politischen Arbeit an der Bremer Universität, Interesse an alternativen Wohnformen und ökologischen Gemeinsinn beschrieben.

Die Beteiligten trafen sich ab 1992 in einem monatlichen Turnus, um das Projekt voranzutreiben. Aufgrund der relativ kleinen Häuser und des schwachen Baugrundes in Bremen erwies sich die Haussuche als schwierig. Viele Objekte wurden geprüft und als Standort verworfen. Einen idealen Zeitpunkt für den Erwerb des Hauses gab es nicht, da bei derart vielen Beteiligten immer einige Personen in besonderen Sachzwängen verhaftet sind. Wie stark sich Einzelne in das Projekt einbrachten bzw. wegen ihrer Lebenssituation einbringen konnten, blieb ihnen überlassen. Ein langer Planungsvorlauf folgte, bis die Gründungsgruppe 1996 das Haus in der Bremer Neustadt („*Alte Bonbonfabrik*“) kaufte.

In der Bau- und Umbauphase (1998 bis 2002) wurde das Haus um zwei Stockwerke erhöht. Ursprünglich sollten 25 bis 40 Personen im „*Alla Hopp*“ wohnen, überwiegend im Haus, teilweise auch in Bauwagen. In der Umbauphase zogen alle Bewohner*innen sukzessive nach Bremen. Heute bewohnt jede Person ein Zimmer, auf den Etagen stehen Gemeinschafts-

bäder zu Verfügung, es gibt auch große Gemeinschaftsflächen, zwei große Küchen, Kellerräume und einen großen Garten. Die Bauwagen werden als Spielzimmer und Gästezimmer genutzt. Finanziell stecken in dem Objekt etwa 2,1 Millionen Euro. Die Hälfte der Kredite ist inzwischen bezahlt. Die Haftung für die Kredite ist solidarisch geregelt.



Die Stadtkommune lebt eine bedürfnisorientierte, solidarische Ökonomie. Alle Einkünfte fließen in eine Kasse, aus der alle Kosten bestritten werden. Geld kann aus der Kasse ohne Angaben des Grundes beliebig entnommen werden; größere Beiträge (ab ca. 600 Euro) werden vorab in der Gruppe besprochen.¹³ Die Einkünfte der Kommunard*innen reichen von der Existenzsicherung (Hartz 4) bis zu Einkommen hochqualifizierter Akademiker*innen. Allgemein, und insbesondere bei Bewohner*innen proletarischer Herkunft, wird ein sparsames Haushalten beobachtet.

Die Kommune verfügt über zwei Autos, die kaum genutzt, eher für politische Aktivitäten verliehen werden. Prinzipiell versteht sich die Kommune als autofrei. Technisch ist das Haus hervorragend mit PC, Beamern, Laptops, Druckern und den üblichen Seminarmaterialien ausgestattet.

Wie ein Gründungsmitglied berichtet, ergab sich erst nach Beendigung der Bauphase und mit Auflösung der Baugruppen eine Stabilität in der Kommune. Das sei beim Aufbau einer Kommune ein typisches Muster. Als Konstante wurde eine monatliche Bedarfsanalyse eingeführt, wo die Befindlichkeiten der Mitglieder erfragt werden, um Konfliktpotenzial frühzeitig begegnen zu können. Bis 2002 war die Homogenität der Gruppe recht hoch, der Altersdurchschnitt bewegte sich bei 30 Jahren. Heute wohnen im Haus 15 Erwachsene und 5 Kinder. Maximal wäre für 20 erwachsene Personen Platz.

Die Interviewten bezeichnen das „Alla Hopp“ als wenig aufnahmefreundlich. Das komplexe Aufnahmeprozedere mit Probewohnen dauerte zwischen neun Monaten und zwei Jahren. Schätzungsweise 100 bis 200 Personen haben sich inzwischen um eine Aufnahme bemüht und vorrübergehend im Haus gewohnt. Anders als bei der Aufnahme sieht sich die Stadt-

¹³ Die Diskussion über Anschaffungen mit Kosten von über 600 Euro beschränkt sich allerdings auf Dinge oder Dienstleistungen, die nicht im bestehenden Konsens als zwingend erforderlich betrachtet werden (wie z.B. teure Weiterbildungen oder Reisen).

commune für offene Anlaufstelle für politische und kulturelle Aktivitäten. Zahlreiche Politgruppen treffen sich hier und wichtige Veranstaltungen finden im Haus statt.

Folgende Grundprinzipien hat sich das „Alla Hopp“ zu Eigen gemacht:

- *Solidarität- und Bedürfnisprinzip*
Es gibt eine gemeinsame, solidarische Ökonomie (seit 1995), sämtliche Einnahmen der Mitglieder fließen in eine gemeinsame Kasse, jede*r Bewohner*in entnimmt das individuell benötigte Geld ohne Rechenschaftspflicht (nur bei größeren Anschaffungen)
- *Konsensprinzip*
Alle hausinternen Regelungen erfolgen nach dem Konsensprinzip, alles muss für alle zumindest tragbar sein.
- *Anspruch auf emanzipative politische Interventionen*
Prinzipiell versteht sich das Haus als links verorteter Raum der politischen Selbstverständigung und Intervention. Das Haus will mehr sein als ein Ort des guten Lebens.
- *Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit*
Das ökologische Selbstverständnis umfasst die Verständigung auf einen ressourcenschonenden Lebenswandel (z.B. Ernährung, Mobilität, Hausbau), wie auch die nachhaltige Stromgewinnung (Photovoltaik Anlage auf dem Hof einer befreundeten Kommune).
- *Prinzip der relativen Offenheit für Marginalisierte*
Es besteht z.B. Konsens darüber, dass durchreisende Geflüchtete vorübergehend untergebracht werden.
- *Prinzip der Selbstbestimmung und Freiwilligkeit*
Niemand muss etwas machen, was er/sie persönlich ablehnt. Putzdienste, Einkaufsorganisation, Küchendienste usw. werden während der regelmäßig stattfindenden Sitzungen abgestimmt. Tätigkeiten werden je nach Neigung aufgeteilt.

Konflikte sind nach den Erfahrungen des „Alla Hopp“ primär im persönlichen Bereich unter den Bewohner*innen angesiedelt. Die Gruppe kennt ihre Sensibilitäten und Eigenheiten, hat viel Biografiearbeit geleistet und ist therapieerfahren. Sie verfügt über zahlreiche Techniken zur Konfliktbewältigung. Bei gravierenden (Beziehungs-)Konflikten wird eine Begleitgruppe für deren Bewältigung gebildet. Ein Ergebnis in der Konfliktbearbeitung setzt nicht selten ein Engagement und eine Kompromissbereitschaft aller voraus, etwa beim Umgang mit gelösten Liebesbeziehungen, wie Michael Berichtet..

„Das Prinzip ist, dass alle hier wohnen können müssen. Und das Prinzip ist auch, dass alle hier letztlich mit einem guten Gefühl wohnen können müssen. (...) Und außen rum, müssen alle auch kompromissbereit sein und sagen: Okay, man kriegt nicht alles im Leben. Aber auch wenn man alleine wohnt, kriegt man nicht alles im Leben, fehlen halt andere Sachen.“

6.3.2 Erfahrungen, Motive und Ansprüche von Projektbeteiligten

Anfang Mai 2018 konnte ein etwa 90minütiges Gespräch mit den beiden „Alla Hopp“-Bewohnerinnen Claudia und Swantje geführt werden. Hier standen weniger die Struktur und Organisation des Hauses im Fokus, als vielmehr die sich ggf. dynamisch verändernden Erfahrungen, Motive und Ansprüche. Vereinzelt fließen auch Ergebnisse aus dem Erstgespräch mit Michael mit ein.

6.3.2.1 Die Interviewpartnerinnen

Claudia ist Ende 40 und stammt aus der Pfalz. Sie gestaltete den Entstehungsprozess des „*Alla Hopp*“ von Beginn an mit. Aufgrund ihrer Tischlerlehre brachte sie sich jahrelang beim Ausbau des Hauses mit einer bezahlten Stelle ein. Bezogen auf ihre Arbeit beschreibt sie sich zunächst als „*Aktivistin*“. Sie ist eine der wenigen Gründungsmitglieder, die nicht studiert hat. Neben ihrer politischen Arbeit ist sie nach einer zweiten Ausbildung inzwischen frei-beruflich im Gesundheitsbereich tätig.

Swantjes Bezug zum „*Alla Hopp*“ entwickelte sich kurz nach dem ersten Einzug der ersten Bewohner*innen im Jahre 1998 über einen damaligen Freund. Durch die Mitwirkung in verschiedenen (politischen) Gruppen vertiefte sich die Beziehung zur Kommune. Seit 2001 ist sie Mitglied des Hauses. Aufgewachsen ist die fünfzigjährige Swantje in einer Kleinstadt in der Nähe Bremens. Im Anschluss an ihre Ausbildung studierte sie an der Bremer Universität. Sie arbeitete mehrere Jahre im Großhandel und ist inzwischen seit vielen Jahren hauptamtlich mit einer halben Stelle in der Verwaltung einer Jugendhilfeeinrichtung tätig.

6.3.2.2 Motive für Eintritt und Verbleib im Projekt

Die Basis des „*Alla Hopp*“ wurde während eines mehrjährigen Prozesses entwickelt und umgesetzt. Hierzu gehörten Grundprinzipien wie kollektiv organisiertes Leben, hierarchiefreie Entscheidungsstrukturen, politische Intervention und gemeinsame Ökonomie. Die Prinzipien spiegeln die Eintrittsmotivation der Gründungsmitglieder. Die Motive der beiden Interviewten sind insofern unterschiedlich geprägt, als Swantje im Gegensatz zu Claudia am Planungsprozess nicht direkt beteiligt war. Dennoch gilt für beide Frauen als Hauptmotiv die Suche nach einem Ort zum Leben, der ihren Vorstellungen entspricht. Hierbei steht das politische Engagement im Fokus.

Claudia berichtet, dass durch das Nachdenken mit Gleichgesinnten über den „*Traum anders zu leben*“ die konkrete Planung und Umsetzung zur Gründung der Kommune entstand. In der politisch positionierten Peergroup, überwiegend junge Studierende, wurde spielerisch über die Lebenswünsche nach der Ausbildungsphase reflektiert. Schnell wurde der Wunsch nach einem selbstbestimmten und hierarchiefreien Leben deutlich.

„Also wir waren alle noch Studenten oder in Ausbildung. Und dann ging es halt weiter, dass so klar war: Ja wenn wir irgendwie mal nicht mehr studieren, [wie] wollen wir denn leben, wollen wir denn mit Chef usw., wollen wir das? Also aus so einer Spielerei entstand die Idee so, bei einem Silvesterfest, (...) erstmal war es noch gar nicht klar, wird es jetzt zur Kommune werden, sondern es war so eine Spielerei. Ach nee, wir wollen doch gar nicht so leben, das hat sich, also diese Diskussion hat sich bei diesem Silvesterfest, als wir so ein Spiel gemacht haben, halt also rausgestellt. Und dann haben später welche von uns gesagt, he wenn das so ist, dann können wir doch einmal die Initiative ergreifen und lasst uns doch einfach mal treffen und gucken was daraus wird. Und so hat sich das immer weiter verfestigt, bis zu dem Punkt, dass wir dann irgendwann also auch zusammengezogen sind. Also wir haben dann irgendwann schon gesagt, ne wir wollen Kommune machen und dann haben wir gesagt, wir fangen in zwei Jahren an, in zwei Jahren, in zwei Jahren. Und irgendwann haben wir es dann tatsächlich gemacht. Also es ist so, aber 1992/93 ging es immer in zwei Jahren fangen wir an, in zwei Jahren, genau. 1998 ging es dann los.“ (Claudia)

Ihr Eintritt ins Kollektiv war jenseits des allgemeinen Bedürfnisses nach einer hierarchiefreien Lebensführung von „*relativ begrenzten Ideen*“ (199) geprägt. Als klarer Wunsch galt für sie: „*hier ist ein guter Ort für mich.*“ Im Erstgespräch hatte sich Michael, der dem sozialwissenschaftlich-studentischen Milieu entstammt, noch explizit politisch zu den Gründungsmotiven geäußert.

„*Im Grundstudium im Grunde genommen mit der Frage beschäftigt haben: Wie können wir ne Struktur aufbauen, die es uns erlaubt auch noch mit über 30 im weitesten Sinne politisch aktiv zu sein, widerständig. Aber eben auch ne Struktur, die ansonsten, was einfach alltägliche Fragen anbelangt, ne andere Form des Zusammenlebens, der Organisation des Alltags etc. erlaubt.*“ (Michael)

In diesem politisch links orientierten, studentischen Milieu sei es normal gewesen, bei der Beantwortung dieser Frage in Richtung Großgruppen und Kommune zu denken. Für Swantje hingegen spielten solche Überlegungen zunächst keine Rolle. Eine Vorstellung vom Leben in einer Kommune war für sie nicht vorhanden. Als relevantes Motiv für den Eintritt bezeichnet sie die Verbindungen zum „*Alla Hopp*“, die sich über politische Arbeit und persönliche Beziehungen ergeben hatten. Dadurch entstand ihr Wunsch zu einem Teil der Kommune zu werden. Angesichts der Beteiligung in diesen Zusammenhängen scheint der gemeinsame linksemanzipatorische Blick auf die Welt aber schon auch ein verbindendes Glied zu sein.

„*Ich hab nicht generell gedacht, ich will Kommune und guck jetzt in welche, sondern war dann hier viel in verschiedenen Verbindungen, Arbeitsgruppen und Beziehungen. Und hab dann gedacht, ich will gerne hier wohnen. Und das ist eine Kommune dann, komm ich hier sozusagen rein.*“ (Swantje)

Die Interviewten konstatieren, dass generell nur wenige Mitglieder ausgestiegen sind. Die prägende Gründungsgruppe aus dem studentischen Milieu wurde gleichwohl nach dem Einzug neuer Bewohner*innen um Personen anderer Herkunft ergänzt. Ausstiegsmotive lägen vorwiegend an der eigenen Anspruchshaltung. „*ich will Kommune, das soll so und so sein...*“ Aber auch die Aussteiger*innen hätten sich häufig in der Nähe des „*Alla Hopp*“ niedergelassen und pflegten freundschaftliche Verbindungen zum Haus.

Swantje, die zunächst eher einem Gefühl folgend ins Haus zog, kann über ihre Motive zum Verbleib umso reflektierter berichten. Gleich in ihrem ersten Wortbeitrag hierzu benennt sie mindestens vier Motive. Dabei leitet sie ihre Aussagen mit dem hohen Wert der ‚Wahlfamilie‘ ein. Es sei ein Wert an sich, dass sie sich nicht fortlaufend die Frage nach der Motivation stelle, denn die „*große Gewöhnung aneinander*“ sei eben „*auch schön*“. Das „*Alla Hopp*“ ist demnach ein Zuhause geworden, das nicht zur Disposition stehe. Im Übrigen räsoniert Michael über die Herausbildung dieser Wahlverwandtschaft, dass sich dieses Gefühl trotz der langen Vorlaufzeit erst nach dem Einzug sukzessive herausbilden musste.

„*...dann gibt's nämlich nicht mehr das gemeinsame Ziel: Wir wollen ein Haus. Sondern dann muss man sich ja gemeinsam das Haus habend bewähren. Und damit auch noch was anfangen wollen. Und sich weiterhin mögen und schätzen, was miteinander anfangen. Auf jeden Fall ist das auch bei uns ne Umbruchssituation gewesen...*“ (Michael)

Nach den vielen Jahren des Zusammenlebens, so Claudia, bestehe nun ein familienähnliches Zusammenhörigkeitsgefühl, das von Toleranz getragen sei. „*Wir sind ja Kommune jetzt, ist ja schon auch wie als Gruppe verheiratet zu sein*“. In dieser ‚Ehe‘ oder „*Basis*“ gehe es aber auch um das Austarieren von „*Autonomie und Gemeinsamkeit*“.

Außerdem bestünden in der Stadtkommune natürlich immer auch zahlreiche soziale Bezüge außerhalb der Kommune ins urbane Umfeld; ein Unterschied zur Landkommune.

Swantje verweist bezüglich der Verbleibemotivation auf einen „großen Freiheitsgrad“, den das Leben in der Stadtkommune biete. Im Gegensatz zur „kleineren Familie und Zweierpaarbeziehung“ fühlt sie sich nicht auf eine Rolle mit abgesteckten Räumen und Tätigkeiten festgelegt. Neben einem geringeren Ausmaß an Rollenzuschreibungen ergeben sich für Swantje die Freiheitsgrade aus den räumlichen Möglichkeiten sowie der bestärkenden Interaktion in der heterogen zusammengesetzten Großgruppe. Die häusliche Infrastruktur (Seminar- und Partyraum, Schlaf- und Kochmöglichkeiten) ermögliche jederzeit Selbstentfaltung (Werkstätten) ebenso wie die Organisation großer Veranstaltungen, was laufend geschehe und von den Bewohner*innen getragen werde. „*man hat eine Gruppe, die sagt: Ja, ist doch gut, mach das doch. Das finde ich ein ziemlich (...) schönes Grundsetting.*“ Auf die außerordentliche Infrastruktur verweisen auch die anderen Befragten, wobei Claudia, die sich primär als „Aktivistin“ sieht, die Möglichkeiten der politischen Netzwerktätigkeit hervorhebt, die vom „*Alla Hopp*“ ausgeht.

Einen besonderen Reiz für Kommuneleben sieht Swantje weiterhin in den Impulsen, die sie in einer heterogen zusammengesetzten Gruppe täglich erhält. Zwar „*nervt*“ die Verschiedenheit bisweilen auch, doch stellt das Leben in der Gruppe wesentlich eine Quelle der Inspiration und des Lernens dar.

„*Ich finde das sehr inspirierend mit sehr vielen verschiedenen Menschen zusammenzuleben, von denen man sehr viel lernen kann. Weil sie anders sind, sehen, denken und wacher sind, mir andere Impulse geben, auch wie ich es machen könnte. (...) ...wenn ich immer nur mit mir bin oder mit ganz wenigen, dann denk ich, weiß was normal ist und wie man es macht. Hier lerne ich immer wieder, dass es ganz viele verschiedene Sorten gibt, von wie-man-es-macht.*“ (Swantje)

Neben der Inspiration ist die basisdemokratisch organisierte Kommune aber immer auch ein Raum konsensorientierter Aushandlungsprozesse. Diese empfindet Claudia als sehr bereichernd und als wichtiges Motiv für den Verbleib im Projekt. Sie wertschätzt grundsätzlich die freundschaftlich-lösungsorientierte Kommunikation, „*dass man den anderen zuhört und dass jede Meinung auch was wert ist*“. Außerdem gefällt ihr die Anstrengung einer fortlaufenden Selbstpositionierung. Dies führe dazu, dass sie „*darin dann auch so trainiert*“ ist, ein insgesamt hohes Reflexionsniveau herrscht, „*alle (...) schon ganz schön bei sich*“, also selbstbestimmt seien.

Swantje betont abschließend die Selbstbestimmung in der Großgruppe als Leitmotiv. „*Nein, hier läuft es so, wie wir wollen, ob das andere gut finden oder nicht.*“

6.3.2.3 Ansprüche bei Projekteintritt und heute

Das Kollektiv konnte, bis auf den ursprünglich formulierten Anspruch des gemeinsamen Arbeitens, alle weiteren Rahmenbedingungen umsetzen. Dies ist dem Umstand zu verdanken, dass für den detaillierten Aushandlungsprozess des Grundsettings viel Zeit investiert wurde. Auch wenn beide Interviewten keine konkreten Ansprüche zum Eintritt formulierten, wirkten sie konsequent an der Umsetzung, den Ausbau und Erhalt der Kommune mit. Und die grundlegenden Ansprüche wurden in Form verschiedener Prinzipien gemeinsam entwickelt und festgehalten.

Als Besonderheit des „Alla Hopp“ ist hervorzuheben, dass die formalen Regelungen klar und überschaubar definiert sind. Im Alltag fällt der Beachtung der informellen Regeln eine große Aufmerksamkeit zu. Laut Claudia muss es eine Grundgemeinsamkeit als Basis des gemeinschaftlichen Lebens geben. Den grundlegenden Übereinstimmungen stehen aber immer auch persönliche Eigenheiten und Befindlichkeiten gegenüber, die es wie in einer ‚Ehe‘ zu tolerieren gelte. „...da tut man sich nicht immer dran abarbeiten, sondern Sachen bleiben auch viel mehr stehen“.

Durch die Zusammenkünfte in den Plenen entwickelte sich eine Wertschätzung der unterschiedlichen Meinungen, woraus eine Gesprächskultur innerhalb des „Alla Hopp“ resultiert. Es geht darum, „dass man natürlich auch eine Meinung haben muss, entwickeln muss und darin dann auch so trainiert ist, die eigene Meinung zu vertreten auch gegenüber den Anderen.“ (Claudia)

Da Außeneinflüsse durch die städtische Lage auf die Bewohner*innen einwirken, entstehen viele Eigenaktivitäten. Es sei wichtig, dass Alltagsaufgaben von den Gruppenmitgliedern wahrgenommen würden, „damit irgendwie hier der Laden läuft“. (B1) Zudem ist Claudias Ansicht nach die Übernahme von Eigenverantwortung aller „Alla Hopp“-Mitglieder elementar für das Gleichgewicht der Gruppe.

„...sich nicht darauf ausruhen zu können, dass auf jeden Fall alle anderen dein Leben regeln, sondern dass du so einige Selbstverantwortung auch aufbringst.“

Zur Konfliktbewältigung nutzt das „Alla Hopp“, so Claudia, unterschiedliche Gruppenkonstellationen und Werkzeuge, wie z.B. das Plenum oder kleinere Gruppen. Eine Trennung zwischen emotionaler und Sachebene scheint möglich. Swantje berichtet, das Kollektiv habe es schafft, die Bedarfe und Aufgaben sehr gut über Neigungen abzudecken. „...die einen bauen lieber, die anderen reden lieber, die anderen kochen lieber. Wem fällt was leicht und darüber regelt sich viel.“ Diese Verantwortungsübernahme entlang persönlicher Neigungen und Vorlieben wird ergänzt durch eine Sensibilität für die Bedarfe der anderen und des Kollektivs als Ganzes.

„...wo sind die ganzen Bedarfe, wo könnte jetzt jemand was brauchen, wo könnte die Gruppe was brauchen. Was brauche ich. Dass das für mich total zum Alltag gehört, das immer wieder möglichst geschmeidig auszuloten und zu gucken, dass sozusagen zu sehen, was bräuchte es jetzt gerade und kann ich das machen...“

Einer ungewollten Überstrukturierung und Verregelung wird im Alltag bewusst entgegen gewirkt. „...so ein bisschen Hand in Hand. Dann bleibt halt auch irgendwann mal eine Hand leer...aber besser als so eine Überstrukturierung.“ (Swantje)

6.3.2.4 Persönliche Entwicklung im Verlauf des Projektes

Die Gründungsmitglieder des „Alla Hopp“ entstammen einem linksorientierten studentischen Zusammenhang und wurden früh durch alternative Milieus geprägt. Dies trifft jedoch nicht auf Claudia und Swantje zu. Während Claudia zu den Gründungsmitgliedern gehört, kam Swantje zu Beginn der Bauphase ins „Alla Hopp“. Sie fand über die Beteiligung an Arbeitsgruppen wie auch über persönliche Beziehungen den Weg in die Kommune, so dass von einer entsprechenden weltanschaulichen Orientierung ausgegangen werden.

Zu den Kompetenzen, die im Kollektiv erworben wurden, gehören das Leben in Wahlverwandtschaften, das Kommunikationstraining ebenso wie der bewusste Umgang einer gemeinsamen Kasse, außerdem Kompromiss- und Konfliktfähigkeit. Ausstiege aufgrund von Ermüdungerscheinungen wurden nicht erwähnt. Zur persönlichen Entwicklung gehört für Claudia die Pflege einer Gesprächskultur durch regelmäßiges Kommunikationstraining in den zweiwöchig stattfinden Plenen.

„Alle zwei Wochen treffen wir uns zusammen und besprechen diverse Sachen, wo es darum geht, dass alle ihre Meinung sagen. Und da geht's natürlich darum, dass man natürlich auch eine Meinung haben muss, entwickeln muss und darin dann trainiert ist, die eigene Meinung zu vertreten auch gegenüber den anderen. Dass es auch so eine Gesprächskultur ist, dass man den anderen zuhört und dass jede Meinung auch was Wert ist.“ (Claudia)

Das Konzept des gemeinschaftlichen Wirtschaftens erfährt in der Gruppe große Akzeptanz, wird sowohl aufgrund der sozialen Sicherheit als auch wegen der ‚luxuriösen‘ Infrastruktur wertgeschätzt. Die Funktionsfähigkeit einer solidarischen Ökonomie ohne einengende Verregelung basiert allerdings auf einen verantwortungsvollen Umgang mit dem zur Verfügung stehenden Geld. „Also wir dürfen uns alle als Projekt nicht gefährden, also wissen, dass wir nicht unbegrenzt Mittel haben, sondern wissen, dass da Grenzen sind“ (Claudia). Als Problem hat sich dies in der gesamten Existenz der Kommune noch nicht erwiesen. So meinte das Gründungsmitglied Michael im Erstgespräch, dass es in all den Jahren keinen ernsthaften Konflikt über die Geldverwendung gegeben hat.

Durch die vielen gemeinsamen Jahre des Zusammenlebens reduzieren sich die Konflikte. Sachverhalte oder auch Eigenheiten der Bewohner*innen könnten viel mehr stehengelassen werden. „...da tut man sich nicht immer dran abarbeiten.“ Swantje empfindet die vielen Blicke auf politische Situationen, auf Aktionen und auf persönliche Themen als anregend für die eigene Entwicklungsfähigkeit. Sie sieht eine Herausforderung in der Tatsache, dass man sich gleichzeitig bemühen müsse nicht unflexibel zu werden. Bereichernd empfindet sie die Unterschiedlichkeit der Bewohner*innen. „...dass es alle braucht, um das ganze „Alla Hopp“ zu haben. (...) wenn eines fehlt, dann fehlt auch ein Aspekt, eine Form, eine Stimme.“

Allerdings ist sie inzwischen davon überzeugt, dass auch eine Großgruppe ihre programmatisch gesetzte Beweglichkeit und ihren Aktivismus einbüßen kann. „Wenn man mit so vielen Leuten lebt und so viel Verschiedenartigkeit zueinander bringen muss, dass man dann auf gar keinen Fall es schafft zu erstarren oder unflexibel zu werden, dass glaube ich mittlerweile nicht mehr“ (Swantje).

Auch wenn das „Alla Hopp“ sich aufgrund seiner Prinzipien von der üblichen Gesellschaftsform abgrenzt, stellt es keine isolierte Verortung in der Gegenkultur dar. Viele Bewohner*innen leben bewusst in Zusammenhängen mit der Umgebung, sei es aufgrund der hauptamtlichen Arbeit oder aufgrund der Beziehungen zu Personen und sozialen sowie politischen Außenaktivitäten. Jedes Mitglied ist auch geprägt durch ein Leben außerhalb der Kommune. „...wie es in der Stadt auch ist, ist die Umgebung Zuhause und dann hat man ganz viele Bezüge.“ (Swantje)

6.3.2.5 Politisches Engagement: Selbstverständnis und Entwicklung

Die kritische, politische Intervention des „*Alla Hopp*“ ist in den Statuten verankert, wobei sich die Bewohner*innen unterschiedlich stark einbringen. Prinzipiell ist die politische Arbeit in der Ausrichtung systemkritisch ausgerichtet. Das politische Engagement kann als ausgeprägt und breitbandig bezeichnet werden. Die hieraus resultierenden Erfahrungen haben den Zusammenhalt und das Vertrauen in die eigene Arbeit verstärkt. Die Kommunard*innen haben diverse Fähigkeiten durch ihr ehrenamtliches Engagement erworben.

Zum Kernspektrum der politischen Intervention gehört die Arbeit im transnational organisierten Netzwerk „*Afrique-Europe-Interact*“. Das Netzwerk wurde 2009 gegründet, es beteiligen sich Basisaktivisten aus Afrika und Europa. Ziel ist es den neokolonialen Dominanz- und Ausbeutungsverhältnissen entgegenzuwirken. Auch die Unterstützung der antifaschistischen Szene wird als Kernbereich genannt; zum Beispiel durch Aktionen gegen Nazi- und die AFD-Aktivitäten. Eine Initiative setzt sich für ein Denkmal zum Gedenken an den unter menschenunwürdigen Umständen verstorbenen 35-jährigen Laye-Alama Condé ein. Condé verstarb 2005 an der Verabreichung von Brechmitteln im Bremer Polizeigewahrsam. Um die Aufklärung an dem gewaltsamen Tod des Afrikaners Oury Jalloh bemüht sich eine weitere Gruppe. Der Asylbewerber verbrannte in einer Gewahrsamszelle im Keller des Polizeireviers Dessau. Einige *Alla Hopps* bringen sich in die Stadtpolitik ein.

Claudia bringt sich wöchentlich in ein Projekt mit Geflüchteten ein. Es wird gemeinsam gekocht und gegessen. Plenen, Demonstrationen und Veranstaltungen werden organisiert. „*das ist gerade ein ziemlich guter Pfeiler in der Stadt.*“ Durch die gute regionale, überregionale und internationale Vernetzung mit zahlreichen politischen Basisgruppen werden politische aktuelle Themen ins „*Alla Hopp*“ von außen hereingetragen. Die Kommune ist über die Aktivisten aber auch als Institutionen ein Anziehungspunkt. „*Sozusagen, es kommt zu uns*“ (Claudia).

Die finanzielle Absicherung der Kommune durch die solidarische Ökonomie erscheint für die politische Arbeit als großes Privileg. „*...aber diese Arbeit wäre nicht möglich ohne die Kommune.*“ (B1) „*Wir machen da halt sehr auch anspruchsvolle, intensive Projekte. Schon seit vielen Jahren*“ (Claudia). „*Das uns so ein gewisser politischer Anspruch ... wichtig ist auch immer dafür zu stehen weiter zu intervenieren in die Gesellschaft, was verändern zu wollen*“ (Claudia). Michael weist außerdem darauf hin, dass nicht nur eigene, sondern auch externe politische Aktionen kurzfristig mit zinslosen Krediten oder auch mit der Zurverfügungstellung eines Autos oder der Räume regelmäßig unterstützt werden. Swantje ergänzt hierzu:

„*Also, dass das ein Ort ist, wo alle wissen, den kann man auch nutzen für Veranstaltungen, um Transpi zu malen, um das Auto zu leihen für eine Demo. Also das passiert ja nicht von alleine,.... Das muss ja auch immer wieder erneuert werden...*“

Sie schätzt diese Verknüpfung mit den politischen Kontakten durch das „*Alla Hopp*“. „*dass alle von uns in so vielen verschiedenen politischen Sachen drin sind, dass man so viel mitkriegt, dass die Dienstwege so kurz sind.*“

Da wichtige aktuelle Themen, wie die Klimabewegung, sich primär am Kampf gegen auswärtige Institutionen festmachen, engagieren sich Bewohner*innen auch überregional, etwa gegen die Braunkohleförderung im Rheinland. Diese Aktivitäten erfahren Unterstützung mit Hilfe der Grundstrukturen sowie der Kommunikation in den Plenen.

„...wo sich Leute engagieren und dann vielleicht auch Sachen mitmachen, die sie sonst nicht gemacht hätten, wenn es dieses Plenum gar nicht gäbe.“ (Swantje)

Verändert hat sich das politische Engagement der Befragten geringfügig. Als einschneidendes Ereignis nennen beide Befragten eine Hausdurchsuchung im Rahmen eines G8 Gipfels. In Bezug auf eine Gegendemonstration zum G8 Treffen in Heiligendamm wurde in der Kommune eine Hausdurchsuchung von einer Hundertschaft durchgeführt. Dieses Ereignis hat den Widerstandsgeist der Kommune gestärkt. „*Und dann haben wir aber zum Beispiel sofort eine Demonstration, Protestdemonstration gemacht, das haben ganz viele Leute mitgemacht.*“ (Swantje) Aus dieser Erfahrung seien die Kommunard*innen gekräftigt hervorgegangen und haben ihr politisches Engagement daraufhin ausgebaut.

Für Claudia steht aber inhaltlich insbesondere die Festigung der Strukturen als Basis für eine solide, nachhaltige politische Arbeit im Mittelpunkt sowie ihr Einsatz um die Sorge des Fortbestands der Kommune für zukünftige Generationen. „*Also es verändert sich auch mit dem, dass wir älter werden und das, was wesentlich jüngere machen. (...) Wenn wir was machen, dann eher was so eine Basis produziert. Auf der dann auch andere weitermachen.*“

Bezogen auf die Kommune selbst handelt es sich bei den erwachsenen Bewohner*innen mehr oder minder um eine Alterskohorte, was den Fortbestand perspektivisch zur Disposition stelle. Hier sei eine verstärkte Einbindung jüngerer Aktivisten angezeigt.

„Ja, wir müssen sehen, dass wir nicht irgendwie aussterben, das gefällt mir nicht, wir müssen sehen, dass wir eine neue Generation haben und dass es weitergeht. (...) brauchen wir noch andere Leute, eine andere Generation, wie geht es weiter? (...) das ist so meine Vision, ob wir das noch hinkriegen, in diesen Zeiten, das wäre mein Traum“ (Claudia).

Swantje ist der Ansicht, dass die Kommune in der Vergangenheit viel mehr im Fokus stand und von ihr viele Aktivitäten ausgingen, wie z.B. das Initiieren von Demonstrationen. Sie würde gerne öfter in die Konfrontation gehen, um wehrhafter zu werden, mit dem Alter nicht zu erschlaffen. „*...dass wir nicht mehr (...) dafür bekannt (sind), das von hier was ausgeht. Da habe ich eher ein bisschen Sorge, dass man zu träge wird (...) Also, da finde ich könnten wir eher ein bisschen wieder zulegen. (...) bloß nicht nachlassen.*“

6.3.2.6 Perspektive und Zukunftswünsche

Im Interview mit den Bewohner*innen wurde auch die Frage zur Perspektive, insbesondere zur Alterung gestellt. Hinsichtlich der Zukunft gab ein Mitbegründer an, die Gruppe sei altersmäßig sehr homogen und in spätestens 20 Jahren bewege man sich in eine schwierige Phase des Erkrankens und des Sterbens. Die Gruppe sei ‚rentenmäßig‘ abgesichert und könnte im Haus eine Versorgung durch *Pflegekräfte und einen barrierefreien Umbau realisieren. Es sei wichtig, dass sich das „Alla Hopp“ nachhaltig durch die Aufnahme jüngerer Mitglieder aufstellt.*

6.3.2.7 Fazit

Anders als in unseren Grundannahmen formuliert, war die Gründung der Stadtkommune „Alla Hopp“ explizit politisch motiviert, wenngleich natürlich immer auch soziale und individuelle Motivlagen feststellbar waren. Zu den in einem langen Vorlauf formulierten Ansprüchen zählt bis heute die politische Interventionsarbeit, die weit über die Sozialformen in dem Projekt hinausgehen und ideell vom gesamten Haus getragen wird.

Begleitet wird dieser Wunsch von der (erfüllten) Erwartung nach einer hochgradig solidarischen Gemeinschaft, die bei geringer Regelungsdichte genügend Raum für die persönliche Selbstentfaltung lässt. Früh wurde dabei die Bedeutung einer Trennung von Emotions- und Sachebene erkannt und gelebt, was wiederum unseren Annahmen entspricht. Nicht jeder Konflikt wird also politisch aufgeladen. Auch wurde die Notwendigkeit der Toleranz gegenüber den Befindlichkeiten der Wahlverwandten internalisiert. Das heißt jedoch nicht, dass im Kollektiv nicht auch gestritten wird, was aber als Möglichkeit für Kompetenzgewinne (Standpunkt haben und vertreten, Empathie...) gesehen wird. Außerdem schätzen die Kommunarden, dass die Kommune als Institution Raum und Motivation für die politische Intervention auch jenseits der 50 absichert, was die Ursprungsmotivation für die Gründung der Kommune einlöst.

6.4 Steckbriefe ausgewählter selbstverwalteter Projekte in Bremen

Im Rahmen unseres Projektes wurden auch weitere selbstverwaltete Projekte und Initiativen beleuchtet, denen dann in der näheren Analyse keine größere Bedeutung mehr zukam. Im überregionalen Kontext wurde ein Interview mit einem Gründungsmitglied der Wiener „*Sargfabrik*“ durchgeführt. In Bremen wurden einige Wohnprojekte, die im Freiburger „*Mietshäuser-Syndikat*“ organisiert sind, ein Foodsharing-Projekt sowie das seit 2011 als alternativer Veranstaltungsort genutzte „*Alte Sportamt*“ näher betrachtet. Hierzu wurden kurze Steckbriefe verfasst. Lohnenswert wäre unseres Erachtens die Erstellung einer – im besten Falle internetgestützten – Bremer Karte mit der Infrastruktur selbstverwalteter Wohn-, Kultur- oder Produktionsprojekte. Auch Reparaturcafés, Umsonstläden und dergleichen wären hier relevant. Dies könnte gerade für junge Interessierte unkomplizierte Zugänge zu erfolgreichen Projekten und ihren Beteiligten erleichtern. Über eine ideelle Unterstützung durch einen Erfahrungstransfer könnten neue Initiativen bestimmte Fehler vermeiden und das Netz an „Gegenkultur“ insgesamt wachsen. Unsere Steckbriefe sind hierfür eine kleine Anregung.

Steckbrief Mietshäusersyndikat	
Gegenstand	Unterstützung für Wohnkollektive und Kommunen
Gründung	1992 (als Verein „ <i>Miethäuser in Selbstorganisation</i> “, ab 1993 „ <i>Mietshäusersyndikat</i> “ in Freiburg im Breisgau)
Zielsetzungen	<p>Wohnraum dem Markt entziehen, Selbstverwaltete Wohnkollektive im Gründungsprozess unterstützen (Beratung, Kredite, Syndikat erhält Eigentumsanteile, um (Teil-)Weiterverkauf unmöglich zu machen), Vernetzung der Projekte, Lobbyarbeit</p> <p>Netzwerk an Hauskollektiven unterstützt sich ideell und finanziell</p> <p>Zugangsvoraussetzungen: (a) Selbstorganisation, (b) Ausschluss der Wiedervermarktung, (c) Entrichtung von Solidarbeiträgen, (d) Weitergabe von Know-how, (e) kein Rauswurf von Altmiet*innen, (f) keine Verknüpfung des Einzugs an finanzielle Bedingungen und (g) grundsätzlich eine emanzipatorische politische Grundausrichtung</p>
Einzelprojekte	<p>Bundesweit 130 Wohnkollektive und 15 Initiativen, in Bremen drei Kollektive und eine Initiative:</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) Grünenstraße 18 (Verein „<i>Come together</i>“), Wohn- und Kulturprojekt im Anschluss an Hausbesetzung 1989, sieben 7 Bewohner*innen, auch linksorientiertes Veranstaltungszentrum, seit 2006 Mitglied im Mietshäusersyndikat (2) Freies Haus 3d, Wohnprojekt, 13 Bewohner*innen im fünf Wohngemeinschaften (durch Verkaufsinteresse des Altbesitzers drohte Entmietung), seit 2005 Mitglied im Mietshäusersyndikat (3) „<i>Mosaik</i>“, 38 Bewohner*innen, darunter 12 Kinder, Neugründung und Neubau mit abgeschlossenen Wohnungen und Gemeinschaftsräumen (4) Initiative „<i>Soziales Zentrum</i>“, erster Anlauf gescheitert, dann Gründung „<i>Umsonstladen</i>“. Seit 2012 neuer Anlauf für Hausgründung
Zielgruppe	Bau- bzw. Wohnkollektive, die selbstverwaltet Häuser erwerben und dauerhaft vom Wohnungsmarkt nehmen wollen. Die Gruppen bilden Vereine und organisieren ihre Belange und das Ausmaß an Kollektivität oder Solidarität absolut eigenständig!
Finanzierung	<p>Das Syndikat</p> <p>Solidarbeiträge der beteiligten Hausprojekte. Anfangsbetrag 10 Cent je m² Nutzfläche im Monat. Mit sinkender Zinslast steigen die Beiträge.</p> <p>Bestritten werden die laufenden Kosten, die Öffentlichkeitsarbeit und Stammeinlagen für Neugründungen. Teilweise Überbrückungskredite</p> <p>Die Einzelprojekte</p> <p>Eigenkapital, zinsgünstige Direktkredite solidarischer Einzelpersonen, Bankkredite, Solidaritätsbeiträge älterer Hausprojekte, vereinzelt Überbrückungskredite des Syndikats bei Engpässen.</p>
Entscheidungsfindung	Basisdemokratisch. Mitgliederversammlung tagt viermal jährlich, ist einziges Entscheidungs- und Kontrollorgan, erteilt der Geschäftsführung Aufgaben. Alle Bewohner*innen der Projekte sind automatisch Mitglieder.
Vernetzung	Das Mietshäusersyndikat ist selbst ein Netzwerk, das 130 Wohnprojekte und 17 Initiativen unterstützt.
Abgrenzung zu konventionellen Angeboten (Wohnformen)	Das Mietshäusersyndikat übernimmt zu 50 Prozent die Eigentumsrechte der Häuser und verhindert deren Rückführung auf den Wohnungsmarkt. Alle Mitglieder zahlen einen Solidaritätsbeitrag. Ansonsten unterliegt die Tiefe des Kollektivismus allein der Selbstverwaltung der Bewohner*innen.
Entwicklungen im Prozess	Das Netzwerk wächst. Auch in Bremen gibt es weitere Initiativen.

Quelle: Mietshäusersyndikat 2017, <https://www.syndikat.org/de>

Steckbrief foodsharing e.V.

Gegenstand	Vermeidung von Lebensmittelverschwendungen. Überproduzierte und nicht gewollte Lebensmittel werden unentgeltlich an Interessierte, Bedürftige und Organisationen verteilt.
Gründung	2012 gegründete Initiative gegen Lebensmittelverschwendungen, Sitz in Köln
Zielsetzungen	Etwa ein Drittel aller Lebensmittel in Deutschland werden verschwendet. Dabei wird nicht nur das Lebensmittel an sich weggeworfen, sondern auch die Ressourcen die z.B. in Anbau, Ernte, Verpackung, Transport und Lagerung geflossen sind. Die Verschwendungen findet überall statt: Bei Anbau, Ernte, Weiterverarbeitung, Verkauf sowie beim Endverbraucher. foodsharing sensibilisiert für das Thema soweit möglich bei allen Akteur*innen, mit denen die Initiative in Kontakt steht. Ziel ist, auf persönlicher Ebene Aufklärung, Umdenken und verantwortliches Handeln anzustoßen. Der Verein fördert die Erziehung und Volksbildung, insbesondere von Bildung für nachhaltige Entwicklung und ökologisch verantwortungsvollen Verhaltens.
Einzelprojekte	<p>Über 200.000 registrierte Nutzer*innen in Deutschland/Österreich/Schweiz und über 25.000 Freiwillige, sogenannte Foodsaver, machen diese Initiative mittlerweile zu einer internationalen Bewegung. Es kooperieren über 3.000 Betriebe.</p> <p>In Bremen gibt es die Möglichkeit „foodsharing“ zu nutzen</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) Kapitän-Lehmanns-Ring in Hastedt-Hemelingen (2) als Essenskorb gekennzeichnet: Exotic Food in der Östlichen Vorstadt (3) ein Regal namens Frank: Vorraum des ASTA der Hochschule Bremen (dieser Fair-Teiler wird jedoch von der AG Nachhaltigkeit der Hochschule Bremen betreut) (4) Digitaler Essenskorb: Übersichtskarte, Verabredung, Ort
Zielgruppe	foodsharing bringt Menschen unterschiedlichster Hintergründe zusammen und will zum Mitmachen, Mithandeln und verantwortungsvollem Umgang mit den Ressourcen anregen..
Finanzierung	Die Plattform foodsharing.de basiert auf ehrenamtlichem Engagement. Das Retten und Teilen von Lebensmitteln findet gelfrei statt. Für ordentliche Mitglieder ist die Mitgliedschaft im Verein kostenlos. Der gemeinnützige Verein deckt seine Mittel in erster Linie aus freiwilligen Beiträgen und Spenden. Zur Erfüllung der Vereinszwecke werden zusätzlich öffentliche Zuwendungen angestrebt.
Entscheidungsfindung	Der Vereinsvorstand wird mit einfacher Mehrheit für zwei Jahre durch die Mitgliederversammlung gewählt. Er vertritt die Interessen des Vereins, ihm obliegt die Beschlussfassung. Dem Verein können natürliche und juristische Personen auf Antrag per E-Mail oder schriftlich beitreten, der Vorstand entscheidet über die Aufnahme. Jedes ordentliche Mitglied ist wahlberechtigt.
Vernetzung	<p>Internetplattform: https://foodsharing.de</p> <p>Um auch langfristig Lebensmittelverschwendungen zu reduzieren, unterstützt der Verein andere Initiativen, Organisationen und Unternehmen. Gemeinsam mit diesen macht er Lobby- und Kampagnenarbeit und betreibt eigenständig Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Dadurch fördert er einen nachhaltigen Wandel in der Politik und Gesellschaft bezüglich des Umgangs mit Lebensmitteln.</p>
Abgrenzung zu konventionellen Angeboten	Ehrenamtlich, kostenlose Abholung in Betrieben, anonyme kostenlose Nutzung des Angebots d.h. der zur Verfügung gestellten Lebensmittel.
Entwicklungen im Prozess	Am 12.12.2014 fusionierten die lebensmittelretten.de-Bewegung und der Verein foodsharing e.V. mit der von ihm betriebenen Online-Plattform foodsharing.de. Die neue, gemeinsame Bewegung nannte sich von da an foodsharing.de.

Steckbrief Altes Sportamt

Gegenstand	Begegnungsstätte für Veranstaltungen, Workshops, Infoveranstaltungen und weitere Nutzungen.
Gründung	Seit 2011 nutzt der Kulturverein „ <i>Klapstul e.V.</i> “ die Räumlichkeiten des vormals verwaisten Gebäudes des ehemaligen Sportamtes.
Zielsetzungen	<p>Das Alte Sportamt ist ein offenes Kunst- und Kulturprojekt. Ziel ist einen selbstorganisierten, unkommerziellen und emanzipierten Raum, in Bremen zu etablieren sowie einen offenen Zugang zu einem breitgefächerten Angebot kultureller Veranstaltungen, vielschichtigen Nutzungs- und Kontaktmöglichkeiten zu schaffen. Weiterhin bietet der Verein Unterstützung für künstlerische Konzepte z. B. für die Nutzung leerstehender Flächen und Immobilien.</p> <p>Zugangsvoraussetzungen: (a) offen für jede*n, menschenfeindliches und diskriminierendes Verhalten findet keinen Platz (b) eintrittsfreie bzw. spendenbasierte Veranstaltungen (c) kein Verzehrzwang (d) weitere Angebote zum Selbstkostenpreis (e) freiwilliger finanzieller Selbsterhalt (f) Nutzung für Gruppen oder Einzelpersonen bei partizipativer Teilhabe möglich (g) Partizipation und Mitgestaltung gewünscht</p>
Angebote	<p>Regelmäßig stattfindende Veranstaltungen in folgenden Bereichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Livemusik verschiedener Konzertgruppen, überwiegend Punkrock aber auch unterschiedlicher Musikstile - Infoveranstaltungen, Vorträge, Lesungen, Filmvorführungen und Diskussionsrunden zu diversen kulturellen, sozialen und gesellschaftspolitischen Themen - Workshops, „Volksküchen“, Cafés und offene Tanz- und Theatergruppen - Nutzung von Räumlichkeiten und Außenbereich für Künstler, Gruppen und aktive Einzelpersonen - Raum für öffentliche Teilhabe und Partizipation in Form von regelmäßigen offenen Plenaren für Interessierte.
Zielgruppe	Lokale Punk und Subkulturelle Szene, Veranstaltungsgäste und Kunstinteressierte. Aktivist*Innen aus diversen Kunst und Kulturbereichen
Finanzierung	<p>Der Verein „<i>Klapstul. – Ist das Kunst oder kann das weg? e.V.</i>“ finanziert sich aus den satzungsgemäßen Beiträgen der Mitglieder und aus Spenden.</p> <p>Veranstaltungen sind grundsätzlich nicht kostenpflichtig und werden aus freiwilligen selbsterhaltenden Spenden der Besucher finanziert.</p>
Entscheidungsfindung	Die Projekt- und Veranstaltungskoordination erfolgt durch wöchentliche teils öffentliche Nutzer*Innen Plenare. Projektanfragen, Termine, Vorgehensweisen, Veranstaltungsideen werden diskutiert und Entscheidungen im Konsens getroffen.
Vernetzung	Die Nutzer*Innen bestehen aus verschiedenen Einzelpersonen und lokalen Gruppen. Vernetzung und Zusammenarbeit mit weiteren Gruppen und Kollektiven wird direkt und unkompliziert organisiert.
Abgrenzung zu konventionellen Kulturstätten	Offener partizipativer Charakter, keine Ausgrenzung mittellosen Besuchern, keine diskriminierende Ausgrenzung von Besuchern, Teilhabe mittels Partizipation
Entwicklungen im Prozess	Der Träger „ <i>Klapstul e.V.</i> “ nutzt seit 2011 das Alte Sportamt. Zwischen 2011 und 2015 war die Nutzung auf Basis einer saisonalen vertraglich gebundenen Einigung mit der städtischen Behörde. Nach einseitiger Aufkündigung seitens der Stadt wurde das Alte Sportamt 2015 besetzt und im Sinne des Nutzungskonzepts weitergenutzt. Nach einer medial und öffentlich geführten politischen Auseinandersetzung und den Erhalt des Nutzungsrechts, wurde sich 2017 mit der Stadt Bremen auf eine weitere Benutzung verständigt. Aufgrund planungs- und bauordnungsrechtlicher Beschränkungen wird aktuell seitens der Nutzer*Innen angestrebt die Nutzungsbestimmungen im Sinne einer volumnfänglichen Verwendbarkeit der Immobilie weiterzuentwickeln.

Quelle: Altes Sportamt 2018

Steckbrief Öko-Dorf Lesum

Gegenstand	Das Öko-Dorf in Lesum ist ein selbstverwaltetes Wohnprojekt
Gründung	Klaus Möhle gründete Anfang der 90er Jahre eine Bürgerinitiative die ein Areal in Bremen Findorff besetzte, um dessen Bebauung zu verhindern. Mitte der 90er Jahre entstand daraus der Verein „Grüner Weidedamm e.V.“ Der besetzte Platz am Weidedamm konnte trotz Besetzung jedoch nicht gerettet werden. Nach der Räumung wurde dem Verein ersatzweise eine zwei Hektar große Fläche von Immobilien Bremen in Bremen Lesum angeboten, welche vom Verein gepachtet wurde und bis heute genutzt wird.
Zielsetzungen	Zu den Zielen der Bewohner*innen gehört es, möglichst ökologisch in einer natürlichen Umgebung zu wohnen. Die Gruppe versorgt sich zum Großteil mit Gemüse welches selbst angebaut wird. Die Gemeinschaftseinrichtungen werden von allen genutzt. (Waschmaschine, Rasenmäher, Versammlungsraum) Autos sind auf dem Platz verboten! Entscheidungen über neue Mitbewohner*innen werden demokratisch abgestimmt. Auch Besuche der interessierten Presse werden im Plenum entschieden.
Einzelprojekte	Einmal jährlich gibt es ein Sommerfest zu dem interessierte Besucher*innen eingeladen sind.
Zielgruppe	Angesprochen werden Menschen, die in einer engen Gemeinschaft mit wenig Komfort dafür ökologisch selbstbestimmt und im Einklang mit der Natur wohnen und leben möchten.
Finanzierung	Jeder ist für seinen Lebensunterhalt selbst verantwortlich
Entscheidungsfindung	Entscheidungen werden demokratisch im Kollektiv in Plenaren oder Vollversammlungen getroffen.
Vernetzung	Der Platz ist auf der Internetseite planlos.de eingetragen
Abgrenzung zu konventionellen Angeboten (Wohnformen)	Das Leben im Bauwagen oder kleinen Hütten ist nicht vergleichbar mit dem Leben in einer zwei Zimmer Wohnung, da der Wohnraum ziemlich begrenzt ist. Geheizt wird mit Holzöfen. Nicht jeder Wagen hat eine eigene Toilette. Fließend Wasser gibt es nicht, Strom ist jedoch vorhanden. Auch gibt es eine Gästetoilette. Hier gibt es viel Natur, Gemeinschaft und Ruhe.
Entwicklungen im Prozess	Eine Entwicklung des Projektes ist für uns nicht zu erkennen. Die Bewohner des Platzes sind mit ihrem alternativen Leben zufrieden. Der unbefristete Pachtvertrag gibt den Bewohnern eine relativ sichere Perspektive.

6.5 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die untersuchten selbstverwalteten Projekte stellen sich sowohl strukturell als auch in den Erfahrungen, Motiven und Ansprüchen vielschichtig dar. Diese Vielfalt bildet sich nicht nur zwischen den Projekten, sondern auch innerhalb der Kollektive ab. Dabei ist trotz der unterschiedlichen Ausrichtung projektübergreifend insgesamt eine wertschätzende Haltung zwischen den vernetzten Räumen gegeben. Ein einheitliches Muster, also vergleichbare innere Strukturen mit einer Art ‚Selbstverwaltungs-Prototyp‘ in Abgrenzung zu einem Typus aus den 1970er Jahren, erweist sich als Illusion. In Abgrenzung zu unseren Grundannahmen kann mit der Analyse von drei sehr unterschiedlichen Projekten eher explorativ ein zwar verbundenes, aber in sich sehr heterogen zusammengesetztes Feld geöffnet werden.

Alle drei sind in Bremen angesiedelt. Die urbane Lage begünstigt sowohl die Vernetzung als auch die leichte Erreichbarkeit des politischen, kulturellen oder auch nur nachbarschaftlichen Umfeldes. Mit unterschiedlichen Zielgruppen stellen sich die Projekte als offene Räume dar, in denen sich viele Gruppen aufhalten und entfalten; ob als Ort für künstlerische Selbstentfaltung, für die politische Intervention oder für eine Mitgestaltung des Quartiers. Das heißt, dass alle Projekte in ihrem Anspruch über die Organisation eines guten Lebens für die unmittelbar Beteiligten weit hinausgehen. Das gilt selbst für den Wagenplatz „Querlenker“, wo der Ausbruch aus einer entfremdeten und unsolidarischen Welt ein Hauptmotiv für die Projektrealisierung war. Hier wird ein Raum zur kulturellen Selbstentfaltung für ein bestimmtes, der Punkszene nahestehendes Milieu bereitgestellt. Die Stadtkommune „Alla Hopp“ dagegen wurde explizit politisch motiviert gegründet. Sie hat sich ihren systemoppositionellen Charakter erhalten und dient auch noch nach zwei Jahrzehnten als Raum für politische Interventionen, der vielen linken Gruppen zur Verfügung steht. Das Kulturzentrum „Kukoon“ schließlich ist vom gesamten Ansatz her offen und interventionistisch angelegt, wobei ursprüngliche Prinzipien hier am ehesten aufgeweicht wurden, um das Haus in seinem Bestand zu sichern.

Die These, dass die Teilhabe an den selbstverwalteten Projekten auch im Falle eines Ausstiegs als wertvolle biografische Phase interpretiert wird, bestätigt sich. So ist in den Gesprächen mit Bewohner*innen des „Alla Hopp“ von der freundschaftlichen Verbundenheit mit ehemaligen Kommunard*innen die Rede. In den Gesprächen mit Personen aus den anderen Projekten begegneten uns Personen, deren Ausstieg aus dem Projekt bevorstand und die höchste Wertschätzung für das Projekt und die darin mögliche Selbstentfaltung bekundeten. Das alternative Milieu, zum Teil auch der Mitwirkung in Selbstverwaltungsstrukturen, blieben für sie weiter zentrale biografische Orientierungspunkte.

Auffällig ist weiterhin, dass die möglichst im Konsens getragene kollektive Meinungs- und Entscheidungsfindung wie auch das gemeinschaftliche Konfliktmanagement kaum als Belastung wahrgenommen wurde. Eine professionelle von Trennung der emotionalen und der sachlichen Ebene, bei der nicht jede Befindlichkeit ideologisch aufgeladen wird, sticht hier ebenso ins Auge wie die Erfahrung des Kompetenzgewinns durch die Beteiligungspraxis. Dabei ist die formale und informelle Regelungsdichte in den Projekten unterschiedlich stark ausgeprägt. Als für das Umfeld besonders offen strukturiertes Projekt mit einem Gastro- und Kulturangebot benötigt das „Kukoon“ ein dichteres Regelwerk als etwa der „Querlenker“, wo die individuelle Selbstentfaltung oberstes Gebot zu sein scheint. Speziell im Kulturzentrum mussten im Spannungsfeld von Freiraum und Verantwortung einige Gründungsziele relativiert werden.

Im „*Alla Hopp*“ wiederum, wo die Gemeinschaftlichkeit bis hin zu solidarischen Ökonomie am stärksten ausgeprägt ist, beeindruckt die relativ geringe Dichte an formalen Regelungen, die wesentlich durch ein kollektives Verantwortungsbewusstsein, große Toleranz und eine Kommunikation der ‚kurzen Wege‘ ersetzt wird.

Eine Übereinstimmung stellen die fundamentalen Ansprüche dar. Alle drei Projekte sehen sich als Solidargemeinschaft. Selbstverwaltung, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung haben einen sehr hohen Stellenwert. Ebenso verbindet sie der Entwicklungsprozess zu den hierarchiellen Strukturen innerhalb des Projektes. Darüber hinaus erweist sich das Feld an selbstverwalteten Strukturen aber als weites Feld, in dem vielfältige Selbstverständnisse erprobt und Ansprüche entfaltet werden.

7 Gesamtfazit

Ab Mitte der 1980er Jahre war die zuvor entwickelte „*Gegenkultur*“ in Form tausender selbstverwalteter Lebens-, Kultur- und Produktionsprojekte über zwei Jahrzehnte hinweg von der Abwicklung oder gesellschaftlichen Anpassung geprägt. Obwohl keine verlässlichen Zahlen vorliegen, ist – in ganz Europa – für die letzten zehn Jahre eine gewisse Renaissance derartiger Projekte zu beobachten. Ob lokal vernetzte Wagenplätze, politisch engagierte Kommunen, ambitionierte Kultur- oder Kneipenkollektive: zahlreiche Initiativen mit emanzipativen Ansprüchen wurden und werden gegründet. Parallel dazu kann ein relatives Erstarken der zivilgesellschaftlich getragenen Debatten um eine Erneuerung der ökonomischen Ordnung, der sozialen Sicherung, der demokratischen Teilhabe und letztlich des „*guten Lebens*“ konstatiert werden. Außerparlamentarische Diskussionen zu alternativen Wirtschaftsordnungen (z. B. Postwachstums- und Gemeinwohlökonomie), zum bedingungslosen Grundeinkommen, zum Ausbau der direkten Demokratie oder zur Neudeinition von Wohlstand stoßen auf große Resonanz. Für uns als Studiengruppe war dies der Anlass, uns in einem einjährigen Forschungsprojekt intensiver und explorativ mit Bremer Selbstverwaltungsprojekten – insbesondere mit den Selbstverständnissen, Erfahrungen, Motiven und Ansprüchen der Beteiligten – zu befassen.

Bei der Annäherung an das Thema konnte auf die reichhaltige Literatur zur alternativen und gegenkulturellen Bewegung der 1970er und 1980er Jahre zurückgegriffen werden. Ausgehend von der 1968er Studentenbewegung und den Spaltungen innerhalb der linken Szene interessierten uns der politische Interventionsgedanke sowie die Motive und Ansprüche der damals eng miteinander vernetzten Beteiligten aus Kommunen und selbstverwalteten Kultur- und Produktionsprojekten. Tatsächlich gab es Ende der 1970er Jahre umfassende Vorstellungen für eine gesellschaftliche Transformation von der „*kleinfamilien-bedingten Vereinzelung zu kollektiven Zusammenhängen*“ (Pflasterstrand 1978, S. 85). Elementare Ausgangsansprüche der Beteiligten aus diesen Zusammenhängen waren die Überwindung von Erwerbsarbeit und Reproduktionszeit (nicht erwerbsbezogene Zeiten), von jedweder Hierarchie und Arbeitsteilung. Auch die Differenzierung von „*privat*“ und „*politisch*“ wurde angesichts der Selbstbefreiungsansprüche verworfen. Eingebettet waren diese Ansprüche in einem hochpolitisierteren Umfeld, dem sozio-kulturelle Emanzipationskämpfe alternativer Lebensformen inne wohnten.

Vor dem Hintergrund des kompromisslosen Anspruchs auf Selbstverwirklichung, interpretiert als nachholende Befreiung aus autoritären Sozialisationsstrukturen in Familie und Gesell-

schaft, war die Fragilität vieler Projekte vorprogrammiert. Als problematisch erwies sich schon die autoritäre Sozialisation vieler Aktivist*innen, die Großkonflikte und informelle Hierarchien hervorbrachten. Auch war die Funktionsfähigkeit der Kollektivzusammenhänge, die sich am Markt behaupten mussten, ohne jede Arbeitsorganisation und Verantwortlichkeit kaum erreichbar. Obwohl die Mainstream-Ökonomie von den alternativen Experimenten lernte und profitierte (vgl. Neumann 2008), mussten die Projekte gemessen an ihren eigenen Ansprüchen doch scheitern. Nicht eingelöste Erwartungen und damit verbundene Konflikte einerseits und eine manifeste Selbstausbeutung andererseits, sorgten für Reibungsverluste und untergruben den Anspruch auf politische Intervention.

Angesichts veränderter Sozialisations- und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ab Mitte der 1980er Jahre war zu vermuten, dass sich die Selbstverständnisse der Beteiligten aus Selbstverwaltungsprojekten inzwischen substantiell von denen der 1970er und 1980er Jahre unterscheiden. Der Wunsch nach Autonomie und das Gefühl von Entfremdung resultiert nun weniger aus der Gefangenschaft in klassisch-autoritären Arbeits- und Familienstrukturen. Denn unter der Annahme, dass das neue alternative Milieu stark mittelschichtsgeprägt ist, dürften in der Familie und in den Bildungseinrichtungen völlig andere Erfahrungen gesammelt worden sein als in der Elterngeneration. Mit Rückgriff auf die Theorie Rosas entsteht Entfremdung nun eher aus einem alle Lebensbereiche erfassenden, ideologischen „Steigerungsimperativ“. Dieser hat mit seiner Marktlogik destruktive gesellschaftliche Folgen und unterläuft auf personaler Ebene jede intensive, dingliche wie soziale Verbindung von Welt und Subjekt. Die Folgen sind also nicht nur Entsolidarisierung, Ausgrenzung, Verarmung, Umweltzerstörung und Entdemokratisierung, sondern auch eine pathologische Entfremdung, was z. B. an einem enormen Wachstum psychischer Erkrankungen erkennbar ist. Wird der gegenwärtig zu beobachtende ‚nationalistische Rollback‘ in weiten Teilen der westlichen Welt dazu in Rechnung gestellt, steht die Anschlussfähigkeit junger Menschen mit einem emanzipativen Anspruch auf Selbstbestimmung an die gesellschaftlichen Verhältnisse umso mehr zur Disposition. Der Weg in selbstverwaltete Lebens- und Arbeitsverhältnisse ließe sich hier als selbstbewusste Zurückweisung dieser Zumutungen deuten.

Ausgehend von der grundlegenden Frage nach den Selbstverständnissen, Motiven und Ansprüchen der Beteiligten selbstverwalteter Projekte, die dynamischen Veränderungen unterliegen können, wurden vor dem Hintergrund der theoretischen Vorarbeiten Arbeitshypthesen entwickelt. Diese laufen auf die Annahme hinaus, dass Aktivist*innen aus Selbstverwaltungszusammenhängen heutzutage weiterhin idealistische, emanzipativ-politische Eigenansprüche verkörpern. Schon angesichts der realen Machtverhältnisse – im Gegensatz zum ‚roten Jahrzehnt‘ der 1970er Jahre ist die Revolution nicht auf der Agenda – stehen soziale Ansprüche nun jedoch mindestens gleichrangig daneben. Da der Wunsch nach Selbstbefreiung aus ‚autoritären Fesseln‘ und die Abgrenzung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft (und Elterngeneration) heute weniger gegeben erscheint, so die Annahme, ist ein Pragmatismus der Beteiligten im Sinne der Funktionsfähigkeit und eine Offenheit für das Umfeld vorhanden. Die Politisierung jeder Befindlichkeit weicht einem konstruktiven Konfliktmanagement, ohne dass der Anspruch auf Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe preisgegeben wird. Weiter nahmen wir an, dass die Teilhabe und das soziale Lernen in selbstverwalteten Projekten eine hochgradige Wertschätzung erfährt. Schließlich vermuteten wir, dass die politische Intervention der Projekte und ihrer Beteiligten im Außenverhältnis angesichts der Machtverhältnisse eher reformistisch ausgerichtet ist, die Interventi-

onsbereitschaft aufgrund der wechselseitigen Bestärkung und Unterstützung im Projekt fort-dauernd stimuliert wird.

Die drei selbstverwalteten Projekte, die exemplarisch näher in den Blick genommen wurden, zeigten jedoch in den Selbstverständnissen, Motiven und Ansprüchen der Projektbeteiligten eine so große Spannbreite, dass vereinheitlichende Hypothesen in Abgrenzung zu den 1970er Jahren kaum greifen. Die Reichweite des Kollektivismus und der Anspruch auf politische Intervention reichen von einer solidarischen Ökonomie und einer Orientierung an der „*Interventionistischen Linken*“¹⁴ in der Stadtcommune über einen Einheitslohn und die beteiligungsorientierte kulturelle und politische Arbeit im Stadtteil im Kulturzentrum bis hin zum Wagenplatz mit einer ökonomischen Eigenverantwortung und einer kompromisslosen politischen Selbstbezogenheit.

Was sich allerdings übergreifend zeigt, ist die Selbstverortung im links-alternativen bis linksradikalen Milieu. Die Projektbeteiligten wissen voneinander, sind zumindest über eine gemeinsame alternative Plattform vernetzt¹⁵ und wertschätzen sich trotz der unterschiedlichen Ausrichtungen. Der Pluralismus in der Selbstverwaltungsszene wird projektübergreifend wie auch innerhalb der Einzelprojekte als Bereicherung erfahren. Entsprechend wird nicht jede private Befindlichkeit ideologisch überhöht. Vielmehr findet sich in allen Projekten eine Trennung von sachlicher und emotionaler Ebene. Auch der Umgang mit Konflikten zeugt von einer professionellen Lösungsorientierung und der Wertschätzung innerer Vielfalt. Das Reflexionsniveau ist insgesamt ausgesprochen hoch. Übergreifend zeigen sich ausgeprägte Ansprüche auf Selbstbestimmung, Solidarität und Beteiligung. Den ‚Zumutungen‘ der Mehrheitsgesellschaft, die für die Beteiligten synonym für Ausbeutung und Entfremdung stehen, wird sich bewusst widersetzt. Und in den kollektiven Zusammenhängen, die dagegen „*Resonanzerfahrungen*“ im Sinne Rosas ermöglichen, werden umfassende Kompetenzgewinne betont.

Als Konstruktion setzt der Wagenplatz kompromisslos auf die individuelle Autonomie und Selbstentfaltung in einem geschützten Raum. Zwar eingebettet in eine junge, dem Punk zugewandte Szene, beschränkt sich die politische Teilhabe auf die Aneignung und Verteidigung öffentlichen Raums sowie auf die Zurückweisung vorgegebener Rollenmuster. Der besetzte Raum bietet die Möglichkeit, sich das Selbstbewusstsein und die Kompetenz zu erschließen, die sie perspektivisch zur Selbstbehauptung in Kollektivzusammenhängen mit einem größeren Anspruch an Gemeinschaftlichkeit befähigen. Denn Fähigkeiten wie die selbstbewusste Bildung und Vertretung eines eigenen Standpunktes, Kompromiss- und Konfliktfähigkeit, Toleranz oder die Wertschätzung von Differenz sind unabdingbar für erfolgreiche Kollektivprojekte mit solidarischen Strukturen und einem Anspruch auf politische Intervention. Und hier sind uns außergewöhnliche Personen begegnet, die in und mit ihren Projekten beispielhaft für solidarische Lebens- und Arbeitszusammenhänge stehen und sich, von den Kollektiven getragen, selbstbewusst in gesellschaftliche Diskurse einmischen. Ihre politische und soziokulturelle Interventionsarbeit wird – zumindest in der Stadtcommune und

¹⁴ Diese seit 2005 bundesweit organisierte linksradikale Gruppierung kann als ‚undogmatische Linke‘ in die Tradition der ‚Spontis‘ und später der ‚Autonomen‘ gestellt werden. Sie ist in zahlreichen Bündnissen etwa gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Sexismus, Castortransporte, Ausgrenzung von Geflüchteten aktiv. Auch im Nord-Süd-Diskurs spielt sie eine Rolle und engagiert sich etwa gegen die interessenbezogenen Gipfeltreffen der wirtschaftsstärksten Staaten (G7, G8, G20). Näheres siehe: <https://interventionistische-linke.org/>

¹⁵ Siehe z. B. www.planlosbremen.de

im Kulturzentrum – zudem kollektiv finanziert. Auch andere alternative Zusammenhänge werden unterstützt.

Insgesamt bleibt zu konstatieren, dass sich zunehmend wieder Menschen in selbstverwalteten Kollektiven zusammenschließen, um selbstbestimmt gut zu leben und in kleinem Maßstab sowohl der – alle Lebensbereiche durchdringenden – Marktlogik als auch den national-chauvinistischen Tendenzen etwas entgegenzusetzen. Dabei wird mit einem realistischen Blick auf die Machtverhältnisse eine ideologische Überhöhung vermieden und die Vielfalt der jeweils selbstbestimmt entwickelten Selbstverwaltungsstrukturen als Bereicherung erfahren. Beides führt zur Wertschätzung der Projektlandschaft insgesamt, was in den 1970er und 1980er Jahren so nicht gegeben war. Aus den einzelnen Projektstrukturen heraus wird auch heute eine widerständige, emanzipativ-politische Interventionsarbeit getragen und stimuliert. Diese Zusammenhänge immunisieren gegen eine verbreitete, ideologische Überwältigung und befeuern Diskurse über offenkundige gesellschaftliche Verwerfungen. Für die Demokratie und die Gültigkeit der von ihr beanspruchte Grundwerte und -rechte kann diese Herausforderung nur ein Gewinn sein. Und für uns als Studiengruppe, die wir uns bewusst damit auseinandersetzt haben, provozieren die Zusammenhänge aufs Neue die bedeutsame Frage, wie wir leben wollen?!

Literatur

Altes Sportamt (2016), Nutzungskonzept Klapstul e.V., im Internet unter: <https://altes-sportamt.de/hintergrund/>, entn. am 22.06.2018

APuZ (aus Politik und Zeitgeschichte) (2012) Sozialisation, Heft 49/50 2012, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, im Internet unter: <http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/149265/sozialisation>, entn. am 10.04.2018

BARMER Arztreport 2018 (2018), Arztreport 2018. Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Berlin, im Internet unter: <https://www.barmer.de/presse/infothek/studien-und-reports/arztreporte/barmer-arztreport-2018-144304>, entn. am 17.03.2018

Beck, U. (1986), Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt: Suhrkamp

Beck U.; Beck-Gernsheim E. (1993), Nicht Autonomie, sondern Bastelbiographie Anmerkungen zur Individualisierungsdiskussion am Beispiel des Aufsatzes von Günter Burkart, Zeitschrift für Soziologie Jg22, Heft 3

Beck U.; Beck-Gernsheim E. (1994), Riskante Freiheiten: Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt: Suhrkamp

Bollmann, S. (2017) Monte Verita: 1900. Der Traum vom alternativen Leben beginnt, München

Borowsky, P. (2002), Zeiten des Wandels (hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, im Internet unter: www.bpb.de/izpb/10091/zeiten-des-wandels, entn. am 21.06.2018

Brandt, P. (2010), Die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Entwicklung – Wirkung – Perspektive, Veröffentlicht: 25. Januar 2010, GlobKult Magazin, <https://www.globkult.de/110-staendige/peter-brandt/705-die-arbeiterbewegung-des-19-und-20-jahrhunderts-entwicklung-wirkung-perspektive>, entn. am 01.05.2018

Brand, U. (2014), Degrowth: Der Beginn einer Bewegung?, in Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2014, Kommentare und Berichte

Bundeszentrale für politische Bildung (2016), Alternative-Ökonomie, aus: Duden Wirtschaft A – Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag, 6. Auflage, Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016.

Cohn, R (1976), Von der Psychoanalyse zur themenzentrierten Interaktion – von der Behandlung einzelner zu einer Pädagogik für alle, Stuttgart

contraste (2004), Bremen: Ein Wohn und Arbeitsprojekt. Die Stadtkommune Alla Hopp, im Internet unter: <https://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/allahopp.htm>, entn. am 06.06.2018

Contraste – Zeitung für Selbstverwaltung (2009), Netzwerk Selbsthilfe rückt sie ins Blickfeld, Ausgabe Oktober 2009, S. 9

Crouch, C. (2008), Postdemokratie, Frankfurt a.M.

DAK (Hrsg.) (2018): DAK-Gesundheitsreport 2018. Abrufbar unter:
<https://www.dak.de/dak/download/gesundheitsreport-2018-1970840.pdf> entn. 20.06.2018

Daum, P., Lang-Lendorf, A., Roth, J., (26.01.2018), Komm mit sprach der Esel, taz, Ausgabe vom 26.01.2018, <http://www.taz.de/!5477248/> entn. 22.06.2018

Degrowth (Bewegung für ein Leben jenseits der Wachstumsideologie) (2017), Hier: Eine Geschichte von Degrowth, im Netz unter: <https://www.degrowth.info/de/eine-geschichte-von-degrowth/>, entn. 16.03.2018

Degrowth (o.J.), Homepage der sozialen Bewegung gegen Wachstum, siehe: degrowth.info

Ders. (1912), Die zwölf Artikel des Sozialistischen Bundes (1912), im Internet unter: www.anarchismus.at/anarchistische-klassiker/gustav-landauer, entn. 07.03.2018

Ders. (Hrsg., 1986), Grundlegungen zur alternativen Ökonomie, Band 1: Die Mühen der Berge, AG SPAK M72, München

Ders. (Hrsg. 1986a), Grundlegungen zur Alternativen Ökonomie, Band 2: Die Mühen der Ebenen, AG SPAK M73, München

Ders. (1999a), Utopie und Eros. Zu Charles Fouriers „neuer soziätärer Ordnung“, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung, UTOPIE kreativ, Heft 105 vom Juli 1999, S. 68-80

Ecarius, J.; Köbel, N.; Wahl, K. (2011), Familie, Erziehung und Sozialisation. Wiesbaden

Ehrenberg, A. (2004), Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart, Frankfurt a.M. (Frankfurter Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie 6)

Eisenberg, G. (2018), „Wir können eine Welt gestalten, wie sie die Welt noch nie gesehen hat“ – Vor 50 Jahren wurde Rudi Dutschke Opfer eines Attentat, in: Nachdenkseiten.de, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=43121&pdf=43121>, entn. 17.06. 2018

Eitler, P. (2010), „Alternative Religion“ in: Reichardt, S. u. Siegfried, D., (Hrsg.), „Das alternative Milieu“ Göttingen 2010

Farin, K. (2010), Jugendkulturen in Deutschland, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/gesellschaft/bildung/jugendkulturen-in-deutschland/36163/swinging-sixties, entn. 17.06.2018

FAZ-net (2013), Generation Y: An der langen Leine, Artikel vom 06.12.2013, im Internet unter: <http://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/beruf/2.3113/generation-y-an-der-langen-leine-12212618.html>), entn. 10.04.2018

Felber, C. (2012) Gemeinwohl-Ökonomie, Zweite erw. Auflage, Wien

Fluter (2017/2018), Und dann kamst Du. Generationen, Magazin Nr. 65, Winter 2017-2018, Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung

Fukuyama, F. (1992), The end of history and the last man, New York

Geronimo (1995), Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen, 4. Auflage Amsterdam

Grabert, K., Nowak, A. (2009), NETZWERK SELBSTHILFE, BERLIN: DENN DIE IM DUNKELN SIEHT MAN NICHT... Netzwerk Selbsthilfe rückt sie ins Blickfeld, Contraste, Oktober 2009, http://www.netzwerk-selbsthilfe.de/files/contraste_25_jahre_nw.pdf entn. 03.03.2018

Gorz, André (1975): Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1977 (= *Écologie et politique*).

Gudjons, H. / Traub, S., (2016) Pädagogisches Grundwissen, Bad Heilbrunn

Habermas, J. (1985), Die neue Unübersichtlichkeit, darin: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, S. 141-163, Frankfurt a.M.

Haumann, W. (2010), Generationenbarometer 2009, Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, Hrsg. Forum Familie stark machen

Häußermann, H., **Siebel**, W. (1996), Soziologie des Wohnens, Weinheim u. München

Heath, J. u. **Potter**, A. (2004), *Konsumrebellen. Der Mythos der Gegenkultur*. Berlin: Rogner & Bernhard.

Heinemann, I. (2012), Wertewandel, Zentrum für zeithistorische Forschung, i. Internet unter:
https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/261/file/docupedia_heinemann_wertewandel_v1_de_2012.pdf, entn. 20.06.2018

Heinemann, I. (2012), Wertewandel, Zentrum für zeithistorische Forschung, im Internet unter: docupedia.de/zg/Wertewandel

Hurrelmann, K. (2002), Einführung in die Sozialisationstheorie, Weinheim u. Basel: Beltz

Hurrelmann, K., **Albrecht**, E. (2016) Die heimlichen Revolutionäre: Wie die Generation Y unsere Welt verändert

Hurrelmann, K., **Bauer**, U., **Grundmann**, M., **Walper**, S. (Hrsg. 2015), Handbuch Sozialisationsforschung, 8. Auflage, Weinheim u. Basel

Illich, Ivan (1973): Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1980 (= Tools for Conviviality).

Inglehart, R. (1982): *Die stille Revolution. Vom Wandel der Werte*, Athenaeum, Königstein im Taunus (Englisches Original von 1977)

Jackson, T. (2013), Wohlstand ohne Wachstum (Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, im Internet unter:

https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Probe_Jackson_Wohlstand.pdf

Junge, M. (2002) Individualisierung, Frankfurt, Campus Einführungen

Kasper, Sebastian (2017), Das Ende der Utopien. Der Wandel der Spontis in den langen 1970er-Jahren (Dissertation), Freiburg

Keupp, H. (2009), Das Erschöpfte Selbst – Umgang mit psychischen Belastungen. Ein einleitender Streifzug. Vortrag im Rahmen der pragdis-Tagung ‚Das erschöpfte Selbst‘ am 15./16. 01.2009, im Internet: www.ipp-muenchen.de/texte/keupp_09_pragdis_text.pdf

Klages, H. (1984), Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen, Frankfurt a.M.

Krämer, L. (2013), Ökologie und Wachstum bei André Gorz, Ringvorlesung in Oldenburg, im Internet unter: <http://www.postwachstumsoekonomie.de>, entn. am 20.06.2018

Kukoon (o.J.), Homepage im Internet unter: <https://kukoon.de/>, entn. am 19.06.2018

Landauer, G. (1900), Durch Absonderung zur Gemeinschaft, siehe im Internet: www.anarchismus.at/anarchistische-klassiker/gustav-landauer, entn. 07.03.2018

Leithäuser, T., **Volmerg**, B. u.a. (1977) Entwurf zu einer Empirie des Alltagsbewusstseins, Frankfurt

Leithäuser, T., **Volmerg**, B. (1988): Psychoanalyse in der Sozialforschung, Opladen

Liesemer, D. (28.1.2018), „Wir scheißen auf das Modell Deutschland“: der TUNIX-Kongress von 1978, in: piqd, <https://www.piqd.de/zeitgeschichte/wir-scheissen-auf-das-modell-deutschland-der-tunix-kongress-von-1978>, entn. 03.03.2018

Loy, T. (5.10.2008), 30 Jahre Alternative Liste: Wir wählen uns jetzt selbst!, Tagesspiegel, im Internet unter: www.tagesspiegel.de/berlin/30-jahre-alternative-liste-wir-waehlen-uns-jetzt-selbst/1339202.html, entn. 03.03.2018

Malcher, I. (2015), TUNIX-Kongress Berlin 1978 NICHTSTUER ALLER LÄNDER, BEWEGT EUCH! Brand eins, Ausgabe 08/2015, <https://www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2015/aulheit/nichtstuer-aller-laender-bewegt-euch>, entn. 03.03.2018

Mangold, W. (1960) Gegenstand und Methode des Gruppendiskussionsverfahrens, Frankfurt/Main

Mayring, P. (2008), *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* (10. Aufl.). Weinheim

Meadows, D.; **Meadows**, D.L.; **Randers**, J. u. **Behrens III**, W.W. (1972), Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, München

Methmann, C.; **Haack**, A.; **Eisgruber**, J., (2007), Wem gehört der Himmel? Hamburg

Mietshäusersyndikat (2017), Das Mietshäuser Syndikat und die Hausprojekte: die Häuser denen, die drin wohnen, Heft Nr. 2/2017, im Internet unter: <https://www.syndikat.org/de/publikationen/>, entn. am 19.06.2018

Morus, T. (1983), Utopia, Stuttgart (Erstveröffentlichung 1516)

Muraca, B. (2014), GUT leben, Berlin

Neumaier, C. u. **Gensicke**, T. (2012), Wert/Wertwandel, in: Günter Endruweit/Gisela, Trommsdorff/Nicole Burzan (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie , Konstanz

Neumann, A. (2008), *Kleine geile Firmen. Alternativprojekte zwischen Revolte und Management*. Hamburg: Edition Nautilus.

Niederbacher, A. u. **Zimmermann**, P. (2011), Grundwissen Sozialisation, 4. überarbeitete u. aktualisierte Auflage, Wiesbaden

Notz, G. (2006), Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre, AG SPAK, Neu-Ulm, <https://www.anarchismus.at/anarcha-feminismus/feminismus/6515-notz-warum-flogen-die-tomaten>, entn. 17.06.2018

Notz, G. (2011), Theorien alternativen Wirtschaftens, Stuttgart

Notz, G. (2011a), Selbstverwaltung und Alternativbewegung der 1960er und 1970er Jahre. Das richtige Leben im falschen?, in: Klaus Kinner (Hrsg.), Linke zwischen den Orthodoxien, Berlin, S. 144-158

Nölle-Neumann, E. (1975), Werden wir alle Proletarier?, Die Zeit Nr.25/1975 13.06.1975, (<http://www.zeit.de/1975/25/werden-wir-alle-proletarier>)

Nölle Neumann, E. u. Petersen, T. (2001) Zeitenwende – Der Wertewandel 30 Jahre später, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B20/2001, S. 15-22

Pflasterstrand (1978), Stadtkommunen-Projekte, Heft 24/78, abgedruckt in: Schwendter, R. (Hrsg.), *Zur alternativen Ökonomie III, (AG SPAK M 35)* Berlin, S. 85-90

Pollock, F. (1955), Gruppenexperiment – ein Studienbericht, Frankfurt/Main

radikal (Zeitschrift, o.J.), Alternative Projekt. Geschichte – Ökonomie – Politischer Kampf, in: Rolf Schwendter (Hrsg., 1978), *Zur Alternative Ökonomie III, AG SPAK (M35)*, Berlin, S. 91-100

Randers, J. (2012), 2052 – Der neue Bericht an den Club of Rome, München

Reichardt, S. (2014) *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und achtziger Jahren*, Berlin

Rohrbeck, F. (2017) Der Verstoßene, aus der ZEIT NR. 11/2017

Rosa, H. (2005), Beschleunigung – Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Berlin

Ders. H. (2009), Kritik der Zeitverhältnisse. Beschleunigung und Entfremdung als Schlüsselbegriffe der Sozialkritik«, in: Jaeggi, R./Wesche, T. (Hrsg.), *Was ist Kritik?*, Frankfurt S. 23-54.

Ders. (2013), Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit, Frankfurt u. Berlin

Ders., H. (2016): Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehungen, Berlin

Ders. (2016a): Interview im Deutschlandfunk Kultur. Abrufbar unter:
http://www.deutschlandfunkkultur.de/soziolge-rosa-ueber-sein-buch-entschleunigung-ist.1008.dehtml?dram:article_id=347513, letzter Zugriff: 24.04.2018)

Rucht, D. (1994), „Modernisierung und neue sozialen Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich“, Frankfurt am M.

Rucht, D. (2010), Das alternative Milieu in der Bundesrepublik, in: Reichardt, S. u. Siegfried, D., (Hrsg.), *Das alternative Milieu*, Göttingen

Saage, R. (1999), Vom philanthropischen Unternehmen zum utopischen Visionär. Robert Owens Utopie der „neuen moralischen Welt“, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung, UTOPIE kreativ, Heft 107 vom September 1999, S. 70-82

Sartre, Jean Paul (1993), *Das Sein und das Nichts*, Rowohlt, Reinbek

Schäfer, U. (2009), *Der Crash des Kapitalismus*, Frankfurt a.M.

Schmidt, R. (1984), „Abstecher ins Traumland der Anarchie“. Siedlungsgemeinschaften der deutschen Jugendbewegung, in: Goertz, H.-J. (Hrsg.), *Alles gehört allen: das Experiment Gütergemeinschaft vom 16. Jahrhundert bis heute*, München, S. 188-207

Schneidewind, U. (2013) Vorwort zu „Wohlstand ohne Wachstum“, in: Wohlstand ohne Wachstum, Hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung, bpb, Bonn 2013

Schwendter, R. (1978), *Zur alternativen Ökonomie III*, (AG SPAK M 35) Berlin

Schwendter, R. (1986), *Die Mühen der Berge. Grundlungen zur alternativen Ökonomie Teil 1*. München: AG SPAK

Schwendter, R. (1986), Positionen zur Genossenschaftsbewegung, in: Ders. (Hrsg.), *Die Mühen der Berge*, AG SPAK (M72), München, S. 26-33

Sedlmaier, A. (2010), Konsumkritik und politische Gewalt in der linksalternativen Szene der siebziger Jahre, in: Reichardt, S. u. Siegfried, D., (Hrsg.), *Das alternative Milieu*, Göttingen

Sedlmaier, A. (2010), *Das alternative Milieu*, Hrsg. Sven Reichardt und Detlef Siegfried, Wallstein Verlag, Band 47, Göttingen 2010, Seite 186, Vgl. Ronald Inglehart, *The Silent Revolution*

Sontheimer, M. (25.01.2008), Soziale Bewegungen - Auf zum Strand von Tunix!, in: Spiegel-online, <http://www.spiegel.de/einestages/soziale-bewegungen-a-949068.html>, zuletzt entn. am 22.06.2018

SPIEGEL-Online (2018), Superreiche: 45 Deutsche besitzen so viel wie die ärmeren Hälfte der Bevölkerung, vom 23.01.2018, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/vermoegen-45-superreiche-besitzen-so-viel-wie-die-halbe-deutsche-bevoelkerung-a-1189111.html>, entn. 23.02.2018

Statista.com (2018), Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund psychischer Erkrankungen in Deutschland nach Geschlecht in den Jahren 1997 bis 2016 (AU-Tage pro 100 VJ*), im Internet unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/254192/umfrage/entwicklung-der-au-tage-aufgrund-psychischer-erkrankungen-nach-geschlecht/>, entn. am 13.03.2018

taz (2010), „Wagenplatz hat Zukunft“, Ausgabe vom 18.07.2010, im Internet unter: [taz.de/Archiv-Suche/!5138869&s=querlenker/](http://www.taz.de/Archiv-Suche/!5138869&s=querlenker/)

taz (2018), Neustädter Kulturzentrum Kukoon – Gekommen um zu bleiben, 15.01.2018, im internet unter: <http://www.taz.de/!5474424/>, entn. 19.06.2018

Teichert, V. (1986) Der intermediäre Sektor. Die Alternativökonomie im Modell der Dualwirtschaft, in: Schwendter, R. (1986), *Die Mühen der Berge. Grundlungen zur alternativen Ökonomie Teil 1*. München: AG SPAK, S. 127-132

Vester, M. (1986), Zur Geschichte der Genossenschaftsbewegung, in: R. Schwendter (Hrsg.), *Die Mühen der Berge*, AG SPAK (M72), München, S. 7-18

WBGU (2011), Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin

Weller, I. (2015), Freizeit und Lebensqualität in der Postkonsumgesellschaft, in: Freericks u. Brinkmann (Hrsg.), *Handbuch Freizeitsoziologie*, S. 255-275

Weser Kurier (2017), Kulturzentrum in Bremen gekauft – Kukoon braucht Unterstützung, 15.12.2017, im Internet unter: https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel-kukoon-braucht-unterstuetzung-_arid,1680455.html, entn. 19.06.2018

Weser Kurier (2017a), Altes Sportamt: Besetzer und Stadt vor Einigung, vom 18.09.2017, im Internet unter: https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel,-altes-sportamt-besetzer-und-stadt-vor-einigung-_arid,1648909.html

Weser Kurier (2017b), Vertrag statt Besetzung, Ausgabe vom 19.09.2017, im Internet unter: https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel,-vertrag-statt-besetzung-_arid,1649250.html

Witzel, A. (2000) Das problemzentrierte Interview. In: Forum qualitative Sozialforschung, Vol. 1, art. 22.

Wright, E. O. (2015), Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren, in: Brie, M. (Hrsg.), Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren, Hamburg, S. 59-106

Zahmt, A. (2010), Postwachstumsgesellschaft, Konzepte für die Zukunft; in: Ringvorlesung Postwachstumsökonomie, Universität Oldenburg, Powerpoint, in Internet unter: <http://www.postwachstumsoekonomie.de>, entn. 20.06.2018

zap – Zentrum für Arbeit und Politik (2016), ‚Her mit dem guten Leben für alle‘: Merkmale – Barrieren – Herausforderungen, Projektbericht, Bremen